

auch — was weit schwerwiegender war — Kümmer selbst im Ungewissen, bis feststand, daß er vom Kriegsgericht Buer abgeurteilt werden würde. Am 19. April fand unter strengen Sicherheitsmaßnahmen die Verhandlung statt. Der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Fischer, beantragte die Bestätigung der Todesstrafe; seine Schlußworte („Befreiung des Vaterlands von derartigen Schädlingen“) wurden bereits zitiert. Das Gericht sprach Kümmer des Aufruhrs, Landfriedensbruchs und der räuberischen Erpressung schuldig, folgte jedoch nicht dem Antrag der Anklage — das Urteil lautete auf 15 Jahre Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für 5 Jahre.<sup>90</sup>

In anderen Fällen *wurden* Todesurteile verkündet. Die Behörden bewahrten darüber naturgemäß möglichstes Stillschweigen, so daß man heute nur noch wenige Aussagen dazu machen kann. Zunächst zu diesem Stillschweigen selbst: ihm fiel beispielsweise Ludwig zum Opfer, der Ende Juli im Reichstag bekanntgab, bisher hätten die Arbeiterorganisationen 822 Urteile der Kriegsgerichte erfaßt, in denen insgesamt 919 Jahre Gefängnis und 168 Jahre Zuchthaus verhängt worden seien.<sup>91</sup> m. a. W. Todesurteile waren in dieser Übersicht nicht enthalten. Drei Todesurteile sind jedoch sogar durch Presseberichte dokumentiert. Am 13. April wurden zwei Essener Arbeiter, die in den Tagen vor dem Reichswehreinmarsch, als jede öffentliche Ordnung in der Stadt zusammengebrochen war, in einer Reihe von Wohnungen schwerbewaffnet Geld erpreßt hatten, zum Tode verurteilt;<sup>92</sup> am 22. April ein Mitglied des Vollzugsrats Recklinghausen, Junker, dem folgendes vorgeworfen wurde: Unterzeichnung einer Bekanntmachung zur Waffenablieferung, in der die Todesstrafe angedroht wurde (das war zutreffend), Mitwirkung bei der Befreiung der Gefangenen aus dem Gefängnis, Verhaftung des Geschäftsführers der SPD-Druckerei und anschließendes Todesurteil (die letzteren Vorwürfe lassen sich nicht nachprüfen, jedenfalls lebte der Betroffene noch).<sup>93</sup> Im Gegensatz zu der von Ludwig bekanntgegebenen Übersicht sprach Plenge Ende Mai im Solinger USP-Blatt von Todesurteilen der Kriegsgerichte und nannte die horrende Gesamtzahl von 154 Fällen.<sup>94</sup> Diese Ziffer ist nicht mehr nachprüfbar, sie wurde auch später nirgends wieder aufgegriffen.

Ein Todesurteil wurde vollstreckt, sobald aus Berlin die telegrafische Meldung eingegangen war, daß Reichspräsident Ebert von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht habe.<sup>95</sup> Plenge veröffentlichte in dem eben genannten Artikel die Information, Ebert habe alle zum Tode Verurteilten begnadigt (das bedeutete Umwandlung des Urteils in lebenslängliches Zuchthaus),<sup>96</sup> doch das war falsch, und man wird vermuten dürfen, daß Plenge hier das Opfer einer gezielten Fehlinformation seitens der Behörden war. Das Wehrkreiskommando hatte nämlich am 8. Mai an die Anklagebehörden sämtlicher Kriegsgerichte ein Schreiben gerichtet, in dem es hieß: „Am 8. 5. [also am selben Tag] werden in Münster zwei vom außerordentlichen Kriegsgericht Essen zum Tode Verurteilte durch Erschießen hingerichtet. Das Militärkommando [gemeint: das Exekutionskommando] wurde auf Ersuchen der Anklagebehörde vom Militärbefehlshaber gestellt... Staatsanwaltschaften Essen und Münster hatten Übernahme der Vollstreckung abgelehnt. In entsprechender Weise demnächst Vollzug einer Todesstrafe in Wels.“<sup>97</sup> Es ist zu vermuten, daß es weitere Exekutionen gegeben hat.

Die Mauer der Geheimhaltung, hinter der die Exekutionen von Münster und We-

sel vollzogen wurden, steht in auffälligem Kontrast zu der Begründung, mit der das Militär immer das Standrecht gefordert hatte: Abschreckung. Rücksichtnahme auf Reichspräsident Ebert, der als Sozialdemokrat in früheren Jahren einmal für die Abschaffung der Todesstrafe gewesen war?

Wie die Justiz in derselben Zeit die Kapp-Putschisten anfaßte, darüber im nächsten (abschließenden) Kapitel.

\*

Als die Reichsregierung Mitte April entschieden hatte, das Amnestieversprechen von Bielefeld *nicht* einzulösen, sondern die Justiz lediglich auf die „allgemeinen Rechtsgrundsätze“ hinzuweisen und um „verständige“ Prüfung der Straftatbestände zu bitten, hatte sie hinzugefügt, falls allerdings die Rechtsprechung allzu drakonisch ausfallen sollte, „würde die Sache neu zu prüfen sein“. Daraus wurde jedoch nichts, obwohl insbesondere Ebert und Reichskanzler Müller über die Urteilspraxis der außerordentlichen Kriegsgerichte ziemlich beunruhigt waren — nicht im Gedanken an die Verurteilten (wenigstens äußerten sie nichts dergleichen), sondern weil sie, wie Ebert sich ausdrückte, befürchteten, daß statt der erstrebten Beruhigung erneute heftige Mißstimmung entstehe, „die dazu ausgenützt würde, die kampfmüde... Arbeiterschaft erneut aufzuputschen“. Dabei hatten Ebert, Müller und führende SPD-Vertreter, die ähnlich dachten, vor allem den Wahlkampf für die Neuwahl des Reichstags im Blick. Auch die preußische Regierung, die mehrheitlich wenigstens eine Aufhebung des verschärften Ausnahmezustands und damit der außerordentlichen Kriegsgerichte wünschte (womit die noch anhängigen Verfahren an die ordentliche Justiz übergegangen wären), konnte sich gegen den erbitterten Widerstand der Mehrheit der Reichsregierung — angeführt von Innenminister Koch und energisch unterstützt von Oberpräsident Würmeling — nicht durchsetzen. Die Kabinetsmehrheit entschied am 20./21. Mai auch eine parlamentarische Machtprobe für sich. Die USP-Fraktion der Nationalversammlung brachte einen Antrag auf sofortige Aufhebung des Ausnahmezustands „in allen Teilen des Reiches“ ein und erhielt dafür die Mehrheit der Stimmen: die SPD einerseits, zumindest Teile der beiden oppositionellen Rechtsparteien andererseits, die einen Wahlkampf ohne Ausnahmezustand zu führen wünschten, stimmten dafür. Daraufhin erklärte Innenminister Koch, die Regierung verstehe den Antrag nicht als verbindliches Verlangen des Parlaments nach Artikel 48 Absatz 5 der Verfassung, sondern als unverbindliche Empfehlung. Die USP beantwortete das mit einem weiteren Antrag, der das Verhalten der Regierung als Bruch der Verfassung bezeichnete. Doch für dessen Einbringung bekam sie nicht mehr die nötigen Unterschriften zusammen, die angesprochenen Mitglieder der SPD-Fraktion verweigerten die Unterstützung — Innenminister Koch hatte im Kabinett mit seinem Rücktritt gedroht, falls sich die Regierung nicht auf seinen Standpunkt stelle, und Reichskanzler Müller gezwungen, die SPD-Fraktion in eiserne Fraktionsdisziplin zu nehmen.<sup>98</sup> Erst recht blieben alle außerparlamentarischen Proteste und Eingaben von Arbeiterorganisationen aus dem Ruhrgebiet (einschließlich der SPD), die teils die Aufhebung der außerordentlichen Kriegs-

gerichte, teils darüber hinausgehend eine allgemeine Amnestie forderten, wirkungslos.<sup>99</sup>

So blieb der Regierung nur übrig, das Instrument, auf dessen Gebrauch sie nicht verzichten mochte, wenigstens etwas abzustumpfen. Die in dieser Richtung unternommenen Versuche seien kurz aufgezählt: wiederholte Hinweise auf Milderungsgründe bei der Urteilsfindung; die Entsendung von zwei hohen Ministerialbeamten, anschließend die Entsendung eines besonderen Staatsanwalts ins Ruhrgebiet; die Herausnahme der geringfügigeren Delikte aus der Zuständigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte und die gleichzeitige Umbenennung der außerordentlichen Kriegsgerichte in „außerordentliche Gerichte“; schließlich eine Weisung des Innenministeriums an die Anklagevertreter, daß davon auszugehen sei, daß an sich strafbare Handlungen bis zum 2. April im guten Glauben begangen seien, rechtswidrige Angriffe von Kapp-Putschisten auf die Vertassung abzuwehren (dieser den Berliner Arbeiterorganisationen zugestandene Termin war wochenlang „vergessen“ worden, bis ihn der Reichskanzler erstmals am 15. Mai wieder gegenüber Innenminister Koch erwähnte).\*

Die Richter und Anklagevertreter der außerordentlichen Kriegsgerichte reagierten zunehmend empört. Während sie alle Weisungen des Wehrkreiskommandos wohlwollend entgegengenommen hatten, sprachen sie jetzt von „Eingriffen in die Unabhängigkeit der Justiz“; es sei eine „Zumutung“, Recht „nach irgendwelchen Anweisungen“ zu sprechen. Schließlich stellte eine Reihe von Anklagevertretern ihre Tätigkeit ein, und dann traten auch die Richter der außerordentlichen Gerichte Duisburg, Mülheim und Wesel in Streik. Nachdem sie von der Regierung hinreichend verbal beschwichtigt worden waren — um mehr handelte es sich bei dem Konflikt ohnehin nicht —, nahmen sie ihre Tätigkeit wieder auf. An der Urteilspraxis änderte sich durch die Weisungen und Maßnahmen der Regierung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, überhaupt nichts.<sup>100</sup>

\*

Weißer Terror und Ausnahmejustiz lasteten nicht nur auf den unmittelbar Betroffenen — den Angehörigen der Ermordeten, den Zusammengeschlagenen, den tierten und Verurteilten. Von der schleichenden Angst vor Denunzianten war schon die Rede. Viele hatten Angst um den Arbeitsplatz; zahlreiche Arbeitgeber kündigten jedem, der im Verdacht stand bzw. in den Verdacht geriet, bei der Roten Armee gewesen zu sein. Besonders schroff verhielt sich das Rheinische Stahlwerk in Duisburg-Meiderich. Nachdem sich Zivilkommissar Ernst Müller eingeschaltet hatte, stellte es zwar eine Reihe von Arbeitern wieder ein, ließ sie aber einen Revers unterzeichnen, der zweierlei beinhaltete: daß sie sich als neu eingestellt zu betrachten hätten und auf Ferien im laufenden Jahr verzichteten, und daß sie, falls ihnen strafbare Handlungen nachgewiesen und/oder sie für solche bestraft würden, unter Einbehaltung des Lohnes für sechs Arbeitstage sofort entlassen würden.<sup>101</sup>

\* Die mehr juristischtechnische Seite dieser Maßnahmen, die hier nicht interessiert, habe ich in einem Aufsatz in der „Kritischen Justiz“, 1972, Heft 2 und 4, dargestellt.

Hie und da regte sich freilich nach einiger Zeit auch wieder der Widerstand der Arbeiter. Als die Firma Thyssen & Co. in Mülheim zehn Arbeitern, die in der Roten Armee gewesen waren, kündigte, legte am 15. Juli die Belegschaft die Arbeit nieder, wobei sie sich besonders darüber erbot, daß ehemalige Reichswehrosoldaten ohne weiteres eingestellt worden waren. Die Direktion machte die Kündigungen rückgängig, so daß bereits am Mittag die Arbeit wieder aufgenommen wurde.<sup>102</sup>

Jedoch das war kein typischer Vorgang jener dunklen Wochen, sondern die Ausnahme. Charakteristisch dagegen war eine Verfügung zum Ablauf des 1. Mai, die Watter und Mehlich für die nachgeordneten Behörden herausbrachten:

„Versammlungen am 1. Mai sind zu gestatten, aber durch Beamte in Zivil zu überwachen. Über Ausführungen der Redner ist zu berichten. Umzüge sind mit der Maßgabe zu genehmigen, daß sie durch vorgeschriebene Straßen geleitet werden. Bei Vorschrift der Straßen ist auf Bedürfnisse des Verkehrs... Rücksicht zu nehmen...“<sup>103</sup>

## 8. Kapitel

### Nachgeschichte

„Es gibt ein Bild von Klee, das Angelus Novus heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, Westfalen Süd a) von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen, und seine Flügel sind auf Düsseldorf-West b) gespannt. Der Engel der Geschichte muß so aussehen. Er hat Anblick der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Düssel-dorf-Ost c) gegebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Kette von Düssel-dorf-Ost c) an. Er möchte wohl verweilen, stüchtes Ruhrgebiet ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, stüchtes Ruhrgebiet Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber stüchtes Ruhrgebiet / linker Niederrhein Sturm weht vom Paradies her, der sich in seinen Flügeln Düsseldorf / Wuppertal / Bergisches Land fangen hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schütten kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Ruhr, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerbau vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir den Fortschritt nennen, ist dieser Sturm.“

Walter Benjamin: Geschichtsphilosophische Thesen, in: Illuzi- onen. Ausgewählte Schriften, Frankfurt 1961, S. 272

### 1. Reichstagswahl, Amnestie, Folgeprozesse, Entschädigungen

Am 6. Juni wurde der neue Reichstag gewählt. Das wichtigste Wahlergebnis: drei Regierungsparteien, in der Nationalversammlung im Besitz von mehr als der Sitze, erhielten zusammen nicht einmal mehr die Hälfte der abgegebenen Stimmen. Die SPD fiel von 37,9 auf 21,6 % (die katastrophalste Wahlniederlage in ihrer ganzen Geschichte), die DDP von 18,5 auf 8,4 %, das Zentrum, das noch am besten halten konnte, von 19,7 auf 13,6 %.

Von den Verlusten der SPD profitierte in erster Linie die USP, in zweiter Linie die KPD, die sich erstmals auf nationaler Ebene zur Wahl gestellt hatte (die Wahl zur Nationalversammlung Anfang 1919 hatte sie in Naherwartung der Revolution boykottiert). Hier im einzelnen die Verluste der SPD, die Gewinne der USP und das erstmalige Wahlergebnis der KPD, und zwar im Reichsdurchschnitt einers im Ruhrgebiet speziell andererseits (die Ziffern geben — immer in % der

nen gültigen Stimmen — zuerst das Ergebnis von 1920, in Klammern da- r das Ergebnis der Nationalversammlungswahl vom 19. Januar 1919, eine tiefer die Differenz; Wk. bedeutet Wahlkreis):<sup>1</sup>

	SPD	USP	KPD
	21,6 (37,9)	18,8 (7,6)	1,7
	(-16,3)	(+11,2)	
	20,8 (41,3)	19,7 (5,1)	1,5
	(-20,5)	(+14,6)	
	13,5 (26,9)	13,8 (0,8)d	5,1
	(-13,4)	(+13,0)	
	10,0 (25,7)	32,8 (18,7)	1,2
	(-15,7)	(+14,1)	

SPD mußte im östlichen Ruhrgebiet, ihrer Hochburg, überdurchschnittliche Verluste hinnehmen. Ihre Verluste in den beiden anderen Wahlkreisen blieben dem Durchschnitt, weil bereits die Ausgangsbasis von 1919 relativ bescheidener war. Die USP erzielte in allen drei Wahlkreisen überdurchschnittliche Gewinne. In diesem Wahlkreis erzielte die KPD wiederum, national gesehen, zweites Ergebnis (hinter dem Wahlkreis Chemnitz-Zwickau, in dem sie 9,2 % der Stimmen kam).

Die gewählten USP-Kandidaten aus dem Ruhrgebiet befanden sich Oet- aus und Ernst. Ihr neuer Abgeordnetenstatus war möglicherweise der Grund dafür, daß die Voruntersuchung des Reichsgerichts gegen sie wegen Landes- und Verrats (oben Seite 346) stillschweigend eingestellt wurde.

\*

Am 6. Juni wurde der neue Reichstag gewählt. Das wichtigste Wahlergebnis: drei Regierungsparteien, in der Nationalversammlung im Besitz von mehr als der Sitze, erhielten zusammen nicht einmal mehr die Hälfte der abgegebenen Stimmen. Die SPD fiel von 37,9 auf 21,6 % (die katastrophalste Wahlniederlage in ihrer ganzen Geschichte), die DDP von 18,5 auf 8,4 %, das Zentrum, das noch am besten halten konnte, von 19,7 auf 13,6 %.

Von den Verlusten der SPD profitierte in erster Linie die USP, in zweiter Linie die KPD, die sich erstmals auf nationaler Ebene zur Wahl gestellt hatte (die Wahl zur Nationalversammlung Anfang 1919 hatte sie in Naherwartung der Revolution boykottiert). Hier im einzelnen die Verluste der SPD, die Gewinne der USP und das erstmalige Wahlergebnis der KPD, und zwar im Reichsdurchschnitt einers im Ruhrgebiet speziell andererseits (die Ziffern geben — immer in % der

gebiet mit Ablauf des 17. Juni aufgehoben.<sup>3</sup> Die außerordentlichen Gerichte (die Bezeichnung „Kriegsgerichte“ war wie erinnertlich aus Gründen der Kosmetik fallengelassen worden) fielen am 16. Juni ihre letzten Urteile,<sup>4</sup> dann gingen die noch anhängigen Verfahren an die ordentlichen Gerichte über.

Daß sich damit die Aussichten der bis dahin noch nicht Verurteilten nicht unbedingt verbessern, zeigen zwei Urteile aus Duisburg. Eine Frau, die in der „Tonhalle“, dem Zentralpunkt der Roten Armee in Duisburg, als Schreiberin tätig gewesen war, wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, ein Mann mit völlig untergeordneten Aufgaben (ebenfalls in der „Tonhalle“) erhielt vier Monate Gefängnis.<sup>5</sup>

Den Berg noch anhängiger Verfahren versuchten die Gerichte mit einem neuartigen Vorgehen abzutragen: Angeklagten, die vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden waren, schickten sie pauschal Strafbefehle über 6 Wochen Gefängnis zu, gegen die es dann die Möglichkeit des Einspruchs gab. „Diese Methode“, so kommentierte Ludwig im Reichstag bissig, sei zweifellos gegenüber der der Kriegsgerichte „etwas bequemer und billiger“.<sup>6</sup>

Für diejenigen aber, die in den überfüllten Gefängnissen und Zuchthäusern noch immer auf ihren Prozeß warteten, verlängerte sich die Qual ins Unabsehbare. Mitte Juli begannen die zweimonatigen Gerichtsferien, in denen nur unbedeutende Sachen erledigt wurden. Petitionen mit der Bitte, angesichts dessen wenigstens vorläufige Freilassungen vorzunehmen, blieben ohne Erfolg.<sup>7</sup>

Da kam plötzlich und unerwartet für die meisten — für die bereits Verurteilten wie für die noch nicht Verurteilten — die Rettung: die Diskussion um eine Amnestie geriet wieder in Fluß. Die Ursache lag darin, daß das Wahlergebnis die Konstellation der Parteien grundlegend verändert hatte.

\*

Nachdem die drei bisherigen Regierungsparteien die Mehrheit verloren hatten, wurde naturgemäß zunächst erwogen, die Koalition nach links oder rechts zu erweitern. Ein Sondierungsversuch der SPD bei der USP endete negativ: die USP wertete das Wahlergebnis als vernichtendes Urteil der Arbeiterschaft über die korrumpierende Koalition der SPD mit bürgerlichen Parteien, zog daraus für sich die entsprechende Konsequenz und kündigte eine konsequent-proletarische Opposition gegen die künftige bürgerlich geprägte Regierung an. Eine Öffnung der bisherigen Koalition nach rechts, d. h. die Einbeziehung der DVP scheiterte an der Haltung der SPD, obwohl sich Reichspräsident Ebert mit seinem ganzen Einfluß dafür einsetzte: die überwiegende Mehrheit der Fraktion fand ein Zusammengehen mit der stark von der Schwerindustrie geprägten DVP unmöglich (diese Einstellung änderte sich erst später). Daraufhin verzichteten Zentrum, DDP und DVP auf die Mitarbeit der SPD und bildeten eine Minderheitsregierung, d. h. sie exerzierten der SPD das vor, was diese im März gegenüber der USP unter Betonung ihrer demokratischen Prinzipien abgelehnt hatte (II, Seite 129). Am 25. Juni stand das neue Kabinett unter Führung von Reichskanzler Fehrenbach (Zentrum), die erste Reichsregierung, die auf die Duldung durch andere Parteien angewiesen war („Tolerierung“ lautete der Spezialaus-

druck, der nun bis zum Ende der Weimarer Republik zum parlamentarischen Alltag gehören sollte).

Man erinnere sich, daß die SPD, als sie noch die Regierung führte, die Unterstützung für einen Amnestieantrag der USP verweigert hatte (oben Seite 387 f.). Jetzt am 23. Juni, als feststand, daß sie in die Opposition gehen würde, beantragte sie bei der neuen Regierung die Vorlage eines „allgemeinen Amnestiegesetzes“, das „Straffreiheit entsprechend der Bielefelder Vereinbarung“ gewährte.<sup>8</sup> Zwei Tage später beantragte die USP-Fraktion eine Generalamnestie für alle „aus politischen Beweggründen“, insbesondere in Zusammenhang mit der Abwehr des Kapp-Putsches begangenen Straftaten; ausgeschlossen von der Amnestie sollten dagegen Straftaten sein, „die unmittelbar oder mittelbar zur Unterstützung des Kapp-Putsches gedient haben“.<sup>9</sup>

Am 5. Juli befürwortete Justizminister Heinze — DVP, also vom ganz anderen Ende des Parteienspektrums — den Erlaß einer Amnestie, wobei er in erster Linie mit den Problemen der Strafverfolgung der Kapp-Putschisten argumentierte.<sup>10</sup> Was hatte es damit auf sich?

Ende März hatte das Reichsgericht die Voruntersuchung gegen führende Akteure des Kapp-Putsches — an der Spitze Kapp, Innenminister Jagow, Hauptmann Pabst, Oberst Bauer — eröffnet und die entsprechenden Haftbefehle erlassen,<sup>11</sup> Anfang April hatte die Nationalversammlung die Aburteilung des Hochverrats und der mit diesem zusammenhängenden Straftaten ausschließlich in die Zuständigkeit der ordentlichen Justiz gestellt, in der Erwägung, daß die Militärgerichte, die normalerweise für die Aburteilung der Militärs zuständig gewesen wären, ihren Standesgenossen mit äußerster Milde begegnen würden.<sup>12</sup> Aber beide Maßnahmen hatten kaum praktische Konsequenzen gehabt. Bereits bei den amtlichen Steckbriefen fiel auf, daß auf ihnen die üblichen Fotos und Personenbeschreibungen fehlten,<sup>13</sup> und die Verfolgungsbehörden blieben untätig: General v. Lüttwitz z. B. hielt sich nach dem Zusammenbruch des Putsches noch etwa eine Woche lang in und bei Berlin auf und übernachtete sogar in seiner bisherigen Dienstwohnung, begab sich dann nach Schlesien und floh erst Ende April mit einem Dienstauto der Reichswehr nach Ungarn;<sup>14</sup> Kapp hielt sich mehrere Wochen lang bei befreundeten Großgrundbesitzern im Raum Berlin und Magdeburg verborgen, bis die Sipo ihn festnahm, jedoch keineswegs um ihn den Gerichten zu übergeben, sondern um seine Flucht zu organisieren — in offener Droschke durch Berlin zum Flughafen Tempelhof, von dort im bereitstehenden Flugzeug nach Schweden.<sup>15</sup> Auf einen Auslieferungsantrag verzichtete die Regierung mit der Begründung, bei einem Prozeß gegen Kapp sei ein erneutes Auflodern der politischen Leidenschaf-ten zu befürchten.<sup>16</sup> Hauptmann Pabst floh nach Österreich, wo er bald eine führende Stellung in der paramilitärischen reaktionären „Heimwehr“ erlangte.<sup>17</sup> Besonders spektakulär war der Fall des Kapitänleutnants Ehrhardt, der den Haftbefehl des Reichsgerichts inmitten seiner Truppe offen verhöhnte.<sup>18</sup> Ähnlich untätig blieben die Behörden gegenüber den Akteuren des Putsches in den verschiedenen Ländern und Provinzen. In derselben Zeit also, in der die Justiz Arbeiter massenhaft wegen Besitzes einer Waffe zu Gefängnis, ja Zuchthaus verurteilte, blieben Personen, die an der Spitze militärischer Verbände Regierungen

und ihre Beamten abgesetzt, verjagt oder gar gefangengesetzt hatten, unbehellig, und die evtl. gegen sie schwebenden Hochverratsverfahren kamen nicht über das Stadium der Voruntersuchung hinaus.

Die Frage war allerdings, wie lange diese himmelschreiende Parteilichkeit fortgesetzt werden konnte. Für den Justizminister wurden dabei die Widersprüche offenbar geradezu persönlich ibrigant. Heinze, ein integrier Verfechter strengen Legalitätsdenkens, war ein unzweideutiger Gegner des Kapp-Putsches gewesen,<sup>19</sup> aber damit eher untypisch für die Mehrzahl der DVP-Spitzenpolitiker, die zunächst nicht wenig Sympathie für den Putsch bekundet hatten, und die DVP als ganze wünschte keine scharfe strafrechtliche Verfolgung der Putschisten. Im Kabinett argumentierte Heinze mit der ungeheuren „Überlastung des Reichsgerichts“, bei dem augenblicklich 700 Verfahren gegen Kappisten anhängig seien — eine Zahl, die sich noch weiter vermehre —, und schob die Verantwortung dafür auf seinen Vorgänger Blundk, der es versäumt habe, die Strafverfolgung von vorn herein auf die Hauptakteure zu beschränken.<sup>20</sup> Andererseits war klar, daß, falls eine Amnestie erlassen werden sollte, diese nicht auf die Putschisten beschränkt werden konnte — das wäre weder im Reichstag durchsetzbar gewesen, in dem die Regierung keine Mehrheit hatte, noch hätte es sich draußen im Land vertreten lassen. Was speziell das Ruhrgebiet betraf, so dürfte der neuen Regierung das Verfahren ihrer Vorgängerin, eine Ausnahmejustiz einzusetzen und diese dann anschließend zu mäßigem Vorgehen anzuhalten, nach den gemachten Erfahrungen auch nicht mehr als der Weisheit letzter Schluß erschienen sein. Zwei Punkte waren es hier, die Heinze vor allem beunruhigten: die große Zahl der noch anhängigen Verfahren und die Überfüllung der Strafanstalten. Nach anfänglichem Widerstand u. a. von Innenminister Koch war das schließliche Ergebnis der Beratungen im Kabinett, daß Heinze die Genehmigung zu Verhandlungen mit den Parteien erhielt.<sup>21</sup>

Die bürgerlichen Parteien hatten schwere Bedenken gegen eine Amnestie: sie befürchteten eine weitere „Erschütterung des allgemeinen Rechtsbewußtseins“, wie sie seit 1918 zu verzeichnen sei (für sie war seit der Revolution die Welt nicht mehr in Ordnung). Als der SPD-Sprecher Dr. Radbruch in der abschließenden Plenardebatte die berühmte Formulierung prägte: „Amnestien sind Meilensteine der Revolution“, antwortete ihm der DVP-Sprecher Dr. Kahl: „Leichensteine, nicht Meilensteine!“ Nur widerstrebend beugte man sich allerseits der Übermacht der Gründe, die für eine Amnestie sprachen. Die SPD dagegen, die die Mitverantwortung für die Ausnahmejustiz trug, konnte hoffen, durch eine Amnestie wenigstens teilweise die Mißstimmung der Parteibasis abzubauen.<sup>22</sup> Andererseits mußte sie in den Fraktionsverhandlungen versuchen, die Amnestie nach der Seite der Kapp-Putschisten zu begrenzen. Sie war, wie Dr. Radbruch bei späterer Gelegenheit im Reichstag sagte, darum bemüht, „eine Formulierung zu finden, die einerseits nicht jeden kleinen Kapp-Leutnant von der Amnestie ausnimmt, andererseits aber doch auch nicht nur die höchsten Führer, nicht nur die Kapp und Lüttwitz selbst.“<sup>23</sup> Damit hatte sie freilich keinen befriedigenden Erfolg, wie sich gleich zeigen wird.

Der schließlich zustandegekommene Gesetzesentwurf der Regierungsparteien lau-

tete im entscheidenden § 1 (die im Original genannten Paragraphen des Strafgesetzbuchs sind im folgenden weggelassen):

„Für Straftaten, die zur Abwehr eines hochverräterischen Unternehmens gegen das Reich begangen worden sind, wird Straffreiheit gewährt.

Ferner wird Straffreiheit Personen gewährt, die an einem hochverräterischen Unternehmen gegen das Reich mitgewirkt haben, sofern sie nicht Urheber oder Führer des Unternehmens gewesen sind.

Straffrei sind auch Handlungen, die im Zusammenhang mit dem hochverräterischen Unternehmen oder seiner Abwehr begangen worden sind, sofern sie nicht lediglich auf Roberei, Eigenennutz oder sonstigen nichtpolitischen Beweggründen beruhen.

Von der Straffreiheit sind ausgeschlossen die Verbrechen gegen das Leben und die Verbrechen der schweren Körperverletzung, die Verbrechen des schweren Raubes und der Brandstiftung.“<sup>24</sup>

Die Formulierung „gegen das Reich“ in Absatz 1 und 2, die in einschränkendem Sinne gemeint war, war mit Rücksicht auf die bayrische Landesregierung und die hinter ihr stehenden Kräfte gewählt worden, die um keinen Preis die eingekerkerten Teilnehmer der Räterepublik von 1919 freigeben wollten. Definitivisch bestand der Trick darin, daß die Räterepublik als gegen das Land Bayern, nicht gegen das Reich gerichtetes Unternehmen bezeichnet wurde. Dazu ein zeitgenössischer Kommentar: „Schon unter der alten Reichsverfassung [von 1871] war es ein feststehender staatsrechtlicher und strafrechtlicher Grundsatz, daß der Versuch einer gewaltsamen Änderung der Verfassung eines Bundesstaates gleichzeitig einen Angriff auf die Reichsverfassung darstellt... Ein Gesetz also, das den Hochverrat in einem der deutschen Länder zu einer parnikularen Angelegenheit macht, verstößt in schwerster Weise gegen den Gedanken der Rechtseinheit des Reiches... Die Fassung des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 bedeutet die beschämende Anerkennung, daß der Hochverrat gegen Bayern zurzeit ein schwereres Delikt ist als der Hochverrat gegen das Reich.“<sup>25</sup>

SPD und USP forderten in einem gemeinsamen Abänderungsantrag, erstens die Worte „gegen das Reich“ im Entwurf der Regierungsparteien zu streichen. Zweitens sollte die einschränkende Formulierung in Absatz 2: „sofern sie nicht Urheber oder Führer des Unternehmens gewesen sind“ ersetzt werden durch: „Von der Straffreiheit ausgeschlossen sind die geistigen und militärischen Führer des hochverräterischen Unternehmens sowie diejenigen, welche als Inhaber eines höheren Staatsamts oder einer höheren staatlichen Kommandostelle sich dem Unternehmen angeschlossen oder ein solches Amt oder eine solche Kommandostelle zum Zwecke der Unterstützung des Unternehmens angenommen haben“. Drittens sollten aus dem Ausnahmekatalog in Absatz 4 die Delikte der schweren Körperverletzung und des schweren Raubes herausgenommen werden.<sup>26</sup> Dieser Abänderungsantrag wurde von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstags abgelehnt. Bei der Abstimmung über den Entwurf der Regierungsparteien enthielt sich die SPD-Fraktion der Stimme; scheitern lassen mochte sie ihn nicht. Damit war der zitierte Text Gesetz.

\*

Die Anwendung des Amnestiegesetzes lag in den Händen der Justiz; falls die Amnestierung eines Verurteilten bzw. die Einstellung eines schwebenden Verfahrens abgelehnt wurde, war Einspruch möglich. Würde die Justiz die große Chance nutzen, um einen Schlußstrich zu ziehen und den Versuch zu einem großzügigen Ausgleich zu machen?

Mitnichten — im Gegenteil, sie bekam es fertig, sogar bei dieser Gelegenheit die Gräben zwischen den Klassen zu vertiefen. Zwar wurde die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter und Arbeiterführer amnestiert, darunter solche, die bereits 1919 im Zusammenhang mit den revolutionären Bewegungen und Streiks verurteilt worden waren<sup>27</sup> (allerdings war die Frage, ob auch die Zehnherrn amnestiert werden, d. h. es kam vor, daß freigelassene Bergarbeiter von verschiedenen Zechen nacheinander abgewiesen wurden).<sup>28</sup> Aber die nicht wenigen Ausnahmen, die die Justiz machte, waren es, die das Bild bestimmten. Vor allem zwei Möglichkeiten, die das Gesetz bot, nutzte die Justiz zur Ablehnung der Amnestierung: indem sie den Begriff der sog. „gemeinen Verbrechen“ — „Roheit, Eigennutz oder sonstige nichtpolitische Beweggründe“ hieß es im Gesetz — als Ausschließungsgrund anwandte und indem sie den Begriff des „Führers“ sehr weit auslegte.<sup>29</sup> Das letztere wurde beispielsweise bei Anton Wild, dem Vorsitzenden des Duisburger Exekutivkomitees, praktiziert, der sogar zu einem „Führer der Anti-Kapp-Bewegung über das ganze Reich“ erklärt wurde.<sup>30</sup>

Bei den Kapp-Putschisten dagegen wurde der Begriff des „Führers“ äußerst eng ausgelegt. Amnestiert wurden beispielsweise: General v. Lettow-Vorbeck (kein Führer, da er sich nur an einem hochverräterischen Unternehmen in der Provinz beteiligt habe), Admiral v. Levetzow, Freikorpsführer v. Lützow, der Kieler Oberbürgermeister Lindemann (von Kapp zum Oberpräsidenten ernannt) usw. Selbst bei Ministern Kapps und bei fast allen Generälen wurde die Führereigenschaft verneint; nur bei neun Hauptakteuren hielt das Reichsgericht das Verfahren aufrecht. Insgesamt 775 nachweislich am Putsch beteiligte Offiziere wurden als bloße Mitläufer eingestuft.<sup>31</sup> Es stelle sich mithin heraus, so schrieb Gumbel damals ironisch, „daß der Kapp-Putsch keine Führer gehabt hatte“, und er konstatierte, daß keiner der Offiziere „Verantwortungsfreudigkeit genug“ besessen habe, um gegen die Bezeichnung des bloßen Mitläufers zu protestieren, obwohl die Verneinung der Führereigenschaft die Verneinung der Berufsqualifikation des Offiziers bedeute.<sup>32</sup> — Hinzu kamen Justizskandale wie der, daß Freikorpsführer v. Aulock, der der Anstiftung zum Mord in mehreren Fällen angeschuldigt wurde und eindeutig nicht amnestiert werden konnte, aus der Untersuchungshaft entlassen wurde und angeblich unauffindbar verschwinden konnte.<sup>33</sup>

Am 20. Januar 1921 brachten USP und KPD im Reichstag eine gemeinsame Interpellation ein, in der sie die Gerichtsurteile der letzten Zeit und dabei besonders die Anwendung des Amnestiegesetzes als „bewußte Rechtsbeugungen“ bezeichneten.<sup>34</sup> In der Plenardebatte über diese Interpellation rief der SPD-Sprecher Dr. Radbruch aus: „Das Amnestiegesetz sollte uns eine Entspannung bringen; es hat uns statt dessen weitere schwere Spannungen gebracht . . . Lettow-Vorbeck, Levetzow, Lindemann, Leute, deren Namen in aller Munde waren, sind keine Führer! Aber Führer sind eine gewisse Rosi Wolfheim und ein Herr

Kaldenberg mit 20 anderen Angeklagten, von denen gewiß noch niemand et- was gehört hat . . . Ich glaube, schließlich wird doch noch der Gesetzgeber im Sinne einer vollständigen, einer ausnahmslosen politischen Amnestie nach allen Seiten eingreifen müssen, um die unerträglichen Spannungen, die geschaffen worden sind, aus der Welt zu schaffen.“<sup>35</sup>

Ein Blick noch auf das weitere Schicksal der verbleibenden neun Hauptakteure des Kapp-Putsches, gegen die das Reichsgericht das Verfahren aufrechterhielt (ein zehnter kam später hinzu). Von ihnen konnten angeblich nur drei festgenommen werden: v. Jagow und zwei weitere Minister Kapps, v. Wangenheim und Schiele. Jagow und Schiele blieben gegen Hinterlegung einer Kaution von 500 000 bzw. 100.000 Mark von einer Untersuchungshaft verschont.<sup>36</sup> Das Verfahren fand schließlich im Dezember 1921 statt. Die drei Angeklagten argumentierten, beim Kapp-Putsch habe es sich keineswegs um Hochverrat gehandelt, sondern um den legalen Versuch, die Verfassung vor den Übergriffen der Nationalversammlung zu schützen, vor allem das in der Verfassung verankerte Recht des Volkes, den Reichspräsidenten selbst zu wählen, sicherzustellen. Das Urteil lautete für Wangenheim und Schiele auf Einstellung des Verfahrens (auch für sie wurde die Urheber- und Führereigenschaft verneint), für Jagow wegen Beihilfe zum Hochverrat auf 5 Jahre Festungshaft. Das außerordentlich milde Urteil brauchte er nicht voll zu verbüßen: er erhielt reichlich Gelegenheit, seine pommerschen Freunde in der Nähe der Festung zu besuchen, und nach drei Jahren wurde ihm der Rest der Strafe erlassen. Nach seiner Freilassung strengte er beim Reichsversorgungsgericht einen Prozeß wegen Nachzahlung seiner Pension an, den er gewann.<sup>37</sup> — Der in Schweden weilende Kapp beschloß nach dem Ausgang des Jagow-Prozesses, nach Deutschland zurückzukehren. Bei seiner Ankunft auf Rügen Anfang 1922 wurde er festgenommen. Er starb ein halbes Jahr später in der Untersuchungshaft an Augentuberkulose.<sup>38</sup> General v. Lüttwitz war vorsichtiger gewesen, indem er vom Ausland aus mehrere Anträge gestellt hatte, ihn gegen Hinterlegung einer Kaution von einer Untersuchungshaft zu verschonen. Nachdem der Oberreichsanwalt dies im April 1921 genehmigt hatte (die Kaution betrug 1/2 Mio. Mark), kehrte Lüttwitz nach Deutschland zurück.<sup>39</sup> Ein Prozeß blieb ihm dann ebenfalls erspart — offenbar mochte das Reichsgericht nur gegen Zivilisten verhandeln.

1925 wurden dann endgültig die Akten geschlossen: Hindenburg, zum zweiten Präsidenten der Republik gewählt, erließ eine Amnestie, die sich auch auf die Führer und Urheber des Kapp-Putsches erstreckte. Daraufhin wurden die noch schwebenden Verfahren eingestellt, die Haftbefehle aufgehoben.<sup>40</sup>

\*

Mit der Aufstandsbewegung im Ruhrgebiet war die Justiz nach der Anwendung des Amnestiegesetzes vom August 1920 nur zum Teil fertig; auch danach gab es noch jahrelang weitere Verfahren. Daß auch in diesen Verfahren die Urteile sehr wenig dem Ideal der blinden Justitia entsprachen, wird nicht mehr über- raschen.

Beginnen wir mit zwei Beleidigungsprozessen. Im November 1920 bezichtigte

der USP-ParteiSekretär Herwig öffentlich den Landjäger Hachmeyer, schuld am Tod des Bergmanns Hülsbusch zu sein (vgl. oben Seite 276). Daraufhin strengte Hachmeyer ein Verfahren wegen Beleidigung an, das er auch gewann; das Urteil lautete auf 100 Mark Geldstrafe gegen Herwig und Tragung der Gerichtskosten.<sup>41</sup> — Im Februar 1923 gewann General v. Watter vor einem Berliner Schöffengericht einen Prozeß gegen den „Vorwärts“-Redakteur Victor Schiff, der ihn der Unterstützung des Kapp-Putsches bezichtigt hatte; Schiff wurde wegen Beleidigung zu 10 000 Mark Geldstrafe bzw. zu einem Tag Gefängnis pro 150 Mark verurteilt. In Watters Aufrufen, hieß es in der Urteilsbegründung, werde nirgends „aktive Begünstigung“ des Putsches sichtbar; „nicht einmal der Vorwurf einer passiven Duldung“ könne gegen Watter erhoben werden.<sup>42</sup>

In der Regel handelte es sich jedoch um Strafprozesse mit Anklage auf Mord (der ja von der Amnestie ausgenommen war) und um Schadenersatzprozesse. Zweifelloß das größte Aufsehen erregte dabei ein Monsterprozeß vor dem Schwurgericht Essen, der sich mit den Ereignissen am Essener Wasserturm befaßte (I, Seite 290—293). Gleich nach dem Einmarsch der Reichswehr war in Essen und Umgebung nach den „Wasserturm-mördern“ gefahndet, waren Verhaftete mit größter Brutalität zu Geständnissen geprüßt worden. In die Maschen der Justiz gerieten zunächst 48 Personen. Von diesen fielen sieben im September unter die Kapp-Amnestie; weitere wurden danach freigelassen; übrig blieben schließlich 15 Arbeiter, die sich wegen Mord bzw. Aufreizung zum Mord verantworten mußten. Der Prozeß, der mehrere Demonstrationen provozierte, dauerte einen vollen Monat lang, und schon zu Beginn waren rund 200 Zeugen geladen. Man übertreibt nicht, wenn man sagt, daß hier die Justiz exemplarisch den verbrecherischen Charakter des ganzen Aufstands nachzuweisen suchte. Aber auch die Angeklagten waren verhältnismäßig gut gerüstet: drei sozialistische Rechtsanwälte aus der Region hatten die Verteidigung übernommen.

Der Prozeß wurde erst am 11. Februar 1921 eröffnet, nach neun- bis zehnmonatiger Untersuchungshaft der Angeklagten. Das war u. a. darauf zurückzuführen, daß der Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Hessel, erst zuletzt die von den Angeklagten immer wieder geforderte Gegenüberstellung mit den Belastungszeugen vorgenommen hatte. Auch sonst war sein Vorgehen denkbar scharf gewesen. Bei mehreren Angeklagten hatte er längere Zeit jeden Besuch selbst der nächsten Angehörigen untersagt. Geradezu skandalös war, daß er der Verteidigung bis zum Abschluß der Beweiserhebung (zehn Tage vor Prozeßbeginn) die Akteninsicht verweigert hatte mit der Begründung, die Angeklagten hätten mehrfach den Akteninhalt besser gekannt als er selbst, und diese Kenntnis könne nur durch die Verteidiger vermittelt worden sein; auch müsse generell bei „Sparkistenprozessen“ besonders vorsichtig verfahren werden. Eine Beschwerde auf Herausgabe der Akten wurde von der Strafkammer zurückgewiesen, und ebenso war nach Prozeßbeginn ein Antrag auf Vertagung (unter Hinweis auf mangelhafte Einarbeitung in die Akten) erfolglos. Die Anklage wurde pikanterweise von Staatsanwalt Weidenhaupt vertreten, der sich am Tage des Kappstreiches Staatsanwaltschafts öffentlich für die Putschisten erklärte hatte, sowie durch Staatsanwalt Richter, einen „verdienten“ ehemaligen Kriegsgerichtsrat. Der Gerichtsvorsitzende Bröker stellte sich durch seine Verhandlungsführung praktisch auf die Seite der

Staatsanwaltschaft. Drei Geschworene schließlich waren Mitglieder der Essener Einwohnerwehr gewesen, also Kameraden der Opfer. Ein Antrag der Verteidigung auf Feststellung der Befangenheit von Richtern und Geschworenen wurde gleichwohl abgelehnt.

Das Bestreben der Verteidigung, die politischen Zusammenhänge aufzurollen — die Stellung von Einwohnerwehr und Sipo zum Kapp-Putsch, die Einsatzbefehle, die Haltung von General Watter usw. —, wurde vom Gericht weitgehend unterbunden. Auf der anderen Seite kam aber auch die Anklagevertretung nicht zu ihrem Ziel. Es war für sie bereits schwierig, bei einem derart turbulenten Vorgang, wie er sich beim Wasserturm abgespielt hatte, die Angeklagten durch Zeugen als direkt bei der Tötung von Turmbesatzern beteiligt zu identifizieren. Sodann wurde sie auch noch von den meisten Belastungszeugen aus der Voruntersuchung im Stich gelassen: immer wieder kamen Aussagen, man könne die Angeklagten nicht wiedererkennen, müsse frühere Aussagen zurücknehmen, „die Antworten wurden mir bei der Untersuchung in den Mund gelegt“; vieles erwies sich als Ergebnis von Gerüchten, Erpressungen, teils sogar von Mißhandlungen; bei zwei Zeugen wurde die Zurechnungsfähigkeit bezweifelt; ein weiterer, ein Ingenieur, erwies sich als Spitzel auf eigene Faust, der mehrere Arbeiter freigehalten hatte, um schließlich belastende Aussagen zu erhalten usw. Besonders der Angeklagte Schlichter, ein Dreher aus Hattingen, verstand es vorzüglich, Belastungszeugen zu verunsichern und in Widersprüche zu verwickeln. Auch ein Radikalmittel, zu dem das Gericht schließlich griff, besserte die Situation nicht: nach dem Essener Adreßbuch wurden sämtliche Anwohner des Terrains als Zeugen vorgeladen (mit chaotischen Folgen für die Prozeßführung und für die Vorgeladenen). Hervorzuheben ist schließlich das Verhalten des Hauptbelastungszeugen, des Reichswehrspitzels Hans Tombrock (vgl. I, Seite 293). Tombrock war nach dem Aufstand zunächst verhaftet, jedoch bald wieder freigelassen worden. In der Voruntersuchung hatte er mehrere Angeklagte schwer belastet; umgekehrt häuften sich vor Gericht die ihn belastenden Aussagen. Bei Prozeßbeginn war er verschwunden; die Verteidigung setzte schließlich einen richterlichen Haftbefehl gegen ihn durch. Am sechsten Verhandlungstag erschien er vor Gericht. Hier erklärte er, er wolle seine Genossen entlasten, er könne deren Vorwürfe nicht ertragen und wolle die Verurteilung von Unschuldigen verhindern; in der Sache widerrief er alle entscheidenden Aussagen, die er gemacht hatte. Dieser Bruch mit seiner Spitzeltätigkeit — die er offen zugab — führte zu einer schweren persönlichen Krise: eine Woche später machte er kurz nacheinander zwei Selbstmordversuche. (Für die Staatsanwaltschaft unbrauchbar geworden, wurde er später in einem weiteren Prozeß wegen Beteiligung an den Wasserturm-Kämpfen zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.) Das eigentliche Fiasko der Staatsanwaltschaft begann, als sich durch zahlreiche Zeugenaussagen immer deutlicher herausstellte, daß die Dinge im entscheidenden Punkt anders lagen als in der Anklage behauptet: nicht wehrlose Gefangene, die sich bereits ergeben hatten, waren niedergemetzelt worden, sondern die Turmbesatzung hatte sich ihre Opfer selbst zuzuschreiben, nachdem sie zuerst die weiße Fahne gehißt, dann aber auf die herankommenden Arbeiter geschossen hatte. Staatsanwalt Weidenhaupt wagte es allerdings, dies in seinem Plädoyer als unerheblich hinzustellen; entscheidend sei allein, daß bei den bewaffneten Arbeitern

der Plan bestanden habe, die Turmbesatzung „kaltzumachen“ (eine ebenso unbewiesene Behauptung). Er beantragte für alle Angeklagten bis auf eine Ausnahme die Todesstrafe. Jedoch hier konnten Richter und Geschworene nicht mehr folgen: am 11. März wurden alle Angeklagten freigesprochen. Spethmann führt dieses Urteil auf den Druck der Demonstrationen während des Prozesses zurück — als ob jemals die Justiz der Weimarer Zeit vor solchen Aktionen zurückgewichen wäre und sich nicht vielmehr in ihrer politischen Haltung noch mehr verhärtet hätte.<sup>43</sup>

Wegen der Ermordung des Lohberger Zechendirektors Sebold standen vom 16. bis 21. März 1921 drei Lohberger Arbeiter — die Bergleute Grundmann und Müller und der Schlosser Jakobi — vor dem Duisburger Schwurgericht; sie befanden sich teilweise seit April 1920 in Haft. Das Bild, das der Prozeß entrollte, ist bereits im 1. Band geschildert worden (Seite 304—306). Die Zeugen hatten fast alle Sebold auf seinem letzten Gang gesehen, konnten jedoch keine bestimmten Angaben über die ihn begleitenden Personen machen; die Tat selbst konnte überhaupt nur anhand des Obduktionsbefunds rekonstruiert werden.\* Gleichwohl sprach das Gericht Grundmann und Müller schuldig (sie hätten Sebold „vorsätzlich, jedoch nicht mit Überlegung getötet“) und verurteilte sie zu je 5 Jahren Gefängnis; Jakobi wurde freigesprochen. Die Verurteilten legten Revision ein. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache wegen mehrerer Verstöße gegen § 60 der Strafprozeßordnung (Nichtvereidigung von Personen, die der Tat oder der Begünstigung verdächtig sind) an das Schwurgericht zurück. Dieses dehnte die Anklage jetzt auf den Lohberger Bergmann Anthe aus, der im März als Zeuge vernommen worden war. Ein zweites Verfahren vom 27. September bis 4. Oktober 1921, das keine weitere Aufklärung brachte, endete für Grundmann wiederum mit Freispruch. Das gemessen an der Schwere der Tat relativ geringe Strafmaß deutet auf die Unsicherheit der Geschworenen.<sup>44</sup>

Auch gegen Gottfried Karuseit, den Reichwehrspitzel in den Reihen der Roten Armee, wurde ein Mordprozeß geführt. Das Urteil lautete in erster Instanz auf Todesstrafe, in zweiter auf lebenslängliches Zuchthaus. Einzelheiten sollen uns später noch kurz, im Zusammenhang mit dem weiteren Lebensweg dieses Mannes beschäftigen.

Ging es dagegen um die Ermordung von Arbeitern, so war es bereits die absolute Ausnahme, wenn die Justiz überhaupt aktiv wurde. Im Fall der Ermordung von Gustav Heinrichs in Dortmund (oben Seite 371 f.) wurden die Täter verhaftet, jedoch beim Abrücken der Brigade Epp aus der Stadt wieder freigelassen.<sup>45</sup> Im

\* Eine inzwischen von Herrn Joachim Kersten, Dinslaken, aufgefundene weitere Quelle, ein nicht datierter Zeitungsartikel von Heinz van Kempen („Das dunkelste Kapitel aus der Lohberger Chronik“, zwischen 1928 und 1933 erschienen) gibt Veranlassung, anhand der dort beschriebenen Lokalisation den Obduktionsbefund neu zu überdenken. Danach erscheint es als möglich, daß Sebold von den Arbeitern getötet wurde, daß aber die Verstümmelungen auf die Reichswehr zurückgehen. Sowohl die nachträgliche Verstümmelung einer Leiche als auch die Art der Verstümmelungen würden zum allgemeinen Bild des Reichswehrterrors passen. Daß Sebold anders aussah als ein Arbeiter, spricht keineswegs gegen die angenommene Möglichkeit: der Haß der Freikorps gegen die fetten und satten Bürger ist vielfach belegt.

Fall der ermordeten Kanalarbeiter und des Lebensmittelhändlers Meis von Hamm-Bossendorf (oben Seite 274 f.) wurden die Namen der verantwortlichen Offiziere ermittelt; diese selbst waren aber angeblich nicht zu finden, und der Staatsanwalt stellte das Verfahren ein.<sup>46</sup> Zu Prozessen kam es überhaupt erst Jahre später, und zwar gemessen an dem, was geschehen war, äußerst selten.

In dem zeitlich ersten Verfahren ging es um die Erschießung der Arbeiter Rogowski und Bergmann auf dem Hof des Essener Rathauses (oben Seite 326). Leutnant Linzemeier, der „Gerichtsoffizier“ des Freikorps Roßbach, und Feldwebel Block, das ausführende Organ, wurden gefaßt und inhaftiert. Linzemeier wurde jedoch alsbald gegen eine Kaution wieder freigelassen; er setzte sich nach Saarbrücken, d.h. ins besetzte Gebiet, ab. 1924 stand Block vor dem Schwurgericht Bielefeld. Er wurde freigesprochen: er habe, hieß es in der Begründung, den Befehl eines Vorgesetzten ausgeführt, ohne dessen Ungesetzlichkeit zu erkennen (dabei bewiesen die Aussagen, die Block gemacht hatte, eher das Gegenteil). Gegen Linzemeier erließ das Gericht Haftbefehl. 1927 kam es an derselben Stelle gegen ihn zum Prozeß. Leutnant Roßbach erschien als Zeuge. Er erklärte unverfroren, vor jeder Verfolgung sich sicher fühlend: „Ganz gleichgültig, ob . . . ein Fluchtversuch vorlag oder ein Mißverständnis zur Erschießung führte, so war es meine Aufgabe, die Truppe zu decken. Deshalb ist es möglich, daß von mir später ein Fluchtversuch konstruiert worden ist“. Linzemeier bestritt, einen Erschießungsbefehl gegeben zu haben, Block — jetzt als Zeuge fungierend — blieb bei der gegenteiligen Aussage. Das Schwurgericht erkannte auf Totschlag mit mildernden Umständen (§ 213 des Strafgesetzbuchs) und sprach Linzemeier frei, und zwar unter Bezugnahme auf das Amnestiegesetz vom August 1920, in dem dieser Paragraph unter den Bestimmungen über Ausschluß der Amnestie nicht aufgeführt war (eine Gesetzeslücke also, aus der ein mehr als fragwürdiger Schluß gezogen wurde). Die mildernden Umstände lagen für das Gericht in Linzemeiers mehrjähriger Kriegsteilnahme, einer schweren Kriegsverletzung, seiner guten Führung sowie — als von außen hinzukommenden Faktoren — in der allgemeinen Erregung über die „Verbrechen der Roten Armee“ und im „Verhalten des einen (ihm) vorgeführten Gefangenen“. Gumbel kommentierte: „Daß ein zu Unrecht Verhafteter sich . . . wehrt, wird zum Grund dafür, daß derjenige, der ihn ermorden läßt, freikommt“. Eine Beschwerde der Staatsanwaltschaft wurde 1928 vom Oberlandesgericht Hamm zurückgewiesen.<sup>47</sup>

1926 mußte sich der Oberbefreite Lindenburger wegen der Ermordung der Arbeiter Witschel und Rösner im Essener Schlachthof (als angebliche getarnte „Spartakisten“, oben Seite 374) vor dem Essener Schwurgericht verantworten. Als Zeugen für das Bestehen und die scharfe Anwendung von Schießern traten die ehemaligen Freikorpsführer Schulz und Lützow auf. Lindenburger wurde freigesprochen.<sup>48</sup> Gar nicht erst zur Verhandlung kam wiederum ein Verfahren wegen der Erschießung des Arbeiters Markuse im Keller des Kaufmanns Waltenbauer in Recklinghausen (oben Seite 277), das 1926/27 gegen Waltenbauer und den Polizeibeamten Störbrock lief:<sup>49</sup> auf Antrag des Staatsanwalts wurde es eingestellt.<sup>50</sup>



In zwei Fällen — in dem des Bortroper Schlossers Borucki (Seite 370) und in dem der Borbecker Bergarbeiter Riesener und Lichtenauer (Seite 325 f.) — wurde immerhin der Militärfiskus zum Schadenersatz verurteilt.<sup>51</sup> Anders im Fall des Straßenbahnners Maurer aus Essen-West (Seite 370). Hier lehnte das Oberlandesgericht Hiamm 1921 eine Schadenersatzklage der Angehörigen gegen drei Mitglieder der Marinebrigade Loewenfeld ab, und zwar kostenpflichtig für die Kläger. In seiner Begründung berief es sich auf das preussische Gesetz von 1837 über den Waffengebrauch des Militärs, in dem es hieß: „Daß beim Gebrauch der Waffen das Militär innerhalb der Schranken seiner Befugnisse gehandelt habe, wird vermutet, bis das Gegenteil erwiesen ist“. Daß ein Loewenfelder bei der Verhaftung zu Frau Maurer gesagt hatte, sie „solle sich nur nicht so anstellen, der Mann komme nicht wieder“, schob das Gericht mit der Bemerkung beiseite, daß bei dieser Erklärung nicht feststehe, „in welchem Sinne sie abgegeben ist“. Und zu dem Attest eines Arztes, wonach die Leiche außer mehreren Schüssen in den Rücken einen Halsschuß schräg von vorn aufwies, hieß es in dem Urteil, es sei nicht auszuschließen, daß Maurer „sich auf der Flucht umgesehen und dabei diesen letzten Schuß bekommen“ habe.<sup>52</sup> — In der strafrechtlichen Verfolgung der drei Loewenfelder kam das Schwurgericht Essen 1926 zu einem Freispruch, nachdem sich zahlreiche Offiziere sehr lobend über sie ausgesprochen hatten.<sup>53</sup> Der Staatsanwalt legte Berufung ein, die jedoch vom Reichsgericht verworfen wurde.<sup>54</sup>

Daß Justitia längst keine Binde mehr über den Augen trug, sondern Täter und Opfer gut sortierte, zeigte sich besonders deutlich, als im August 1925 durch Zufall der Mörder des Grafen Westerholt (Schloß Sythen) entdeckt wurde. Georg Rehne, Angestellter einer Druckerei in Oldenburg, war zur Tatzeit Mitglied einer Reichwehreinheit gewesen und hatte sich mit geladenem Gewehr in den Borkenbergen herumgetrieben. Hier hatte ihn der Graf entdeckt, hatte ihm die Absicht des Wilderns unterstellt und ihn um seinen Namen gebeten. Rehne hatte dies verweigert und den Grafen gebeten, ihm keine Schwierigkeiten bei der Truppe zu machen, da er weiterdienen wolle. Der Graf hatte sich darauf nicht eingelassen und Rehne abgeführt, und zwar indem er diesen hinter sich hergehen ließ. Am 11. Dezember 1925 sprach das Schwurgericht Münster Rehne des Mordes schuldig und verurteilte ihn zum Tode. Die eingelegte Revision wurde am 25. März 1926 vom Reichsgericht verworfen. Eine Woche zuvor hatte das Schwurgericht Essen die Mörder des Straßenbahnners Maurer freigesprochen. Der Bergarbeiterschriftsteller Heinrich Teuber kommentierte:

*„Beide Getötete waren rüstige Männer und hinterließen eine Familie. Das eigentümlichste ist: jeder der Erschossenen trug in der Todesstunde einen grünen Grünrock Nr. 1 war der Straßenbahnner Maurer aus Essen, der Grünrock Nr. 2 der Graf Westerholt auf Schloß Sythen. Das Richteramt ist zwar ein schweres, aber auch ein schönes Amt. Das Recht zu finden und das Böse zu bestrafen ohne Ansehen der Person, muß etwas Erhabenes sein.“<sup>55</sup>*

Schließlich eine Serie von Verfahren, in denen es nicht um Mord ging. Die von Loewenfeldern zusammengeschlagene und vergewaltigte Maria Lippert fand erst

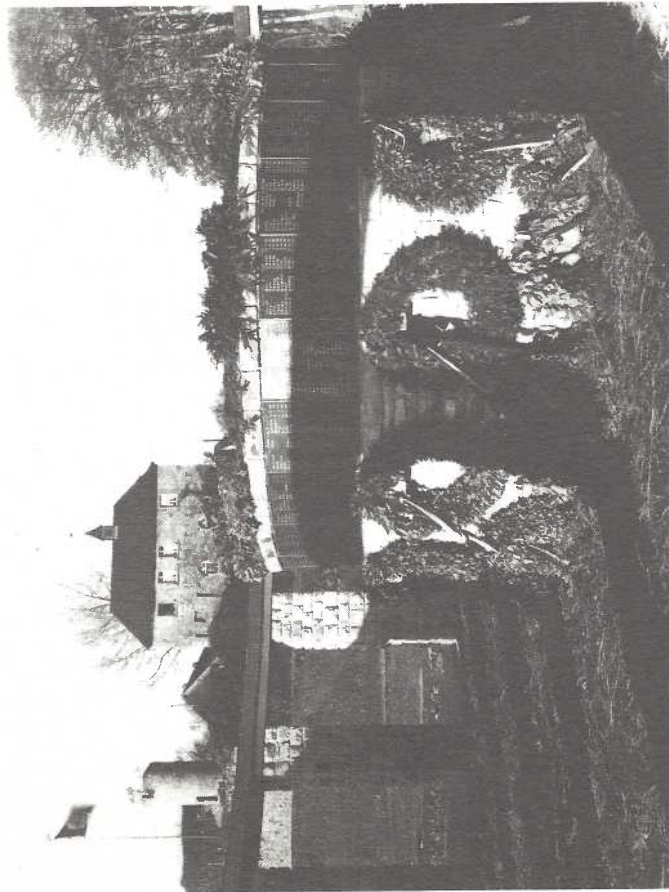
beim dritten Versuch einen Arzt, der zur Untersuchung und zur Ausstellung eines Attestes bereit war; sie mußte sich mehrmals operieren lassen und war auf Jahre hinaus arbeitsunfähig (vielleicht ist sie es bis an ihr Lebensende gewesen). Ein Strafverfahren gegen den Haupttäter, den Sergeanten Adler, kam erst nach mehreren Monaten zustande — zuletzt hatte man die unbequeme Klägerin loszuwerden versucht, indem man Antrag auf Landesverweis stellte. Adler, der die wesentlichen Punkte gestand, wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Hauptmann Arnauld de la Perrière, Adlers Bataillonskommandeur, richtete ein Gnaden-gesuch an das zuständige Kriegsgericht, da die Absicht bestand, Adler in die Reichswehr zu übernehmen. Ein anschließender Zivilprozeß gegen Adler und einen Mittäter mußte in Abwesenheit der beiden Angeklagten geführt werden: sie waren am hellen Tage aus dem Zentralgefängnis Münster entwichen, das sehr gute Sicherungen gegen Fluchtversuche hatte — ein Fall, in dem einem Arbeiter die Flucht aus einem Gefängnis gelang, ist nicht bekanntgeworden. Eine jahrelang sich hinziehende Schadenersatzklage gegen den Fiskus endete schließlich ebenfalls, wie wir sehen werden, mit negativem Ergebnis.<sup>56</sup>

\*

Hervorzuheben ist, daß die Terroropfer bzw. ihre Angehörigen überhaupt Schadenersatzprozesse anstrengen mußten. Das Bielefelder Abkommen hatte vorgesehen, daß Minister Giesberts „die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten“ beider Seiten im Kabinett vortragen sollte „mit dem Bestreben, daß die Kosten vom Reiche übernommen werden“. Faktisch wurde dann jedoch auch hier gut sortiert. Am 29. April erklärte Severing in der preussischen Landesversammlung, entschädigt würden alle Sipos bzw. ihre Hinterbliebenen und auch die Mitglieder der Reichswehr (bei letzteren drückte er sich etwas verklausuliert aus, vielleicht weil die Reichswehr Angelegenheit des Reiches war, vielleicht im Gedankan an die vielen Truppen, die am Kapp-Putsch teilgenommen hatten); die Arbeiter bzw. ihre Angehörigen dagegen müßten erst nachweisen, daß sie an Kämpfen teilgenommen hätten, „die wirklich nur die Aufrechterhaltung der Errungenschaften der Demokratie zum Zwecke gehabt haben“.<sup>57</sup> Daß der erste Teil von Severings Ankündigung (Entschädigung der Opfer bei Sipo und Reichswehr) realisiert worden ist, dürfte sicher sein. Klagen gab es lediglich bei der Essener Einwohnerwehr, die 18 Tote hatte, deren Angehörige nicht entschädigt werden konnten (die Führung der Wehr hatte entgegen der üblichen Praxis keine Kollektivversicherung abgeschlossen), und bei den Remscheider Zeitfreiwilligen, die

Am 12. Mai wurde dann noch von der alten Nationalversammlung — nicht zuletzt im Blick auf den Wahlkampf — ein „Gesetz über die durch innere Unruhen verursachten Schäden“ verabschiedet und von der Regierung im Etat zunächst mit 1 Milliarde abgedeckt, das in der Praxis fast ausschließlich dem Bürgertum und den Landwirten zugutekam. Zwar erkannte es Entschädigungsansprüche nur soweit an, als ohne Entschädigung „nach den Umständen das Fortkommen des Betroffenen unbillig erschwert würde“ (was an sich Ansprüche von Begüterten

ausgeschlossen hätte), jedoch sollte diese Bestimmung nicht engherzig ausgelegt werden. Auf der anderen Seite sollte das Verschulden eines Getöteten oder nachträglich Gestorbenen Entschädigungsansprüche ausschließen. Was hier eventuell noch offenblieb, wurde durch die Zusammensetzung der Entscheidungsinstanzen („Tumultschadensausschüsse“) entschieden: in diesen siebenköpfigen Gremien saß ein Vertreter der Arbeiterschaft neben solchen von Handel, Gewerbe, Handwerk, Landwirtschaft und der freien Berufe, der Vorsitzende mußte zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst befähigt sein.<sup>59</sup> So waren Entschädigungsanträge von Angehörigen eines Arbeiters, der aktiv am Kampf teilgenommen hatte und dabei getötet worden war (gleichgültig zu welchem Zeitpunkt), von vornherein aussichtslos.<sup>60</sup> Oft begründeten die Ausschüsse die Ablehnung damit, daß der Betreffende sich an einem hochverräterischen Unternehmen beteiligt habe (während umgekehrt wie erwähnt die Gerichte vielfach die Anwendung des Amnestiegesetzes mit der Begründung ablehnten, der Betreffende habe keine hochverräterische Handlung, sondern ein gemeinsames Verbrechen begangen).<sup>61</sup> Aussichtslos waren auch Anträge im Fall einer „Erschießung auf der Flucht“, wenn



„Die Anregung zur Errichtung des Denkmals hatte Lichtschlags ehemaliger Adjutant Heinrich Mahnkens auf dem Schlageter-Gedenktag in Düsseldorf im Mai 1933 gegeben“ (Seite 466)

Denkmal für die 1918–1920 im Ruhrgebiet gefallenen Freikorpsoldaten, Polizisten und Mitglieder der Einwohnerwehren in Burg Horst bei Steele, eingeweiht am 4. November 1934 (oben links die Hakenkreuzfahne)

die Tatsache des Mordes nicht gerichtlich festgestellt war. Genauso im Fall der ermordeten Kanalarbeiter von Hamm-Bossendorf: nach erfolglosen Verhandlungen der Baufirma mit dem Amt Marl wurden die Angehörigen an die Armenverwaltung der Heimatgemeinden verwiesen, von der sie jedoch ebenfalls abgewiesen wurden. Schon wenn es darum ging, die Massengräber wieder zu öffnen, um anhand der Leichenbefunde die berüchtigte „Erschießung auf der Flucht“ zu widerlegen, machten die Behörden Schwierigkeiten, wenn sie die Wiederöffnung nicht überhaupt verhindern wollten (so z.B. in Pelkum). Nur wo gerichtlich festgestellt war, daß ein Mord vorlag, gelang es gelegentlich in langwierigen Prozessen, Ansprüche gegen den Fiskus durchzusetzen. Aber auch hier mußte die Sache Anfang 1924 entschieden sein, sonst waren mit größter Wahrscheinlichkeit alle gerichtlichen Erfolge wieder zunichte. Jetzt wurde nämlich per Notverordnung (aufgrund eines Ermächtigungsgesetzes, dem die SPD zugestimmt hatte) eine Kommission eingesetzt, die alle noch schwebenden Verfahren endgültig zu entscheiden hatte. Die Mitglieder dieser Kommission wurden vom Reichsfinanzminister bestimmt, mit anderen Worten: hier entschied der Fiskus in eigener Sache, und zwar ohne Berufungsmöglichkeit.<sup>62</sup> Die Entschädigungsansprüche von Maria Lipfert z.B. wurden von der Kommission abgewiesen.<sup>63</sup>

Auch der Versuch der Gewerkschaften, den Arbeitern eine gewisse Entschädigung zu verschaffen, schlug fehl. Als die freien Gewerkschaften bei den Spitzenvertretern der Unternehmer eine Bezahlung der Streiktage anregten, fanden sie nicht nur kein Entgegenkommen, sondern bekamen besonders seitens der Schwerindustriellen (Stinnes, Vögler) heftige Vorwürfe wegen des Generalstreiks zu hören. Kein Wunder, denn allein der Ruhrbergbau hatte in der Zeit der Aufstandsbewegung nach eigenen Angaben einen Förderausfall von fast 3 Mio. Tonnen Kohle und rund 7 Mio. Mark Sachschäden (Beschlagnahmen und Zerstörungen); außerdem waren 5,2 Mio. Mark Bargeld auf den Zechen requiriert worden. Die Unternehmer versuchten die Sache der Regierung, diese umgekehrt den Unternehmern zuzuschreiben. Am Schluß stand eine lahme Empfehlung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft, „in diesem außergewöhnlichen Fall . . . eine weitgehende wirtschaftliche Beihilfe zu gewähren“. Besonders bezeichnend war der weitere Satz: „Auch dürfen die Streiktage nicht auf die Urlaubstage angerechnet werden.“<sup>64</sup>

Ein Ausnahmefall soll nicht unerwähnt bleiben: ein Gummersbacher Fabrikant spendete noch während des Aufstands 480 Mark für die Hinterbliebenen gefallener Arbeiter.<sup>65</sup>

Die Schadensbeträge, die die Gemeinden nach dem Aufstand zusammenrechneten, gingen in die Millionen; das besonders mitgenommene Dinslaken nannte 8 Mio. Mark.<sup>66</sup> Die mehrheitlich bürgerlichen Stadtverordneten von Bottrop und Gladbeck bewilligten gleichwohl je 10.000 Mark für die eingrückten Reichswehrruppen.<sup>67</sup> Teuer für die Stadt Dortmund wurde die Trennung von Polizeichef v. Heeringen, die aus politischen Gründen unumgänglich geworden war (darüber später). Die im Bielefelder Abkommen ausgesprochene Erwartung, daß das Reich den Kommunen alle durch die Unruhen entstandenen Schäden ersetze, erfüllte sich jedoch nur teilweise; anders als Bürgertum und Landwirte spielten

die Kommunen als Körperschaften ja auch im Wahlkampf keine Rolle. Im März 1921, also ein Jahr nach dem Geschehen, beantragten Reichstagsabgeordnete aus der Region, die sich von der USP bis zur DVP zusammenfanden, den Gemeinden die Kosten für die Ortswehren und für die Unterbringung und Verpflegung der Roten Armee aus Mitteln des Reiches zu erstatten.<sup>68</sup>

\*

1929 wurde durch eine höchstrichterliche Entscheidung die Gesetzeslücke geschlossen, die zwei Jahre zuvor vom Schwurgericht Bielefeld für den Freispruch von Leutnant Linzemeier genutzt worden war. Diesmal ging es um drei Fememörder einer rechtsradikalen Untergrundorganisation — darunter der berühmte Edmund Heines —, die wegen Totschlag verurteilt worden waren und daraufhin Revision beim Reichsgericht beantragt hatten, und zwar gestützt auf das Amnestiegesetz vom August 1920, in dem § 213 des Strafgesetzbuchs (Totschlag mit mildernden Umständen) in der Passage über Ausschluss der Amnestie *nicht* aufgeführt war. Das Reichsgericht verwarf den Revisionsantrag mit der wichtigen Begründung, das Gesetz von 1920 und alle folgenden Amnestiegesetze stimmten darin überein, daß Verbrechen gegen das Leben generell von der Amnestie ausgenommen seien; § 213 des Strafgesetzbuches betreffe keinen eigenen Sachverhalt, sondern nur die Umstände der Tat und sei daher nicht eigens im Gesetz von 1920 aufgeführt worden.

Ein hoher Richter der Weimarer Justiz, Senatspräsident Walter Grützner, zog sofort eine radikale Konsequenz aus dem Urteil — wenn das Reichsgericht einen Schlag nach rechts ausgeteilt hatte (ausnahmsweise), mußten Schläge nach links als Ausgleich folgen. In einer Denkschrift legte Grützner dar, daß nunmehr sämtliche Mitglieder der Roten Armee von 1920 einschließlich der Kampfleiter erneut unter Anklage gestellt werden müßten: sie alle seien „ohne weiteres dringend verdächtig, als Mittäter, Gehülfen, Anstifter etc. an Tötungsverbrechen beteiligt zu sein“. Ihre Amnestierung nach dem Gesetz von 1920 sei nach dessen Auslegung durch das Reichsgericht zu Unrecht erfolgt, und da auch die Taten noch nicht verjährt seien (20 Jahre für Mord, 15 Jahre für Totschlag), müßten jetzt die Strafverfolgungsbehörden nach dem Legalitätsprinzip umgehend aktiv werden, wenn sie sich nicht selbst strafbar machen wollten. Grützner gab eine Reihe von Hinweisen, wie die Rotgardisten nach so vielen Jahren noch zu fassen seien (verschiedenes Akten- und Archivmaterial, Auswertung der Bücher von Severing und Spethmann) und präsentierte daran anschließend Material, das er bereits selbst gesammelt hatte. Daraus sei zweierlei hervorgehoben: die Darstellung Spethmanns von den Vorgängen am Essener Wasserturm hatte er so verstanden, daß alle 40 auf der Gedenktafel verzeichneten Namen getötete Besatzungsmitglieder bezeichneten (vgl. I, Seite 290 f.), und die Erschießung von Markuse in Recklinghausen (s. oben Seite 277) bezeichnete er nach einem ihm vorliegenden Bericht als Tat von Rotgardisten.<sup>69</sup> Die geforderten Aktivitäten der Justiz wurden jedoch durch die Denkschrift nicht ausgelöst. Was sich 1920 nicht hatte realisieren lassen, war zehn Jahre später unter den Verhältnissen der Weimarer Republik auch nicht mehr möglich,

selbst wenn vielleicht mancher Staatsanwalt gerne gewollt hätte, und Grützner erwies sich als Außenseiter. Anders nach dem Sieg des Faschismus 1933. War die Teilnahme am Aufstand von 1920 in der Weimarer Zeit ein gesellschaftlicher Makel gewesen, den man vor Werksleitungen, Behörden usw. tunlichst verheimlichte, so war sie für das nationalsozialistische Regime geradezu ein Verbrechen, das das „Interesse“ von Polizei, Justiz und SA erregte.<sup>70</sup> Die fressende Angst der Betroffenen, die daraus folgte, lernen wir heute immer besser nachzuvollziehen.

## 2. Hinfalligwerden der Reformzusagen, Reduzierung der Reichswehr, Ersatz der Reichswehr durch Sipo

Bisher wurde die Niederlage der Arbeiter direkt dargestellt: Flucht ins Gebiet südlich der Ruhr, weißer Terror, Ausnahmejustiz, Ausbleiben jeder Entschädigung. Man kann sie aber auch sozusagen indirekt schildern, indem man auf das Schicksal jener Reformzusagen hinweist, die den Arbeitern auf dem Höhepunkt ihrer Machtführung gemacht worden waren.

Die Durchführung des Bielefelder Abkommens, so meinte etwa das Recklinghausener SPD-Blatt, sei „für die wirtschaftliche und politische Gesundung unserer Zustände“ absolut notwendig, und gegen den Widerstand des Zentrums und der noch weiter rechts stehenden bürgerlichen Parteien müsse jetzt der „parlamentarische Kampf“ aufgenommen werden.<sup>1</sup> Faktisch wurde über das Bielefelder Abkommen zunächst vom Militär entschieden, dann erst auch parlamentarisch — und zwar negativ.

Ein Kernstück des Abkommens war die Bildung von „Ordnungsausschüssen“ und die Aufstellung von „Ortswehren“, und zwar „aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung“ bzw. den Regierungsparteien und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten- und Beamtenstaff. Die Bildung einer Ortswehr kam aber natürlich nur in Orten zustande, die nicht bzw. noch nicht militärisch besetzt waren. Eine Ausnahme machte Wattenscheid, wo das Militär einer Ergänzung der kommunalen Polizei durch 15 Mann zustimmte, sogar unter Ein-schluß der USP; ein Antrag der KPD allerdings, die erklärte, „auf dem Boden der Verfassung zu stehen“, und daher die Zulassung zur Ortswehr forderte, wurde gegen die Stimmen der USP abgelehnt. Der Vertreter des Militärs äußerte in der entscheidenden Besprechung, die KPD habe „bisher mit Waffen gegen uns gekämpft“; ein gemeinsamer Sicherheitsdienst mit ihr wäre ein Pakt mit dem Feinde, dessen Einhaltung nicht sicher sei.<sup>2</sup>

Ordnungsausschüsse kamen dagegen nicht nur in den unbesetzten, sondern auch in einer Reihe von besetzten Orten zustande; in letzteren waren sie allerdings so gut wie funktionslos, da ihre im Bielefelder Abkommen vorgesehene Bestimmung, die Durchführung des Sicherheitsdienstes, entfiel. Zentrum und christliche Gewerkschaften versuchten in Orten, wo sie stark waren, unter Berufung auf das Bielefelder Abkommen USP, KPD und Arbeiterunion fernzuhalten.<sup>3</sup> Die größte Kraftprobe machten sie in Bochum, wo freie Gewerkschaften, Afa und SPD auch sofort zurückwichen; als das Zentrum dann jedoch auch noch den Vorsitz im Ordnungsausschuß verlangte, traf es auf Widerstand, und so kam kein Ordnungsausschuß zustande; weitere Verhandlungen wurden hinfällig, als auch hier Militär einrückte, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Zentrum diesen Ausgang durch sein Vorgehen hatte provozieren wollen.<sup>4</sup> In anderen Orten saßen dagegen Vertreter des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften neben USP-, KPD- und Unionsvertretern (so in Barmen, Elberfeld und Ronsdorf, in Düsseldorf und Kaiserswerth, in Bottrop, Wattenscheid

und Westenfild, in zwei von fünf Orten des Amtes Blankenstein, in Iserlohn und Menden, vorübergehend auch in Dortmund und Witten).<sup>5</sup> Manderorts (z.B. in Elberfeld) wurden Reibungen dadurch vermieden, daß USP- und KPD-Vertreter als freie Gewerkschaftler in den Ordnungsausschuß eintraten.<sup>6</sup> In Bottrop akzeptierte das Zentrum einen USP-Vertreter, nachdem dieser sich als Pazifist und Gegner der Aufstandsbewegung bezeichnet hatte.<sup>7</sup> Umgekehrt konnte die USP in Düsseldorf, wo sie sehr stark war, dem Zentrum eine Bedingung stellen: dessen Sitze, verlangte sie, müßten durch Arbeitervertreter besetzt werden.<sup>8</sup> In Wetter setzte man sich ausdrücklich über das Bielefelder Abkommen hinweg, indem man einen Allparteien-Ordnungsausschuß von ganz links bis ganz rechts bildete — um den „Frieden innerhalb unserer Stadt“ zu wahren, lautete die Begründung.<sup>9</sup>

Manche Orte richteten zur Klärung der Schwierigkeiten Anfragen an Severing. Dieser antwortete, KPD und Union seien auszuschließen; USP-Mitglieder seien als Vertreter der freien Gewerkschaften zuzulassen, als Vertreter ihrer Partei dagegen nur dort, wo die anderen Parteien damit einverstanden seien.<sup>10</sup> Von prinzipieller Bedeutung war, was Severing einer Delegation aus Buer gegenüber erklärte: Ordnungsausschüsse und Ortswehren seien nicht als „dauernde Einrichtungen“ gedacht, sondern nur als „Überleitung von den radikalen Aktionsausschüssen und Wehren zur Wiedereinführung der verfassungs- und gesetzmäßigen Körperschaften und Einrichtungen“; und was das Bielefelder Abkommen insgesamt betreffe, so sei es zwar „für die Regierung bindend“, aber um gütlich zu werden, müsse es noch im Reich und in Preußen parlamentarisch verabschiedet werden.<sup>11</sup>

Ein Versuch der USP, in der preußischen Landesversammlung die generelle Einrichtung von Ortswehren zu erreichen, scheiterte am Widerstand der übrigen Parteien einschließlich der SPD. Auf der anderen Seite wurden die alten Einwohnerwehren in Preußen aufgelöst (im Gegensatz zu anderen Ländern, wie wir noch sehen werden) bzw. dort, wo sie wie im Ruhrgebiet von den Arbeitern entworfen worden waren, nicht wieder ins Leben gerufen. Die preußische Regierung kam damit nicht nur den Entwaffnungsforderungen der Alliierten nach, sondern verarbeitete auch die Erfahrung, daß sich die Arbeiter im März in vielen Orten nicht zuletzt bei den Einwohnerwehren die Waffen geholt hatten, die sie zum Kampf gegen die Putschisten benötigten. Allerdings setzte die bürgerliche Mehrheit der preußischen Landesversammlung die fakultative Errichtung eines „Orts- und Flurschutzes“ durch, der in erster Linie für die agrarischen Regionen gedacht war — die Möglichkeit zur Schaffung eines neuen Repressionsinstrumentes, die besonders von den Junkern in Ostpreußen genutzt wurde.<sup>12</sup>

Auch für ein kommunales Sondergebilde wie das der Dortmunder „Sicherheitswehr“ (I, Seite 180 f.) war in der neuen Situation kein Platz mehr. Sie wurde nach der Aufstandsbewegung nicht wieder zusammengerufen und Ende April für aufgelöst erklärt.<sup>13</sup>

Ähnlich wie das Schicksal des Bielefelder Abkommens war das des Berliner 8-Punkte-Abkommens zwischen Gewerkschaften und Regierungsparteien. Am 13. April behaupteten die Spitzenorganisationen aller Gewerkschaftsrichtungen in einem Aufruf, die Regierung habe „die Einreihung von Arbeitern, Angestellten und

Beamten in die Sicherheitswehren sowie in die neu aufzustellenden Ortswehren . . . zugesichert“, und forderten ihre Unterorganisationen zur Auslegung von Einzeichnungslisten auf.<sup>14</sup> Daß dann jedoch keine Ortswehren aufgestellt wurden, haben wir bereits bemerkt, und bei der Sipo wurde jeder Bewerber zurückgewiesen, dessen sozialistische Gesinnung bekannt wurde.<sup>15</sup> Ein Ersuchen der Berliner Gewerkschaftskommission an die Reichsregierung, Gesetzentwürfe zur Durchführung des 8-Punkte-Abkommens vorzulegen, wurde ausdrücklich zurückgewiesen,<sup>16</sup> und als die Gewerkschaften am 4. Juni nochmals ihre Forderungen vortrugen, taktierten die Regierungsvertreter deutlich inhaltlich.<sup>17</sup> Verwirklicht wurde letztendlich nur ein einziger Punkt des Abkommens: die Wiedereinsetzung der Sozialisierungskommission, in der vor allem Vertreter der Unternehmer, der Gewerkschaften und der Wissenschaft saßen. Sie erwies sich wie 1919 faktisch als Mittel zur Beerdigung aller Sozialisierungspläne. Die Erörterung in der Kommission wurde sogleich auf den Bergbau eingeeengt. Ende Juli hatten sich die Kommissionsmitglieder gleichstark auf zwei Vorschläge zu dessen Neuorganisation gespalten, deren Inhalt nur angedeutet zu werden braucht (Verstaatlichung der Produktion/Verstaatlichung lediglich der Preisgestaltung); sie hatten ohnehin nur empfehlenden Charakter, und nach dem Ausgang der Reichstagswahl am 6. Juni und dem Ausscheiden der SPD aus der Regierung hatte keiner der beiden Vorschläge eine reale Chance.<sup>18</sup> Nach der Ermordung des ehemaligen Finanzministers Erzberger (Zentrum) durch rechtsradikale Terroristen im August 1921 wurden dann noch einmal Gewerkschaftsvertreter bei der Regierung vorgestellt und beklagten sich, daß das 8-Punkte-Abkommen Papier geblieben sei — eine hilflose Deklamation.<sup>19</sup>

Was schließlich aus der Forderung nach „Demokratisierung“ bzw. „Republikanisierung“ der Reichswehr wurde, die die gemäßigste Richtung im März erhoben hatte, soll im Zusammenhang mit der ganzen sowohl Reichswehr als auch Sipo betreffenden Neuregelung dargestellt werden.

\*

Am 10. April lief das Zusatzabkommen zum Versailler Friedensvertrag ab, wonach in der ganzen neutralen Zone (bis zur Schweizer Grenze) 20 Bataillone Infanterie, 10 Eskadronen Kavallerie und 2 Batterien Artillerie stehen durften. Am 8. April bat die Reichsregierung die Alliierten um Verlängerung bis zum 10. Juli, d.h. um drei Monate.<sup>20</sup> An diesem Tag betrug die Präsenzstärke der Reichswehr nach ihren eigenen Angaben im Ruhrgebiet 31 Bataillone, 14 Eskadronen und 29 1/2 Batterien (insgesamt 117 Geschütze) — besonders auffällig die enorme Stärke der Artillerie —, dazu 55 Minenwerfer und 9 Panzerwagen; in der restlichen neutralen Zone standen weitere 5 Bataillone und 4 Eskadronen.<sup>21</sup> Bis zum 11. April, also über den Ablauf des Zusatzabkommens hinaus, wurde diese Präsenzstärke sogar noch erhöht, was die Reichswehrführung ganz offen zugab<sup>22</sup> — alle internationalen Verpflichtungen des Reiches gleichgültig. Und zahlreiche Truppenteile warben zusätzlich noch Freiwillige — ein Zeichen, wie sehr sie sich als Herren im Lande fühlten. In Münster und im Münsterland wurden rie-

sige Plakate angeschlagen: „Westfalen! Landleute und Städter! Auf zum Kampf gegen den Antichrist! . . . Wollt Ihr warten, bis die Bolschewisten Euch einzeln ausplündern und abschlachten, Eure Frauen und Kinder schänden, Eure Gotteshäuser berauben und niederbrennen? . . . Seht nach Rußland! Fremdenberberschaft, Christenkeuschschaft, Leichenberge, Pest, Hungersnot . . . Der Einzelne ist wehrlos! Schließt Euch zusammen in der Reichswehr und den Zeitfreiwilligenverbänden!“<sup>23</sup> Das Freikorps Kühme empfahl sich in Dorsten mit der Mitteilung, es habe vor seinem Einsatz im Ruhrgebiet schon in Breslau „Unruhen“ unterdrückt.<sup>24</sup> (Vgl. hierzu II, Seite 143 f.) Das Freikorps Pfeffer inserierte in der „Dortmunder Zeitung“: „Die roten Truppen haben Fracksausen und gehen stifteten. Auf zum Kampfe gegen den roten Terror! Helft uns, den Bolschewismus schnellstens zu beendigen!“<sup>25</sup> Im Hotel „Vereinshaus“ in Essen ließ sich sogar ein Werber der Marinebrigade Ehrhardt nieder.<sup>26</sup>

Das an die Alliierten gerichtete Ersuchen um dreimonatige Fristverlängerung wurde von der Reichsregierung mit der Bitte verbunden, künftig nicht nach Truppeneinheiten, sondern nach Kopfstärke zählen zu dürfen. In einer weiteren Note wurde dies so begründet: die tatsächliche Stärke der Einheiten liege oft weit unter der normalen, jedoch könne die Zahl der Einheiten nicht durch Zusammenlegung vermindert werden, weil die Truppen aus dem ganzen Reich zusammengeholt worden seien und eine Zusammenlegung ihren inneren Zusammenhalt schwer gefährden würde. Außerdem benötige man für eine Polizeiaktion in dem dichtbesiedelten, unübersichtlichen Ruhrgebiet kleinere Einheiten mit so vielen Offizieren und Stäben wie möglich. Dem möglichen Gegeneinwand, daß bei Berechnung nach Kopfstärke nicht mehr nach Truppengattungen spezifiziert zu werden brauche und auf diese Weise etwa die Artillerie auf Kosten der Kavallerie vermehrt werden könne, begegnete die Reichsregierung offensiv: eine starke Artillerie sei deshalb notwendig, weil sie besonders einschüchternd wirke, wodurch viel Blutvergießen präventiv vermieden werden könne.<sup>27</sup>

Die ersten Reaktionen der französischen und der englischen Regierung waren kühl,<sup>28</sup> zumal beiden jetzt die endgültigen Berichte ihrer in Deutschland stationierten Kontroll- bzw. Besatzungsbehörden vorlagen, die übereinstimmend den Einmarsch der Reichswehr im Ruhrgebiet nachträglich für überflüssig erklärten.<sup>29</sup> Für größtes Entgegenkommen plädierte dagegen wiederum die Regierung der USA: „die Wiederherstellung der Ordnung“ habe absoluten Vorrang, erklärte sie.<sup>30</sup> Inzwischen begann die Reichswehr mit einem allmählichen Truppenabbau im Ruhrgebiet — als erste wurden die Zeitfreiwilligen abtransportiert bzw. unmittelbar entlassen — und tat dabei so, als sei nicht nur die Berechnung nach Kopfstärke, sondern auch die Verlängerung des Zusatzabkommens zum Versailler Vertrag bereits genehmigt.<sup>31</sup> Am 21. April, so behauptete eine weitere offizielle deutsche Note, sei durch die Reduzierung die erlaubte Gesamtstärke (rund 17.700 Mann) erreicht worden.<sup>32</sup> Das wurde dann allerdings von General Nollet namens der IMKK bestritten; u.a. waren 19 Sipo-Hundertschaften von der Reichswehr nicht mitgezählt worden.<sup>33</sup>

Die Entscheidung fiel auf der nächsten alliierten Konferenz in San Remo. Die Franzosen machten scharf gegen die von deutscher Seite beantragte Berechnung

nach Kopfstärke Front — die aktuelle Stärke einer Einheit sei nicht zu kontrollieren, und außerdem könnten unterbesetzte Einheiten als Kader dienen, die durch Zeitfreiwillige schnell auf normale Präsenzstärke zu bringen seien —, zeigten sich aber im übrigen kompromißbereit. Am 26. April bestimmte die Konferenz folgendes: Die Mainstädte werden wieder geräumt, sobald die über das Zusatzabkommen zum Versailler Vertrag hinausgehenden deutschen Truppen die neutrale Zone verlassen haben, was spätestens am 10. Mai geschehen sein muß; das Zusatzabkommen wird wie von Deutschland beantragt bis zum 10. Juli verlängert, jedoch mit Auflagen: bis zum 10. Juni Reduzierung der im Zusatzabkommen gestatteten Truppen auf die Hälfte, Ersatz der anderen Hälfte durch 5.000 Mann Polizeitruppen, bis zum 10. Juli dann Reduzierung der Truppen auf Null, Erhöhung der Polizeistärke auf endgültig 10.000 Mann (alle Ziffern verstanden für die gesamte neutrale Zone).<sup>34</sup>

Mit diesen Festsetzungen war der weitere Weg für die Reichsregierung vorgezeichnet, schwerwiegender noch: auch für die Reichswehrführung.<sup>35</sup> Diese hätte ein Festkrallen im Ruhrgebiet nicht vertreten können, denn der Preis — die Fortdauer der Besetzung der Mainstädte, dazu drohende weitere Repressalien, diesmal möglicherweise auch von seiten der Engländer — wäre zu hoch gewesen. So hatte es seine innere Logik, daß am selben Tag, als die Entscheidung von San Remo fiel, jener Mann entlassen wurde, der sich am hartnäckigsten der sich anbahnenden Entwicklung entgegengestemmt hatte: General v. Watter. Zweierlei hatte Watter in wiederholten Anläufen bei der Regierung nicht durchsetzen können: die Besetzung von Düsseldorf und der Region südlich der Ruhr, zumindest aber den unverminderten Verbleib der im Ruhrgebiet stehenden Truppen und den Fortgang der „Säuberungsaktion“. Auch der (nun schon üblich gewordene) Sturm von Bitt- und Drohtelegammen ziviler Stellen<sup>36</sup> hatte nichts genützt. Schließlich mußte Watter mit seinen Rücktrittsdrohungen Ernst machen, und diesmal fand er bei General v. Seeckt nicht nur keine Rückendeckung gegenüber der Regierung, sondern geriet mit ihm scharf aneinander.<sup>37</sup> Dieser Zusammenstoß entschied über sein Schicksal, nicht dagegen das, was Severing in seinen Erinnerungen betont: daß Watter offenkundig nicht „fest zur Regierung in seinen Standen“ habe. Ebenso falsch, aber aufschlußreich für Severing, wenn er Watters Entlassung vor allem auf den Einsatz der Freikorps Aulock, Rolsbach usw. zurückführt, deren Terror voraussehbar gewesen sei, wenn er weiter von totaler »politischer Blindheit« Watters spricht, und dann fortfährt: „Alles, was der General vom 13. März [an] getan, erschien jetzt wie eine einzige Kette von Mißgriffen, und in ihr der größte Knoten die Entsendung von Lichtschlag.“<sup>38</sup> In diesem mühsam gebremsten Durchbruch von Wut schimmert noch die Angst durch, die Severing in den Tagen des Kapp-Putsches in Münster ausgestanden hatte (I, Seite 100-104).

Es scheint, als habe Watter in seinen letzten Amtsstunden seinen Truppenführern nochmals freie Hand zur Überschreitung der von der Regierung gezogenen Grenzen gelassen. Am 24. und 25. April jedenfalls drangen kleinere Militäreinheiten überfallartig in Haslinghausen (15 km südlich der Ruhr) und in Orte des Landkreises Hagen (ebenfalls südlich der Ruhr) ein und verhafteten Arbeiter, darunter

in Wengern gezielt solche, die am Kampf gegen die Batterie Hasenclever (I, Seite 165-170) teilgenommen hatten.<sup>39</sup>

Ein in letzter Minute unternommener Versuch der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie, Watters Entlassung zu verhindern,<sup>40</sup> schlug fehl. Daraufhin drückte die Niederrheinische Handelskammer in Duisburg (Vorsitzender Paul Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte Oberhausen) ihre Erbitterung aus und behauptete: „Die Gefahr einer neuen roten Aufstandsbewegung wächst täglich“; man verlange, hieß es weiter, daß künftigt „das Urteil sachkundiger, besonnener und ihrer vollen Verantwortung bewußter Männer . . . ernstere Berücksichtigung findet als bisher“.<sup>41</sup> Der SPD-Abgeordnete Osterroth wiederum benutzte das Ereignis als Anlaß zu einer vollkommen unsinnigen Polemik gegen Braß: dieser habe trotz wiederholter Bitten das Anklagematerial gegen Watter (Haltung beim Kapp-Putsch usw.) nicht in Berlin vorgelegt; wäre dies geschehen, so wäre Watters Entlassung früher zu haben gewesen.<sup>42</sup>

Teile der SPD erhofften sich vom Abtreten des Generals eine wesentliche Beruhigung der Arbeiterschaft. Andere waren skeptischer und meinten, man müsse sich erst den Nachfolger genau ansehen.<sup>43</sup> Das war in der Tat der springende Punkt. Zum vorläufigen Nachfolger wurde Generalmajor v. Campe, bisher einer von Watters unmittelbaren Untergebenen, ernannt, endgültig wurde im Mai Generalmajor v. Lofberg, bisher Stabschef des Reichswehr-Gruppenkommandos II in Kassel, neuer Wehrkreiskommandant von Münster.<sup>44</sup> Lofberg hatte in den Tagen des Kapp-Putsches „Neutralität“ geübt, die noch eindeutiger war als diejenige Watters: er hatte in dauernder Telefonverbindung mit Lüttwitz in Berlin gestanden, jedes Vorgehen gegen die Putschisten abgelehnt und auf der anderen Seite das Kasseler SPD-Blatt verboten, als dieses die Truppen an ihren Treueeid für die Regierung erinnerte.<sup>45</sup> Sein Vorteil bestand jedoch darin, daß er im Ruhrgebiet ein Unbekannter war. — Watter hinterließ seinem Nachfolger einen schriftlichen Rückblick auf die Zeit seit dem Kapp-Putsch, der — ohne Übertreibung gesagt — den Eindruck von Verfolgungswahn hervorruft. Nicht etwa daß Seeckt ihn fallengelassen hatte, kommt darin zur Sprache, sondern an allen Hemmnissen und Niederlagen der letzten Wochen sind die Lügen und Verleumdungen, ist die Heimtücke von „Rot“ (Neutrum!) schuld: an den Verhandlungen von Bielefeld, an den Verzögerungen des militärischen Vormarsches, an der Wegnahme des Standrechts usw., und im Dunstkreis von „Rot“ befindet sich nicht nur die SPD („weich und haltlos wie immer“), sondern auch Severing („von rot inspiriert“ heißt es einmal über ihn).<sup>46</sup> Wesentlich an diesem Memorandum orientierte sich dann Hans Spethmann bei seiner Darstellung der Aufstandsbewegung. Lediglich eine Behauptung fehlt, die man nach der inneren Logik des Memorandums erwarten würde: daß auch Watters Entlassung auf Severing zurückzuführen sei. Später wurde jedoch auch dieses Märchen von militärischer Seite in die Welt gesetzt.<sup>47</sup>

Gleichzeitig mit dem Personenwechsel in Münster geriet die Frage der Besetzung der Region südlich der Ruhr erneut in die Diskussion. Auslöser war eine Initiative der Wuppertaler Industrie, die bisher einen Reichswehreinmarsch in ihrem Gebiet für eher schädlich erklärt hatte. Am 26. April richtete der Arbeitgeberverband des bergischen Industriebezirks ein Schreiben an den Reichskanzler, in dem diese

Haltung widerrufen wurde: die „bodenständige Arbeiterschaft“, auf die man sich bisher habe verlassen können, sei nicht mehr instande, Ruhe und Ordnung zu garantieren — „auswärtige und ausländische Agitatoren (haben sich) im bergischen Industriebezirk festgesetzt und bereiten . . . für die nächsten Tage einen anarchistischen Putsch vor“ (das bezog sich möglicherweise auf die Aktionen der von Reichwehrspitzeln verführten letzten Rückkehrer aus dem Lager Dellbrück).<sup>48</sup> Am 28. April trug der Elberfelder Textilfabrikant Frowein (vgl. oben Seite 77, 200), begleitet von Vertretern der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ und des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“, beim Reichskanzler auch mündlich die Forderung nach sofortigem Einmarsch der Reichswehr im Wuppertal vor; ein Generalstreik oder sonstiger Widerstand der Arbeiter sei, so erklärte er, nicht zu befürchten.<sup>49</sup> Am folgenden Tage machte Severing in der Preußischen Landesversammlung die Initiative der Unternehmer öffentlich bekannt und bezeichnete die Besetzung der Region südlich der Ruhr als „wahrscheinlich“ unumgänglich; als Begründung führte er Plünderungen und das Vorhandensein von Schwerverbrechern unter den Flüchtlingen an.<sup>50</sup> Die Reichswehrführung hatte sofort nach, unterstützt von einem Bericht eines preußischen Staatskommissars über angeblich katastrophale Verhältnisse in Remscheid; sie ließ beim Reichskanzler vortragen, die Besetzung der Region südlich der Ruhr müsse, um erfolgreich zu sein, noch vor der von der Regierung beschlossenen Truppenreduzierung in der neutralen Zone erfolgen.<sup>51</sup> Jedoch die Regierung entschied, daß lediglich Düsseldorf von der Reichswehr und Sipo besetzt werden solle — das war von der dortigen Industrie wiederholt gefordert worden —, und zwar sofort (womit der Nachfolger Wärters erreichte, was dieser nicht hatte durchsetzen können); in die übrige Region südlich der Ruhr dagegen sollte demnächst ausschließlich Sipo einrücken.<sup>52</sup> Daß der letztere Teil der Regierungsentscheidung ganz im Sinne Severings war, werden wir sehen. Am 3. Mai erfolgte, gegenüber den Alliierten diplomatisch abgesichert, die Besetzung Düsseldorfs.<sup>53</sup> Im übrigen wurde die Truppenreduzierung in der neutralen Zone jetzt zügig vorangetrieben; am 10. Mai waren die von den Alliierten genehmigten Ziffern erreicht.<sup>54</sup> Daraufhin räumte die französisch-belgische Besatzung am 17. Mai die fünf Mainstädte. Um gewalttätige nationalistische Demonstrationen, wie sie beim Einmarsch stattgefunden hatten, zu verhindern, nahm die Truppenführung fünf Prominente, darunter den Frankfurter Oberbürgermeister und den Polizeipräsidenten, vorübergehend in Geiselhaft.<sup>55</sup>

Für General v. Seeckt ging es in diesen Wochen, auch etwa bei seinem Zusammenstoß mit Watter, um weit mehr als um die Truppenverdünnung in der neutralen Zone: er realisierte jetzt seine neue Heereskonzeption. Sein Programm: Der Einmarsch der Reichswehr im Ruhrgebiet war der letzte — Beseitigung des Söldnersystems — Aufbau eines Berufsheeres mit langjähriger Dienstzeit, wie es vom Versailler Friedensvertrag vorgezeichnet war (lediglich die 100.000-Mann-Grenze betrachtete er noch nicht als definitiv).<sup>56</sup> Zur Durchsetzung dieses Programms innerhalb der Reichswehr boten die Probleme der neutralen Zone eine äußerst günstige Gelegenheit. Für Tausende von Freikorpsmitgliedern bedeutete es die Entlassung, und das hieß keineswegs in erster Linie ein materielles, sondern ein psychosomatisches Problem (für diese Männer stellte — siehe Klaus Theweleits

„Männerphantasien“ — die Truppe, der Kampf und das Töten die letztlich einzig mögliche Existenzform dar). Von überallher kamen Gerüchte über einen drohenden zweiten Militärputsch, vor allem aus den wechselnden Camps der Marinebrigade Ehrhardt und aus den ostelbischen Provinzen.<sup>57</sup> Die Arbeiterschaft lag derart am Boden, daß sie ein zweites Mal die tödliche Gefahr nicht hätte abwehren können. Aber dessen bedurfte es auch nicht, weil die Reichswehrführung hinter v. Seeckt stand; allerdings ließ sich bei der Auflösung der Freikorps nicht überall umgehen, daß Truppe nun doch auf Truppe schoß (was die Generäle beim Kapp-Putsch so sorgsam vermieden hatten).<sup>58</sup> Im Falle der Marinebrigade Loewenfeld mußte v. Seeckt persönlich ins Sennelager fahren, um den Offizieren die Notwendigkeit der Auflösung klarzumachen; dafür stellte er weitgehende Berücksichtigung beim Aufbau der neuen Reichswehr in Aussicht. Um bei diesem Beispiel zu bleiben: von den rund 8.000 Mann der Marinebrigade gingen rund 3.000 zur Reichsmarine (das war 1/5 von deren Gesamtstärke), rund 500 zur Sipo und rund 90 zum Reichsheer.<sup>59</sup> Viele Freikorpsmitglieder, die abgewiesen wurden oder nicht überwechseln wollten, gingen in den faschistischen Untergrund, sei es zur Entfesselung von neuen bewaffneten Kämpfen (wie sie dann vor allem im Grenzkrieg mit Polen in Oberschlesien stattfanden), sei es zum Aufbau von Terrororganisationen (etwa Kapitän Ehrhardt mit seiner „Organisation Consul“, die 1922 den Außenminister Rathenau ermordete).<sup>60</sup> Beim Aufbau des Reichsheeres und der Reichsmarine abgewiesen wurden in der Regel jene, deren republikanische Gesinnung bekannt war, mit Sicherheit aber jene Unteroffiziere und Mannschaften, die beim Kapp-Putsch den Gehorsam verweigert oder gar ihre putschistischen Offiziere für abgesetzt erklärt bzw. vorübergehend gefangen gesetzt hatten.<sup>61</sup> Die politische Rückendeckung für diese Säuberung im reaktionären Sinne bot ein Erlaß Eberts vom 1. April, in dem erklärt wurde, ein derartiges Vorgehen sei zwar aus der Erregung des Augenblicks verständlich, werde aber, wie überhaupt jede politische Betätigung in der Reichswehr, in Zukunft als „Vergehen gegen die Verfassung und die Gesetze“ geahndet.<sup>62</sup> Umgekehrt verliefen alle innermilitärischen Untersuchungen wegen Beteiligung am Kapp-Putsch letztlich im Sande (vorzeitige Pensionierungen waren das Äußerste).<sup>63</sup> Mit dieser Entwicklung waren Konzeptionen wie die des Generals Löffler (vgl. oben Seite 32) überholt, der in der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben hatte, das Versagen der Reichswehr gegenüber der Verfassung und die daraus resultierende „Feindseligkeit weiter Volksschichten gegen das Söldnerheer“ schließe aus, daß „für absehbare Zeit Reichswehr irgendwo beruhigend wirken“ könne; und da ein Söldnerheer nach außen „inmitten von Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht keine ausschlaggebende Rolle“ spiele, müsse die Konsequenz sein, die Reichswehr freiwillig „auf das niedrigste Maß (zu) beschränken“ (40-50.000 Mann) und „die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bis auf weiteres in die Hand der *Gemeinden* zu legen“.<sup>64</sup> Vor allem aber waren jene Kräfte in der SPD überrollt, die im März die Auflösung der Reichswehr abgelehnt und sich lediglich für deren „Demokratisierung“ erklärt hatten (vgl. ebenda): dieses Ziel war nur so lange erreichbar gewesen, als die bewaffneten Arbeiter ein Druckmittel dargestellt hatten, d.h. mit dem Kampf gegen die Aufstandsbewegung hatten sich jene SPD-Kräfte selbst den Boden unter den Füßen weggezogen.

1926 brachte die KPD im Reichstag nochmals einen Antrag ein, in dem sie die Auflösung der Reichswehr und ihren Ersatz durch eine Arbeitermiliz, für den Fall der Ablehnung des Antrags eine Reform der Reichswehr forderte: Wahl der Truppenführer durch Unteroffiziere und Mannschaften, Verbesserung des Besoldungsrechts, Abschaffung des Strafexerzierens und der Geldstrafen, Zuerkennung des Wahlrechts und des Rechts auf politische Betätigung usw.<sup>65</sup> Die große Auseinandersetzung von 1920 — Auflösung oder „Demokratisierung“ der Reichswehr — in die Form eines parlamentarischen Alternativantrags gekleidet: das nimmt sich wie eine Parodie auf die Aufstandsbewegung aus.

\*

Nach der Truppenverdünnung in der neutralen Zone, mit der die Wiederfreigabe der Mainstädte erreicht worden war, blieb noch der zweite Teil der alliierten Bestimmungen von San Remo zu erfüllen: die etappenweise Ersetzung der Reichswehr in der neutralen Zone durch Polizeitruppen. Das war die Stunde von Severing in seiner Eigenschaft als neuer preussischer Innenminister, der seit langem staatliche Polizei bei Einsätzen im Innern für geeigneter hielt als Militär: von der Flexibilität her, der Verhältnismäßigkeit der Mittel usw.<sup>66</sup> Dabei berührte er sich mit Geßler und Seeckt, die die neue Reichswehr — äußerlich entpolitisiert, ohne Vereins-, Versammlungs- und Wahlrecht — künftig nur noch im Notfall im Innern einsetzen wollten.<sup>67</sup> Bis Anfang Juni verlief alles, wenn auch gegen den Widerstand einzelner Freikorps,<sup>68</sup> nach den alliierten Vorschriften; nur in Düsseldorf, Mülheim und Wesel lag noch Militär.<sup>69</sup> Am Beispiel der Marinebrigade Loewenfeld haben wir allerdings eben gesehen, daß sich die Sipo, die zum Ersatz kam, zu einem erheblichen Teil aus den Freikorps rekrutierte, und zwar bis zu den höchsten Offiziersrängen;<sup>70</sup> was als Gesinnung der Sipo zuerst auffiel, war ihr Antisemitismus.<sup>71</sup> Neu besetzt wurde von der Sipo, wie von der Regierung unterschieden, die Region südlich der Ruhr, wobei das Militär die Transportsmittel stellte: am 14. Mai Hagen, am 18. Elberfeld und Barmen, am 27. Mai Remscheid und Lennep; die Leitung der Aktion hatte Oberpräsident Würmeling.<sup>72</sup> Tägliche Haussuchungen wurden jetzt auch hier das Übliche.<sup>73</sup> Die stolzen Erfolgsmeldungen über eingesammelte Waffen, die die Sipo herausgab,<sup>74</sup> gingen jedoch nicht hierauf zurück, sondern es handelte sich dabei um die Waffen, die die Aktionsausschüsse bzw. die Arbeiterwehren eingesammelt hatten. Die nach dem Bielefelder Abkommen bestehenden Ortswehren wurden aufgelöst, ebenso die Ordnungsausschüsse; lediglich den Elberfelder Ordnungsausschuß ließ man zur Vermeidung von Unruhe auf Bitten des Oberbürgermeisters noch einige Wochen lang bestehen.<sup>75</sup>

Daß dann in der zweiten Etappe, die am 10. Juli ablief, die neutrale Zone vollständig vom Militär geräumt sein mußte, scheint bei verschiedenen Stellen so etwas wie Urangelegt zu haben. Am 26. Mai forderte General v. Lossberg auf einer Konferenz der Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebiets, daß bei den Alliierten beantragt werden solle, die halbierte Truppenstärke als endgültige zu genehmigen;<sup>76</sup> am 5. Juni beantragte das Reichswehrministerium bei der Reichsregierung die Aufnahme von diplomatischen Ver-

handlungen wegen einer erneuten Fristverlängerung; drei Tage später folgte eine Eingabe des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“, in der die Sipo als für die Sicherung des Ruhrgebiets unzureichend bezeichnet wurde — aus dem Innern des Reiches herangezogene Truppen würden zu spät kommen, da im Falle eines Aufstandes „mit Bahnzerstörungen und Bahnstreiks in höherem Maße als bisher zu rechnen“ sei, und daher müßten „Angriffstruppen in Düsseldorf, Wesel und Mülheim“ liegen. Der Reichsverband empfahl eine Kontaktaufnahme mit französischen Wirtschaftssachverständigen, bei denen eher auf Verständnis zu hoffen sei als bei der französischen Regierung. Am 19. Juni bat die Reichsregierung in einer offiziellen Note die IMKK um eine Fristverlängerung. General Nollet lehnte in knapper Form ab.<sup>77</sup> Die definitive Entscheidung fiel auf der nächsten Konferenz der Alliierten.

Diese Konferenz, die unter Zulassung von deutschen Vertretern vom 5. bis 16. Juli in Spa (Belgien) stattfand, nahm einen Ausgang, der einen deutschen Publizisten zu dem Urteil veranlaßte, jetzt habe das Reich endgültig den Krieg verloren. Die Darlegungen Geßlers, der ein Heer von 200.000 Mann angesichts der innenpolitischen Lage Deutschlands als Minimum bezeichnete, fanden ebensowenig Gehör wie ein Antrag Seeckts, der für die Verminderung auf 100.000 Mann eine Frist von 15 Monaten anbot; bestimmt wurde eine Frist von 6 Monaten, unterteilt in zwei Etappen, in der die Heeresverminderung durchzuführen war. Gleichzeitig wurde die vollständige Entwaffnung der Zivilbevölkerung vorgeschrieben. Hierfür sollte in der neutralen Zone während der ersten Etappe, die am 1. Oktober ablief, noch Militär stehen dürfen, und zwar in einer von der IMKK festzusetzenden Stärke. Weitere Punkte betrafen u.a. die Ablieferung des Heeresgeräts und die Größe der zurückzubehaltenden Materialreserve. Für etwaige Nichterfüllung dieser Bestimmungen wurde die Besetzung deutschen Territoriums angedroht.<sup>78</sup>

Der die neutrale Zone betreffende Punkt wurde deutscherseits pünktlich eingehalten, d.h. Ende September wurden die letzten Reichswehreinheiten abgezogen.<sup>79</sup> Anders bei der Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Dieser Punkt bedeutete u.a., daß die Einwohnerwehren aufgelöst werden mußten. Das führte zu äußerst scharfen Spannungen zwischen der Reichsregierung und der bayrischen Landesregierung, die zunächst auch die Regierungen von Baden, Württemberg, Hessen und Sachsen auf ihrer Seite hatte. In Bayern waren die Einwohnerwehren nicht von den Arbeitern entworfen worden, sondern hatten im Gegenteil eine aktive Rolle beim Quasi-Staatsstreich v. Kahr's (II, Seite 159) gespielt und waren eine der Hauptstützen des neuen Regimes. Im Kampf um die Erhaltung der Einwohnerwehren ging Bayern bis an die Grenze der Separation vom Reich. Auch als am 8. März 1921 Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort von den Alliierten besetzt und wirtschaftliche Sanktionen gegen das Reich verhängt wurden, gab Bayern noch nicht nach; erst ein weiteres Ultimatum der Alliierten zwang es zur Auflösung der Einwohnerwehren (Ende Juni 1921). Der größere Teil der Waffen wurde jedoch nicht abgeliefert, sondern versteckt.<sup>80</sup>

Die Stärke der für die neutrale Zone genehmigten Sipo konnte deutscherseits in langwierigen Verhandlungen von 10.000 auf 20.000 Mann erhöht werden (Gesamtstärke für das Reich: 150.000 Mann). Das Mißtrauen der Alliierten richtete



sich auf den inneren Aufbau und die Kasernierung der Sipo; auch die Übernahme vieler Freikorpsmitglieder legte den Verdacht nahe, daß hier ein gleichwertiger Ersatz für aufgelöste Reichswehreinheiten geschaffen wurde. So setzten die Aliliierten vor allem durch, daß die Sipo die schweren Waffen abgeben mußte. Im Oktober 1920 wurde die Sipo in „Schutzpolizei“ (abgekürzt „Schupo“) umbenannt, was aber für die Arbeiter an ihrem Charakter als Bürgerkriegsarmee nichts änderte.<sup>81</sup>

### 3. Polemik, Selbstrechtfertigungen, Lernversuche

Große revolutionäre Bewegungen setzen immer Hoffnungen und Sehnsüchte frei, die über ihre äußeren Möglichkeiten hinausgehen. Auch wenn sogar fast alle Ziele erreicht werden, die sich die Bewegung offiziell gesteckt hat, bleibt dieser Überschuß unerfüllter Wunschproduktion. Um wieviel größer und schmerzhafter, ja Menschen zerbrechend die Enttäuschung, wenn die Bewegung in einer so furchtbaren Niederlage endet wie 1920, wo die Verhältnisse unter dem weißen Terror schlimmer wurden als alles zuvor Erlebte! Es ist natürlich, daß in einer solchen Situation nach Schuldigen gesucht wird. Aber es scheint, als ständen Parteiführer unter einem besonders starken Rechtfertigungszwang, und bei dem Konkurrenzverhältnis, in dem Parteien untereinander stehen, ist von vornherein klar, wo die Schuldigen gesucht werden: bei den jeweils anderen. Dieser Aspekt der Aufstandsbewegung von 1920 ist wohl der deprimierendste, und nur mit Widerstreben nähert man sich ihm. Das Ausmaß der Parteipolemik ist erschreckend. Die Solidarität in der Niederlage — ohnehin eines der schwierigsten Dinge, die es gibt — wurde dadurch furchtbar erschwert.

Beginnen wir mit den beiden Parteien, die die Bewegung voll bejaht und wesentlich mitgeprägt hatten: mit der USP und der KPD.

Die Hagerer USP-Führer Ernst und Ludwig warfen der KPD vor, bei der Freikämpfung des Industriegebiets von Militär und Sipo keine nennenswerte Rolle gespielt zu haben, dann aber mit Führungsansprüchen hervorgetreten zu sein; auf ihr Betreiben sei der Essener Zentralrat gebildet worden — „mitten im Kampfe eine vollständige Umschaltung des Apparates“, der dann natürlich „nicht einwandfrei funktionieren konnte“. Die Mülheimer Kommunisten hätten mit Unterstützung der Essener und Duisburger den Angriff auf Wesel unternommen, der wegen der völlig ungenügenden Ausrüstung mit Artillerie zur voraussehbaren Niederlage geführt habe, und sie hätten die Durchführung des Bielefelder Abkommens torpediert, das unter den gegebenen Umständen das Maximum des Erreichbaren gewesen sei. Auch der Essener Zentralrat habe in dieser Richtung gewirkt, indem er nach dem Bielefelder Abkommen „neue Forderungen formuliert“ habe.<sup>1</sup> Eine Funktionsärskonferenz des USP-Bezirks Niederrhein nannte die Essener Konferenz vom 25. März, auf der der Zentralrat eingesetzt wurde, „unkontrollierbar zusammengekommen und zusammengesetzt“, und kritisierte an der Tätigkeit des Zentralrats, daß sie sich „im wesentlichen in theoretischen Diskussionen“ erschöpft habe.<sup>2</sup>

Anderer USP-Führer — Teuber, Braß — lehnten solche harten Urteile ab: Teuber mit dem Argument, daß man in Bochum mit den Kommunisten gut habe zusammenarbeiten können, Braß mit dem Hinweis, daß in der KPD ein „Klärensprozeß“ im Gange sei.<sup>3</sup> Stern verteidigte die Tätigkeit des Essener Zentralrats in Bausch und Bogen: dieser habe „trotz seiner viel zu spät erfolgten Gründung wenigstens etwas Einheitlichkeit in die Bewegung“ gebracht, und zwar „in einem Augenblick, in welchem die Gefahr eines Chaos außerordentlich groß war“, und dann habe er sich bemüht, „einen für die Arbeiterschaft befriedigenden Abbau der ganzen Bewegung herbeizuführen“. Hier zeichnete sich bereits

ein Ergebnis der Spaltung der USP ab, die ein halbes Jahr später erfolgte: Teuber, Braß und Stern gingen mit dem linken Parteiflügel zur KPD, doch während die beiden ersteren bald mit der neuen Partei in Konflikt gerieten, entwickelte sich Stern zu einem jener „Neukommunisten“, die durch absolute Linientreue ihre USP-Vergangenheit zu bewältigen suchten.

Der schärfste Angriff auf die KPD aus dem Lager der USP wurde — wie kaum anders zu erwarten — in Duisburg formuliert. Hier warf der Metallarbeitersekretär Helbig dem von Wild und Koch geführten „Exekutivkomitee“ vor, ihm habe man den Einmarsch der Reichswehr zu verdanken (eine indirekte Selbstrechtfertigung Helbigs, s. oben Seite 266 das von ihm mitunterzeichnete Telegramm an die Regierung). Sein Parteifreund Schiller (ebenfalls Gewerkschaftssekretär) widersprach: die Illegalisierung der KPD „habe erst den Boden geschaffen, auf dem ein Koch und Wild gedeihen konnten“; er forderte die Duisburger Arbeiter auf, künftig „keine hergelaufenen Leute mehr an die Spitze (zu) lassen“.<sup>5</sup>

Umgekehrt die Polemik der KPD gegen die USP: der „Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Proletariatsmassen“, ausgeführt von „Feiglingen vom grünen Tisch“ (den Bielefelder Unterhändlern) — so im Essener KPD-Blatt;<sup>6</sup> „selbständige Politik der rechten USP“ unter Führung von Ernst mit der Folge, daß „alle Versuche unserer Essener Genossen, die Macht und die Kraft des Proletariats zusammenzufassen, scheiterten“ — so im Bericht der KPD-Bezirksleitung an die Berliner Parteizentrale;<sup>7</sup> syndikalistisches Gedankengut in Form des Gedankens, „bei einem Einmarsch von Regierungstruppen die Bergwerke in die Luft zu sprengen“, sowie nationaler Verrat in Gestalt des wiederholt geäußerten Planes, die Alliierten um Besetzung des Ruhrgebiets zu bitten — so in einer Darstellung Piecks im Organ der Kommunistischen Internationale;<sup>8</sup> und schließlich ein besonders langes Register in einer Broschüre Düwells, die einige Monate später von der KPD-Bezirksleitung herausgegeben wurde: bei den Hagener USP-Führern Zusammengehen mit Bürgerlichen, Teilnahme am „Verrat“ von Bielefeld, Kapitalulantentum, bei den Elberfeldern Illusionen verbreitender Wortradikalismus, insgesamt bei der USP eine von den Massen abgehobene Führerpolitik, aus „parteilichtiger Engherzigkeit“ keine Willensbildung aus den Betrieben heraus mittels Wahl politischer Arbeiterräte, Mangel an Einsicht in die Bedingungen der Führung einer revolutionären Bewegung, Zusammengehen mit der verräterischen SPD.<sup>9</sup>

Hinzu kam die Kritik am Verhalten der USP auf nationaler Ebene. Düwell: Die Parteiführung der USP habe zum Abbruch des Generalstreiks in Berlin „grade im kritischen Augenblick“ aufgerufen, „als das Proletariat im Ruhrrevier der Außenhilfe dringend bedurfte“.<sup>10</sup> Clara Zetkin: Schuld am enttäuschenden Ausgang der Kämpfe im Reich seien neben der SPD-Führung und den Gewerkschaften die rechten USP-Führer, die ihre Partei „auf Gedeih und Verderb“ an Gewerkschaften und SPD gekoppelt hätten, und die linken USP-Führer, denen es an „revolutionärer Erkenntnis und Energie“ mangle.<sup>11</sup> August Thalheimer: Ende März habe die KPD bei den Berliner Betriebsräten „mit aller Macht auf die Wiederaufnahme des Generalstreiks“ zur Unterstützung des Ruhrproletariats gedrängt, sei aber am Widerstand des linken USP-Flügels gescheitert (in diesem

Zusammenhang kein Wort über die beiden Zentralratsdelegierten Eckardt und Pieck).<sup>12</sup>

Nebenbei bemerkt: diese Polemik zwischen KPD und USP wurde zu einem Zeitpunkt geführt, wo die KPD-Organisation im Ruhrgebiet nach ihrer eigenen Aussage durch den weißen Terror „fast vollständig zertrümmert“,<sup>13</sup> die große USP stark angeschlagen war.<sup>14</sup>

Ein halbes Jahr später entflammte die Auseinandersetzung zwischen beiden Parteien erneut, als sich die USP wegen der Frage des organisatorischen Anschlusses an die Kommunistische Internationale spaltete. Ein zentraler Streitpunkt war der von den Führern der KP Sowjetrußlands formulierte Vorwurf an die „rechten“ USP-Führer, auf ihr Versagen sei wesentlich das bisherige Scheitern der deutschen Revolution zurückzuführen. Die Art, wie die russischen Parteiführer dabei die Radikalisierung und die Autoritätsgläubigkeit der USP-Parteibasis instrumentalisieren, und den Zynismus, den vor allem Sinowjew als Präsident der Kommunistischen Internationale an den Tag legte, können wir hier nicht darstellen. Genug damit, wie die angegriffenen USP-Führer sich zur Wehr setzten. Das Düsseldorf-UOSP-Blatt etwa holte einen Artikel Düwells im Duisburger KPD-Blatt vom 20. Mai hervor, in dem dieser über die Reaktion auf den Kapp-Putsch im Ruhrgebiet folgendes mitgeteilt hatte:

*„Gleich in den ersten Tagen der Bewegung wurden an verschiedenen Orten unsere Vertrauensleute mit der Aufforderung bestürmt, Waffen zu beschaffen, Aktionen zu gestalten oder anzuordnen. Dabei beriefen sich die Leute auf die USP-Arbeitskollegen, die in der Vorbereitung weiter wären als wir ... Mit Hinweis auf die Situation und die politische Unreife des Proletariats wiesen wir alle derartigen ... Ansprüche ab, mahnten auch noch zur Einstellung des Kampfes, warnten vor einem Weitertragen der Auseinandersetzung mit Maschinengewehren, Handgranaten usw., als unter USP-Führung der bewaffnete Aufstand im Hagener Bezirk eingesetzt hatte.“<sup>15</sup>*

Oder die Frage des Bielefelder Abkommens: Ludwig erinnerte daran, daß auch KPD-Vertreter zu den Unterzeichnern gehörten und daß der Zentralrat Anfang April zur strikten Durchführung des Abkommens aufgerufen hatte.<sup>16</sup> Braß, der mit dem linken USP-Flügel zur KPD ging, stand wegen seiner Teilnahme an der Bielefelder Konferenz gegenüber der KPD unter starkem Rechtfertigungszwang.<sup>17</sup> Ernst schließlich, offenbar maßlos verbittert über die Angriffe der Kommunisten, schrieb im Vorwort zu einer Broschüre, in der er die Aufstandsbewegung aus seiner Sicht darstellte:

*„Die KPD ist ... derjenige Teil der Arbeiterklasse gewesen, welcher durch überspannte Ziele und wahnsinnige Putschtaktik am schlechtesten Ausgang die Hauptschuld trägt ... Selbst in den kritischsten Stunden dachten führende Leute dieser Partei im Industriegebiet nicht ans Zusammenballen aller Kopf- und Handarbeiter zum revolutionären Gegenstoß, sondern ... versuchten diese Leute, auf Grund theoretischer Hirnspinnereien die geeinte Aktion der Arbeiterklasse zu hemmen oder zu durchkreuzen. Dort wo sie mitgingen, haben sie in den wenigsten Fällen positive Arbeit geleistet; die Ausnahmen bestätigten nur die Regel ... In den großen Nottagen ging die revolutionäre Welle über diese Leute hinweg. Sobald*

aber die Arbeiterklasse ein wenig Ellenbogenfreiheit bekam, setzte die Zerstörungsarbeit dieser Partei ein.

... Die politische Situation Deutschlands, das Verhältnis zur Entente und die militärische Machtverteilung im Innern mußte jedem politisch denkenden Arbeiterführer sagen, daß im vollständigen Niederschlagen des Kappverbrechens das Endziel dieser Abwehrbewegung erreicht sei. Jedes darüber Hinausstreben mußte die Reaktion stärken, da es die Arbeiterschaft splitterte. Einsichtige KP-Führer haben dieses in den Kapptagen zugegeben und die Errichtung eines Rätedeutschland zur Zeit für unmöglich erklärt. Trotzdem hat man nach den Kapptagen in allen Organen der äußersten Linken genau das Gegenteil hören können und heute schwört fast jeder waschechte Kommunist des Industriegebiets, daß Rätedeutschland in den Kapptagen nur durch den Verrat der Unabhängigen verhindert sei.<sup>18</sup>

Jetzt flogen auch und gerade unter USP-Genossen, bevor sie endgültig getrennte Wege gingen, die Fetzen; eine Parteispaltung, die größere Erbitterung ausgelöst hätte, hat es vermutlich niemals in Deutschland gegeben. Die Frage, wer im März revolutionäre Tatkraft gezeigt und wer versagt habe, war dabei ein wichtiger Punkt des Streits.<sup>19</sup>

Innerhalb der KPD war um dieselbe Frage bereits unmittelbar nach der Bewegung gestritten worden, wenn auch — da nicht im Zusammenhang einer Parteispaltung — längst nicht in dieser Schärfe; Prinzipienfragen hatten in der KPD schon immer eine größere Rolle gespielt als in der USP. Gegenstand der Auseinandersetzung war die Erklärung der Mehrheit der Parteizentrale, die einer eventuellen ADGB-USP-Regierung „loyale Opposition“ zugesagt hatte (II, Seite 126). Der Zentralausschuß der KPD verurteilte mehrheitlich die Erklärung, der nächste Parteitag vom 14./15. April schloß sich der Verurteilung an, die streitenden Parteiführer schrieben zahlreiche Artikel<sup>20</sup> — eine gespenstische Debatte, da die Erklärung im realen Verlauf der Bewegung kaum irgendwelche Bedeutung gehabt hatte. Dann griffen auch Radek und Lenin ein — Radek ebenfalls mit einem Artikel, in dem er die Erklärung als Anzeichen von sich abzeichnender Kampfunentschlossenheit der KPD wertete, Lenin mit einem Nachtrag zu seiner Broschüre über den „linken Radikalismus“, in dem er die Erklärung billigte, aber auf der Kleinigkeit bestand, daß man eine ADGB-USP-Regierung nicht „sozialistisch“ nennen dürfe.<sup>21</sup> Jetzt gewann die Debatte einige Bedeutung, indem sich den russischen KP-Führern untereinander freilegte: eine höchst autoritäre nämlich. Radek betitelte Lenin in seinem Artikel als „erfahrenen Steuerermann der Weltrevolution“<sup>22</sup>, und auf dem folgenden Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Juli/August ließen sich mehrere KPD-Führer von Lenin empfangen, um seine Meinung über die Möglichkeiten und Grenzen der Märzbewegung in Deutschland zu hören.<sup>23</sup> Umgekehrt äußerten die KPD-Führer keinerlei öffentliche Kritik an den russischen KP-Führern. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, dessen Präsident Sinowjew war, hatte am 25. März in einem Aufruf „An die Arbeiter Deutschlands, an die Arbeiter der ganzen Welt“ erklärt: „Der Bürgerkrieg in Deutschland wird nicht eher enden, als bis der Sieg in den Händen der Arbeiter ist . . . Der Bund zweier Sowjet-

republiken — Rußland und Deutschland — stärkt sowohl die eine wie die andere.“<sup>24</sup> Und Bucharin blieb auf dem Weltkongreß geschämsweise der unbedingten Meinung, „der Kapp-Putsch hätte zur Entstehung eines Rätedeutschlands geführt, wenn nur die KPD-Zentrale eine entsprechende Politik betrieben hätte.“<sup>25</sup> Weder Sinowjew noch Bucharin wurden auf dem Kongreß zur Rede gestellt, geschweige daß die deutschen Parteiführer die autoritäre Urteilsstruktur der sowjetrussischen Führer zurückgewiesen hätten.

Zurück zur Parteipolemik in Deutschland. Daß sich USP und SPD nicht nur gegenseitig, sondern auch die SPD angriffen, wurde bereits gestreift. Die Struktur dieser Angriffe — Verrat usw. — ist aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hinlänglich bekannt und braucht daher hier nicht skizziert zu werden. Die KPD griff weiterhin die Unionen (I, Seite 58 f.) an. In einem Schreiben der KPD-Bezirksleitung an alle Parteimitglieder hieß es, die Unionen hätten entgegen ihrem Anspruch, „die Führung ausbrechender Kämpfe (zu) übernehmen“, in der Aufstandsbewegung „völlig passiv“ beiseite gestanden: „keine einzige Handlung, kein Flugblatt, keine Zeitung, keine einzige Proklamation in ganz Rheinland-Westfalen, das ist das Resultat einer einjährigen Organisationsarbeit!“ In gewissem Widerspruch dazu führte das Schreiben im nächsten Satz die Verhältnisse in Duisburg unter der Herrschaft des Exekutivkomitees — eine „Disziplinlosigkeit, die viel zur Niederlage beigetragen hat“ — auf die Dominanz der Unionen in dieser Stadt zurück.<sup>26</sup>

Hier schüttelte die KPD die Unionen von sich ab, zu deren Aufbau sie nicht zuletzt finanziell einen erheblichen Beitrag geleistet hatte — ein Aspekt der organisatorischen Trennung der Linkskommunisten von der KPD, die sich im April vollzog. Am 4. und 5. April wurde in Berlin von den Linkskommunisten die „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands“ (KAPD) gegründet, mit engem programmatischem und organisatorischem Verhältnis zu den Unionen und prinzipiell antiparlamentarisch eingestellt.<sup>27</sup> Der zehn Tage später stattfindende Parteitag der KPD bekräftigte demgegenüber die Entscheidung der Parteizentrale für die Teilnahme an der kommenden Reichstagswahl (im Gegensatz zum Boykott der Wahl zur Nationalversammlung Anfang 1919).<sup>28</sup> Im Ruhrgebiet beschloß eine unmittelbar danach stattfindende Bezirkskonferenz der KPD die Trennung von den Linkskommunisten und schloß gleichzeitig Wäld und Koch vom Duisburger Exekutivkomitee „wegen ihres disziplinenlosen Verhaltens“ aus der Partei aus.<sup>29</sup> (Man beachte: der Ausschluß wurde nicht etwa mit ihrem brutal-diktatorischen Auftreten oder der zynischen Wahl ihrer Mittel begründet.) Eine Reihe von Ortsvereinen — so in Düsseldorf und Barmen — spaltete sich erst nach dieser Konferenz, wobei die Mehrheit der Mitglieder zur KAPD ging.<sup>30</sup> Mancher — so der Mülheimer Vollzugsratsvorsitzende Nickel — ging aber auch seine eigenen Wege und wurde parteilos.<sup>31</sup> In Elberfeld war Charpentier, wegen seiner Teilnahme an der Bielefelder Konferenz von der KPD-Bezirksleitung gerügt, erst recht aber von den Linkskommunisten angegriffen, einem Parteiaus-schluß zuvorgekommen und schon vor der Spaltung zur USP übergetreten.<sup>32</sup> Vorsitzender der Elberfelder KAPD wurde Hensmann, der in der Nacht zum 1. April den Putsch gegen den örtlichen Aktionsausschuß unternommen hatte (oben Seite 260 f.).<sup>33</sup>

Das wirft ein Schlaglicht auf die Mentalität der neuen Partei. Die offizielle Programmatik der KAPD — „die Masse braucht keine Führer, auch keinen Lenin und Trotzki“<sup>34</sup> — wurde gelegentlich sehr handfest konkretisiert: auf einer KPD-Veranstaltung in Barmen am 29. April erklärte ein KAPD-Mitglied, man müsse „die Führer mit Handgranaten besetzen“.<sup>35</sup> In der Linie der Gewaltanwendung bewaffneter Minderheiten lag jene Aktion vom 20. August 1920, die unter dem Namen „Räterepublik Velbert“ bekannt wurde: ein handstreichartiger Sturm auf das Rathaus von Velbert mit führenden KAPD-Leuten der Region an der Spitze, eine sinnlose isolierte Aktion, die in wenigen Stunden zusammenbrach.

Die Syndikalisten grenzten sich scharf gegen die „Karabinkerkommunisten“ ab.<sup>36</sup> Die Zeitschrift „Der Syndikalist“ zog folgende Lehren aus der Aufstandsbewegung im Ruhrgebiet:

„... wiederum [ist] aufs klarste erwiesen, daß die bewaffnete Aktion kein geeignetes Mittel zur Niederrückung der militärischen Gewalt ist, daß im Gegenteil die Gewaltlosigkeit das einzige Mittel ist, welches die Gewalt zu überwinden vermag. Der Generalstreik war solange siegreich, als er geschlossen geführt wurde und die Arbeiter rein örtlich das meuternde Militär entwaffneten. Als aber die rote Armee in organisatorische Aktion trat, war auch das Schicksal des Generalstreikes besiegelt... Nach unseren Grundsätzen hätten überall nach Entwaffnung des Militärs die Waffen vernichtet werden müssen, ebenso durften keine neuen Waffen und keine Munition mehr hergestellt werden. [Wenn] die Bourgeoisie und ihre Kreaturen ganz oder fast ganz waffenlos sind, dann genügen wirtschaftliche Zwangsmittel, [um] die Parasiten zur Räson zu bringen...“

[Notwendig ist], daß wir von jetzt ab... einen starken politischen Trennungstrieb zwischen uns und den politischen Parteien ziehen. Bei solchen Aktionen, wie der Aufstellung einer roten Armee, handelt es sich um nichts weiter als um die Eroberung der politischen Macht durch eine andere Gruppe, als die jeweils regierende. Da wir die Eroberung der politischen Macht grundsätzlich ablehnen, können wir uns als Syndikalisten auch an der gesamten Aktion dazu nicht beteiligen.“<sup>37</sup>

Umgekehrt wurden die Syndikalisten zu beliebten Buhmännern der USP- und KPD-Führer. Typisch etwa das Urteil von Emil Rabold: „Die Fronttruppen, die in den letzten Tagen starken Zustrom aus dem Mülheimer und Essener Industriegebiet erhalten hatten und nunmehr stark unter syndikalistischem Einfluß standen, waren anderer Auffassung [als die politischen Führer]. Sie waren für das Weiterkämpfen, weil sie mit einem Neuaufblühen der Bewegung im übrigen Deutschland rechneten. Außerdem hatten sich in die Reihen der Kämpfer einige Ludendorffs eingeschlichen, die die Fortsetzung des Kampfes um jeden Preis wollten.“<sup>38</sup>

Wie eine Gebetsmühle — so läßt sich das Bisherige zusammenfassen — wird von allen linken Organisationen ständig wiederholt: Die Arbeiter laufen noch immer hinter den falschen Organisationen her (den jeweils anderen), die eigene Organisation ist noch nicht genügend in den Massen verankert, außerdem in sich noch nicht diszipliniert und geschlossen genug... Geradezu eine Tradition in dieser Richtung entwickelte die KPD, weil sie als Organisation am stabilsten blieb. 1928

schrieb beispielsweise das Duisburger KPD-Blatt (und so ähnlich wird es noch heute von SED-Historikern als „Analyse“ angeboten):

„Die Widerstände, Schwierigkeiten und Mängel, mit denen die Rote Armee der Ruhr zu kämpfen hatte, waren vielfältig. Ihr größter Mangel ist, daß ihr ein zielbewußter Kopf fehlt. Kein bestimmter Aktionsplan ist vorhanden, Ziel und Absicht der Bewegung verschwommen, die junge kommunistische Partei noch zu schwach, um wegwiesend eingreifen zu können. Und trotz alledem (!) dieser Schwung, diese Begeisterung für den Kampf, dieser Heroismus...“<sup>39</sup>

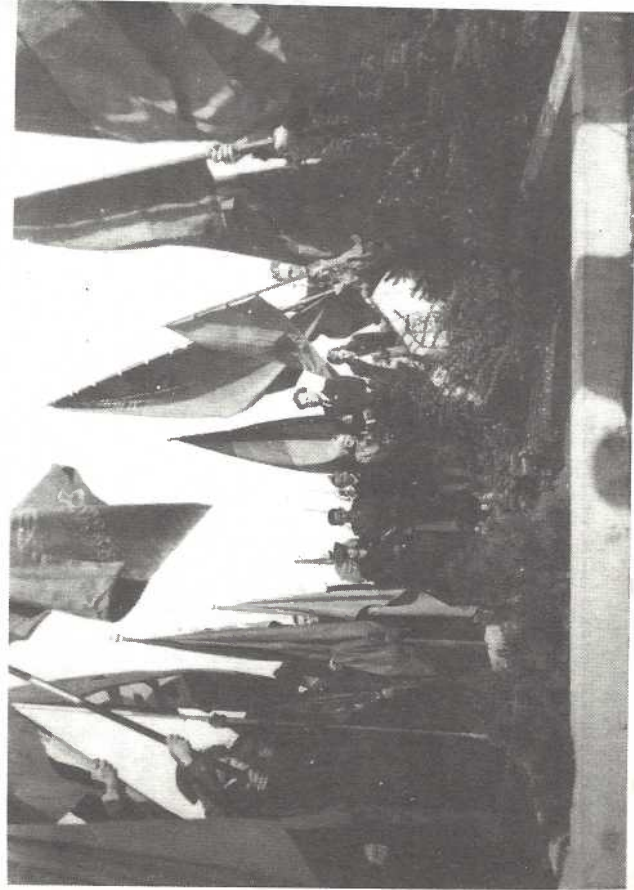
\*

Kommen wir zur SPD. Unter welchem Rechtfertigungszwang gerade diese Partei stand, besonders im Hinblick auf den beginnenden Wahlkampf, braucht kaum betont zu werden.

Das gilt zunächst für die linke (Elberfelder) Richtung. Die Mitunterzeichnung des Ausrufs für die Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Räte-systems wurde am 7. April von den Elberfelder und Barmer Parteifunktionären und Betriebsvertrauensleuten erörtert. Schnell bedauerte den Aufruf, der „nicht vereinbar mit den Grundsätzen der Demokratie“ sei und der Partei „im Wahlkampf... um die Ohren geschlagen werden“ würde. Die Verteidiger des Aufrufs argumentierten rein taktisch — im Augenblick des Kapp-Putsches sei er die einzig mögliche Reaktion gewesen, eine notwendige Konzession zur Herstellung der Einheit der Arbeiterparteien, ein anderes Verhalten der Parteileitung wäre nicht verstanden worden usw. — und hatten damit die Mehrheit auf ihrer Seite.<sup>40</sup> Mit denselben Argumenten traten sie dann auch in der Bezirksleitung Niederrhein einem Mißtrauensvotum gegen die Urheber des Aufrufs entgegen und erreichten damit, daß dieses zurückgezogen und lediglich eine Resolution angenommen wurde, in der der Aufruf mißbilligt wurde.<sup>41</sup> Der Chefredakteur des „Vorwärts“, Stampfer, nahm die Gelegenheit zu einem prinzipiellen Leitartikel, in dem er auseinandersetzte: „Es darf nicht wieder geschehen, daß einzelne Parteigenossenschaften... der Einigkeit zuliebe das eigene Kampfziel verleugnen und die Räterediktatur als Ziel proklamieren. Eine Einigung, die auf Kosten des eigenen besseren Wissens und der eigenen Grundsätze erfolgt, schafft nicht Einigkeit, sondern Verwirrung... Auch in der Hitze des Kampfes müssen wir über die nächsten drei Tage hinausdenken.“<sup>42</sup>

Ein weiterer heikler Punkt war das Gegenultimatum der vier Elberfelder Parteisekretäre an die Reichsregierung. Daß es vom Essener KPD-Blatt und dem Essener WTB-Büro irrtümlich als Stellungnahme der SPD-Bezirksleitung Niederrhein verbreitet worden war,<sup>43</sup> nahm die SPD-Bezirksleitung ihrerseits zum Anlaß, um es als Fälschung zu bezeichnen.<sup>44</sup> Freilich war so das unwiderleglich existierende Dokument nicht aus der Welt zu schaffen.

Deutlich verließ also die SPD im Wuppertal die nach dem Kapp-Putsch eingeschlagene Linie. Die schon erwähnte Funktionärskonferenz vom 7. April kündigte die Mitarbeit im Zentralrat, der keine Existenzberechtigung mehr habe und dessen Weiterarbeit in Barmen die Gefahr heraufbeschwöre, daß auch die Region südlich der Ruhr besetzt werde.<sup>45</sup> Am 12. April wurde das Elberfelder



USP-Blatt zum letzten Mal in der SPD-Druckerei gesetzt, dann mußte es wieder wie vor dem Kapp-Putsch in der Düsseldorfer USP-Druckerei hergestellt werden. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiterparteien aufgrund der gemeinsamen Herkunft aus der alten Vorkriegssozialdemokratie, das im Wuppertal besonders intensiv gewesen war, ging jetzt endgültig in die Brüche.

War die im Wuppertal praktizierte linke Richtung eine Belastung gegenüber den bürgerlichen Koalitionspartnern der SPD, so mußte die Linie der Bezirksleitung Westliches Westfalen und des Kreises um Severing nach links hin gerechtfertigt werden. Im „Vorwärts“ führte Woldt folgendes aus: Die Erregung der Arbeiter über den Kapp-Putsch sei von den Kommunisten „für ihre Zwecke“ ausgenutzt worden (Gründung von Vollzugsräten, Bildung einer Roten Armee). Nach dem Bielefelder Abkommen seien von der Roten Armee nur noch „undisziplinierte Elemente“ übriggeblieben, die die günstige Gelegenheit sahen, „in Plünderungen und Ausschreitungen ihre Instinkte zu befridigen“. Ziel des Zentralkomitees sei der Sturz der parlamentarischen Regierung und die Etablierung einer „bolschewistischen Regierung“ gewesen. Diejenigen Führer, die das Bielefelder Abkommen abgelehnt hätten, trügen die „Blutschuld“ für die Getöteten. Severing habe alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um ein Blutvergießen zu vermeiden. Nach der Sabotage



„Nach 1945 wurden die alljährlichen Osterdemonstrationszüge zum Massengrab in Pelikum wiederaufgenommen“ (Seite 467)

links: zwei Aufnahmen von einer Demonstration in Pelikum um 1950 (vor dem Verbot der FDJ), auf dem oberen Foto in der Mitte Max Reimann; rechts: Demonstration in Pelikum 1955 (die Aufnahme mit Kennzeichnung durch Pfeil und Kreuz stammt vom Verfassungsschutz)

des Bielefelder Abkommens sei jedoch der militärische Einmarsch „nicht mehr zu umgehen“ gewesen; „der humanste Krieg... ist hier das Einsetzen einer militärisch überlegenen Heeresmacht gewesen“. Nun seien die Führer geflohen; diejenigen, „die das Feuer angezündet haben, mußten sich vor ihren eigenen Leuten in Sicherheit bringen“. Es sei dahin gekommen, „daß die Reichswehr von der Bevölkerung mit Einschluss der Arbeiter... als der Befreier begrüßt wurde“. <sup>46</sup> Das Dortmunder SPD-Blatt rechnete generell mit den Linksradikalen ab und hielt ihnen vor, daß sie seit 1918 die bequeme Opposition der Mitarbeit am Aufbau des neuen Staates vorgezogen und immer nur die Arbeiter aufgehetzt hätten. <sup>47</sup> Das alles klang letztlich nach Rechtfertigung des Einmarsches der Reichswehr, für den die SPD offenbar weithin politisch verantwortlich gemacht wurde. Ganz manifest wird die Empfindlichkeit der SPD in diesem Punkt bei den an verschiedenen Stellen aufgestellten und gelegentlich vom Zentrum aufgegriffenen Behauptungen, auch linksradikale Führer hätten den Einmarsch der Reichswehr als notwendig bezeichnet, ja teilweise sogar die Reichswehr direkt herbeigerufen. Namentlich genannt wurden Ernst, Stern und Meinberg, wobei im Falle von Ernst dessen Klarstellungen auf der Konferenz von Münster einfach unberücksichtigt gelassen wurden. <sup>48</sup> Bei Meinberg konnte die Behauptung lange Zeit unwidersprochen wiederholt werden, da dieser vor der Reichswehr geflohen war und dann nach seiner Verhaftung im Zuchthaus Werl gefangengehalten wurde.

Nach seiner Amnestierung im August setzte Meinberg sich in einer großen öffentlichen Rede mit den SPD-Führern auseinander und widerlegte die Behauptung mit einer überzeugenden Gegendarstellung: gemeinsam mit dem Dortmunder Ordnungsausschuß habe er zwar in den letzten Stunden der roten Herrschaft einen Funkspruch an eine nicht näher bezeichnete Stelle gerichtet, jedoch ganz anderen Inhalts, nämlich mit der Bitte, den Vormarsch der Reichswehr 24 Stunden anzuhalten, so daß die in der Stadt zusammengeströmten Rotgardisten ihre Waffen abgeben bzw. geordnet abziehen könnten. <sup>49</sup> Ernst gab freimütig zu, den Einsatz von Truppen gegen das nordwestliche Ruhrgebiet „im Notfall“ befürwortet zu haben, betonte jedoch, daß er dabei an Truppenteile gedacht habe, die ihre alten Offiziere abgesetzt hätten, vor allem aber daß er den Gedanken nur kurze Zeit gehegt und dann mehrmals ausdrücklich widerrufen habe. <sup>50</sup> Das war wohl auch gegen die Bedenken gesagt, die in seiner eigenen Partei — der USP — gegen Ernst bestanden; völlig ausräumen konnte er sie damit jedoch nicht, wie ein Brief von flüchtigen Parteimitgliedern an die Hagener Bezirksleitung zeigt. <sup>51</sup> Stern begnügte sich mit einem kurzen Dementi, was er umso eher tun konnte, als die SPD bei ihm keinerlei Beweis für ihre Behauptung vorlegte. <sup>52</sup> Sehr wenig überzeugend wirkte Stern dagegen in einem anderen Punkt. Das Essener SPD-Blatt klagte ihn als einen Saboteur des Bielefelder Abkommens an und schrieb: „Ihr, die ihr verblendet ausruft: 'Es gibt kein Zurück!' [Sterns Leitartikel im Essener USP-Blatt vom 25. März], verhüllt euer Angesicht vor dem Blute aller Gefallenen, vor dem furchtbaren Leid, das ihr durch euren Wahnwitz über brave Arbeiterfamilien gebracht habt!“ <sup>53</sup> Stern erwiderte, der Artikel sei noch ohne Kenntnis des Bielefelder Abkommens geschrieben und enthalte lediglich „eine Mahnung an die Unterhändler... auf keine Einigung einzugehen, die die Arbeiter entwaffnet“, er äußere sich dagegen nicht „darüber, ob nach dem Frie-

densschluß, der doch eine völlig geänderte Situation schuf, noch weiter gekämpft werden sollte“. <sup>54</sup> (Man vergleiche das mit dem Wortlaut oben Seite 95.) Inhaltlich genau dasselbe machte übrigens die KPD-Bezirksleitung, als sie in ihrem Rechenschaftsbericht an die Parteizentrale in Berlin schrieb: „Für unsere Partei stand es von vornherein fest, daß bei der psychologischen Beschaffenheit, der mangelnden Reife des deutschen Proletariats in der spontan ausgebrochenen Bewegung es sich nicht um den Endkampf, um die Erringung der proletarischen Diktatur handeln konnte“. <sup>55</sup> Also Verleugnung der Artikel und Aufrufe im Essener KPD-Blatt, die das gerade Gegenteil beinhaltet hatten, Verleugnung auch der schweren Auseinandersetzungen, die Peck mit den Essener Parteigenossen hatte führen müssen, um sie zu einer realistischeren Lagebeurteilung zu bringen.

Weiterhin versuchte sich die SPD durch den Hinweis auf die Reichswehrtipfel in den Reihen der bewaffneten Arbeiter und auf die Verhältnisse unter der Herrschaft der Roten Armee zu entlasten. Das Gelsenkirchener SPD-Blatt schlachtete genüßlich aus, daß Karuseit KPD-Mitglied gewesen sei, und behauptete, er sei kein Einzelfall. <sup>56</sup> Die KPD-Bezirkskonferenz reagierte mit einer an die Parteigenossen gerichteten Warnung vor Karuseit, Tombrook und Du-bielzig: „Falls dieselben irgendwo auftauchen, muß ihnen ihr elendes Handwerk gelegt werden“ <sup>57</sup> (unklar blieb das Wie: durch Meldung an die Polizei?). Über die Rote Armee hieß es im „Vorwärts“: „An der Front verblutete mancher ehrliche Idealist, während sich ein paar Kilometer dahinter die 'Etappenschweine' mit den 'Karbollmäuschen', den zu Schwertem erhobenen Dirnen der Bordellviertel, umhertrieben... Die Arbeiter wurden durch Requisition der rationierten Lebensmittel zum Hungern verurteilt, das platte Land wurde kahlgefressen, Banken wurden erpreßt, Geschäfte ausgeplündert“. <sup>58</sup> Oder das Bochumer SPD-Blatt: „Unter den kämpfenden Truppen der Roten Armee haben sich auch eine Masse fremder Zuzügler befunden, die im Ruhrgebiet gar nicht beheimatet sind, besonders Russen und Polen. Dadurch wird nicht nur eine für ihre Ideale kämpfende Truppe demoralisiert, sondern die Sache an sich wird durch das Eindringen solchen Lumpenproletariats in die Rote Armee arg in Mißkredit gebracht“. <sup>59</sup> „Entscheidliches“, fand das Essener SPD-Blatt, habe sich seit dem Kapp-Putsch im Ruhrgebiet ereignet: „Besonders nach dem Bielefelder Waffenstillstand, als die Arbeiter von unverantwortlichen Putschisten weiter in sinnloses Blutvergießen hineingetrieben wurden, sind Dinge schauerlichster Art passiert, die ein Schandfleck in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sind... Die Revolution wurde mit reinstem Idealismus begonnen... Deshalb kann dem Proletariat das Gesindel, das friedliche Kaufleute ausplünderte und ehrliche Menschen brandschatzte, nicht an die Rockschröße gehängt werden“. <sup>60</sup> Solche Sätze wurden freilich nicht lediglich als politisches Alibi vorgetragen: sowohl das Bochumer als auch das Essener SPD-Blatt prangerten Terrorakte der Reichswehr an, wenn auch nicht immer ohne entschuldigende Bemerkungen. <sup>61</sup> Besonders beliebt war der Hinweis auf den „roten Militarismus“, der mit dem Militarismus der Kaiserzeit verglichen wurde: „Das Volk in Waffen“ kümmerte sich den Teufel um das, was die Arbeiter- und Vollzugsräte beschlossen, sondern gab sich seine eigenen Gesetze. Das rote Militär setzte seine Regierungen ab oder hielt sie gefangen, bis sie sich seinem Willen fügten.“ <sup>62</sup>

Daneben gab es Spezialprobleme. Die Dortmunder SPD-Führung versuchte zu erklären, wie es zum Kampf um Dortmund, in dem Arbeiter gegen Arbeiter gestanden hatten, hatte kommen können. Die Rolle, die sie selbst gegenüber dem Freikorps Lichtschlag gespielt hatte, vertuschte sie nach Kräften und sprach stattdessen von dunklen Machenschaften der Kommunisten, die das durch nichts begründete Gerücht in die Welt gesetzt hätten, die Stadt befinde sich in der Hand der Kappisten; ein SPD-Vertreter im Stadtparlament ging sogar so weit, den Hagener Oberbürgermeister Cuno, der beim Kampf um Dortmund zu vermitteln versucht hatte, einer gewissen Mitschuld an diesem Gerücht zu bezichtigen (heute hätte man den Begriff des Sympathisanten für ihn). In einer Broschüre „Achtzehn Tage Kommunisten-Terror in Dortmund“, in der diese Darstellung zusammenfassend vorgetragen wurde, unterzog man gleichzeitig die Tätigkeit des Vollzugsrats einer äußerst herabsetzenden Kritik und schilderte seine Mitglieder als unfähig, korrupt und feige.<sup>63</sup> Dabei hatte man das Glück, daß der bei weitem bedeutendste Mann der örtlichen Linken, Meinberg, monatelang nichts erwidern konnte. Gleich nach seiner Freilassung hielt Meinberg am 15. August die schon erwähnte große Rede über die Märzereignisse; die schätzungsweise 8.000 Menschen, die sein Wiedererscheinen in Dortmund auf die Beine brachte, erlebten eine beißende Antikritik.<sup>64</sup> — Die Essener SPD-Führung rechtfertigte in einer Artikelserie ihre Politik vom Tage des Kapp-Putsches bis zur Eroberung der Stadt durch die Rote Armee, vor allem das Bündnis mit Zentrum und DDP: ein Zusammengehen mit USP und KPD sei an der starren Haltung der Kommunisten gescheitert, die die unannehmbare Bedingung gestellt hätten, daß die SPD sich den Grundsätzen der kommunistischen „Gewaltpolitik“ unterwerfe. Das war in erster Linie mit parteiinterner Stoßrichtung argumentiert: der Parteiführung wurde weithin „Verrat an der Arbeiterklasse“ und „Verstoß gegen die sozialistischen Grundsätze“ vorgeworfen.<sup>65</sup> — Der politische Redakteur des Bochumer SPD-Blatts schließlich versuchte zu erklären, warum man bis zuletzt im örtlichen Arbeiterrat mitgearbeitet habe: „Die Parteileitungen in Essen und Dortmund hatten eine leichte Wahl, für die Bezirke Bochum und Hagen war sie schwerer, weil hier die Unabhängigen unter dem Einfluß Ludwigs sich der Schwenkung zur Räterediktatur widersetzen“ und ebenso wie die Kommunisten „ihre früheren Pläne zurücksteckten“. Was die Linie seines Blatts während der Aufstandsbe- wegung betraf, so gab er zu, daß sie „mandamental allzusehr von dem Gedanken geleitet“ gewesen sei, „ohne Blutvergießen, ohne sonstige schwere wirtschaftliche Schäden alles zum guten Ende zu führen“.<sup>66</sup> Das war sowohl eine Rechtfertigung vor der SPD-Bezirksleitung Westliches Westfalen als auch eine Erwiderung auf die schweren Vorwürfe des Zentrums, auf die wir gleich zu sprechen kommen.

Severing muß wegen seiner herausragenden politischen Funktion gesondert erwähnt werden. In mehreren Reden stilisierte er sich zum Felsen der Demokratie und der „Staatsautorität“ zwischen den Rücksichtslosigkeiten und Diktaturlüsten des Militärs und den Umsturzversuchen der Kommunisten. Sein Verhältnis zum Militär blieb ambivalent: einerseits sprach er gelegentlich von „Prätorianerhorden, die in der Hand ihrer Führer zu einer Plage des Volkes werden“, andererseits betonte er vor SPD- und Gewerkschaftsfunktionären in Bielefeld: Die Reichswehr „mußte zusammenbleiben, damit wir einen Wall gegen die venbre-

cherischen Reste der Flut hatten“.<sup>67</sup>

Innerparteilichen Widerspruch gegen Severing und die westfälische SPD-Bezirksleitung gab es nur vereinzelt. Rhode, Amtsvorsteher von Recklinghausen-Essel, tadelte im örtlichen SPD-Blatt, daß Severing General v. Watter wegen dessen „unentschiedener“ Haltung gegenüber dem Kapp-Putsch in Schutz nahm: „Die klaren, unzweideutigen Worte, die Herr v. Watter gegen die Kappisten nicht finden konnte und wollte, standen ihm später der revolutionären Arbeiterschaft gegenüber sofort zu Gebote“.<sup>68</sup> Der SPD-Ortsverein Sprockhövel beschloß, die Abführung der Mitgliedsbeiträge zu sperren, „solange die Genossen Klupsch und Mehlich noch am Ruder sind“, und sich notfalls „außerhalb jeder Partei (zu) stellen“.<sup>69</sup>

\*

Und nun zu den bürgerlichen Parteien, und zwar zunächst zum Zentrum, wobei auch ein Blick auf die Gewerkschaften geworfen werden soll. Besonders die westfälischen Organisationen und Presseorgane des Zentrums profilierten sich weiterhin als Befürworter eines starken Staats und des harten Durchgreifens; der Abgeordnete Trimborn forderte in der Nationalversammlung sogar die rücksichtslose Anwendung der Todesstrafe für Nichtablieferung von Waffen.<sup>70</sup> Zielscheibe der Kritik war besonders Severing, der als einseitiger Parteimann, gegenüber der radikalen Linken unverantwortlich nachgiebig und als ständiger Bremsklotz für das Militär hingestellt wurde.<sup>71</sup> Aber auch Giesberts, der Minister aus den eigenen Reihen, war wegen seiner Teilnahme an der Bielefelder Konferenz scharfen Angriffen ausgesetzt.<sup>72</sup> Hier kündigte sich an (wie es dann auch eintrat), daß das Zentrum nach der Reichstagswahl kaum die Koalition mit der SPD fortsetzen, sondern eher eine Öffnung nach rechts betreiben würde. Gegenangriffe der SPD- Presse vertieften zusätzlich den Graben, der sich zwischen beiden Parteien auf-

gegan hatte.<sup>73</sup> Wenn das Zentrum gegen die „Nebenregierung“ der Gewerkschaften in Berlin polemisierte, so waren damit immer die freien Gewerkschaften gemeint; ein Reibungspunkt mit den christlichen Gewerkschaften entstand dadurch nicht, im Gegenteil. Völlig übereinstimmend mit dem Zentrum erklärte etwa der Ortsausschuß Hamm der christlichen Gewerkschaften, ADGB und AfA seien bei ihren Interventionen zugunsten des Ruhrproletariats eindeutig über den gewerkschaftlichen Rahmen hinausgegangen; ein derartiger „zwangsweiser“ Druck auf die Regierung sei ein „Hohn auf die Demokratie“ und der „Versuch zur Aufrichtung einer Klassenherrschaft“.<sup>74</sup> Wie mußte da erst das Urteil über die Aufstandsbe- wegung ausfallen! „Nun haben wir sie in der Praxis kennengelernt, die Willkürherrschaft der Linksradikalen und russischen Kommunisten“, schrieb das Organ der christlichen Bergarbeitergewerkschaft. „Ein furchtbar Schrecknis ist der Krieg; viel schrecklicher die Herrschaft dieser Verbrecher und des Gesindels“.<sup>75</sup>

Ganz ähnlich die freie Bergarbeitergewerkschaft. Am 18. April nahmen drei Ver- trauensmännerkonferenzen in Dortmund, Bochum und Mülheim eine Vorstands- resolution an, in der es hieß: „Als Vertreter einer demokratisch aufgebauten Or- ganisation sind wir naturgemäß ... Gegner jeder Art von Diktatur und Neben-

regierung“. Wieweit dies ein verstecktes Abtrüden von den Aktivitäten des ADGB in Berlin war, muß dahingestellt bleiben. Die Aufstandsbewegung, so fuhr die Resolution fort, habe überdies „klar und deutlich bewiesen, daß sich unter der Maske von 'Kommunisten' hier Elemente zu 'proletarischen' Diktatoren aufwarfen, die mit keiner politischen Partei verbunden waren, es nur auf verbrecherische Bereicherung durch Erpressungen und Plünderungen abgesehen hatten“ und „unter der Führung bewußt gegenrevolutionärer Agenten gestanden haben“. Ausschließlich wegen der „Untaten“ dieser Elemente sei es zur militärischen Besetzung des Ruhrgebiets gekommen. Zum weißen Terror fand die Resolution kein Wort.<sup>76</sup> — Etwas abgewogener fiel der Bericht aus, den die im Ruhrgebiet tätigen Bezirksleiter im gewerkschaftsinternen „Jahrbuch für 1920“ veröffentlichten (d.h. der Bericht ist um die Jahreswende 1920/21 verfaßt):

„Wir waren auf dem besten Wege zur Gesundung, als der verbrecherische Kapp-Putsch ausbrach und alles wieder durcheinanderbrachte. Zwar erhob sich die Ruhrbergarbeiterschaft einmütig, um den Anschlag gegen die Republik abzuwehren, aber als dies gelungen war, gaben sich die Überradikalen damit nicht zufrieden, weil sie noch andere Absichten verfolgten ...“

Als die Hauptgefahr abgewendet war und jeder sehen konnte, daß der reaktionäre Putsch mißlang, stellten alle Einsichtigen den Kampf ein und hielten sich an die sogenannten Bielefelder Almachtungen.

Wären alle Arbeiter diesem Beispiel gefolgt, dann konnten ihnen viele Tränen und viel Blut erspart bleiben. Leider hörten sie nicht auf die bekannten Führer, sondern vielfach auf irgendwelche Subjekte, die im Dienste der Reaktion standen. Recht deutlich bewiesen dies die späteren Entlarvungen von Spitzeln, die sich in den Kapptagen sogar als rote Armeführer aufspielten und dem Kapp-general Watter die Arbeiter vor die Maschinengewehre trieben. Man sollte annehmen, daß endlich die Arbeiterschaft erkennen muß, wie teuer es ihr zu stehen kommt, wenn sie jedem Gefolgschaft leistet, der plötzlich aus der Masse aufsteht und ebenso verschwindet, nachdem er genug verderblich gewirkt hatte. Als der Kapp-Putsch mit seinen blutigen Folgen vorüber war, setzte im Ruhrrevier eine ruhigere Entwicklung ein. Unser Verband konnte wieder seine Werbekraft entfalten, so daß mit Abschluß des Berichtsjahres Mitgliederzuwachs zu verzeichnen ist ...<sup>77</sup>

Hier wird recht deutlich, wie die Aufstandsbewegung von der freien Bergarbeitergewerkschaft (wie vermutlich von jeder anderen Gewerkschaft auch) verarbeitet wurde: als unliebsame Unterbrechung der normalen Verbandsarbeit.

Zum Abschluß der Übersicht über das Meinungsspektrum die extreme Rechte. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ — das Blatt der Schwerindustrie, das den Kapp-Putsch freudig begrüßt hatte (I, Seite 113) — warf der Regierung vor, mit ihrem Generalstreikaufruf den Boden bereitet zu haben, auf dem die Aufstandsbewegung entstehen konnte. Die Kapp-Putschisten und die „Aufrührer“ habe sie mit zweierlei Maß gemessen — eine völlig richtige These, nur stellte das Blatt die Wirklichkeit geradezu auf den Kopf: die ersteren seien zu Hochverrätern erklärt, die letzteren mit äußerster Milde behandelt worden. Die Abkommen von Bielefeld und Münster seien ein klarer Verfassungsbruch und „ein Schritt zur Räterediktatur“, indem sie in die Kompetenzen der Parlamente und Kommunal-

verwaltungen eingriffen, die Zusage einer materiellen Entschädigung für die Hinterbliebenen der Opfer bedeute geradezu eine Prämie auf den Aufruhr, ebenso die Amnestiezusage. Die Regierung sei „mithin reif, vor einen Staatsgerichtshof gestellt zu werden“.<sup>78</sup> Ähnlich erklärte die „Kölnische Zeitung“, das Abkommen von Münster sei „nichts anderes als der gemäßigte Bolschewismus“.<sup>79</sup> Hier findet man bereits alle Vorurteile, die später von Spethmann in seiner Darstellung der Aufstandsbewegung ausgebreitet wurden (oben Seite 91).

Fernab vom Geschehen tischte die „Allgäuer Zeitung“ ihren Lesern folgendes auf (vielleicht hatte sich hier ein Mitglied der Schützenbrigade Epp als Korrespondent betätigt):

„Mit dem Hauptträdelnsführer, dem Juden Mainberg, der verhaftet in Münster eingeliefert, von Severing aber wieder freigelassen worden war, hat Severing die ganze Nacht Setzt getrunken ...“

Es sind Greuel geschehen, die nicht in die Presse gekommen sind. Es haben Angenzeugen erzählt, wie in Essen niedergebauten Bürgerwehrlenten noch die Gedärme aus dem Leib gerissen wurden, die Bürgerwehrlente wurden in Schlachthäusern zusammengetrieben und buchstäblich niedergemetzelt ... Es setzte dann eine Plünderung des flachen Landes ein, es war kein Bauer seines Lebens mehr sicher, eine Anzahl Bauern wurden erschossen, das Vieh wurde weggeführt, die Frauen vergewaltigt ...<sup>80</sup>

\*

Im eintönigen Grau allseitiger Rechthaberei wirkt es bereits wohlthuend, wenn innerhalb einer Organisation selbstkritisch nach Ursachen für die Fehlentwicklungen (bzw. das, was dafür gehalten wird) und für die Niederlage der Aufstandsbewegung gefragt wird. Solche Diskussionsartikel finden sich im Hagener USP-Blatt.

Ritter (Münster) kritisierte die Neigung vieler USP-Führer, „als wohlherzogene und statutenvereidigte Sozialdemokraten“ über den unvorhergesehenen Verlauf der Bewegung gekränkt zu sein und die Schuld für die „Ausschreitungen“ den Kommunisten und Syndikalistern in die Schuhe zu schieben. Vielmehr sei die eigene Partei nicht überall stark genug gewesen, um „die Unbesonnenen oder vielmehr das Lumpenproletariat im Zaume zu halten“.<sup>81</sup> Meis (Gevelsberg): Die Aufstandsbewegung sei „letzten Endes“ gescheitert „an der organisatorischen Zerrissenheit, an dem Ort- und Kreis-Patriotismus (siehe Wesel)“.<sup>82</sup> Schneider (Hagen) beklagte „das viele Nebeneinander und Durcheinander der mit jedem Tag neu entstehenden Körperschaften ...“, stets beeinflusst in ihren Beschlüssen von den augenblicklichen Tagesstimmungen, Parteidoktrinen, von der Zaunanschaung einer engen Kreis-, ja sogar Ortspolitik. Daher das Abwägen, das zögernde Handeln ... Es fehlte nach oben die einheitliche, zielklare Führung, das naturgemäß auf der anderen Seite das planlose auf eigene Faust handelnde Gruppen-, ja sogar Gruppchenunwesen hervorgerufen mußte. Dazu tauchten Persönlichkeiten auf, die — unten wie oben — sich einzudrängen wußten, ohne daß man die Kraft oder den Mut dazu fand, solche fernzuhalten ... Schreiben ist deren Hauptstärke und Dummheit ihre Haupttugend“. Im Anschluß daran versuchte Schneider zu



begründen, warum künftig eine politische Räteorganisation einen gewissen Vorrang vor der Parteiorganisation haben müsse,<sup>88</sup> eine These, der Meis dann in einem weiteren Artikel widersprach.<sup>84</sup> Wichtiger noch als diese Debatte sind die Fälle, in denen Arbeiterführer erklärten, sie hätten in irgendeinem Punkt ihre Meinung geändert bzw. sie hätten etwas gelernt. Diese Fälle sind bemerkenswert selten.

Ludwig auf dem westfälischen USP-Bezirksparteitag, 24. April: „Über den Generalstreik habe er seine Ansicht erheblich revidiert. Er sei der Überzeugung, daß, sobald ein bewaffneter Aufstand in Frage komme, alles in die Fabriken müsse, was nicht zur Kampftruppe gehöre. In Hagen seien Zehntausende auf der Straße gewesen, zwischen denen dunkle Elemente zu Verbrehen aufzuputschen suchen . . . Nur durch Aufhebung des Generalstreiks sei hier in Hagen die Anarchie verhindert worden.“<sup>85</sup>

Braß auf zwei USP-Konferenzen, rund ein halbes Jahr später: Wie soll beim nächsten bewaffneten Kampf, falls dieser wieder nicht bis zum siegreichen Ende geführt werden kann, der Kampfabbruch erreicht werden, und zwar einheitlicher als im März? Noch einmal würden sich die Massen nicht beruhigen lassen, sondern Terror anwenden. Die Konsequenz könne nur die sein, daß die Arbeiterführer präventiv diktatorische Maßnahmen ergreifen müßten (auf der ersten der beiden Konferenzen sprach Braß sogar von der Anwendung von „Terror“): gegen die eigenen Genossen, vor allem aber gegen die ungeschulten Massen.<sup>86</sup>

Meinberg in seiner mehrfach angeführten Rede in Dortmund nach seiner Amnestierung, 15. August 1920, zur Frage der Bielefelder Konferenz: „Ich habe damals gesagt: Wir wollen nicht verhandeln, wir gehen nicht zur Konferenz. Aber heute, wo ich die Dinge geschichtlich betrachte, erkläre ich, daß das Bielefelder Abkommen ein Produkt der Notlage war, in der sich die Arbeiter damals befanden. Es mußte dieser Weg eingeschlagen werden, denn mit 3 Millionen gegen ganz Deutschland war der Kampf ein unmögliches Ding.“<sup>87</sup> Da das Bielefelder Abkommen in der KPD zum „Verrat“ erklärt wurde, dürfte diese Äußerung bei Meinbergs späterem Ausschuß aus der Partei eine Rolle gespielt haben; sogar die Teilnahme an der Bielefelder Konferenz wurde ihm angedichtet.<sup>88</sup>

Stemmer erklärte nach seiner Amnestisierung, er habe in der monatelangen Haft die Möglichkeit zur Lektüre gehabt und dabei die während des Aufstands gemachten Erfahrungen gründlich reflektiert.<sup>89</sup> Am 22. August sprach er in Dortmund, eine Woche nach Meinberg und an derselben Stelle wie dieser. Dabei sagte er u.a.: „Sozialismus ist die Vollendung des einzelnen Menschen in der Gesamtorganisation der Menschheit und die Vollendung der Menschheit durch die höchste Veredelung des einzelnen. Der Anfang zum Sozialismus ist nicht der Kampf auf der Straße, sondern der Kampf in uns. Aller Kampf auf der Straße ist unnützlich, wenn wir nicht im Innern ganze Sozialisten geworden sind. Es gilt, das Menschheitsgefühl zu erweitern, den schlimmsten Feind des Menschen, den Egoismus, zu bekämpfen . . . Solange der alte Staat existiert, gibt es keinen Frieden . . . (Aber) erst müssen wir die moralischen Fähigkeiten haben, den Staat auszubauen, erst ist der Kampf in sich auszuführen, erst muß der Mensch ganz Mensch werden mit Menschenliebe und Menschengerechtigkeit.“ (Diesen Worten gab Stemmer dann die praktische Wendung, daß er es als „Schandfleck des Proletariats“ bezeichnete, „die

Ruhrkämpfer nicht eher aus den Gefängnissen herausgebracht“ zu haben, und einen mindestens 24-stündigen Sympathiestreik für die noch immer Inhaftierten forderte.)<sup>90</sup>

Schließlich der inzwischen aus der KPD ausgetretene Nickel am 13. August 1920 in einer Rede in Mülheim: „daß, wenn er noch einmal in die Lage käme“ wie in den Märztagen, „er nicht mehr dem 'Ordnungsfimmel' verfiel.“<sup>91</sup>

So selten derartige Äußerungen bereits sind — es gibt überhaupt keinen einzigen Fall, in dem ein Arbeiterführer ohne Wenn und Aber sagte: Der Kampf endete mit einer Niederlage. Sehr oft heißt es stattdessen: Niederlage — in einer Hinsicht ja, aber auf der anderen Seite hat das Proletariat deutlich an „subjektiver Reife“ an „revolutionärer Erkenntnis“, „Energie“ usw. gewonnen.<sup>92</sup> Die stärksten Töne schlug Clara Zetkin in ihrem etwas bombastischen Stil an, die zu einem Zeitpunkt, als die Reichswehr ins Ruhrgebiet einmarschierte, bereits im Organ der Kommunistischen Internationale über die Gesamtbewegung im Reich schreiben zu können glaubte:

„Die Arbeitermassen sind (gegenüber den Kämpfen im Vorjahr) an revolutionärer Erkenntnis, aber auch an revolutionärem Willen und an Tatkraft und Opferfreudigkeit erheblich gewachsen. Die Taktik und Strategie ihres Kampfes ist klarer, beherrschter geworden, das Augenmaß richtiger für das Verhältnis der ringenden Kräfte, der Blick schärfer für den Unterschied zwischen dem dauernden Kampfesobjekt, für die Notwendigkeit der Solidarität, der Gleichzeitigkeit des Kampfes, des Handelns . . . Es liegt nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, daß der Reichstag nur gewählt wird, um nach Hause geschickt, auseinandergejagt zu werden.“<sup>93</sup>

Mit diesen Sätzen vergleiche man, was im Ruhrgebiet nach dem Einmarsch der Reichswehr in Betrieben, in Kneipen und auf Versammlungen zu hören war (zusammengestellt von einem Mitarbeiter des Bochumer SPD-Blatts):

„Die Führer haben uns verraten! Wir standen vor Wesel, der Fall der Stadt war nur noch eine Frage von Stunden. Da fahren die Herren Führer nach Bielefeld und kriegen es dort mit der Angst zu tun, schließen einen 48stündigen Waffenstillstand und das berüchtigte Bielefelder Abkommen. Dieselben Führer, die acht Tage vorher riefen, jetzt gehts um Ganze, kriegen Angst vor der eigenen Courage und machen schnell ein Abkommen, wodurch ihre wertige Person in Sicherheit gebracht wurde. Das ganze Jahr hat man uns gesagt, in der Räterepublik ist das Heil der Massen zu finden. Wenn wir die politische Macht haben, sind alle eure Wünsche leicht zu befriedigen. Und nun? Hat es jemals eine günstigere Situation gegeben, um die politische Macht zu erobern? In allen Teilen Deutschlands brannte es, man brauchte nur die Flammen anzufachen . . .“<sup>94</sup>

Hier drückt sich noch einmal, gewissermaßen abschließend, die dumpfe Hilflosigkeit der Arbeiter aus, die wir wiederholt beobachtet haben und gegen die so wenig unternommen worden war. Daß den Führern die Schuld am Ausgang des Kampfes gegeben wird, ist bei der autoritären Struktur, den die Aufstandsbeziehung gehabt hatte, selbstverständlich. Wirklich gelernt werden konnte innerhalb dieser Struktur nur wenig (ebensowenig übrigens von der nachträglichen gegenseitigen Polemik der linken Organisationen, falls diese überhaupt von den Ar-

beitern beachtet worden ist), und insofern war Clara Zetkins Urteil schon im Ansatz verfehlt.

Andere Quellen bestätigen die Mitteilungen des Bochumer SPD-Redakteurs;<sup>95</sup> diese sind also durchaus kein einseitiger Ausschnitt. Auch der KPD-Zentrale wurde de der Vorwurf gemacht, sie habe die Arbeiter des Ruhrgebiets daran gehindert, „ihre Kämpfe bis zu einem siegreichen Ende zu führen.“<sup>96</sup> Ein anderer Autor teilt mit, daß die Arbeiter den Bruch der Abkommen von Bielefeld und Münster als voraussehbar bezeichneten und bei den Unterhändlern kritisierten, gegenüber den Regierungsvertretern nicht mißtrauisch genug gewesen zu sein.<sup>97</sup> Spezielle Probleme bekam die USP in Buer und im Hagener Bezirk. In Buer gab es in der allgemeinen Mißstimmung eine Reaktion in zwei entgegengesetzten Richtungen: ein Teil der Mitglieder warf der Parteiführung vor, den teilweise chaotischen Zuständen in den letzten Tagen der Aufstandsbewegung nicht rechtzeitig und energisch genug entgegengetreten zu sein, ein anderer, „sich nicht für die sofortige Einführung der Räterediktatur eingesetzt“ zu haben. Nicht wenige traten zur SPD einerseits, zur KPD andererseits über,<sup>98</sup> und bei der Reichstagswahl im Juni ging die Partei gegenüber der vorigen Wahl um rund 1/4 der Stimmen zurück. Im Hagener Bezirk kehrten ganze Ortsgruppen der USP den Rücken. Auslösend wirkte hier besonders der Beschluß der Parteiführer, die Arbeiterwehren des Bezirks geschlossen ins Bergische Land abzurücken zu lassen, als der Einmarsch der Reichswehr unmittelbar bevorzustehen schien (oben Seite 344); das Elend dieser Arbeiter und ihrer Familien mußte in der vorherrschenden Urteilsstruktur den Parteiführern vorgerechnet werden, als die Reichswehr dann doch nicht einrückte, und weit verbreitet war die Rede von „Feigheit“.<sup>99</sup>

Schnell waren die Arbeiterführer bei der Hand, den Spieß umzudrehen: Ludwig etwa, indem er fragte, wer denn ihn, Ernst und Oettinghaus an die Spitze gestellt habe,<sup>100</sup> oder der Bochumer SPD-Redakteur, der erklärte, die Massen hätten versagt, indem sie entgegen den Mahnungen der Führer den Kampf nach Abschluß des Bielefelder Abkommens fortgesetzt hätten.<sup>101</sup> Schneider (Hagen) empfahl sogar für die Zukunft den „geschlossenen Auszug von Arbeitermassen aus den von der Reichswehr bedrohten Gebieten als neues Kampfmittel“.<sup>102</sup> Beliebte war auch der Hinweis auf „das Versagen des übrigen Deutschlands“.<sup>103</sup> Noch am differenziertesten argumentierte Kretzen im Solinger USP-Blatt, der den Arbeitern auseinandersetzte, daß im politischen Kampf nicht selten die Absicht und Erfolg auseinanderklaffen: in die Aufstandsbewegung seien nicht einmal die Sozialdemokraten mit der Absicht hineingegangen, die Wiederkehr der alten Koalitionsregierung zu ermöglichen, aber viele Faktoren hätten dann doch eine Räterediktatur unmöglich gemacht; vor allem die Sammlung des Proletariats zur „geschlossenen Klasse“ mit revolutionärer Zielsetzung sei noch längst nicht erreicht. Aber auch dieser Autor schloß mit reichlich beschönigenden Worten:

„Je weiter die Absichten gehen, um so geringer wird der tatsächlich erreichte Erfolg erscheinen. Es wäre aber verfehlt, einen, etwa nur kleinen Erfolg nicht sehen zu wollen ... Und so erbitternd bescheiden die Erfolge des eben stattgefundenen Kampfes auch sein mögen: auch er hat uns dem Ziele ein Stück näher gebracht. Er hat die revolutionäre Energie des Proletariats gestärkt, er hat zahlreiche bisher unentschlossene und indifferente Elemente unseren Reihen zugeführt und uns

dem unbedingt notwendigen revolutionären Zusammenschluß des gesamten Proletariats näher gebracht ...<sup>104</sup>

\*

Werfen wir für die folgenden Jahre noch einen Blick auf die KPD als die stabilste linke Organisation. 1920/21 gab es fließende Übergänge zwischen ihr und der KAPD, vor allem nachdem die Kommunistische Internationale Richtlinien beschlossen hatte, wonach alle ihr angeschlossenen Parteien einen illegalen Apparat aufzubauen hatten. Die sog. „Kampforganisation“ (K. O.) der KPD ließ sich kaum eindeutig von der KAPD abgrenzen. Im Dezember 1920 bereiste Otto Bovensiepen — während der Aufstandsbewegung einer der Kampfleiter in Mülheim, inzwischen Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der KAPD in Berlin — die K. O. des Ruhrgebiets; dabei bezeichnete er in Essen die dortige Gruppe als die beste des Reviers. Bei dieser Gelegenheit sagte er weiter — so jedenfalls berichtete ein anwesender Spitzel —, beim „nächsten Mal“ müsse folgendermaßen vorgegangen werden: Sabotage der Eisenbahn, Aufrechterhaltung des Verkehrs für die eigenen Zwecke ausschließlich durch requirierte Autos; Festnahme von Geiseln, insbesondere von Werksleitern, Direktoren und Kassierern von Banken; Beschlagnahme des gesamten Barbestandes der Banken.<sup>105</sup> — Am 19. Januar 1921 faßte die Polizei in verschiedenen Städten des Reviers zu und verhaftete die Mitglieder der Oberleitung der K. O. für Westdeutschland, an der Spitze den Bergmann Alfred Schroer und den Volksschullehrer Wilhelm Zaiser; beschlagnahmte wurden u.a. militärische Erkennungsmarken, Soldbücher, Generalstabskarten und Sitzungsberichte. Obwohl die KPD im Reichstag die Sache herunterspielen versuchte, waren die Verhaftungen ein schwerer Schlag für den Versuch, die Existenz der Roten Armee mit einer illegalen Organisation weiterzuführen.<sup>106</sup> Schroer und Zaiser wurden in einem anschließenden Prozeß zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt.<sup>107</sup>

1924 befaßte sich ein anonymes Artikel in einer internen Zeitschrift der KPD, die für den sog. „Ordnerdienst“ und die „Proletarischen Hundertschaften“ der Partei bestimmt war, mit der Aufstandsbewegung im Ruhrgebiet und formulierte dabei zum Schluß folgende „Lehren“:

„Ausgeschlossen und auch nicht notwendig ist die vorherige militärische Organisation großer Massen, unbedingt notwendig aber die Schaffung eines einheitlichen Führerapparates, in dem jedes Einzelnen Stellung und Wirkungsbereich scharf unrisen ist. Unbedingt erforderlich für die führenden Personen politische Zuverlässigkeit und absolute Disziplin. Befehl muß Befehl sein ..., selbst wenn er auf den ersten Blick falsch erscheint. Befehlsgewalt muß, wenn eben möglich, bei einem verantwortlichen Leiter liegen ...

Die militärische Leitung hat ... sich nur als Werkzeug der politischen Leitung anzusehen, aber die politische Leitung hat nicht das Recht, sich in militärtechnische oder taktische Fragen zu mischen ...

Außerst wichtig ist ein unter allen Umständen funktionierender Nachrichtenapparat. Scharfe Trennung zwischen Truppe und lokalen Polizeiformationen ... Rücksichtsloses Durchfassen gegen den Gegner ohne Rücksicht auf etwa verletzte

'Legalität', dem Gegner keine Zeit zur Sammlung und Erholung lassen, ebenso scharfes Zelfassen gegen den Feind im eigenen Lager (Mob, Meuterer, Plünderer) ... Kein Androben von scharfen Strafen, wenn nicht die Möglichkeit der Ausführung besteht.

In den leitenden Instanzen Ressortenteilung vorbereiten, vor allem für Verpflegung, Löhnung, Bewaffnung. Geeignete Hilfskräfte zur Mitarbeit heranziehen, nicht alles selber machen wollen, der großen Linie Kleinigkeiten unterordnen.

Klarheit schaffen über Stärke, keine Illusionen ... Vor allem im gegebenen Moment entschlossenes Zelfassen, Verantwortungsfreudigkeit.<sup>108</sup>

So offenkundig der Versuch des Autors, eine Kopierung des Militärs zu vermeiden, so deutlich ist jedoch auch, daß er dieser Gefahr nicht durchweg entgangen ist. Vor allem aber reflektiert er nicht, daß menschliches Lernen anders vor sich geht als mittels derart formulierter Verhaltensmaßregeln. Und die Arbeiter des Ruhrgebiets schließlich, von deren Handeln und Leiden diese „Lehren“ immerhin abgeleitet waren: für sie ging es auf Jahre hinaus um anderes, nämlich um die Verarbeitung einer großen Niederlage mit all ihrer Angst, Verbitterung und Verzweiflung.

Dieser anscheinend spezifische Mangel an Sensibilität bei Funktionären tritt noch weit deutlicher zutage in einem 1927 erschienenen Buch „Der Weg zum Sieg“, verfaßt von Militärspezialisten der Komintern in Moskau. In diesem marxistisch-leninistischen Handbuch über den „Aufstand als Kunst“ (so der Untertitel, formuliert in Anlehnung an eine Äußerung von Engels) ist die ganze Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung von 1920 taucht an einer Stelle als ein solches Exempel auf: als Illustration des Leninschen Gedankens, daß „am entscheidenden Ort und im entscheidenden Moment ein großes Übergewicht an Kräften konzentriert werden muß“; genau dies hätten die Ruhrarbeiter in den ersten Kämpfen mit der Reichswehr (in Wetter, Herdecke usw.) beherzigt.<sup>109</sup> — 1928 brachten die Militärspezialisten der Komintern ein weiteres Buch — „Der bewaffnete Aufstand“ — heraus, in dem die historischen Exempel je für sich in einem eigenen Kapitel umfassend abgehandelt werden. Hier wird der Ruhraufstand überhaupt nicht mehr thematisiert.<sup>111</sup>

\*

Auch andere lernten aus der Aufstandsbewegung von 1920: die SPD-Führung, die Bürokratie, das Militär und die Ausnahmejustiz. Bei der SPD-Führung wird dies indirekt deutlich, und zwar durch ihr Verhalten bei Papens Staatsstreich gegen die amtierende preußische Regierung Braun-Severing am 20. Juli 1932. Dieses Ereignis wird allgemein als einschneidende Etappe im Prozeß des Untergangs der Weimarer Republik gewertet. Ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft hatte mit dem Staatsstreich gerechnet und wartete auf ein Signal zum Losschlagen; die SPD-Führung forderte die Arbeiter jedoch auf, dem Faschismus und der Reaktion bei der in wenigen Tagen stattfindenden Reichstagswahl die richtige Antwort zu erteilen, und reichte im übrigen Klage beim Staatsgerichtshof ein — eine Farce angesichts dessen, daß Papen die letzte große Bastion

der SPD im staatlichen Bereich niedergelassen hatte.<sup>112</sup> Über die Frage, warum die SPD-Führung sang- und klanglos kapitulierte, ist eine umfangreiche Debatte geführt worden, in der wiederholt der Kapp-Putsch als Parallele herangezogen wurde — immer mit der Behauptung, die Situation von 1920 sei für erfolgreichen Widerstand unvergleichlich günstiger gewesen.<sup>113</sup> Nebenbei bemerkt, kann die These in dieser pauschalen Form keinesfalls akzeptiert werden, gab es vielmehr im Gegenteil 1932 einige Faktoren, die günstiger lagen als 1920;<sup>114</sup> doch ist die ganze Debatte um die Erfolgsaussichten, die eine Massenaktion gegen den Staatsstreich gehabt hätte, letztlich müßig. Denn der Vergleich mit 1920 gibt vermutlich ganz direkt Aufschluß darüber, warum die SPD-Führung 1932 kapitulierte: sie konnte eine Wiederholung der Erfahrung von 1920 nicht wünschen, der Erfahrung nämlich, daß eine Massenaktion, einmal begonnen, unweigerlich über die offiziell gesteckten Ziele hinaustreiben würde und später nur mit dem Einsatz erheblicher Repressionsmittel zu bändigen bzw. niederzuwerfen wäre. Der hier stattgefundene Lernprozeß kommt ansatzweise bei drei SPD-Führern zum Ausdruck — dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, dem Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski und dem Chefredakteur des „Vorwärts“, Friedrich Stampfer —, die übereinstimmend als schwerwiegendes negatives Moment anführen, daß eine Massenaktion zur Abwehr des Papenschen Staatsstreichs sich nicht im Rahmen des parlamentarischen Systems hätte halten lassen.<sup>115</sup>

Auf einer Konferenz der Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebiets, die am 26. Mai 1920 in Essen stattfand, empfahl der Mühlheimer Oberbürgermeister Lembke für den Fall neuer Unruhen: erstens alle Gefängnisinsassen rechtzeitig aus dem Revier fortzuschaffen, zweitens alle Lastwagen in Sicherheit zu bringen, und drittens den Strom für die Straßenbahnen abzuschalten.<sup>116</sup> Dies wird nicht die einzige derartige Überlegung in der Bürokratie gewesen sein.

Selbstrechtfertigungen und Lernversuche schließlich auch auf seiten des Militärs und der Ausnahmejustiz. Zu nennen sind hier vor allem je zwei Denkschriften des Reichswehrministeriums und des Wehrkreiskommandos Münster.

Die erste Denkschrift des Reichswehrministeriums versuchte zwei zentrale Behauptungen zu widerlegen: daß die Aufstandsbewegung im Ruhrgebiet lediglich die Abwehr des Kapp-Putsches und keine weitergesteckten Ziele gehabt habe, und daß es keine „vorhergehende militärische Organisation der Aufständischen“ gegeben, „es sich vielmehr nur um eine ungeleitete Bewegung bewaffneter Hausregimenten“ gehandelt habe.<sup>117</sup> Die zweite Denkschrift setzte sich mit den an die Reichsregierung gerichteten Vorwürfen auseinander, sie habe „auf Grund einseitiger Orientierung ohne zwingende Notwendigkeit den Einmarsch der Reichswehrruppen in das rheinisch-westfälische Industriegebiet angeordnet.“<sup>118</sup> Der Inhalt beider Denkschriften braucht, weil vom Leser leicht zu erschließen, nicht referiert zu werden. Bemerkenswert sei nur, daß die erste Denkschrift zahlreiche von der Reichswehr bei ihrem Einmarsch aufgefundene Dokumente der Roten Armee enthält, die zum Teil genau das bestätigen, was in der Denkschrift widerlegt werden soll. Hans Spethmann hat später beide Denkschriften zur zentralen Grundlage und Orientierung seiner Darstellung des Ruhraufstandes gemacht.

Ganz anders, nämlich mit der Aufforderung, „alle gemachten Fehler zu(zu)ge-

ben, um an ihnen zu lernen“, beginnt die erste der beiden Denkschriften des Wehrkreiskommandos Münster.<sup>119</sup> Bei den Ausführungen im einzelnen zeigt sich dann allerdings, daß diese Aufforderung an alle möglichen Adressen gerichtet ist, nur nicht an die eigene, so daß das Ganze indirekt doch wieder auf eine Selbstrechtfertigung hinausläuft. Die wichtigsten Punkte der Kritik, die formuliert wird, und die daraus entwickelten Lehren: Die Regierung hätte im Moment des Kapp-Putsches eine Erklärung abgeben müssen, daß sie nicht daran denke zurückzutreten, sondern Berlin nur vorübergehend verlasse; „Unklarheiten“ und „Zweifel“ gegenüber der Haltung der Regierung, vor allem angesichts des angeblichen Aufrufs zum Generalfstreik wären dadurch vermieden worden. Sodann habe die Regierung nur den Feind von rechts im Auge gehabt, den von links dagegen übersehen. Gefühle der Dankbarkeit gegenüber der Bewegung zur Abwehr des Putsches seien zwar verständlich, aber eins dürfe „für die Zukunft nicht vergessen werden: Jede Volkserhebung segelt unfehlbar in das radikale Fahrwasser!“ Der Schutz der Regierung gehöre ausschließlich in die Hand der dafür eingesetzten staatlichen Organe. Das schließe ein, daß auch den Berichten dieser Organe unbedingt Glauben zu schenken sei: „Die militärischen Stellen melden neutral und nicht etwa schwarz, um damit ihre Existenzberechtigung vielleicht nachzuweisen!“ Bei den Zivilbehörden allerdings sei scharf zu unterscheiden. Die Spitzenbehörden (Oberpräsidium, Regierungspräsidenten) hätten das Wehrkreiskommando „vorzüglich unterstützt“ und in der Lagebeurteilung habe geradezu „mustergültige Übereinstimmung geherrscht, während von den Oberbürgermeistern und Landräten zutreffende Meldungen einfach nicht erwartet werden dürften: denn wie solle der Betreffende „auf fernmündlichen Anruf ein richtiges Bild der Lage geben, wenn neben ihm ein Rorgardist mit der Handgranate steht oder ein ähnlicher Geselle die Telefone überwacht?“ Verhandlungen, heißt es weiter, dürften lediglich mit dem Ziel geführt werden, „eine Trennung zwischen den Guten und dem Verbrechergesindel herbeizuführen“; was darüber hinausgehe, sei falsch. Versteckte Kritik an Severing also, dagegen eindeutige Kritik an den von ihm eingesetzten Zivilkommissaren: „Sie sahen ihre Hauptaufgabe im Sammeln von Material gegen die Reichswehr, sie arbeiteten für den guten Ruf ihrer Partei“, formuliert die Denkschrift.<sup>120</sup>

Aufschlußreich für die Verfeinerung der Aufstandsbekämpfung ist es, wenn dann regional differenziert wird:<sup>121</sup> „Man kann das Wuppertal und die Gegend von Hagen als das heilige Land der USP bezeichnen, das niemals von sozialistischen Regierungsvertretern angetastet wird und daher den Bolschewismus ... in aller Ruhe züchten kann. Man bezeichnet vielfach die Wetterecke von Hamborn-Botrop als 'Wildwest', nach den hiesigen Erfahrungen liegt die größere Gefahr aber wie gesagt in der Gegend von Hagen-Elberfeld, Barmen und Remscheid“. Deren Entwarnung sei für die Beruhigung des eigentlichen Kohlenreviers wesentlich. Weiter wird gefordert: „den Zuzug der Ausländer — besonders der Russen — abzuhalten; die Jugend der Bergarbeiterschaft ... den Gewerkschaften zuzuführen; die Lust zum Arbeiten durch entsprechende Lebensmittelbelieferung zu heben; die radikale Presse unschädlich zu machen, die gugesinnnte Presse zu gemeinsamer Handlung zusammenzufassen“, d.h. es dürfe nicht wieder „vorkommen, daß die Presse von Regierungsparteien gegen Regierungsorgane hetzt“.

Aus den unverbundenen Einzelpunkten, die am Schluß der Denkschrift zusammengestellt sind, seien drei hervorgehoben:

1. Es gehe in Zukunft nicht an, daß wie bisher zahlreiche Berliner Regierungsstellen Nachrichten und Berichte vom Wehrkreiskommando anforderten; vielmehr müsse eine Zentralstelle in Berlin bestimmt werden, die die Weitergabe und Auswertung übernehme.

2. „Kommissionen, die zu ihrer Orientierung von der Regierung in den Bezirk geschickt werden, müssen mit den leitenden Stellen des Bezirks und nicht nur mit Parteivorständen in Verbindung treten. Mit dem Gegner darf ohne Wissen der leitenden Stellen des Bezirks nicht verhandelt und nicht gesprochen werden“.

3. „Die Regierung muß die leitenden Stellen über ihre Auffassung der Lage und über ihre Absichten klar und öfters unterrichten ... Die Truppe ist heute zum Denken erzogen, man kommt mit dem alten guten Grundsatz 'befehlen und gehorchen' nicht mehr ganz aus“.<sup>122</sup>

Die zweite Denkschrift des Wehrkreiskommandos — datiert vom 5. Juni 1920, d.h. noch vor Aufhebung des Ausnahmezustands im Ruhrgebiet — befaßte sich mit der Ausnahmejustiz. Diese habe, so lautet die These der Autoren, „ihren Zweck, ein besonders wirksames Mittel zur beschleunigten Niederwerfung des Aufstandes zu sein, nicht erfüllt“.

Zur Begründung wird zunächst, wie nicht anders zu erwarten, die Aufhebung des Standrechts angeführt. Das Standrecht sei, heißt es, für die Unterdrückung größerer Aufstände „unentbehrlich“. Das wird in vier Punkten erläutert: 1. Die abschreckende Wirkung der Todesstrafe mit sofortiger Exekution sei „gegenüber einem verbrecherischen heimrücksischen Feinde“ notwendig. 2. Die Truppe sehe im Standrecht „eine Art gesetzlich geregelter Notwehr“. 3. Das Rachebedürfnis der Truppe angesichts gefallener Kameraden bedeute „die Gefahr einer wilden Justiz an eingebrachten Auführern“; diese Gefahr werde bei der Existenz von Standgerichten „erheblich verringert“. 4. Die Zeugen für die Taten der Auführer seien meist Militärpersonen und daher später für Prozesse nicht mehr zu erreichen.

Nach diesen knappen Sätzen beschäftigt sich die Denkschrift ausführlich mit der Tätigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte. Die aufgeführten Schwierigkeiten und Mängel seien hier nur stichwortartig genannt: Die von Watter für die Kriegsgerichte in Dorsten, Unna und Hamm zunächst vorgesehenen Richter hätten die Übernahme dieser Aufgabe verweigert; in Wesel hätten der Anklagebehörde in den ersten Wochen geschulte Bürokräfte gefehlt; verworrene Zuständigkeiten (im Verhältnis zur ordentlichen Justiz oder zwischen dem Reich und Preußen, z.B. kein Verfügungsrecht der Wehrkreiskommandeure über preußische Richter); Furcht der Richter vor Racheakten nach Abzug des Militärs; die Bestimmungen der Strafprozessordnung verhinderten ein beschleunigtes Verfahren und verursachten Zweifelsfragen, etwa: Dürfen nur die außerordentlichen Kriegsgerichte die einleitenden Schritte vornehmen (erste Ermittlungen, Erlaß des Haftbefehls), oder ist dazu auch jeder Amtsrichter befugt? Ist nur der Tattort für die Verfolgung maßgeblich? Was hat in den zahlreichen Fällen zu geschehen, in denen die beschleunigte Vorführung vor dem Richter praktisch unmöglich ist? (die Freilassung des Verhafteten sei natürlich ausgeschlossen). Es fehle eine klare Regelung für den „Schutzhaftbefehl“ (die Denkschrift deutet an, daß die Richter vielfach

noch zu pingelig sind). Einem beschleunigten Verfahren ständen „Formalitäten“ wie Fristen, förmliche Zustellung der Anklageschrift, die Möglichkeit der Haftbeschwerde entgegen. Auch die Strafvollstreckung (Todesurteile, Bearbeitung der Gnadensachen u.a.) sei zu schwerfällig.<sup>123</sup>

Ein weiterer Teil der Denkschrift entwickelt die Mißstände im Gefängniswesen; das braucht hier nicht wiederholt zu werden. Wiedergegeben sei dagegen die konkrete Utopie, die die Autoren entfalteten:

*Die außerordentlichen Kriegsgerichte „müssen mit der Verkündung des verschärfen Ausnahmestandes automatisch in die Erscheinung treten, vollbesetzt mit Richtern und Anklagevertretern, wohnsitzhaft, vertraut mit den örtlichen Verhältnissen und der Organisation der Behörden, zusammengefaßt durch eine leitende Stelle beim Inhaber der vollziehenden Gewalt.“*

*Die „Formalitäten“ des Strafgesetzbuches „müssen aufhören. Der Schwerpunkt des Verfahrens muß in der Hauptverhandlung liegen. Die Wiederaufnahme des Verfahrens zu Ungunsten des Angeklagten muß in gleicher Weise zulässig sein, wie zu seinen Gunsten ...“*

*Die auf Todesstrafe lautenden Urteile müssen mit der größten Beschleunigung über den Inhaber der vollziehenden Gewalt (Kurier) dem Reichspräsidenten zur Entscheidung darüber zugeleitet werden, ob er von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch machen will.*

*Nur durch ein derartiges, möglichst vereinfachtes und beschleunigtes Verfahren ist es auch zu erreichen, daß die stellenweise geradezu als schauerlich zu bezeichnende Überfüllung der Gefängnisse im Bezirke der außerordentlichen Gerichte vermieden wird ...“*

*Weitere vorbereitende Maßnahmen bei drohenden Unruhen in einem bestimmten Bezirk haben darin zu bestehen, daß unverzüglich mit der Räumung nahe und sicher gelegener Gefängnisse und Strafanstalten — möglichst am Sitz der voraussichtlichen außerordentlichen Kriegsgerichte — begonnen wird.“<sup>124</sup>*

Es sollte nicht mehr allzu lange dauern, bis dieses Programm nicht nur erfüllt, sondern sogar noch übertroffen wurde. Und mit Sicherheit sind die Autoren der Denkschrift, sofern sie 1933 bzw. 1939 noch lebten, bei der Realisierung da-beigewesen.

## 4. Ausblick

Was kam danach? Diese Frage kann man vielleicht am anschaulichsten beantworten, indem man sie so stellt: wie verlief der weitere Lebensweg von Hauptbeteiligten auf beiden Seiten? Auf Vollständigkeit ist dabei im folgenden kein Wert gelegt; das Ziel ist vielmehr, daß sich nach und nach ein einigermaßen instruktives Gesamtbild ergibt.

Otto Braß, Initiator des Einheitsfrontaufbaus der drei Arbeiterparteien im Bezirk Niederrhein, Teilnehmer der Bielefelder Konferenz und Unterhändler der Allianzen in der Flüchtlingsfrage, ist das erste Beispiel eines Funktionärs, dessen weiterer Lebensweg in typischer Weise von der Geschichte der Arbeiterparteien bestimmt ist. Er entschied sich bei der Spaltung der USP im Oktober 1920 für den Anschluß an die Kommunistische Internationale, trotz Vorbehalten gegenüber den 21 Aufnahmebedingungen. Nach kurzer Tätigkeit als Sekretär im Zentralkomitee der neuen Partei, die aus KPD und linkem Flügel der USP entstand (Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands, VKPD), wurde er Ende 1921 aus der Partei ausgeschlossen (Hauptpunkt war die Frage der Verantwortung der VKPD für die sog. „Märzaktion“). Mit der Gruppe, die sich um den schon früher ausgeschlossenen ehemaligen KPD-Vorsitzenden Levi gebildet hatte, kehrte er zur USP zurück und vollzog auch deren Vereinigung mit der SPD 1922 mit. Danach war er hauptsächlich als Verleger tätig. Die Abspaltung der SAPD 1931 lehnte er ab. Nach bedeutender Widerstandstätigkeit im Dritten Reich (Gruppe „Deutsche Volksfront“) wurde er 1938 durch die Gestapo verhaftet und zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1945 durch die sowjetischen Truppen befreit, wurde er zwei Jahre später Vorsitzender des FDBG Berlin; 1950 ist er in Ostberlin gestorben.<sup>1</sup>

Fritz Charpentier, einer der beiden Bielefelder Unterhändler aus den Reihen der KPD, trat unmittelbar nach dem Aufstand aus der KPD aus,<sup>2</sup> ging zur USP und kehrte dann bei deren Spaltung Ende 1920 mit dem linken Flügel zur KPD zurück,<sup>3</sup> wobei er Elberfelder Ortsvorsitzender der neuen Partei wurde.<sup>4</sup> 1921 wurde er in den preussischen Landtag gewählt. Im August 1926 starb er in einem Moskauer Krankenhaus.<sup>5</sup>

Hugo Delmes, aufgrund seines an die Rote Armee gerichteten Flugblatts („Wenn Ihr untergeht, soll die Reaktion mitgehen“, oben Seite 115 f.) vom Oberreichsanwalt wegen Hochverrats angeklagt, tauchte zunächst unter.<sup>6</sup> Etwas später findet man ihn, in elenden Verhältnissen lebend und dem Alkohol verfallen, als Spitzel des Militärs wieder; seine Berichte über die Arbeiterführer im Ruhrgebiet wurden von seinen Auftraggebern als zuverlässig bezeichnet.<sup>7</sup>

Gegen Eugen Eppstein, Mitglied des Zentralkomitees, erließ das außerordentliche Gericht in Essen am 22. April Haftbefehl; wegen seines jüdischen Namens wurde er einer der meistgesuchten „Rädelsführer“. Erst im November 1921 konnte er in Köln verhaftet werden. Die Behauptung, er habe sich beim Kampf um den Wasserturm hervorgetan, ließ sich nicht erhärten, doch wurde er im Februar 1922 wegen einer öffentlichen Rede zum dritten Jahrestag der russischen Oktoberrevolution zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.<sup>8</sup> Nach seiner Freilassung ging er erneut nach Köln, wo er im Parteibeirk Mittelrhein ein wichtiger KPD-Führer

wurde; im Mai 1924 wurde er dort in den Reichstag gewählt. Vermutlich mit der Fischer-Maslow-Gruppe wurde er aus der KPD ausgeschlossen. 1943 starb er — die genaueren Umstände sind nicht zu klären — im Konzentrationslager Majdanek.<sup>9</sup>

*Gottfried Karusselt*, von der Justiz vor allem wegen der standrechtlichen Erschießung des Reichswehrosoldaten Sametz (oben Seite 196) gesucht, tauchte mit den falschen Papieren, die er von der Reichswehr hatte, unter, nahm zunächst Arbeit in Braunschweig, Ende April 1920 dann auf dem Gußstahlwerk Annen bei Witten.<sup>10</sup> Inzwischen hatte ihn die KPD auf ihrer Bezirkskonferenz vom 18./19. April öffentlich als agent provocateur bezeichnet und vor ihm gewarnt.<sup>11</sup> Dabei mußte seine zeitweilige Mitgliedschaft in der Partei peinliche Fragen aufwerfen; das Gelsenkirchener SPD-Blatt behauptete, ihm sei seit längerem bekannt gewesen, in wessen Diensten Karusselt gestanden habe.<sup>12</sup> (Hier blieb die Frage offen, warum das Blatt erst jetzt damit herauskam.) Im Juli ließ sich Karusselt in Witten mit einer jungen Frau trauen; dafür erhielt er später zusätzlich eine Anklage wegen Bigamie. Auf die Dauer war ihm das Dasein eines Fabrikarbeiters zu beschwerlich: im Januar 1921 ging er nach Berlin und bot sich beim preußischen Staatskommissar für öffentliche Ordnung zu Spitzelzwecken an. Eine tollkühne, aber typische Fehlhandlung — Karusselt wurde enttarnt und verhaftet. Peinlich für die Untersuchungsführer wurde freilich alsbald die Herkunft seiner falschen Papiere. Vor dem Schwurgericht Essen (die Anklage lautete auf Mord) ging der Streit u. a. darum, ob er während des Arbeiteraufstands noch Reichswehragent gewesen sei oder nicht — er selbst behauptete es, der zuständige Nachrichtenoffizier in Münster bestritt es.<sup>13</sup> Am 20. Dezember 1922 wurde er zum Tode verurteilt.<sup>14</sup> Bei der anschließenden Revisionsverhandlung vor dem Reichsgericht<sup>15</sup> lautete das endgültige Urteil auf lebenslängliches Zuchthaus. 1925 fiel er unter die beim Amtsantritt Hindenburgs erlassene Amnestie. Er eröffnete eine Schuhmacherei in Gelsenkirchen (dieses Handwerk soll er in Ostpreußen erlernt haben, bevor er ins Ruhrgebiet kam und Bergmann wurde). Unmittelbar nach dem Sieg des Faschismus 1933 wurde er verhaftet und in ein KZ eingeliefert, nach einiger Zeit aber wieder freigelassen. Nach der barschen Behandlung einer Nazifrau in seinem Geschäft („Ich habe erst noch viele Schuhe von kinderreichen Leuten zu machen“) wurde er angezeigt und erneut verhaftet. Gefängnis, dann Einlieferung ins Landeskrankenhaus Eickelborn; dort starb er 1937 oder 1938 an Herzmuskelweiterung (so die offizielle Version) im Alter von etwa 70 Jahren.<sup>16</sup>

Rechtsanwalt *Bernhard Lamp* wurde wegen seiner Aktivitäten während des Aufstands (II, Seite 40 f.) aus dem Elberfelder Anwaltsverein ausgeschlossen, außerdem wurde ein ehrenrechtliches Verfahren gegen ihn eröffnet.<sup>17</sup> Er übernahm noch die Verteidigung im sog. Weißenseer Kommunistenprozeß, dann wurde er im August 1920 plötzlich verhaftet, nachdem der Briefkasten am Landgerichtsfängnis von Elberfeld von unbekanntem Attentätern gesprengt worden war, und sofort ins Zuchthaus Werl transportiert. Die Anklage lautete auf Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz und Hochverrat. In der Verhandlung brachen die Aussagen von fünf Belastungszeugen als in sich widersprüchlich zusammen; daraufhin präsentierte der Staatsanwalt schließlich eine Prostituierte, die behauptete,

Lamp habe in ihrer Wohnung gesagt, daß er den Briefkasten gesprengt habe. Als Belastungsmoment wurde auch eine angebliche Äußerung Lamps im Weißenseer Kommunistenprozeß gewertet: „Ich kenne keine Gesetze, ich suche nur die Wahrheit“. Dem Anwalt Lamps wurde jeder Verkehr mit seinem Mandanten unmöglich gemacht, in Lamps Abwesenheit durchsuchte man seine Zelle, wobei Briefe und Aufzeichnungen mitgenommen wurden. In der Meinung, daß es auf seine Vernichtung abgesehen sei, trat Lamp schließlich in einen Hungerstreik. Trotz einer großen Solidaritätskampagne — Lamp genoß viel Sympathie auch bei denen, die sein Ziel eines herrschaftslosen Sozialismus nicht teilten — blieb er in Haft; schwerkrank wurde er zuletzt in ein Psychiatrisches Krankenhaus überführt, wo er am 26. Dezember 1920 an doppelseitiger Lungenentzündung starb.<sup>18</sup>

*Konrad Ludwig* (Hagen) war von 1920 bis 1928 — mit kurzer Unterbrechung 1924 — Reichstagsabgeordneter, zunächst der USP, dann der SPD. Bei der Vereinigung von SPD und Rumpf-USP 1922 wurde er Kassierer beim Parteivorstand; diese Funktion behielt er inne, bis ihn 1931 ein Schlaganfall arbeitsunfähig machte. 1935 ist er gestorben.<sup>19</sup>

*Adolf Meinberg* fiel unter die Amnestie vom August 1920 und wurde aus dem Zuchthaus Werl entlassen. Sogleich stürzte er sich wieder in die Agitation: am 15. August sprach er in Dortmund vor 8.000 Menschen über die Märzereignisse. Scharf rechnete er mit den lokalen SPD-Führern ab, die durch ihre kompromißlerische Haltung gegenüber Lichtschlag das Blutvergießen wesentlich mitverantwortlich hätten, und auf der anderen Seite schilderte er die schwierige Lage des Vollzugsrats, die u. a. Folge der wilden, nicht mehr unter Kontrolle zu bringenden Bewaffnung gewesen sei. Bei der Märzaktion 1921 lehnte er die von der Parteizentrale kommenden Offensivparolen ab. Eine öffentliche Rede, in der er zum Generalstreik aufforderte, genügte jedoch für eine dreijährige Zuchthausstrafe; sie wurde Ende des Jahres in Festungshaft umgewandelt. Nach der Ermordung des Außenministers Rathenau durch rechtsradikale Terroristen wurde er im Juli 1922 erneut amnestiert. Ende 1922 schloß ihn die Fischer-Maslow-Gruppe als „Rechten“ aus der KPD aus, mit der vorgeschobenen Begründung, er habe Parteigelder veruntreut. Zunächst schlug er sich kümmerlich als Angestellter des Milchhofs durch (in Läden machte er Reklame für Kefir), bis er in den letzten Jahren der Weimarer Republik freier Mitarbeiter des linksbürgerlichen „General-Anzeigers für Dortmund“ wurde (Reportagen u. a. über den Bergbau und das Leben der Bergarbeiter). 1927 hatte er bereits mit seiner Anti-Severing-Artikelserie im Essen-Dortmunder KPD-Blatt (I, Seite 11) eine Probe seines journalistischen Könnens gegeben. Nach der „Machtergreifung“ war er von April bis Ende 1933 in Haft. Dann zunächst — bis August 1935 — als Holzarbeiter bei der Stadt tätig, danach — bis 1942 — seinen Unterhalt mit dem Vertrieb von Handwerksliteratur verdienend (in seiner Jugend hatte er eine kaufmännische Lehre absolviert); dieser Tätigkeit setzte die Reichsschrifttumskammer ein Ende. Zwischen 1940 erneut verhaftet, jedoch nach einiger Zeit wieder freigelassen. 1943 Lohnbuchhalter in einem unter Gestapo-Kontrolle stehenden Betrieb. Bis auf einen kurzen Einsatz bei Arnheim (Holland) 1944 entging er dem Kriegsdienst wegen extremer Kurzsichtigkeit, wurde jedoch immer wieder zum Trümmerräumen geholt. Im Mai 1944 ausgebombt. Das letzte Jahr des Dritten Reiches über-

lebte er, sich geschickt tarnend, in Kohlstädt, einem Dorf im Lippischen. Nach Kriegsende arbeitete er u. a. im „Reichsverband der Bombengeschädigten“ mit und war Mitgründer der „Europa-Union“, die er freilich bald wieder verließ. 1955 ist er in Kohlstädt gestorben.<sup>20</sup>

Walter Oettinghaus war von Juni 1920 bis April 1924 und dann wieder ab 1930 Mitglied des Reichstags, zunächst der USP, ab 1922 der SPD; in der SPD gehörte er zum harten Kern des linken Flügels. Bei der Gründung der SAPD verließ er seine politischen Freunde und trat zur KPD über (26. September 1931).<sup>21</sup>

Paul Sauerbrey, seit Juni 1920 USP-Reichstagsabgeordneter, wurde Anfang 1922 in Ohligs mit den Stimmen von USP und KPD zum Bürgermeister gewählt. Gegen die staatliche Bestätigung entfalteten die Führer der bürgerlichen Parteien im Ohligser Stadtparlament, unterstützt vom Elberfelder „Bürgerrat“, einen ausgedehnten Pressefeldzug. U. a. wurde ihm die Ermordung von Arbeiterkindern bei der Beschießung Remscheids (vgl. I, Seite 259-261) und die Erschießung des Spitzels Langensiepen (vgl. II, Seite 16, 43) vorgeworfen. Das Elberfelder USP-Blatt widerlegte die Anschuldigungen in einer fast täglich erscheinenden Sonderberichterstattung, doch war die gegen Sauerbrey geführte Pressekampagne insofern erfolgreich, als die Bestätigung seiner Wahl um mehr als ein halbes Jahr hinausgezögert wurde. — Nach Auskunft von alten Ohligser Bürgern war Sauerbrey dann ein erfolgreicher und beliebter Kommunalpolitiker. Er starb 1932 an einer Vergiftung.<sup>22</sup>

August Siemsen (USP), Zensor des Essener Vollzugsrats, seit 1922 wieder Mitglied der SPD; 1923 von der SPD-Regierung Thüringens als Professor nach Jena berufen; Vorstandsmitglied der „Kinderfreunde“ und des „Bundes freier Schulgesellschaften“; 1930 in den Reichstag gewählt; 1931 Mitgründer der SAPD. 1933 Emigration in die Schweiz, 1936 nach Argentinien, 1937 Mitgründer und Leiter der Gruppe „Das andere Deutschland“. 1952 Rückkehr nach Deutschland (BRD). 1958 in Ostberlin gestorben.<sup>23</sup>

Karl Stemmer stand im Oktober 1920 als Delegierter des USP-Parteitag in Halle auf dem rechten Flügel, der den Anschluß an die Kommunistische Internationale ablehnte. Seine Suspendierung vom Schuldienst (I, Seite 160) blieb trotz aller Eingaben, die er machte, aufrechterhalten; im Juni 1921 zog er zu seinem Schwiegervater, einem Viehhändler in Werl; zum Dezember 1922 erhielt er endlich eine Lehrerstelle in Berlin-Weißensee.<sup>24</sup> Um 1930 hieß es, er sei nach Südamerika ausgewandert.<sup>25</sup>

Victor Stern, der politische Redakteur des Essener USP-Blatts, war bei der Spaltung der USP einer der eifrigsten Befürworter des Anschlusses an die Komintern. Nach dem Spaltungsparteitag wechselte er als Redakteur zum Parteiblatt von Halle. Mitte Dezember 1920 wurde er als „lästiger Ausländer“ (Stern war Oesterreicher) aus Deutschland ausgewiesen.<sup>26</sup>

Heinrich Teuber (USP), Mitglied des Arbeiterrats Bochum, wurde am 6. Juni 1920 in den Reichstag gewählt. Bei der Spaltung der USP ging er mit dem linken Flügel zur VKPD und wurde Mitglied eines entscheidenden Führungsgremiums der Partei, des Zentralaussschusses. Nach der Märzaktion 1921 trat er aus der VKPD-Reichstraktion aus; mit Lewis „Kommunistischer Arbeitsgemeinschaft“ kehrte er 1922 zunächst zur USP zurück und vollzog mit dieser später auch die Ver-

einigung mit der SPD. In den folgenden Jahren lebte er kümmerlich als tagespolitisch und sozialkritischer Schriftsteller (sein Reichstagsmandat lief im April 1924 ab). Im Bochumer SPD-Ortsverein stand er in scharfer Opposition zur Führung der freien Bergarbeitergewerkschaft um Fritz Husemann. 1927 schloß ihn eine schwach besuchte Mitgliederversammlung aus der Partei aus. Auf zahlreiche Proteste von Arbeitern hin machte der Parteivorstand den Ausschluß zwar rückgängig, aber anscheinend hatte der Vorgang Teuber, der 1919 bereits unter demütigenden Umständen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen worden war, endgültig zermürbt: bei einem Aufenthalt in Leipzig setzte er seinem Leben ein Ende.<sup>27</sup> Hans Tombrock, der sich vor dem Essener Schwurgericht von seiner Spitzeltätigkeit distanziert hatte und dann zu einer zweijährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden war, bekleidete nach seiner Freilassung wieder wichtige Ämter in der KPD. Bekannter noch wurde er als Amateurmaler; u. a. illustrierte er eine Reihe von Artikeln Meinbergs im „General-Anzeiger für Dortmund“ mit Milieuzzeichnungen. 1933 von den Nationalsozialisten ausgebürgert, emigrierte Tombrock zunächst in die Schweiz; Ausweisung als „lästiger Ausländer“, Aufenthalt in verschiedenen europäischen Ländern, endgültig in Schweden, wo er u. a. mit Bertolt Brecht zusammenarbeitete. Nach 1945 ging er in die DDR, wo er Professor wurde. Er starb 1969.<sup>28</sup>

Oskar Triebel, der zweite Bielefelder Unterhändler aus den Reihen der KPD, kehrte nach vorübergehender Parteitätigkeit in Düsseldorf und Essen im September 1921 nach Barmen zurück, wo er Vorsitzender der KPD-Ortsgruppe wurde. Im November 1922 ging er nach Duisburg; 1924 übernahm er die Verlagsleitung des dortigen KPD-Blatts. Nachdem er bereits Ende 1921 einen Appell für die „rechte“ Opposition um Friesland unterzeichnet hatte, jedoch in der KPD geblieben war, geriet er 1928 bei der neuen Linkswendung endgültig in Konflikt mit der Partei; 1929 wurde er ausgeschlossen. Danach Funktionär der KPD-Opposition, 1932 der SAPD. Nach der „Machtergreifung“ illegal tätig, mehrere Male verhaftet. 1945 in Duisburg Eintritt in die SPD; gestorben im Mai 1968.<sup>29</sup>

Anton Wild und Hubert Koch, die Leiter des Duisburger Exekutivkomitees, wurden wie schon erwähnt auf der KPD-Bezirkskonferenz vom 18./19. April 1920 „wegen ihres disziplinarlosen Verhaltens“ aus der Partei ausgeschlossen.<sup>30</sup> Spätestens Ende 1921 war Wild jedoch neben Münzberg und Zalden, die ebenfalls dem Exekutivkomitee angehört hatten, wieder führend in der Duisburger KPD tätig.<sup>31</sup>

Wilhelm Zaisser, Volksschullehrer in Essen, während des Aufstands in der Essener Kampfleitung (II, Seite 70) tätig, am 19. Januar 1921 als Mitglied der Oberleitung der illegalen „Kampforganisation“ der KPD verhaftet und zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, nahm später wichtige internationale Aufgaben der Komintern wahr, u. a. in China; im spanischen Bürgerkrieg wurde er unter dem Decknamen „Gómez“ Kommandeur der XIII. Internationalen Brigade. 1948-1950 Chefinstrukteur der Volkspolizei der DDR und sächsischer Innenminister, danach Minister für Staatssicherheit der DDR; nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 wurde er von Ulbricht seines Amtes enthoben.<sup>32</sup>

Freikorpskommandant Franz v. Epp wurde 1921 Infanterie-Führer der 7. Bayerischen Division; im Oktober 1923 im Rang eines Generalleutnants aus der Reichswehr verabschiedet. Beteiligung am Hitler-Ludendorff-Putsch kurze Zeit später.

Ab 1928 Reichstagsabgeordneter der NSDAP; im September 1932 zum Reichsleiter des Wehrpolitischen Amtes und Leiter des Kolonialreferats der NSDAP, im April 1933 zum Reichsstatthalter in Bayern ernannt.<sup>33</sup> Zu seinen zahlreichen Titeln zählte einer, den wir hier besonders hervorheben müssen: die Gemeinde Pelkum verlieh ihm nach der „Machtergreifung“, das Massaker vom 1. April 1920 als Befreiung vom roten Terror wertend, den Ehrenbürgerbrief.<sup>34</sup>

Brigadekommandant *Wilhelm Faupel*: eine Zeitlang Generalinspekteur der peruanischen Armee; im spanischen Bürgerkrieg der erste Geschäftsführer Nazi-deutschlands bei Franco (November 1936 bis August 1937); beging 1945 in Berlin Selbstmord, als die russische Rote Armee in die Stadt eindrang.<sup>35</sup>

Weitere Freikorpskommandanten: *Hubertus v. Aulock* wurde nach 1933 Brigadeführer des NS-Kraftfahrkorps von Groß-Berlin.<sup>36</sup> Hauptmann *Gabcke* fiel am 22. März 1942 in Rußland als Kommandeur einer Infanteriedivision.<sup>37</sup> 1961 starb in Andernach im Alter von 75 Jahren Hauptmann *Otto Lichtschlag*. Das CDU-Blatt „Westfalenpost“ widmete ihm einen Nachruf, in dem so ziemlich alles falsch war, der aber politisch eindeutig Stellung bezog. (Das Freikorps Lichtschlag „trat erstmals in Aktion, als nach dem Kapp-Putsch die Kommunisten ihre Chanee erkannten“ usw.)<sup>38</sup> Lichtschlags Adjutant, Leutnant *Heinrich Mahnken*, machte eine Schulkarriere; im Dritten Reich brachte er es in Hagen bis zum Studien-direktor.<sup>39</sup> *Wilfried v. Loewenfeld* ging zur Reichsmarine der Weimarer Republik und wurde Kapitän des Kreuzers „Berlin“; die Hälfte der Besatzung stammte aus seinem Freikorps, der 1920 aufgelösten Marinebrigade. 1928 nahm er, in-zwischen zum Vizeadmiral befördert, seinen Abschied. Er starb 1946 in Schles-wig.<sup>40</sup> Major *Schulz* wurde bei der allgemeinen Auflösung der Freikorps dienst-enthoben, d. h. vorzeitig pensioniert; er hatte sich beim Kapp-Putsch allzusehr profiliert.<sup>41</sup> 1922 brachte er ein Erinnerungsbändchen heraus, in dem er seine terroristische Gesinnung voll entfaltete (I, Seite 14). 1934 trat er noch einmal als Redner bei einer großen nationalsozialistischen Denkmalseinweihung in Steele auf, wobei er die Nachkriegsjahre als Zeit der „Verrottung und Verkommenheit“ be-zeichnete und dann die Hoffnung auf baldige Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht beschwor.<sup>42</sup>

Zwei Freikorpsunterführer: *Hans Kolbe*, Bataillonskommandant in der Marine-brigade Loewenfeld, machte Karriere in der Weimarer Reichsmarine: 1921 Chef der III. Minensuchflotille, 1926 bis 1929 Kommandant des Kreuzers „Berlin“, 1929 bis 1931 Chef des Stabes der Marinestation Kiel, seit 1932 Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte.<sup>43</sup> *Walter Model*, Hauptmann im Freikorps Hacketau, brachte es unter Hitler bis zum Generalfeldmarschall. Nachdem er den Ostfeld-zug mitgeführt hatte, endete er 1945 als Kommandant des „Ruhrkessels“. Nach einem alliierten Bombenangriff auf sein letztes Hauptquartier bei Engelskirchen floh er mit dem Rest seiner Truppen in den „Kalkumer Busch“ bei Düsseldorf; vor seiner Gefangennahme erschoss er sich.<sup>44</sup> — Bei zahlreichen weiteren Frei-korpsmitgliedern ließen sich NS-Karrieren aufzählen, die zum Teil geradezu bril-lant verliefen.<sup>45</sup> Manche endeten allerdings abrupt im staatlich sanktionierten Massenmord anlässlich der Entmachtung von SA-Stabschef Röhm am 30. Juni 1934.<sup>46</sup>

Der Dortmunder Polizeipräsident v. *Heeringen* war nach den Kapp-Tagen poli-

tisch unmöglich geworden. Das Unglück der Stadtverwaltung war, daß sie ihn 1919 gleich für zwölf Jahre unter Vertrag genommen hatte. Am 5. Juli beschloß die Stadtverordnetenversammlung in geheimer Sitzung, daß statt einer von Magi-strat und Finanzkommission vorgesehenen einmaligen Abfindungssumme von 135.000 Mark 11 Jahre lang je 12.000 Mark an v. Heeringen gezahlt werden sollten.<sup>47</sup> Ein Protest des einzigen USP-Stadtverordneten gegen diesen Beschluß<sup>48</sup> blieb ohne Ergebnis.

*Ernst Mehlich*, Severings Stellvertreter als Reichs- und Staatskommissar, trat im Juni 1920 dessen Nachfolge an. Eine wesentliche Aufgabe des Amtes, nämlich die politisch motivierte Einflußnahme auf das Wehrkreiskommando, war entfallen, seitdem die Handhabung des Ausnahmezustandes in die Hand des zivilen Ober-präsidenten gelegt worden war. Seinen neuen Aufgabenkreis definierte Mehlich als Sicherung des Wirtschaftslebens gegen Streiks und Aussperrungen „durch vor-beugende Vermittlung“, Mitwirkung bei Tarifabschlüssen und Förderung von Produktionssteigerungen, insbesondere bei der Kohle. Hierfür forderte er von der Regierung gewisse Exekutivrechte, um die Teilnahme an Schlichtungsverhand-



„Jahr für Jahr zu Ostern traf sich die Kameradschaft der Marinebrigade Loewenfeld und hielt Gedenkkfeiern in Bottrop und Kirchhellen ab . . . Erst die letzte Gedenkkfeier 1970 wurde . . . von Gegendemonstrationen begleitet; ein aufmarschierendes Polizeiaufgebot war mit Hunden ausgerüstet.“ (Seite 467)

Vor dem Kolpinghaus Bottrop, 18. April 1970



lungen erzwingen zu können.<sup>49</sup> In USP-Kreisen hielt man Mehlich von vornherein für reaktionärer als Severing,<sup>50</sup> dabei war er wohl lediglich ein weniger geschickter Taktiker und Verschleierungskünstler. In den folgenden Jahren fällt er wiederholt unternehmerfreundliche Entscheidungen; im August 1925 z. B. lehnte er eine Lohnerhöhung für die Bergarbeiter mit der Begründung ab, „die mangelnde Rentabilität der Zechen würde bei Lohnerhöhung auch eine Erhöhung der Kohlenpreise erzwingen“, und im Januar 1926 machte er eine bereits gerichtliche erstrittene Lohnerhöhung für die Kokereiarbeiter wieder rückgängig, obendrein rückwirkend um zwei Monate.<sup>51</sup> Im August 1926 kam er bei einem Eisenbahnunglück ums Leben.

*Kurt Melcher*, Polizeipräsident von Essen, wurde bei Papens Staatsstreich gegen die preussische Regierung am 20. Juli 1932 Polizeipräsident von Berlin. 1933 wurde er zum Oberpräsidenten der preussischen Provinz Sachsen in Magdeburg ernannt.<sup>52</sup>

Professor Dr. *Hubert Naendrup*, Führer der Akademischen Wehr der Universität Münster, war nach der „Machtergreifung“ 1933 fünf Semester lang Rektor der Universität.<sup>53</sup> Ein Mitglied der Akademischen Wehr, *Wilhelm Römer*, brachte es zum Reichstags- und Landtagsabgeordneten der NSDAP und Gauführer der NS-Juristenvereinigung.<sup>54</sup>

*Carl Severing*, in der Zeit des Aufstandes preussischer Innenminister geworden, hatte dieses Amt bis zum Herbst 1926 inne. 1928 übernahm er in der letzten SPD-geführten Reichsregierung der Weimarer Republik das Innenministerium; in der Zwischenzeit verfaßte er das Erinnerungsbuch „1919/1920 im Wetter- und Watterwinkel“ (I, Seite 10 f.). Die Bilanz, die er darin zog, lautete: Rund 1.000 Tote (die Zahl ist zu niedrig), Hunderte von Verwundeten mit schweren gesundheitlichen Dauerschäden, in die Millionen gehende Sachschäden. „Und doch empfinde ich trotz allem eine stille Genugtuung bei dieser traurigen Bilanz: Die Schwächre und Werksanlagen standen nach dem Kampfe unversehrt! Und als noch im April mein Vertreter mir über die Wirtschaftslage im Bezirk Bericht erstattete, konnte er unter anderem melden: 'Aus allen hier eingehenden Mitteilungen geht hervor, daß besonders die Zahl der Überschichten von Tag zu Tag größer wird.' Die Arbeit eines Jahres war also doch nicht ganz vergeblich gewesen.“<sup>55</sup> Aus dem Buch ist ferner der Versuch hervorzuheben, den Ruf von Meinberg für die Nachwelt zu vernichten: er schilderte ihn als ehemaligen Händler von Heiligenbildern und als dummen, pathetischen und letztlich feigen Demagogen.<sup>56</sup> Man wird vermuten dürfen, daß Severing damit den Mann zu treffen versuchte, der ihn in den Stunden seiner schmachtvollsten Ohnmacht (oben Seite 250) erlebt hatte. — Von Oktober 1930 an war Severing erneut preussischer Innenminister, bis zu Papens Staatsstreich vom 20. Juli 1932, vor dem er kampfflos kapitulierte. Im Dritten Reich lebte er von seiner Ministerpension; er wurde zwar scharf überwacht, besonders auf Reisen, aber von Schlimmerem blieb er verschont.<sup>57</sup> Nach 1945 trat er in einer wichtigen Konferenz in Bochum vor den Vertrauensmännern der Ruhrzechen für eine Mehrförderung ein<sup>58</sup> (mit dem Unterschied zu 1919, wo er die Überschichten durchgesetzt hatte, daß er jetzt keine Zwangsmittel in der Hand hatte). Er wurde SPD-Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags; 1952 ist er in Bielefeld gestorben.

General *Oskar v. Watter* lebte seit seiner Verabschiedung als Pensionär im bürgerlichen Villenviertel Berlin-Wilmersdorf<sup>59</sup> (seine Pension betrug nach der Inflation rund 17.000 Mark jährlich),<sup>60</sup> aber durchaus nicht völlig zurückgezogen. Er übernahm den Vorsitz im „Waffnung der ehemaligen deutschen Feldartillerie“ und ließ sich beim „Nationalverband Deutscher Offiziere“ zum „Hochmeister in Ehrenangelegenheiten“ ernennen.<sup>61</sup> Über solche Funktionen weit hinausgehend waren besonders seine Aktivitäten nach dem französischen Einmarsch im Ruhrgebiet 1923. Zum einen warb er Anhänger für einen aktiven Widerstand, insbesondere in den Reihen des „Jungdeutschen Ordens“, und faselte dabei etwas von einer Wunderwaffe, einem durch elektrische Fernzündung zur Explosion zu bringenden Sprengmittel, das unerhörte Wirkungen erziele. Zum anderen bot er sich als militärischer Führer für Pläne der Schwerindustrie, voran Fritz Thyssens an, wonach paramilitärische Verbände gegen die französische Besatzung aufgestellt und eingesetzt werden sollten. Mit beidem scheiterte er; was das zweite betraf, so geriet er in Streit mit General v. Seeckt, der strikte Unterstellung solcher Verbände unter das Wehrkommando in Münster verlangte und es schließlich ablehnte, v. Watter überhaupt zu empfangen. Drei Jahre später kam es durch eine Indiskretion des „Jungdeutschen Ordens“ zu einer Reichstagsdebatte, in der Reichswehrminister Geßler erklärte, v. Watter gehöre zu den „Verrückten . . .“, die wir in Deutschland in dieser Zeit in so zahlreichem Maße gehabt haben“. Zurufe auf der Linken: „Er war schon 1920 verrückt“. Geßler unversehrt: „Richtig, jedenfalls war er schon im Jahre 1920 so. Das war der Grund, warum wir ihn damals gleich nach dem Kapp-Putsch (!) vom Kommando abgelöst und verabschiedet haben“. Wiederholte Zurufe: „Nachdem er seine Henkerarbeit verrichtet hatte!“ Zur Verteidigung Watters nahmen der Sprecher der Völkischen, v. Gräfe, und der Deutschnationalen, Graf v. Westarp, das Wort, und einige Tage später ließ Watter selbst über die Deutschnationale Pressestelle folgende Erklärung verbreiten: „Selbstverständlich habe ich, meiner ganzen Einstellung entsprechend, im vaterländischen Sinne selbsttätig mitgewirkt, als . . . (der) Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet eine mächtige Volksbewegung entfesselte, die einen anderen Ausgang verdient [gehabt] hätte. Es ist eine merkwürdige . . . Niedrigstellung dieser Bewegung, wenn man von 'Aufwiegelung' spricht. Damals galt es, bei der prächtigen deutschen Jugend und auch bei der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter des Ruhrgebiets nicht aufzuwiegeln, sondern nur zu zügeln . . .“<sup>62</sup>

Ärger bekam Watter auch noch bei zwei anderen Gelegenheiten. Nach der Ermordung Rathenaus 1922 ließ der Berliner Polizeipräsident seine Wohnung durchsuchen und ihn anschließend zur Vernehmung vorführen, weil hinreichender Verdacht bestand, daß Watter Verwalter eines Millionenfonds sei, der 1920 von der Industrie zur Bekämpfung des Bolschewismus geschaffen worden und jetzt zur Finanzierung der für den Mord verantwortlichen Terrororganisation verwendet worden sei. Die Aktion verlief ergebnislos.<sup>63</sup> — Das zweite Ereignis war das Erscheinen von Severings Erinnerungsbuch 1927. Watter fand sich hier, wie er sich in einem Brief ausdrückte, als „verbrecherischer Schafskopf“ dargestellt.<sup>64</sup> In einem Presseartikel tadelte er das Verfahren, überhaupt so früh mit Erinnerungen an die Öffentlichkeit zu treten; stellte fest, daß Severing die Greuelthaten der Roten Armee verharmlose und „im Gegensatz dazu die verdienstvollen Männer“

herabsetze, „deren selbstlosem Einsatz ihres Lebens der jetzige Staat sein Dasein verdankt“; wies darauf hin, daß Severing verschweige, daß er, Watter, es gewesen sei, der 1919 Noske die Ernennung Severings zum Staatskommissar vorge schlagen habe, und schrieb dann zum Schluß:

„Die Gerechtigkeit verlangt, anzuerkennen, daß Herr Severing vielfach nützlich gewirkt hat. Wenn jedoch Schwierigkeiten und Hemmungen eintraten, so waren sie vielfach verschuldet durch sein Streben, den Posten des Staatskommissars zu einem dem meinen gleichgeordneten oder später auch übergeordneten auszustalten. Die durch Severings Eingreifen hervorgerufenen Hemmungen, die anfangs überwunden wurden, haben sich später, insbesondere in den Frühjahrskämpfen März/April 1920 unheilvoll ausgewirkt. Herr Severing ist meines Wissens nie Soldat gewesen. Ohne sein Einwirken auf militärische Vorgänge wären die Entscheidungen schneller gefallen und es wäre viel deutsches Blut gespart worden.“\*

Gleichzeitig kündigte v. Watter „eine historische Darstellung“ an, aus der hervorgehen werde, „wie viel Herr Severing in seinem Buch verschwiegen hat, verschwiegen zugunsten seiner Person, zugunsten seiner Partei, der Sozialdemokratie, und zugunsten der roten Armee im Ruhrrevier.“<sup>65</sup> Gemeint war das Werk von Hans Spethmann (I, Seite 12-14), der inzwischen bei v. Watter vorgesprochen hatte und dann in der Tat ganz in dessen Sinne schrieb. Als sein Werk erschien, hieß es in einer Rezension der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“: „Unklar bleibt nur, was General Watter hinderte, den Mann, der ihn in der Ausübung militärischer Erfordernisse hemmte, zu arretieren und im Staatsinteresse aufzuknüpfen.“<sup>66</sup> Nach 1933 konnte Watter sich mühelos der Sprachregelung der neuen Machthaber anpassen. In einem von ihm verfaßten Gedenkartikel für die Freikorps sind die Angriffe auf Severing noch schärfer formuliert, während die Niederlage der Truppen in den Straßenschlachten als geplanter strategischer Rückzug uminterpretiert ist: „Für die militärische Kommandostelle . . . war völlig klar, daß die kommunistische Oberleitung Vorbereitung zu einem großen allgemeinen Aufstand im Frühjahr 1920 traf . . . Der Ernst der Lage . . . wurde aber in Berlin nicht erkannt. Severing gelang es, die Regierung in Sorglosigkeit zu wiegen. Als der Kapp-Putsch . . . diesen bolschewistischen Aufstand vorzeitig auslöste und in kurzem das ganze Industriegebiet aufrührerisch in Waffen stand, mußte ein anderes Verfahren angewendet werden. Nicht mehr einzelne Unternehmungen konnten zum Ziel führen, Räumung des ganzen Reviers und einheitliches, geschlossenes Vorgehen von allen Seiten war dagegen notwendig. Es war eine große militärische, einheitliche Operation. Diese führte zum Ziel, wenn auch verzögert durch unheilvolle Eingriffe der Weimarer Regierung.“<sup>67</sup>

Watter starb am 23. August 1939, wenige Tage vor Beginn des Zweiten Weltkriegs. In einem etwas gereizten Gegenartikel stellte Severing richtig, erstens daß seine Ernennung zum Staatskommissar auf die Initiative seines Parteifreundes Schluchtmann zustande gekommen sei, daß zweitens seine Vollmachten die faktische Gleichstellung mit Watter beinhaltet hätten, und fuhr dann fort: „Ich muß es zugeben, Säbel und Flinte waren nie mein Handwerk. Aber ich war ja auch nicht bestellt, um Felddienstrübungen abzuhalten oder Schießunterricht zu erteilen, sondern um irregleitete Volksgenossen wieder auf den Weg der Vernunft und Ordnung zu bringen. Das war in jenen Jahren auch die Aufgabe Watters. Hätte er sich bei ihrer Lösung mehr daran erinnert, daß Hirne produktiver sind wie Bajonette — es wäre besser gewesen.“

kriegs. Von seinem Sterbebett hatte er noch einen Gruß an den im Konzentrationslager gefangengehaltenen Martin Niemöller gerichtet.<sup>68</sup> Ein letzter Akt der Opposition gegen die Staatsautorität? Ein betontes Bekenntnis christlicher Gesinnung? Ein Staatsbegräbnis erhielt Watter trotzdem. Bei der Trauerfeier predigte Feldbischof Dohrmann über 2. Timotheus 4, Vers 7: „Ich habe einen guten Kampf gekämpft, ich habe den Lauf vollendet, ich habe Glauben gehalten“, und hob u. a. hervor, daß Watter bei Traditionszusammenkünften für die Abhaltung von Feldgottesdiensten gesorgt habe: „Er tat es nicht aus Tradition nur . . ., sondern in der klaren Erkenntnis, daß die höchste Opferbereitschaft, die vom Manne gefordert werden muß, nur herausbricht aus dem Zusammenhang mit dem lebendigen Gott selbst“. Und Generaloberst v. Brauchitsch rief aus: „Ich brauche an dieser Stelle nicht zu sagen, was für diesen geraden, aufrechten Mann der politische Zusammenbruch bedeutete. Aber er war nicht einer von denen, die gewillt waren, sich mit den gegebenen Tatsachen abzufinden. Entschlossen nimmt er den Kampf gegen die zersetzenden Kräfte der Revolution auf . . . General v. Watter hat sich damit unvergängliche Verdienste erworben für die Vorbereitung des deutschen Wiederaufstieges.“<sup>69</sup> — 1940 wurde an Watters Grab auf dem Invalidenfriedhof ein Denkmal übergeben, das die Hitler-Regierung hatte errichten lassen.<sup>70</sup> Im selben Jahr erschien ein Gedenkbuch mit dem Titel „General Oskar Freiherr von Watter. Dem Gedenken eines großen Soldaten von den alten Kameraden der 54. Infanterie-Division des Weltkrieges“.

\*

Wie Geschehenes im Gedächtnis aufbewahrt wird, erfaßt der Historiker nur höchst unvollkommen, geschweige wie mit der Erinnerung umgegangen wird. In der Regel sieht er nur, was davon öffentlich wird — nur einen Ausschnitt also, und vermutlich nicht den wichtigsten. Immerhin, bedeutungslos ist er nicht, und abschließend soll von ihm die Rede sein.

Die Arbeiter errichteten in der Folgezeit Gedenksteine, vor allem an den Massengräbern — in Dinslaken, Voerde, Hünxe, Raesfeld, Pelkum usw.; anderswo, z. B. in Borbeck, wurden Tafeln angebracht, die an Erschießungen erinnerten. Sie wurden das Ziel von Demonstrationen, die alljährlich zu Ostern, meist unter Führung der KPD und ihrer Organisationen, stattfanden. 1930, zum 10. Jahrestag des Geschehens, hieß es dazu in einem Aufruf der KPD-Bezirksleitung: „Prägt allen Arbeitern die Erinnerung an die blutige Schmach der weißen Garden und den mörderischen Verrat des Sozialfaschisten Severing ein!“<sup>71</sup> Nur ein einziges Denkmal wurde 1927 von staatlicher Seite errichtet: für die „irrtümlich“ erschossenen Kanalarbeiter von Hamm-Bossendorf; „sie fielen als unschuldige Opfer in Deutschlands schwerster Zeit bei den hiesigen Kämpfen am 1. April 1920“, lautete die Inschrift.<sup>72</sup> Umso eifriger war der Weimarer Staat mit dem Einsatz von Polizei, die gelegentlich mit blanker Waffe gegen die Demonstranten vorgeing.<sup>73</sup>

Ebenfalls 1927 wurde in Bochum eine Polizeiuferkunft eingeweiht. Der preussische Innenminister Grzesinski (SPD) benannte sie nach seinem Amtsvorgänger Severing.<sup>74</sup>

Eine erstrangige traditions- und bewußtseinbildende Maßnahme war es dann, als 1930 der zum Hugenberg-Konzern gehörige Verlag Reimar Hobbing (Berlin) eine „Volksausgabe“ des Buches von Spethmann unter dem Titel „Die Rote Armee an Ruhr und Rhein“ herausbrachte; der Umschlag war geschickt der Aufmachung damaliger KPD-Publikationen nachempfunden. Jede Schule des Ruhrgebiets erhielt ein kostenloses Exemplar zugeschickt.<sup>75</sup>

Drei Jahre später ergriffen die Faschisten die Macht. Gedenktafeln und Inschriften wurden entfernt;<sup>76</sup> in Remscheid wurde ein ganzes Denkmal, das einen Fackelträger darstellte, zerstört.<sup>77</sup> In Weetfeld bei Hamm brachte ein Bauer einen Grabstein, unter dem 8 oder 9 Rotgardisten lagen, in Sicherheit (nach Kriegsende wurde er wieder aufgestellt).<sup>78</sup> Neue Denkmäler wurden jetzt errichtet, zuerst im Juni 1934 für das Freikorps Lichtschlag in Dorsten, wo 1919 die blutige Niederschlagung des Ruhrproletariats begonnen hatte,<sup>79</sup> dann in Pelkum für den einzigen Toten, den die Brigade Epp bei dem dortigen Gemetzel gehabt hatte,<sup>80</sup> vor allem aber ein zentrales Denkmal in Steele, direkt am Ufer der Ruhr, für sämtliche Toten der Freikorps, Reichswehr, Sipo und Einwohnerwehren im ganzen Ruhrgebiet 1919/20. Die Anregung hierzu hatte Lichtschlags ehemaliger Adjutant Heinrich Mahnken auf dem Schlageter-Gedenktag in Düsseldorf im Mai 1933 gegeben. Den Platz sowie Steinmaterial, Strom und Wasser für die Ausführung stiftete Bergassessor Vogelsang, geschäftsführendes Mitglied des Bergbauvereins. Die Anlage, errichtet vom Freiwilligen Arbeitsdienst und abkommandierten Facharbeitern, bestand aus einem Rondell von 24 Pfeilern, auf denen die Symbole der eingesetzten Formationen, und einem Kranz oberhalb der Pfeiler, auf dem die Namen der Formationen verzeichnet waren; ein Rundbau im Innern der Pfeiler trug wiederum 24 Bronzetafeln mit den Namen der Toten. Die Einweihung fand mit dem typischen Pomp der Nazis am 4. November 1934 statt. Die Rednerliste: General v. Watter, Gauleiter Terboven, der Essener Oberbürgermeister Reismann-Grone, der Wehrkreiskommandeur General v. Kluge, der General der Landespolizei Daluge, Reichsstatthalter v. Epp, Major a.D. Schulz; die Toten gefeiert als Vorkämpfer der „nationalen Erhebung“; zum Schluß ein dreifaches Hurra v. Watters „auf Führer und Vaterland“ das Deutschland-Lied, das Horst-Wessel-Lied, Kranzniederlegungen unter den Klängen von „Ich hatt' einen Kameraden“. Die Zufahrtsstraße zum Denkmal erhielt den Namen „von-Watter-Straße“.<sup>81</sup>

Das Lichtschlag-Denkmal in Dorsten wurde im März 1945 bei einem englischen Bombenangriff, der die Stadt dem Erdboden gleichmachte, zerstört;<sup>82</sup> das Zentraldenkmal in Steele überstand den Krieg unversehrt. Nach dem Untergang des Dritten Reiches wurde es nicht etwa abgerissen, sondern nur die Tafeln wurden abmontiert — Symbol für die allgemein nur halbherzige Abrechnung mit der Vergangenheit. Heute legt eine Abordnung der Essener Stadtverwaltung am „Volkstrauertag“ dort einen Kranz nieder.<sup>83</sup> In Remscheid entbrannte eine Auseinandersetzung, als die Arbeiterorganisationen ein neues Denkmal als Ersatz für das von den Nazis zerstörte errichteten (Grundsteinlegung 1948, Enthüllung 1950). Die CDU polemisierte, die Arbeiter seien 1920 für die Diktatur des Proletariats, also für kommunistische Ziele, die Lützower dagegen für die Regierung, als „Regierungsgruppen“ in den Kampf gezogen — nur die letzteren seien daher

der Erinnerung von Demokraten wert. Die KPD stellte demgegenüber fest, die Lützower hätten für die Errichtung der Militärdiktatur gekämpft, nahm aber die Arbeiter etwas merkwürdig in Schutz: „Freiheit und Demokratie“ sei ihr Kampfziel gewesen.<sup>84</sup>

Neben solchem traumatischem Umgang mit den Erfahrungen der Weimarer Republik gab es deutlich akzentuierte Anknüpfung. Einmal am 26. April 1949, als in Münster die Landespolizeischule eingeweiht wurde. Sie erhielt den Namen „Carl-Severing-Schule“; der Namenspatron, inzwischen 74 Jahre alt, hielt die Festansprache.<sup>85</sup> Auf der anderen Seite wurden die alljährlichen Osterdemonstrationen zum Massengrab in Pelkum (möglicherweise auch zu anderen Massengräbern) wiederaufgenommen. Das dauerte bis zum Verbot der KPD im Jahre 1956.<sup>86</sup> Dagegen traf sich weiterhin Jahr für Jahr zu Ostern die Kameradschaft der Marinebrigade Loewenfeld und hielt Gedenkfeiern in Bottrop und Kirchhellen ab. In Kirchhellen wurde 1960 eine Straße in der Nähe des Friedhofs, auf dem ein Ehrenmal der Loewenfelder steht, in „Loewenfeldstraße“ umbenannt.<sup>87</sup> In einer 1963 erschienenen Broschüre behauptete die Kameradschaft, am Kapp-Putsch sei die Marinebrigade nicht beteiligt gewesen, was dadurch bewiesen sei, daß sie von der damaligen Reichsregierung „von Schliesien nach dem Ruhrgebiet beordert“ worden sei, „um bei der Niederwerfung eines kommunistischen Umsturzversuches großen Stils eingesetzt zu werden“ (also müsse sie doch wohl reaktionär gewesen sein, so lautete die biedere Logik);<sup>88</sup> kein Wort darüber, wie die Truppe in Schliesien und im Ruhrgebiet vorgegangen war. Die sozialdemokratische Stadtverwaltung von Bottrop beteiligte sich, offenbar ohne jedes kritische historische Bewußtsein, regelmäßig an den Gedenkfeiern mit einer Kranzniederlegung. Konteradmiral Kemnade von der Bundesmarine 1969 in einem Grußtelegramm: „Diese Brigade ist meiner Generation noch ein Begriff. Die Jüngeren und Jüngsten hören kaum mehr etwas von dem aufopferungsvollen Einsatz in jenen schweren Tagen, als Anarchie und Terror in Deutschland und an seinen Grenzen herrschte.“<sup>89</sup> Erst die letzte Gedenkfeier der Loewenfelder 1970 wurde, nachdem ein großer Zeitungsartikel kritisch auf sie aufmerksam gemacht hatte — es war die Zeit der Studentenbewegung —, von Gegendemonstrationen begleitet; ein aufmarschierendes Polizeiaufgebot war mit Hunderten ausgerüstet.<sup>90</sup> — Beides, die geschuldeten Formen der Traditionsbildung, und das große Verdrängen des Arbeiteraufstands von 1920 und seiner Niederschlagung: ein kleiner Ausschnitt aus der jüngeren deutschen Geschichte.

\*

Wir sind am Ende der Darstellung angelangt. Und dies soll auch das Ende des Buches sein, d. h. eine „Würdigung“ oder gar die bei vielen Historikern der Arbeiterbewegung übliche Aufzählung der Fehler, die gemacht wurden, soll unterbleiben. In diesen Listen, aufgestellt wie von Buchhaltern, ist jedes Leben ausgetrieben. Wo ich kritische Überlegungen angestellt habe, ist dies in der Darstellung selbst vorsichtig angedeutet.

Ich habe mich richtig verstanden gefühlt, als Klaus Theweleit in einer Rezension des 2. Bandes im „Argument“ schrieb, „spekulative Fragen“ wie etwa: „Hätten

die Arbeiter 1920 siegen können, wenn ...“ würden nicht gestellt, und man ver-  
lerne beim Lesen, so zu fragen; stattdessen schärfte sich der Blick „für die viel-  
fältigen Ebenen, auf denen die Klassenausinandersetzungen sich abspielten“. In-  
zwischen möchte ich den immerhin im 2. Band noch verdeckt vorhandenen „Leni-  
nismus“ (vgl. dort S. 162 f., 175-177) ausdrücklich preisgeben und erklären, daß  
ich den herkömmlichen Revolutionsbegriff, der um das Phänomen der Macht  
kreist, zunehmend überholt und uninteressant finde.

Das zusammenfassende Nachdenken über die größte bewaffnete Erhebung in der  
Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sollte, so schlage ich vor, von einem  
zentralen Punkt ausgehen: der Frage nämlich, warum zwar Einzelne — vor allem  
die einzige Frau an führender Stelle, Amalie Schaumann — erkannten, daß die  
Bewegung um den 26./27. März ihren Höhepunkt überschritten hatte, und daraus  
die Konsequenz zogen, daß der Rückzug in die Städte angetreten werden müsse,  
*warum dies zu tun aber der Masse der bewaffneten Arbeiter offensichtlich un-  
möglich war.*

## Anhang: Drei spontane Schöpfungen aus dem Augenblick

1. Am 11. November 1918 sangen Kinder in Düsseldorf:

Siehste mal, do kimmt er,  
Willem im Zylinder,  
Willem mit dem Henkelmann  
Fängt bei Bohlen-Halbach an.

(R. A. Keller: Die Revolution in Düsseldorf, in: Der Deutsche Erzieher, 1938,  
Heft 7, S. 174)

2. Im März 1920 erfanden Kinder in Mülheim folgenden Vers für ihre Kreisspiele:

Eins, zwei, drei,  
Noch haben wir nicht Mai,  
Wir haben nur Re-vo-lu-tion,  
Bautz, dahinten knallt es schon!  
(bei 'bautz' wurde in die Hände geklatscht  
und mit dem Fuß gestampft)

(Mülheimer General-Anzeiger, 19. März 1920)

3. Einige Tage später sangen Rotgardisten am „Waldschlößchen“ in Walsum die  
„Internationale“ mit einer neuen Strophe:

Laßt los die Hebel der Maschinen,  
Zum Kampf heraus aus der Fabrik!  
Dem Werk der Zukunft wolln wir dienen,  
Der freien Räterepublik.  
Nieder mit der Vaterländer Grenzen,  
Nieder mit dem Bruderkrieg!  
Der Freiheit Morgenfarben glänzen,  
Die rote Fahne führt zum Sieg.  
(Refrain:  
Grausig tönen Fanfaren,  
Auf zum letzten Gericht!  
Der Galgen den Barbaren,  
Dem Volk das Sonnenlicht!

(Mittteilung von Heinrich Köster, Essen, an Christoph Ebner, Witten)

## Zu den Anmerkungen: Abkürzungen und Zitierweise

Außer den Abkürzungen für eine Reihe von Quellen (insbesondere Zeitungen), die aus den Quellen- und Literaturverzeichnissen der 3 Bände zu ersehen sind, werden in den Anmerkungen folgende *Abkürzungen* verwandt:

AA — Aktionsaussschuß  
 AAPA — Auswärtiges Amt, Bonn, Politisches Archiv  
 Ab — Abendblatt  
 abgedr. — abgedruckt  
 AK — Arnee-Korps  
 Anl. — Anlage  
 Anm. — Anmerkung  
 a. o. — außerordentlich  
 AR — Arbeiterrat  
 AuSR — Arbeiter- und Soldatenrat  
 BA — Bundesarchiv, Koblenz  
 BA-MA — Bundesarchiv — Militärarchiv, Freiburg  
 BK — Büro Kölpin (Aktenbestand im Staatsarchiv Münster)  
 Bkm. — Bekanntmachung  
 Bl. — Blatt  
 ders. — derselbe  
 Dksch. — Denkschrift  
 Dok. — Dokument  
 ebd. — ebenda  
 f. — für  
 GK — Generalkommando  
 GV — Generalversammlung  
 i. A. — im Auftrag  
 IMKK — Interalliierte Militärische Kontrollkommission  
 IZF — Institut für Zeitungsforschung, Dortmund  
 Konf. — Konferenz  
 Kr. — Kreis  
 LV — Landesversammlung  
 Mo — Morgenblatt  
 MV — Mitgliederversammlung  
 nachgedr. — nachgedruckt

NL — Nachlaß  
 NV — Nationalversammlung  
 OB — Oberbürgermeister  
 öff. — öffentlich  
 preuß. — preußisch  
 Prot. — Protokoll  
 prot. — protokollarisch  
 Reg. — Regierung  
 RJM — Reichsjustizministerium  
 RT — Reichstag  
 RW — Reichswehr  
 RWM — Reichswehrministerium  
 Sp. — Spalte  
 SR — Soldatenrat  
 STA — Staatsarchiv  
 StA — Stadtarchiv  
 STAD — Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Zweigarchiv Kalkum  
 Stadtverw. — Stadtverwaltung  
 STAM — Staatsarchiv Münster  
 Stat. — Statistik  
 sten. — stenographisch  
 Stvv — Stadtverordnete  
 Tf. — Telefonat  
 Tg. — Telegramm  
 u. ö. — und öfter  
 VA — Vollzugsausschuß  
 Vers. — Versammlung  
 Vf. — Verfasser  
 vorl. — vorläufig  
 VR — Vollzugsrat  
 VV — Vollversammlung  
 Wk.kdo — Wehrkreiskommando  
 ZK — Zentralkomitee  
 ZR — Zentralrat

*Zeitungen, Telegramme und Briefe werden zitiert mit aneinandergehängten Zahlen für Jahr, Monat und Tag; z.B. 1920-04-02 für 2. April 1920.*

## Anmerkungen

Das Zitat von Gert Zang auf S. 6 der Vorbemerkung aus: Subjektive Reflexionen über ein Projekt und seine organisatorische, methodische und inhaltliche Entwicklung, in: Gert Zang (Hg.): Provinzialisierung einer Region. Liberale Politik in der Stadt und im Kreis Konstanz (1860-1880) angesichts der sich abzeichnenden Rückständigkeit der Region. Untersuchungen zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz, Konstanz 1977

Anmerkungen zu Seite 12

### 1. Kapitel

#### 1. Auseinandersetzungen um die Ziele der Aufstandsbewegung

- 1) Elberfeld: STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 82 = StA Wuppertal: Elb S XI, Nr. 27, Bl. 41 f.; FPE, 1920-03-15. — Barmen: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 70. — Vgl. für beide Städte außerdem die Proklamation des Aktionsausschusses in FPE (Mitteilungsblatt usw.), 1920-03-18. — Remscheid: Remscheider Märzkämpfe, S. 36. — Lennep: STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 56 f. — Ronsdorf: FPE, 1920-03-25. — Lüttringhausen: Anzeige in Täglicher Anzeiger, 1920-03-26. — Düsseldorf: s. Anm. 2. — Hamborn: STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 93; dazu die SPD- und die KPD-Kandidatenliste zur Stv.-Wahl am 2. März 1919, in Nrh Vst, 1919-02-24, sowie die Mitgliederliste des am 30. März 1919 neu gewählten ARS, in Nrh Vst, 1919-04-04; vgl. ferner STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 99 = Dksch. RWM I, S. 17. — Walsum: STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 13 f., 21. — Sterkrade: STAD: Reg. Düsseldorf, 15977 u. 15980, Bl. 121, vgl. Bl. 124. — Osterfeld: GA Ob, 1920-03-24; Aufruf in StA Oberhausen: Nachkriegsakten Osterfeld, Nr. 7; Namensliste in StA Oberhausen: Nachkriegsakten Osterfeld, Nr. 2. — Gelsenkirchen: nicht direkt nachweisbar, aber nach vielen Quellen wahrscheinlich. — Bochum: Mk Spr u. Ff Ztg, Nr. 200, 1920-03-15; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 80 f. — Unna: STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 37. — Aplerbeck: dieselbe Akte, nicht paginiert.
- 2) Konferenz der Funktionäre der drei Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, 21. März — FPD u. VZD, 1920-03-22; FPD, 1920-03-23; Geschäftsbericht d. USP-Vorstands in VZD, 1920-04-24.
- 3) Thöne in der MV der SPD Bochum, 13. April 1920 — Vbl, 1920-04-15; J. Czappa in Vbl, 1920-04-27; Gk Ztg, 1920-03-17; Aufruf in Mk Spr, Gk Ztg, Wdt VZ, sämtlich 1920-03-17.
- 4) Hagen: Wdt VZ, 1920-03-22; Aufruf „An alle!“, in STAM: Kr. Hattingen, Landratsamt 171; Lambers, Bildteil, S. 9; Arch. Forsch., II, S. 755 f.; Ernst S. 24; Hag Ztg, 1920-03-17, Ab; Wdt VZ, Wf Tbl, Do GA (Publikations-Organ usw.), 1920-03-18. Das von Lambers, S. 106 (gestützt auf Vermutungen von Cuno, S. 11 a) behauptete Nebeneinander eines breiten Aktionsausschusses und eines „Kampfausschusses“ der drei Arbeiterparteien ist eine Erfindung. — Wattenscheid: Wat Ztg, 1920-03-19; StA Wattenscheid: Rep. 2, Stadt W., A 670. — Lünen: Lün Ztg, 1920-03-15. — Castrop: Bd. I, S. 264. — Rauxel: Cst Ztg, 1920-03-19, -23; StA Castrop-Rauxel: Amt Rauxel, Nr. 98. — Hörde: Hö Vbl, 1920-04-10; OB Schmidt in Stv.-Vers. — Hö Vbl, 1920-04-15; Trem, 1920-03-17. — Kamen: Hellkötter, S. 9; Bkm. in Kam Ztg, 1920-03-24.
- 5) Hamm: STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 31; Do Ztg, Nr. 124, u. Trem, 1920-03-19; Trem, 1920-03-24; vgl. Bd. I, S. 264 f. — Recklinghausen: Aufruf d. AAs, 15. März, in Rhs Ztg, 1920-03-16, VfrR, 1920-03-17, u. Gaertner, Kapp-Putsch, S. 10; Bd. I, S. 265 f. — Buer: Bu Ztg, 1920-03-18; Rw, 1920-03-19; Bu Ztg u. Rw, 1920-03-19. — Dorsten: Dst VZ, 1920-03-22; Wiedenhofer, S. 68; Bu Ztg, 1920-04-24.

Anmerkungen zu Seite 12—15

- 6) Die Behauptung von Düwell (S. 35), mit Ausnahme von Essen sei die USP überall mit der SPD zusammengewandert, ist unzutreffend.
- 7) BA: R. 43 I / 2717, Bl. 132; STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 13, 26; Hamb VZ, 1920-03-29; Kerksen, S. 33 f.; weitere Personalangaben nach der KPD-Kandidatenliste zur Stv.-Wahl am 2. März 1919 — FrM, 1919-02-27, und Auskunft von Herrn Kurt Schön, Dinslaken.
- 8) 2. Anmerkung auf S. 12: STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 87; Unterschriften unter den Bekanntmachungen des VRs in den Essener Tageszeitungen; Brauer, S. 40; zur Ermittlung der Berufe: Adreßbuch Essen 1920.
- 9) STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 105; Aufrufe u. Bkmen in Mh GA u. Mh Ztg, 1920-03-21, u. STAD: Reg. Düsseldorf, 15977.
- 10) Wie Bd. II, S. 214, Anm. 249.
- 11) Zeitschrift SPD-Ortsvorstand in Mh GA, 1920-03-26; Ob Vst, 1920-03-25.
- 12) Mh GA, 1920-03-30.
- 13) Mh GA, 1920-03-25; Mh Ztg, 1920-03-26; STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 108 = StA Mülheim: 10-59, 11-1, Bl. 10 f.
- 14) STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 113; weitere VR-Mitglieder in StA Oberhausen: Nachkriegsakten Oberhausen, Nr. 7; dazu Adreßbücher Oberhausen 1913 und 1920/21 sowie USP-KPD-Kandidatenliste zur Stv.-Wahl am 2. März 1919 — Nrh Vst, 1919-02-25.
- 15) RuR-Ztg, Nr. 135, u. Dui GA, 1920-03-21. Einige der in diesen beiden Quellen genannten acht KPD-Vertreter waren nach Arch. Forsch., II, S. 765, zugleich Unionisten.
- 16) RuR-Ztg, Nr. 139, Dui GA, Hamb VZ, 1920-03-24; Bericht von Schiller im Gewerkschaftskartell, 23. März — Ob Vst, 1920-03-24.
- 17) Anmerkung auf Seite 13: Die Bekanntmachungen d. VRs in Lenn KrbL (Nachrichtenblatt usw.), 1920-03-22, sind von der KPD- und der USP-Ortsgruppe un-terzeichnet.
- 18) Bericht von Behrend in MV der SPD, 22. März — Ob Vst, 1920-03-23; RuR-Ztg, Nr. 137, 1920-03-23; Dui GA, 1920-03-22; Ob Vst, 1920-03-23; Helbig in öff. Gewerkschaftsversammlung, 11. April — RuR-Ztg, Nr. 161, 1920-04-12; Colm, S. 88; Nrh Vst, 1920-04-06; vgl. Ernst, S. 34.
- 19) WAVZ, abgedr. in VfrR = Vbl, 1920-03-19; Rh Ztg, 1920-03-19; vgl. Bd. I, S. 196 f.
- 20) Rh Ztg, 1920-03-19; ungenau Adtzehn Tage, S. 3, und Zickler, S. 11.
- 21) Trem, 1920-04-06; Volkswille, Münster, 1920-04-23; Aufruf d. VRs in Trem u. Do Ztg, Nr. 123, 1920-03-18 (Unterschrift von Braun [DDP] fehlt); WAVZ, 1920-03-23, wiedergegeben in Trem, 1920-03-24, und von L. St. in Ff Ztg, Nr. 225, 1920-03-24; Zickler, S. 11.
- 22) VV der neu gewählten revolutionären Betriebsräte, 29. März — Do GA, 1920-03-30, -31; Erklärung von Schneider in WAVZ, 1920-04-01, abgedr. in Trem, 1920-04-02.
- 23) Meinberg und Bormann in öff. KPD-Vers., Dortmund, 15. Aug. 1920 — STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 262 = Meinberg, S. 203, 208 f.
- 24) FPE, 1920-03-19; Text der Proklamation in FPE (Mitteilungsblatt usw.), 1920-03-18.
- 25) STAD: Reg. Düsseldorf, 15977.
- 26) FPE (Mitteilungsblatt usw.), 1920-03-18 („Sieg der sozialistischen Parteien im Wuppertal“).
- 27) Impressum der „Volktribüne“.

- 28) FPE (Mittteilungsblatt usw.), 1920-03-18. Vgl. FPE, 1920-03-19, 1920-03-20 („Kein Spiel mit dem Feuer treiben!“), 1920-03-22 („Der Wendepunkt“).
- 29) FPE, 1920-03-20 („Kein Spiel mit dem Feuer treiben!“).
- 30) Siehe Anm. 4.
- 31) Wdt VZ, Hag Ztg (Mo), KVZ, Nr. 223, 1920-03-22; Richtigestellung eines Artikels von Ludwig in VstH, 1920-03-25, durch den Vorstand des Zentrums in Wdt VZ, 1920-03-26. Text des Flugblatts: Lamberts, Bildteil, S. 10; Ernst, S. 32, nachgedr. in Arch. Forsch., II, S. 766; die tatsächliche Verbreitung des Flugblatts ist nachgewiesen durch den Aufruf der SPD-Betriebsleitung Westliches Westfalen in WAVZ, 1920-03-23 (in StA Dortmund: Do n 117).
- 32) Cuno, S. 13; Wdt VZ, Hag Ztg (Mo), KVZ, Nr. 223, 1920-03-22; Erklärung der AfA in VstH, 1920-03-24, u. Wdt VZ, Hag Ztg (Mo), 1920-03-25; K. Ludwig: Zum Abschluß des Kampfes, in VstH, 1920-03-25; hierzu Richtigestellung durch den Vorstand des Zentrums, in Wdt VZ, 1920-03-26; Ludwig in d. Preuß. LV, 28. April 1920 — Sitzungsberichte, Bd. 9, Sp. 11 173; Ernst, S. 33 f. (kommentiert von Teuber, S. 95); Lamberts, S. 108. Text der Plattform, Bildteil, S. 11 = Arch. Forsch., II, S. 758-761; Autorschaft von Ernst: Cuno, S. 13.
- 33) VstH, 1920-03-17.
- 34) Bericht der Zentralleitung in Witt Tbl, 1920-03-19; Vbl, 1920-03-22. Durch den frühen Zeitpunkt, aber auch durch den Inhalt der Einberufung wird die Behauptung von Colm hinfällig, die Einberufung sei erfolgt, als die Hagener Zentrale „sah, daß sie ohne weiteres im westlichen Teil (des Ruhrgebiets) nicht anerkannt wurde, und doch vor folgensweren Entschlüssen stand“ (S. 104 f.).
- 35) Zahl und Parteizugehörigkeit der Delegierten nach Cuno, S. 14; leicht abweichende Zahlen bei Colm, S. 104. Herkunft der Delegierten: Mk Spr, 1920-03-22, dazu VstH, 1920-03-22, und die Rednerliste in NFP, 1920-03-23 (StA Hagen: Stadt Hagen, AK. VIII, 39, Bl. 63). Einladung an König, Severing, Mehlich: VstH, 1920-03-22.
- 36) VZD, 1920-03-23; NFP, 1920-03-23 (StA Hagen: Stadt Hagen, AK. VIII, 39, Bl. 63); VstH u. Vbl, 1920-03-22; AR, 1920, H. 12/13, S. 28 f.; Bericht von Aufderstraße in der VRK-Konferenz in Bochum, 21. März — Mk Spr u. FPD, 1920-03-22 = AZE u. RhW Ztg, Nr. 197, 1920-03-23, u.ö.; Ernst, S. 26 f. — Anmerkung auf S. 19: Interview mit Meinberg in Do GA (Publikations-Organ usw.), 1920-03-18 = Meinberg, S. 137; Bkm. d. VRs Dortmund in Do GA, Nr. 80, 1920-03-20 (Mo).
- 37) Vbl, 1920-03-22 = VZD, 1920-03-23, verglichen mit dem ursprünglichen Entwurf bei Lamberts, Bildteil, S. 11 = Arch. Forsch., II, S. 758-761 (stilistische Änderungen gegenüber dem Entwurf im Vorspann zu den 6 Punkten wurden nicht berücksichtigt); ferner Cuno, S. 14 a (einstimmige Annahme); Spethmann, S. 146 (hat nur die 6 Punkte); Brauer, S. 51 (wirft Meinberg Opportunismus vor).
- 38) Cuno, S. 13.
- 39) Ludwig in VstH, 1920-03-18.
- 40) VstH, 1920-03-22 = Ernst, S. 27 f.; mit unbedeutenden Abweichungen in Vbl, 1920-03-22; der tatsächlich von Ernst abgeschickte Text (Anm. auf S. 21): BA: R 43 I / 2715, Bl. 35-37.
- 41) Mk Spr u. FPD, 1920-03-22 = AZE u. RhW Ztg, Nr. 197, 1920-03-23, u.ö. (verkürzt und z.T. unrichtig wiedergegeben von Spethmann, S. 146); Witt VZ = Ffrn Anz, 1920-03-22.
- 42) VZD u. FPD, 1920-03-22.
- 43) Vtr, 1920-03-25.
- 44) 22. März: Text des — im folgenden wiedergegebenen — 6-Punkte-Papiers in FPE,

- 1920-03-22; Beratung und Annahme: FPE, 1920-03-23; Vtr, 1920-03-24. — Delegiertenkonferenz am 23. März: RE, 1920-03-24 = Arch. Forsch., II, S. 778 f.; VstH, 1920-03-25; Ernst, S. 20 f. (bezüglich der Autorschaft von Lamberts, S. 108, mißverstehen). Von der Delegiertenkonferenz wurde Punkt 4 ans Ende gestellt.
- 45) Vtr, 1920-03-22 („Klarheit“), wo es hieß: „... eine Regierung der Ebert, Bauer, Noske ... (ist) für das arbeitende Volk ebenso unmöglich ... wie die Regierung der Kapp-Lüttwite ... Wenn die Kapp und Genossen vor ein Volksgesicht gestellt werden (eine Anknüpfung an Punkt 6 des 10-Punkte-Programms vom 18. März, oben S. 15), so gehören jene als ihre Begünstiger mit auf die Anklagebank, und besonders für den unheilvollen Noske ... wäre kein Galgen hoch genug“.
- 46) AZE, 1920-03-22 („Wie kommen wir aus dem grauisen Mißverständnis heraus?“).
- 47) Ob Vst, 1920-03-25; Mh GA, 1920-03-24; Mh Ztg, 1920-03-26.
- 48) Mh Ztg, 1920-03-26.
- 49) Ob Vst, 1920-03-25.
- 50) Mh GA u. Mh Ztg, 1920-03-24; STAD: Reg. Düsseldorf, 15977; ebd.: 15980, Bl. 110.
- 51) Spethmann, S. 160; Brauer, S. 69; zumindest der 2. Absatz ist übernommen aus RF, 1920-03-17 (s. das Zitat bei Könnemann/Krusch, S. 301). Vgl. Sp, 1920-03-24, abgedr. bei Spethmann, S. 161 f.
- 52) KZ, Nr. 280, 1920-03-23; Ess Allg Ztg u. Ess VZ, 1920-03-22; Brauer, S. 39 f.; vgl. Spethmann, S. 130; Einberufung der Kundgebung durch den VR in RE, 1920-03-20.
- 53) RE, 1920-03-15 („Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“). Wegen dieses Artikels verhängte das Wehrkreiskommando Münster ein Verbot des Blattes vom 16. bis zum 25. März (Quellennachweise in Bd. II, S. 216, Anm. 318).
- 54) RE, 1920-03-20 („Die zweite deutsche Revolution!“ — eine Formulierung, die schon im Artikel vom 15. März fällt); abgedr. bei Spethmann, S. 132/134, und in StA Essen: Rep. 102, I, 1093, Bl. 272. Ähnlich die Aussage eines Artikels von Barrels (Autorenzeichen: ein Punkt) in Soz Rep, 1920-03-22. Vgl. auch RE, 1920-03-22 („Die Angst vor dem Bolschewismus“).
- 55) RE, 1920-03-25; AZE u. Ess VZ, 1920-03-25.
- 56) Sp, 1920-03-26; RF-Do, Do GA, Nr. 87, AZE, 1920-03-27; Colm, S. 78.
- 57) Mh GA, 1920-03-21; Hamb VZ, 1920-03-22; Mh VZ, 1920-03-23; Schmidt in Stvv.-Vers. Mühlheim, 9. April — Mh Ztg, 1920-04-10; STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 105 = StA Mülheim: 10-59, 11-1, Bl. 5.
- 58) Meinberg, Watterwinkel, 1927-07-19 = Meinberg, S. 119. Vgl. die Äußerung von Bürgermeister Hamm im Stadtparlament von Recklinghausen am 7. April: „In Essen ist am 27. März die Räte-diktatur nicht ausdrücklich in Worten, aber in der Tat errichtet worden, indem der Zentralrat die unbedingte Befolgung seiner Anweisungen von allen Behörden und der gesamten Bevölkerung verlangte“. (Rhs Ztg, 1920-04-08)
- 59) Meinberg, S. 120. Vgl. Teuber, S. 101.
- 60) Lün Ztg, 1920-03-23.
- 61) Is Ka, 1920-03-26; vgl. Hag Ztg, 1920-03-24, Mo, u. Wf Tbl, 1920-03-25.
- 62) Vtr, 1920-03-29.
- 63) Hag Ztg, 1920-03-20, Ab; Wdt VZ, Hag Ztg (Mo), KVZ, Nr. 223, 1920-03-22; Ernst, S. 33 f., kommentiert von Teuber, S. 95; Vers. d. christl. Gewerkschaftskartells, 21. März — Wdt VZ, 1920-03-22; Erklärung der AfA in VstH, 1920-03-24, u. Wdt VZ, Hag Ztg (Mo), 1920-03-25; Lamberts, S. 108. Über die Zusammensetzung der „Arbeitsgemeinschaft“ VstH, 1920-03-26.
- 64) VstH, 1920-03-22; Abwurf durch Flugzeug: ebd. u. Wf Tbl, 1920-03-22, -24. Vgl. VstH, 1920-03-23 („Die Stellung der Zentrumsführer und der Demokraten“).
- 65) Hag Ztg, 1920-03-25, Mo; Wdt VZ u. VstH, 1920-03-26.

- 66) Erklärung in Hö Vbl, 1920-03-22; Zuzchrift in Do Ztg, Nr. 151, 1920-04-08.
- 67) StA Düsseldorf: XXIII 71; Arch. Forsch., II, S. 767 f.; Abdruck in Kam Ztg, Hö Vbl, 1920-03-23, u. ö. Verbreitung z.B. am 22. März in Dortmund: Do Tbl, Nr. 68, 1920-03-23.
- 68) STAD: Reg. Düsseldorf, 15977.
- 69) WAVZ, 1920-03-22 („Wer regiert?“); Nachdruck und Auszüge in MA, Nr. 142, Wf Mk (Ab), 1920-03-23; VfrR = Vbl, 1920-03-24. Vgl. den Aufruf der SPD-Betriebsleitung Westliches Westfalen vom 18. März in Bd. I, S. 249.
- 70) WAVZ, 1920-03-19, abgedr. in MZ, 1920-03-21. Entgegengesetzter Auffassung war das Bochumer SPD-Blatt: es bezeichnete den Generalstreik als unbedingt notwendig (mit „r.“ gezeichneter Artikel „Der Generalstreik“ in VfrR = Vbl, 1920-03-19).
- 71) WAVZ, 1920-03-23 (in StA Dortmund; Do n 117). Nachdrucke: Kam Ztg, 1920-03-23; VfrR = Vbl, 1920-03-24; Vtr, 1920-03-27. Teilnachdrucke und -wiedergaben: Ff Ztg, Nr. 225, 1920-03-24 (mit einem Kommentar von L. St.); Ba Ztg, 1920-03-24, Ab. Das Elberfelder USP-Blatt nannte den Aufruf „glatten Verrat an der geringsten Arbeiterschaft“; demgegenüber lobte es die Bündnispolitik der SPD im Wuppertal (Vtr, 1920-03-27).
- 72) WAVZ, 1920-03-23; Wiedergabe in Trem, 1920-03-24, und von L. St. in Ff Ztg, Nr. 225, 1920-03-24.
- 73) WAVZ, 1920-03-27, abgedr. in MA, Nr. 160, 1920-04-02; das Schreiben wurde am 23. März nachmittags abgesandt: Do Tbl, Nr. 69, u. Trem, 1920-03-24.
- 74) Erklärung von Rhode in der Sitzung der Amtsversammlung und der drei Gemeindevvertretungen im Bereich des Amtsbezirks, 24. März — Rhs Ztg, 1920-03-25.
- 75) VfrR = Vbl, 1920-03-24 („Ruhig Blut!“).
- 76) VfrR = Vbl, 1920-03-23 („Wie nutzen wir den Sieg aus?“).
- 77) VfrR = Vbl, 1920-03-24 („Energie“); etwas gekürzt nachgedruckt in AZE, 1920-04-03.
- 78) Ob Vst, 1920-03-20 („Diktatur des Proletariats?“). Der Originaltext: MEW, Bd. 17, S. 336. Ähnlich wandte sich der Leitartikel des Hagener SPD-Blatts vom 20. März gegen die Diktatur des Proletariats, die unvereinbar sei mit den demokratischen Grundsätzen der SPD; das Blatt sprach sogar von „kurzsichtigem politischen Fanatismus“ und „der ewig wachen Gier des Mobs“ (abgedr. in Hag Ztg, 1920-03-20, Ab).
- 79) Ob Vst, 1920-03-21 („Wohin gehen wir?“); Teilnachdruck in VZD, 1920-03-22.
- 80) Ob Vst, 1920-03-23.
- 81) FPE, 1920-03-26 (ein insgesamt 16 Punkte umfassendes Papier). Punkt 8 bis 11 wiederholten die vom AA Duisburg am 14. März (Bd. I, S. 142) und am 17. März aufgestellten Forderungen (RuR-Ztg, Nr. 130 u. 131, 1920-03-18, -19); Punkt 13 bis 16 betrafen die Durchführung der Verschmelzung der beiden Parteien.
- 82) Ob Vst, 1920-03-19.
- 83) VfrR = Vbl, 1920-03-19 („Vor neuen Aufgaben“).
- 84) Erklärung zu den Hagener Richtlinien in VfrR = Vbl, 1920-03-25.
- 85) O. Löffler: Reichswehrsorgen, in Ff Ztg, Nr. 227, 1920-03-25.
- 86) Hag Ztg, 1920-03-22, Mo.

## 2. Die Durchsetzung der Verhandlungsidee

- 1) Do Tbl, Nr. 68, 1920-03-23.
- 2) Stemmer gegenüber OB Eichhoff (Dortmund) — BA: R 43 I / 2715, Bl. 67.
- 3) Do GA, Nr. 82, 1920-03-22.

- 4) BA: R 43 I / 2715, Bl. 67.
- 5) BA: R 43 I / 2728, Bl. 46.
- 6) Tg. Bauer an Ernst (Hagen), 1920-03-21, 20.08 Uhr — BA: R 43 I / 2715, Bl. 38 f.; Ernst, S. 29; Spethmann, S. 151; VstH, 1920-03-24.
- 7) Der verschleierte Ausdruck wurde nach Veröffentlichung des Telegramms von Watter prompt beanstandet: Tg. Watter an Bauer, 1920-03-24 — BA: R 43 I / 2715, Bl. 50 f.; abgedr. bei Spethmann, S. 151.
- 8) Vgl. die Kommentare zu Bauers Telegramm in VstH u. FPE, 1920-03-24; Ernst, S. 29 f.
- 9) BA: R 43 I / 2715, Bl. 42 f.
- 10) VstH, Wdt VZ, Hag Ztg (Mo), Is Ka, 1920-03-23; Wdt VZ, 1920-03-24; OB Cuno über seine Verhandlungen mit dem AA am Vormittag — Hag Ztg, 1920-03-22, Ab; Ludwig in d. Stvv-Vers. am Nachmittag — StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII 39, Bl. 68 f., 72; Ernst, S. 31.
- 11) BA: R 43 I / 2728, Bl. 8.
- 12) StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII 39, Bl. 69, 68.
- 13) Vgl. auch Ludwigs Rede in der Hagener Konferenz vom 20. März — VZD, 1920-03-23; J. Ernst: Wo steht der Feind der Volksfreiheit?, in VstH, 1920-03-23.
- 14) StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII 39, Bl. 72.
- 15) BA: R 43 I / 2728, Bl. 76.
- 16) Ff Ztg, Nr. 220, 1920-03-20 (Leitartikel). Zur klassenmäßigen Einschätzung der Zeitung vgl. Zetkin, S. 159.
- 17) BA-MA: N 42/18, Bl. 49 a.
- 18) Benoist-Méchin, S. 119 Anm. 2.
- 19) DBFP, I, S. 374 mit S. 384 f. Schon im Oktober 1919, kaum hatte die IMKK ihre Tätigkeit in Berlin aufgenommen, beantragte die Reichsregierung bei ihr eine Erhöhung der Artilleriestärke von 2 auf 20 Batterien; die IMKK lehnte jedoch ab (Morgan, Assize, S. 147).
- 20) Zum folgenden vgl. Salewski, S. 109-119. Die durchweg positive nationalgetönte Würdigung der deutschen Außenpolitik durch Salewski läßt sich bei kritischem Studium der Primärquellen nicht halten; vor allem die Darstellung der diplomatischen Verhandlungen zwischen dem 29. März und 2. April 1920 ist völlig unzulänglich. Im wesentlichen das Richtige traf bereits Maximilian Harden in seiner späteren Seite die Verhandlung schlecht, ohne redlichen Freimuth und richtiges Augenmaß, geführt worden ist“ (S. 27). — Im folgenden werden nicht die Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten während des Kapp-Putsches und danach als ganze dargestellt, sondern nur in Zusammenhang mit dem Ruhraufstand. Die Haltung der Entente zum Kapp-Putsch wird von Erger nur am Rande behandelt, und zwar bei der Darstellung der Putschvorbereitungen (S. 41 f., 104). Der DDR-Historiker Jauernig, der die Frage zum Gegenstand eines Aufsatzes gemacht hat, sieht die Entente ursächlich in den Kapp-Putsch verwickelt und interpretiert diesen als „internationale Verschwörung gegen Sowjetrußland“ — ein extremes Beispiel für die Verdrehung historischer Wirklichkeit aus einer Klischeevorstellung heraus (die Quellenbasis für die These ist entsprechend dürftig). Daß diese Kritik an Jauernig noch lange nicht zu einer Parteinahme für die Alliierten führt, zeigt die folgende Darstellung.

- 21) PFR USA, S. 292, 299; Tirard, S. 214-219.
- 22) Sol Tbl u. BAst, 1920-03-16; Wild Ztg, 1920-03-18.
- 23) Solingen: Sol Tbl u. BAst, 1920-03-16. Wiesdorf: Opl Ztg, 1920-03-17; Nach-



spielt vor englischem Gericht in Köln: Opl Ztg, 1920-03-26. Schlebusch: Opl Ztg, 1920-03-19. Opladen: Opl Ztg, 1920-03-17; Ohl Anz, 1920-03-20. Ohligs: Ohl Anz, 1920-03-16; Opl Ztg, 1920-03-17. Wald: Wld Ztg u. BAst 1920-03-16. Langefeld: Opl Ztg, 1920-03-17, -18.

24) Am 15. März resümierte v. Cramon das Gespräch, in zwei Schreiben an Nollat. Das erste findet sich in BA: R 43 I/13, Bl. 388 (hierzu Außenminister Müller an RWM, 1920-03-26, in ebd., Bl. 390 f.); das zweite in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1. Nollats Reaktion nach seinem Schreiben an Mertens, 1920-03-16, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1. Beobachtungen und Erwägungen der IMKK während des Putches: Morgan, Assize, vor allem S. 62.

25) AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.

26) BA-MA: N 42/18, Bl. 36.

27) Cramon an Nollat, 1920-03-16, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.

28) Nollat an Mertens, RWM an Ausw. Amt, 1920-03-16, in: ebd. — Vgl. Nollat, S. 120.

29) DBFP, IX, S. 163.

30) Tg. Haniel an Göppert und Sthamer, 1920-03-17, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.

31) Note Göppert an Millerand, 1920-03-17, in Prot. and corr., S. 58.

32) DBFP, IX, S. 150 f.

33) DBFP, IX, S. 159 f.; kürzer: X, S. 47.

34) DBFP, VII, S. 32 f. In der Konferenz vom 16. März erinnerte Millerand an diese seine Ausführungen.

35) Mayer über sein Gespräch mit Haguenuin am 17. März, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1; DBFP, IX, S. 170-178 (Foch).

36) Tg. Mayer an Ausw. Amt, 1920-03-18, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.

37) DBFP, VII, S. 551.

38) Ebd., S. 543 f., 546, 551; Tg. Sthamer an Ausw. Amt, 1920-03-18, 0,45 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.

39) Konferenz in Paris: DBFP, IX, S. 170-179; ferner Derbys Berichte nach London: ebd., S. 180 u. 190. Konferenz in London: DBFP, VII, S. 542-547.

40) Weygand, S. 69 f.

41) AAPA: II F-M, N 1, Bd. 2; NL Schiffer: Nr. 16, Bl. 68.

42) Verbindungsstelle Münster an Hauptverbindungsstelle im RWM, 1920-03-18, 11,45 Uhr; Cramon an Ausw. Amt, 1920-03-20, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.

43) Tg. Haniel an Mayer und Sthamer, 1920-03-18, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.

44) Tf. Mayer an Ausw. Amt, 1920-03-19, 16,30 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1; Zwischenfall in Berlin (6. März); Salewski, S. 115 Anm. 48, und die dort angegebene Literatur. — Ebenfalls noch am 19. März informierten die deutschen Vertreter den Botschafter der USA in Paris, Wallace, von den neu beantragten Truppenverstärkungen; dieser fragte den Kommandeur der linksrheinischen amerikanischen Besatzungsarmee, General Allen, nach seiner Meinung (Allen, Tagebuch, S. 63, 1920-03-19).

45) Tg. Mayer an Ausw. Amt, 1920-03-20, an 16,02 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.

46) Tg. Sthamer an Ausw. Amt, 1920-03-20, 19,36 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1; DBFP, IX, S. 207 f.

47) DBFP, IX, S. 193-201, 205 f.

48) Tg. Mayer an Müller, 1920-03-20, an 23,40 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1. Einen Tag später teilte Millerand den neuen französischen Vorschlag dem englischen Botschafter mit (DBFP, IX, S. 214).

49) Tg. Müller an Mayer, 1920-03-21, 13,30 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1; ferner Haniel zu Kilmarnock, 1920-03-21: DBFP, IX, S. 216; Tg. Haniel an Mayer, 1920-03-22, 12,50 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.

50) DBFP, IX, S. 238 f.; Allen, Tagebuch, S. 64 f., 1920-03-21; ders., Besetzung, S. 143.

51) Cramon an Ausw. Amt, Haniel an Nollat, 1920-03-19, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.

52) Nollat an Schiffer, 1920-03-21, in AAPA: II F-M, N 1, Bd. 3.

53) AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.

54) Seeckt an Ausw. Amt, Tg. Haniel an Göppert und Sthamer, 1920-03-20, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1; Haniel zu Kilmarnock, 1920-03-20: DBFP, IX, S. 206; Note Göppert an Millerand, 1920-03-20, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1, und Prot. and corr., S. 62.

55) Beschluß der Hochkommissare vom 21. März: DBFP, IX, S. 215 f., u. PFR USA, S. 298; ferner Allen, Tagebuch, S. 64, 1920-03-20.

56) Rh Ztg u. Wdt VZ, 1920-03-22; vgl. Bkm. in RuR-Ztg, Nr. 138, 1920-03-23.

57) Wdt VZ, 1920-03-22.

58) Sol Tbl, 1920-03-22.

59) BVst, 1920-03-22.

60) Ebenda.

61) Rh Ztg u. Wdt VZ, 1920-03-22.

62) Rh Ztg, 1920-03-22; Bkm. in RuR-Ztg, Nr. 138, 1920-03-23. Datierung nach der zweiten Quelle.

63) Hag Ztg (Mo) u. Wdt VZ, 1920-03-22; vgl. Salmuths Bericht in Hagen, 22. März: Hag Ztg, 1920-03-22, Ab; ferner Ernst, S. 36.

64) DBFP, IX, S. 218.

65) Allen, Tagebuch, S. 64, 1920-03-21.

66) DBFP, IX, S. 215 f.; PFR USA, S. 298. Nichtanwesenheit Allens: DBFP, IX, S. 218.

67) Zwei Dementis der Engländer in Sol Tbl, 1920-03-23; Zuschrift des VRs Lüttringhausen, in der eine englische Bekanntmachung mitgeteilt wird, in Täg. Anz Lü, 1920-03-23. Dementi der Belgier: Bkm. in RuR-Ztg, Nr. 138, 1920-03-23.

68) DBFP, IX, S. 229-231.

69) Ebd., S. 243.

70) PFR USA, S. 300, vgl. S. 298 f. Zur scharf antisozialistischen Haltung der USA-Regierung vgl. Link, S. 80-83.

71) Tg. Haniel an Sthamer, 1920-03-23, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.

72) DBFP, IX, S. 239 f.; VII, S. 606 f.

73) DBFP, VII, S. 584-590; vgl. IX, S. 221 f. Das Argument mit der Niederschlagung der Pariser Commune wiederholte Lloyd George am 25. April vor der französischen Presse: Ff Ztg, Nr. 305, 1920-04-27.

74) DBFP, IX, S. 239 f.

75) Ebd., S. 220, 231 f., 238.

76) Über den Besuch in Elberfeld: FPE, 1920-03-24; über die weiteren Städte s. folgd. Anm.

77) DBFP, IX, S. 249.

78) Ebd., S. 248 f.; vgl. den weiteren Bericht vom 26. März: S. 256-260.

79) DBFP, VII, S. 607 f.

80) PFR USA, S. 299 f.

- 81) Allen, Tagebuch, S. 65, 1920-03-25.  
 82) BA: R 43 I / 2728, Bl. 347 f. (Würmeling), Bl. 114 f. (Zentrum). Daß die Telegramme von Watter inspiriert waren, geht auch aus Spethmann, S. 148, und Errettung, S. 152, hervor (wobei interessant ist, daß Watter diesen Autoren gegenüber den für ihn peinlichen 1. Punkt verschwiege).  
 83) DBFP, IX, S. 240 (Millerand). Tg. Mayer an Müller, 1920-03-20, an 23.40 Uhr; Tg. Ausw. Amt an Göppert, 1920-03-21, 14 Uhr; Tg. Ausw. Amt an Sthamer, 1920-03-22, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. I.  
 84) Brecht, S. 306.  
 85) Dortmund: Meinberg, Watterwinkel, 1927-07-04; Bkm. d. VAes in Do GA (Publikations-Organ usw.) u. Trem, 1920-03-18; Auszug bei Brauer, S. 31 f. Hagen: VstH, 1920-03-19; Wetter: StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742, Tg. vom 18. März. Hamm: Vwt, 1920-03-20; Severing, S. 167.  
 86) VstH, 1920-03-19. Anm. auf S. 52; Severing, S. 167.  
 87) Rhs Ztg, 1920-03-23; VfrR u. Rw, 1920-03-24; Gaertner, Recklinghausen, S. 3; STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 73.  
 88) WAVZ, 1920-03-22; Kam Ztg, 1920-03-24; BA: R 43 I / 2728, Bl. 75 (ein ursprünglich 6 Punkte umfassendes Papier, in dem Punkt 2 — sofortige Aufhebung der a.o. Kriegsgerichte — handschriftlich gestrichen ist; da die WAVZ die endgültigen 5 Punkte veröffentlichte, ist die Streichung bereits in Münster erfolgt); Datierung auf den 20. März nach BA: R 43 I / 2728, Bl. 74; zu Müller: ebd., Bl. 40; weitere SPD-Führer: ebd., Bl. 15 (Woldt).  
 89) BA: R 43 I / 2728, Bl. 74.  
 90) Bl. 39.  
 91) WAVZ, 1920-03-22; vermutlich hiernach nachgedr. in Kam Ztg, 1920-03-24.  
 92) Is Ka, 1920-03-22; Hw Anz, 1920-03-23; Spethmann, S. 147 f.; gekürzt bei Severing, S. 170 f.  
 93) Vwt, 1920-03-22; nicht ganz wörtlich nachgedr. bei Severing, S. 171, u. Spethmann, S. 147; vgl. Arch. Forsch., II, S. 827.  
 94) BA: R 43 I / 2728, Bl. 75.  
 95) Wie Bd. II, S. 210, Anm. 97. Könnemann/Krusch schreiben Schluchtmanns Worte fälschlich Severing zu (S. 393).  
 96) Wie Bd. II, S. 210, Anm. 98; dazu Düwell, S. 31. Mitteilung an Luther am Rande der Verhandlungen: Luthers Bericht f. d. Stadtverw. Essen, in AZE, 1920-04-10, u. ö.; Luther, Zusammenbruch, S. 52; ders., Politiker, S. 78 f.  
 97) BA: R 43 I / 1354, Bl. 329-331 = Arch. Forsch., II, S. 771-773; die Sitzung begann um 16 Uhr (BA: R 43 I / 1345, Bl. 59 a). Entsendung nach Münster (das steht nicht im Sitzungsprotokoll): Berichte von OB Cuno am Vor- und Nachmittag des 22. März in Hagen — Hag Ztg, 1920-03-22, u. StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII 39, Bl. 68 (danach hatte Cuno Hagen vorgeschlagen); ferner Bericht von OB Luther f. d. Stadtverw. Essen, in AZE, 1920-04-10, u. ö. Vgl. Giesberts in DAZ, nachgedr. in Trem, 1920-03-31, u. Bkn, Nr. 15, 1920-04-10. — Anm. auf S. 55, zu Giesberts: Michael Berger: Arbeiterbewegung und Demokratisierung. Die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung des Arbeiters im Verständnis der katholischen Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Deutschland zwischen 1890 und 1914, Diss. phil., Freiburg 1971, S. 251 f.  
 98) Datierung der Fahrt nach BA: R 43 I / 2715, Bl. 47. Die Unabhängigkeit seiner Initiative von den Entscheidungen in Berlin betont Severing in Wie es kam!, S. 9.  
 99) Eins dieser Telegramme ist erhalten: StA Mülheim: 10-59, 11-1, unpaginiert. Liste der Adressaten: Severing, S. 174; demnach falsch: Colm, S. 132.

- 100) Severing, S. 174; Telegramme sind erhalten in StA Duisburg: Best. 51, Unruhen, 25, Bd. 2; StA Castrop-Rauxel: Stadt Castrop, Nr. 54; StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742.  
 101) Tt. Giesberts mit Reichskanzlei, 1920-03-23 — BA: R 43 I / 2728, Bl. 31 f.; Giesberts in DAZ, nachgedr. in Trem, 1920-03-31, u. Bkn, Nr. 15, 1920-04-10; Severing, S. 174; O. Braun, S. 96; Niederschrift Watters nach seiner Verabschiedung, 1920-04-28, in NL Watter: Nr. 32; Tg. Watter an Bauer, 1920-03-24 — BA: R 43 I / 2715, Bl. 50 f. (abgedr. bei Spethmann, S. 151); Spethmann, S. 149 f.; ders., Watter, S. 166; Errettung, S. 152. Die Datierung nach Giesberts in der DAZ, der von Dienstag vormittag sprich, gegen Severing (von diesem abhängig: Spethmann und Brauer, S. 64), der auf den 22. März datiert. Forderung Watters nach dem erweiterten Standrecht gegenüber dem Reichswehrministerium am 22. März sowie Erklärung, daß er mit 13.000 Mann nicht angreifen könne: BA-MA: N 42/18, Bl. 49 a. — Anm. auf S. 57: MA, Nr. 145, 1920-03-24; auch in STAM: BK, vorl. Nr. 179. Verteilung durch die Reichswehrbrigade 7 an die Presse: MA, Nr. 157, 1920-03-31. — Am 19. März hatte Watter mit dem (angeblichen?) Einverständnis Severings sogar eine Neuauflage des Noskeschen Schießeraßes von 1919 gefordert, „wonach jeder, der ohne Berechtigung zum Waffentragen mit der Waffe in der Hand angetroffen wird, auf der Stelle zu erschießen ist“. (Hürten, S. 149, Dok. 11)  
 102) Niederschrift Watters, a.a.O.; abgedr. bei Spethmann, Rote Armee, S. 107 Anm. 1. Vgl. Tg. Watter an Bauer, a.a.O.  
 103) Wf Mk, 1920-03-25, Ab, u. 1920-04-11, Mo; Wf Mk, 1920-04-16, Mo (Nachschrift der Redaktion zu einem Artikel von Weinbrenner in der KVZ). Die christlichen Gewerkschaften Münsters warfen Giesberts vor, mit ihnen vor seiner Abreise nach Bielefeld keine Rücksprache genommen zu haben (BA: R 43 I / 2728, Bl. 10).  
 104) Colm, S. 110; Severing, S. 180; vgl. Severing, Wie es kam!, S. 3.  
 105) BA: R 43 I / 2728, Bl. 72.  
 3. Die Bielefelder Konferenz  
 1) Vwt u. Wf NN, 1920-03-24. Anm. auf S. 60: ebd. u. Mitteilung des Stadtarchivs Bielefeld, 20. Sept. 1972.  
 2) Zwei Essener Delegierte: K. Ludwig in VstH, 1920-03-25 = Rw, 1920-03-27; Stemmer als Vertreter der Kampfleitung Hagen: Ernst, S. 40. Alles andere geht aus dem folgenden hervor bzw. entspricht den Darstellungen der bisherigen Literatur.  
 3) Essen: Ludwig, a.a.O. Aus Elberfeld war Fritz Charpentier, aus Barmen Oskar Triebel delegiert; beide gehörten zu den Unterzeichnern des Bielefelder Waffenstillstands und des eigentlichen Bielefelder Abkommens.  
 4) Stellung der KPD, S. 483; Düwell, S. 13; Brauer, S. 66; Hennicke, S. 67; Schabrod, S. 34; Könnemann/Krusch, S. 398.  
 5) Liste der Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommens und des eigentlichen Bielefelder Abkommens; Rednerliste des 1. Verhandlungstages (für beides s. das folgende); Vertreter aus Hagen: Hag Ztg, 1920-03-23, Ab, u. Cuno, S. 16 a; zwei Landtagsabgeordnete des Zentrums (Kloft und Gronowski) sowie Zentrumsvertreter aus Münster: Weinbrenner in KVZ, Nr. 278, 1920-04-12 = Wf Mk, 1920-04-16, Mo; Oberbürgermeister, Landräte, Regierungspräsidenten: Rhs Ztg, 1920-03-24 (für Recklinghausen), Gk Allg Ztg, 1920-03-25 (für Gelsenkirchen), für Hagen a.a.O., Severing, Lebensweg, S. 262.  
 6) Vwt, Wf NN, Wf Ztg, 1920-03-24; Spethmann, S. 151-155 (ein Agenturbericht, der auf Vwt und Wf Ztg basiert). Diese Hauptquellen ergänzt durch: Bericht von

Salmuth am nächsten Vormittag in Hagen — Hag Ztg, 1920-03-24, Ab; Cuno, S. 16 a, 17; Stens in öff. DDP-Vers., Dortmund, 25. April 1920 — Do GA, 1920-04-27; BA: R 43 I / 2728, Bl. 31 f.; Ob Vst, 1920-03-25; Ludwig in VstH, 1920-03-25 = Kw, 1920-03-27; Severing, Wie es kam!, S. 3; ders., Watterwinkel, S. 175 f.; Spethmann, S. 94; O. Braun, S. 96 f.; Colm, S. 114.

7) Ludwig in VstH, 1920-03-25 = R w, 1920-03-27; Cuno, S. 17.

8) Ludwig, a.a.O.

9) Vwt, Wf NN, Wf Ztg, 1920-03-24; Spethmann, S. 151-155. Ergänzt durch: Bericht von Salmuth am nächsten Vormittag in Hagen: Hag Ztg, 1920-03-24, Ab; Cuno, S. 17; Ob Vst, 1920-03-25; BA: R 43 I / 2728, Bl. 31 f.; Severing, S. 175 f.; Colm, S. 114; Zusammensetzung der Kommission: StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 76.

10) Spethmann, S. 150, 155; Cuno, S. 17 a; Namen der beiden Offiziere: StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 76. Der von Spethmann erwähnte Nachrichtenoffizier des Gruppenkommandos 2 in Kassel erschien erst am nächsten Tag in Bielefeld.

11) Bericht von Severing im wieder zusammengetretenen Plenum — Wf NN, Wf Ztg, Vwt, 1920-03-24; Bericht von Salmuth am nächsten Vormittag in Hagen — Hag Ztg, 1920-03-24, Ab; Braß in d. NV, 14. April 1920 — Sen. Berichte, Bd. 333, S. 5107 (über Husemann; dieser war nur am 1. Verhandlungstag Mitglied der Kommission).

12) Cuno, S. 17 a, 18.

13) Bericht von Severing im Plenum, a.a.O.; Bericht von Salmuth in Hagen, a.a.O.

14) Cuno, S. 17 a; Hürten, S. 151 f., Dok. 13

15) StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 76; der Text bei Severing, S. 176, und Colm, S. 114, ist nicht ganz genau. Zeitpunkt der Unterzeichnung nach dem Bericht von Salmuth in Hagen, a.a.O., der 21 Uhr angibt; nach anderen Stellen in dem Bericht ging, wie der Vergleich mit anderen Quellen zeigt, Salmuths Uhr um eine Stunde vor. In Ob Vst, 1920-03-25, werden 2 Stunden als Dauer der Kommissionsberatungen angegeben.

16) Hierfür wird auf die angekündigte Untersuchung über die Revolutionszeit 1918/19 im Ruhrgebiet hingewiesen.

17) Colm, S. 115.

18) Bericht von Severing im Plenum, a.a.O. — Zur 1. Anmerkung auf S. 73: Die 48stündige Anfangsfrist wird auch von Colm, S. 115, genannt.

19) BA: R 43 I / 2728, Bl. 31 f.; Kanzler gerade nicht erreichbar, daher Diktat eines Berichts: Mitteilung von Giesberts im wieder zusammengetretenen Plenum — Wf NN, 1920-03-24 — 2. Anmerkung auf S. 73: Interview in den „Parlamentarisch-Politischen Nachrichten“, zit. in DAZ, 1920-03-26, Mo.

20) Bericht von Salmuth am nächsten Vormittag in Hagen — Hag Ztg, 1920-03-24, Ab; Mitteilungen von Severing und Giesberts im Plenum — Wf NN, Wf Ztg, Vwt, 1920-03-24; Weinbrenner in KVZ, Nr. 278, 1920-04-12 = Wf Mk, 1920-04-16, Mo; BA: R 43 I / 2728, Bl. 33; Giesberts in d. NV, 14. April 1920 — Sen. Berichte, Bd. 333, S. 5125.

21) Zuerst in Wf Mk, 1920-03-25, Ab, wo festgestellt wurde, daß Giesberts seine in Münster abgegebene Erklärung gebrochen habe, „er sei weder gewillt noch befugt, mit den Kommunisten zu verhandeln“. Ob er, so fragte das Blatt, vergessen habe, „was die russische Geschichte lehrt: Daß mit bolschewistischen Agitatoren zwar Abkommen geschlossen werden können, daß der Gegner sich aber nicht daran hält?“ — Weitere Angriffe s. u.

22) Wf NN, Wf Ztg, Vwt, 1920-03-24, Vwt z.T. nachgedruckt bei Spethmann, S. 155;

Giesberts in Germania, nachgedruckt in Wf Mk, 1920-04-13, Mo, u. in Vw, 1920-04-09, Mo; Giesberts in d. NV, 14. April 1920 — Sen. Berichte, Bd. 333, S. 5126; Bericht von Salmuth am nächsten Vormittag in Hagen, a.a.O. Ein Teil der Teilnehmer bleibt in Bielefeld: FPE, 1920-03-25 (Winkelhock); Bericht von Salmuth, a.a.O.; für Stemmer s. unten S. 84, 96.

23) BA: R 43 I / 2728, Bl. 33.

24) Weinbrenner in KVZ, Nr. 278, 1920-04-12 = Wf Mk, 1920-04-16, Mo.

25) Belegt ist die Absendung durch das folgende Telegramm Stemmers an Ernst, ferner durch die Rede von Giesberts in der NV, 14. April 1920 — Sen. Berichte, Bd. 333, S. 5125. Belegt ist ferner für Hamborn das Eintreffen („abends“): Artikel von Burgardt in Dui GA, nachgedr. in Mh GA, 1920-03-26 = Cron Ztg, 1920-03-30.

26) Ernst, S. 41 („Hünxe“ korrigiert aus „Hüssen“; Fehler der Telegrammübermittlung); Zeitpunkt des Eintreffens: Wf Tbl u. Wdt VZ, 1920-03-24. Spethmann (S. 167) und Brauer (S. 71) mißverstehen den ersten Satz des Telegramms als Befehl an die Rote Armee (um den sich dann kein Rotgardist gekümmert habe), obwohl Ernst ganz eindeutig ausdrückt (S. 40), daß das Telegramm die Mitteilung vom Abschluß des Waffenstillstands war.

27) Ernst, S. 40 f.; vgl. die Meldung aus Hagen vom 23. März in RE, 1920-03-25 (in StA Gelsenkirchen: Gk XVIII/12/31) vom Abschluß des Waffenstillstands: „Danach dürfen die Truppen keine Bewegung ausführen und müssen an dem Orte liegen bleiben, wo sie sich befinden. Im übrigen sollen sie sich gegenseitig erkennbar machen“. Diese Bestimmungen haben am Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens keinen Anhalt, erklären sich jedoch leicht: sie waren offenbar das, was Ernst aus Stemmers Telegramm — der einzigen Information aus Bielefeld, die ihm vorlag — ableitete.

28) prot. Aussage von Krautwurst in Vtr, 1920-04-08 = VZD, 1920-04-09 = VstH, 1920-04-13 (der Rückzug ist falsch datiert, die Aussage jedoch ist eindeutig: sofortiger Rückzug auf die Nachricht von der Bielefelder Vereinbarung und den entsprechenden Befehl); Erklärung des AA Gelsenkirchen in Gk Ztg u. R w, 1920-03-30: Die Arbeitertruppen „sind am Tage, an dem der Waffenstillstand eintreten sollte, zurückgegangen und haben erst dann wieder den Kampf aufgenommen, als sie entgegen den Abmachungen angegriffen wurden“; damit übereinstimmend die Erklärung eines Leutnants der gegenüberliegenden Reichswehr, man sei „erstaunt“ gewesen, als sich die Arbeiter am Vormittag des 24. März zurückzogen, und habe eine Falle vermutet: Fr, 1920-04-10, Ab.

29) R w, 1920-03-24.

30) Bericht in Dui GA, nachgedr. in Mh GA, 1920-03-26 = Cron Ztg, 1920-03-30.

31) Anwesenheitsliste der Kommission am 2. Verhandlungstag — Severing, S. 177; StA Wetter: Neues Archiv, Nr. 743; Wf NN, 1920-03-25; Cuno, Anhang.

32) Nrbl, 1920-03-24; auch zitiert bei Colm, S. 119; etwas abgewandelter Wortlaut in Wf Mk, 1920-03-25, Ab; vgl. Severing, S. 184.

33) BA: R 43 I / 2715, Bl. 50 f.; Spethmann, S. 151. Dasselbe Telegramm vom Reichswehrgruppenkommando Kassel: BA: R 43 I / 2715, Bl. 61.

34) BA: R 43 I / 2728, Bl. 10.

35) Bl. 11.

36) Bl. 9.

37) Bl. 30. Zu Frowein vgl. die von Wolfgang Köllmann verfaßte Kurzbiographie in: Wuppertaler Biographien, II, 1960, S. 53-58.

38) NL Koch: Nr. 27, Bl. 33.

39) Anwesenheitsliste s. Anm. 31; Verhandlungsort: Vwt u. Wf Ztg, 1920-03-25.

- 40) Cuno, S. 19; Spethmann, S. 156.  
 41) Wf Ztg, 1920-03-25.  
 42) Ebd.  
 43) Cuno, S. 19.  
 44) Text des Abkommens: amtliches Protokoll in STAM: Reg. Arnberg, I Pa 371, Bl. 177-180; StA Wetter: Neues Archiv, Nr. 743; Arch. Forsch., II, S. 781-785; ferner BA: R 43 I / 2715, Bl. 114-117; STAM: Kr. Hattingen, Landratsamt 171; u. Kr. Hamm (Unna), Landratsamt A 993; Colm, S. 115-117; Düwell, S. 14-16; Stellung der KPD, S. 483-486; Zickler, S. 13-15; Ernst, S. 36-39; Severing, S. 178-180; Spethmann, S. 156-158; Hennicke, S. 102-105; Könnemann/Krusch, S. 396 f.; als Flugblatt in BA-MA: RH 53-6/91, Bl. 29, und Dok. u. Mat., S. 231-233. Der Zwischenbericht von Giesberts: BA: R 43 I / 2728, Bl. 63. Diese beiden Hauptquellen ergänzt durch: Giesberts in DAZ, nachgedr. in Trem, 1920-03-31, u. Bkn, Nr. 15, 1920-04-10; Braß in Fr, 1920-04-07, Ab, nachgedr. in Wf Mk, 1920-04-13, Mo; Giesberts in Germania, nachgedr. in Wf Mk, 1920-04-13, Mo, u. in Vw, 1920-04-09, Mo; Braß und Giesberts in d. NV, 14. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5107, 5112, 5126, 5128; Cuno, S. 18 a, zur Verhandlungstaktik der Oberbürgermeister S. 18; Severing, S. 180 f.; Spethmann, S. 159; Colm, S. 116 Anm. 1. Vgl. Ludwig in VstH, 1920-03-25; Weinbrenner in KVZ, Nr. 278, 1920-04-12 = Wf Mk, 1920-04-16, Mo. Severing erläuterte seinen unnahegebigsten Standpunkt in der Frage der Ablösung Watters nochmals 1923 als Zeuge im Prozeß Watter contra Schiff: Westfälische Arbeiter-Zeitung, Bochum/Dortmund, 1923-03-02.  
 45) Giesberts in Germania, nachgedr. in Wf Mk, 1920-04-13, Mo, u. in Vw, 1920-04-09, Mo.  
 46) MA, Nr. 146, 1920-03-25.  
 47) NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 3.  
 48) Dülmener Zeitung, 1920-03-25, zit. in MA, Nr. 150, 1920-03-27; prot. Aussage von Krautwurst in Vw, 1920-04-08 = VZD, 1920-04-09 = VstH, 1920-04-13; Zuschrift in VstH, 1920-03-27; Erklärung des AA Gelsenkirchens in Gk Ztg u. R w, 1920-03-30; Fr, 1920-04-10, Ab; Wf Mk (Mo) u. MZ, 1920-03-26; Errrettung, S. 168.  
 49) Giesberts in Germania und Vw, a.a.O., bestätigt durch Braß in Fr, 1920-04-07, Ab, nachgedr. in Wf Mk, 1920-04-13, Mo; Giesberts in DAZ, nachgedr. in Trem, 1920-03-31, u. Bkn, Nr. 15, 1920-04-10; Braß und Giesberts in d. NV, 14. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5112, 5126; VstH u. Wf Ztg, 1920-03-25; Colm, S. 117.  
 50) Wf Ztg, 1920-03-25.  
 51) Text des Abkommens, siehe Anm. 44.  
 52) Wf Ztg u. Hag Ztg (Mo), 1920-03-25; Cuno, S. 19 a.  
 53) Severing, Wie es kam!, S. 9-11. Die Angriffe auf Severing wurden unmittelbar nach seiner Pressekonferenz wiederholt in Wf Mk, 1920-04-04, Mo.  
 54) Severing, Watterwinkel, S. 172 f.  
 55) Schabrod, S. 34 f.; so zuerst, fast wörtlich identisch, in Sp, 1920-04-04, zit. bei Colm, S. 119, wo es heißt: „unternahmen es Feiglunge vom grünen Tisch, den Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Proletariatsmassen zu führen“. Vgl. Meinberg, Watterwinkel, 1927-08-10 = Meinberg, S. 130-134; Brauer, S. 65-68. Noch ohne Kenntnis der Rede Severings spricht Düwell, S. 13, von „bewußtem Betrug“ der Regierung.  
 56) Viellard; Hennicke, S. 67 f. (ähnlich wie Schabrod: „In diesem Moment, als alle Parteien mit der Unterzeichnung des Bielefelder Abkommens den kämpfenden Arbeitern in den Rücken fielen ...“).

- 57) Könnemann/Krusch, S. 399; ebenso S. 432 f., wo einerseits von einem „Doldstoß in den Rücken des kämpfenden Proletariats“, andererseits von der Notwendigkeit einer „elastischen Taktik“ gesprochen wird, zu der „die Ausnutzung des Bielefelder Abkommens“ gehört habe. In der Aussage ähnlich: Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, I, Berlin (Ost) 1969, S. 276; Arch. Forsch., II, S. 781 Anm. 1. Die Festlegung in dieser Richtung hat offenbar die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, III, S. 280 f., gegeben. Einen Übergang markiert der Aufsatz von Krusch im „Neuen Deutschland“ von 1965, der bezüglich des Bielefelder Abkommens auffällig knapp ist.  
 58) Colm, S. 110. Vgl. die Überlegungen von Cuno, S. 18, 18 a.  
 59) Colm, S. 113.  
 60) Meinberg, Watterwinkel, 1927-08-10; Brauer, S. 65; Schabrod, S. 34; Könnemann/Krusch, S. 394, 433.  
 61) Brauer, S. 65; Hennicke, S. 67; Könnemann/Krusch, S. 394. Richtig dagegen Schabrod, S. 34.  
 62) Düwell, S. 13, 36; Meinberg, Watterwinkel, 1927-08-10; Brauer, S. 65 f., 69, 71; Viellard; Hennicke, S. 70 f.; Könnemann/Krusch, S. 433.  
 63) Vgl. auch die Broschüre von Ernst (1921), in der die Motive der sozialistischen Delegierten aus Hagen dargelegt werden.  
 64) Wie Anm. 4.  
 65) Düwell, S. 36.  
 66) Brauer, S. 76; Hennicke, S. 50.  
 67) Spethmann, S. 158. Anschließend stellt er jedoch erleichtert fest, „daß das Abkommen weder vom militärischen Oberbefehlshaber der Reichswehr oder einem seiner Vertreter unterzeichnet ist, noch von den Kommunisten, also von den beiden Gruppen, die sich am schärfsten gegenüberstanden“. Charpentier und Triebel, die aus Elberfeld und Barmen kamen, hätten nicht das Ruhrgebiet vertreten. „Dagegen fehlt die Unterschrift des Mannes, der ausdrücklich als Vertreter der Roten Armee ... in Bielefeld anwesend war, des Lehrers Stemmer. Durchaus mit Recht haben sich die Kommunisten später darauf berufen, das Bielefelder Abkommen nicht unterzeichnet zu haben“. (S. 159) Spethmann irrt sich, wenn er Stemmer den Kommunisten zuordnet, und auch der Schluß, den er aus dem Fehlen von Stemmers Unterschrift zieht, ist falsch. Wenn Stemmer nur am ersten, nicht mehr am zweiten Tage an den Beratungen der Kommission teilnahm, so nur, um Paul (Ronsdorf), einem erfahrenen Funktionär, Platz zu machen. In der Roten Armee trat er, wie im nächsten Kapitel gezeigt wird, voll für das Bielefelder Abkommen ein. — Der Aufsatz von Arning (I, S. 338) enthält weder eine Analyse des Konferenzverlaufs (nicht einmal die Bielefelder Tageszeitungen sind ausgewertet) noch bietet er, da er von einem oberflächlichen Demokratiebegriff ausgeht, eine zureichende Würdigung des Bielefelder Abkommens.

## 2. Kapitel

## 1. Bedrohliche Ungewisheit im Aufstandsgebiet

- 1) VstH, 1920-03-24 („In der Schwabe“).  
 2) Ernst, S. 41.  
 3) S. 43.  
 4) S. 41. Anm. auf S. 93; Colm, S. 116 Anm. 1.  
 5) K. Ludwig: Zum Abschluß des Kampfes, in VstH, 1920-03-25.

- 6) Bkm. in Hag Ztg (Mo) u. VZD, 1920-03-26.  
 7) Cuno, S. 19 a, 20.  
 8) AZE, 1920-03-24 („Macht dem Blutvergießen ein Ende!“).  
 9) AZE, 1920-03-25, Extrablatt, in NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 4; Brauer, S. 61; Spethmann, S. 132.  
 10) AZE, 1920-03-26.  
 11) RE, 1920-03-25 („Es gibt kein Zurück“), in StA Gelsenkirchen: Gk XVIII/12/31; Zitate daraus in KZ, Nr. 293, u. Ff Ztg, Nr. 231, 1920-03-26, AZE, 1920-04-14, u. Colm, S. 118. Autorschaft Sterns: AZE, 1920-04-14; Fr, zit. in RF, 1920-12-19. Spätere Interpretation d. Artikels durch Stern: Erklärung in RE, 1920-04-17.  
 12) RE, 1920-03-25, in StA Gelsenkirchen: Gk XVIII/12/31; nachgedr. in KZ, Nr. 293, 1920-03-26.  
 13) KZ, Nr. 293, 1920-03-26.  
 14) L. St. in Ff Ztg, Nr. 228, 1920-03-25; Ess Allg Ztg, 1920-03-26. Vgl. die Spitzenmeldung in Sp, 1920-03-26.  
 15) Stellung der KPD, S. 492 (der richtig angegebene Mittwoch war der 24.); Formulierung des Auftrags S. 483.  
 16) S. 492 f., ferner S. 520, 522 f. (Piecks Konzeption). Die Differenzen gehen aus den Artikeln im Essener KPD-Blatt hervor (s. unten S. 108-110), ferner aus Ernst, S. 41 f. Harmonisierend und vertuschend: Arch. Forsch., II, S. 790 Anm. 3.  
 17) Ernst, S. 41 f.  
 18) Errrettung, S. 168 mit S. 260-262; Niemöller, S. 174.  
 19) L. St. in Ff Ztg, Nr. 231, 1920-03-26 (Essen, 25. März).  
 20) Bu Ztg, 1920-03-26 (teilweise nachgedruckt in RuR-Ztg, Nr. 151, 1920-04-06); Bu Ztg, 1920-04-07; kurz Gaertner, Recklinghausen, S. 5.  
 21) prot. Aussage von Kuntzsch in VZD, 1920-04-10.  
 22) Kuntzsch, a.a.O.; Lutter, S. 129.  
 23) Nrbl, 1920-03-26 = Wf Mk, 1920-03-26, Mo; Spethmann, S. 167; Errrettung, S. 161; Husaren-Regiment Nr. 11, S. 268; vgl. KZ, Nr. 292, 1920-03-26.  
 24) VstH, 1920-03-25 („Nach dem Kampfe“).  
 25) Hag Ztg, 1920-03-25, Ab; Wdt VZ, 1920-03-26; Cuno, S. 20.  
 26) Tg. OB Cunos, 15 Uhr, in StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII, 39, Bl. 82 = BA: R 43 I / 2715, Bl. 55 = ebd., 2728, Bl. 344 = Cuno, S. 19 a; ferner Arch. Forsch., II, S. 785.  
 27) StA Wetter: Neues Archiv Nr. 743; Entwurf in StA Hagen:: Akten Stadt Hagen, AK. VIII, 39, Bl. 88.  
 28) StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII, 39, Bl. 87.  
 29) Hag Ztg (Mo) u. VZD, 1920-03-26; nur 1. und 3. Durchführungsverordnung in Wdt VZ, 1920-03-26; zusammengefaßte Wiederabgabe in VstH, 1920-03-26; Verbreitung: Wdt VZ, 1920-03-26. Zur 1. Durchführungsverordnung polemisch: Sasse in Hag Ztg, 1920-03-26, Mo.  
 30) Wf Tbl, 1920-03-26.  
 31) Hag Ztg, 1920-03-26, Mo.  
 32) Wdt VZ, 1920-03-26. Vgl. die Heimkehr von Rotgardisten in Hemer am 27. März: Is Tbl, 1920-03-30.  
 33) Ernst, S. 41 f.  
 34) Ernst, S. 42; Ernst in VstH, 1920-04-03; Stellung der KPD, S. 492 f.; Könnemann/Krusch, S. 434 f. (falsch datiert); vgl. Tg. OB Cunos, 18.30 Uhr, in StA Hagen:

- Akten Stadt Hagen, AK. VIII, 39, Bl. 93 = BA: R 43 I / 2715, Bl. 56 a = Cuno, S. 19 a; ferner Severing in d. Preuß LV, 29. April 1920 — Sitzungsberichte, Bd. 9, Sp. 11 226 f. Colm, S. 121, wirft die Auseinandersetzung mit den Verhandlungen zusammen, die am folgenden Tag in Mülheim geführt wurden (s. unten S. 114). Über die Haltung der Mülheimer zu den Bielefelder Vereinbarungen zusammenfassend Colm, S. 117.  
 35) Ernst, S. 42 f.; Bericht der „Zentralstelle Hagen“, gez. Ernst, in VstH u. Hag Ztg (Mo), 1920-03-26; vgl. Stellung der KPD, S. 493 (Pieck rät zur Bildung eines Zentralrats).  
 36) Mh GA, 1920-03-26.  
 37) Cuno, S. 19; StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII, 39, Bl. 92; ebd., Bl. 93 = BA: R 43 I / 2715, Bl. 56 a = Cuno, S. 19 a; Ernst, S. 48.  
 38) Gerüchtweise Nachricht in Rw, 1920-03-26 (Weitergabe in verschiedenen Zeitungen, u. a. KZ, Nr. 305, 1920-03-30); Dementi und Gegendarstellung in Dst VZ, 1920-03-26; Wiedenhoefer, S. 70.  
 39) Cuno, S. 19. Vgl. die feuilletonistische Charakterisierung Stemmers bei Severing, S. 243 f.  
 40) Vr, 1920-03-29.  
 41) RE-Do, 1920-03-27; Stellung der KPD, S. 498 f.; vgl. Ff Ztg, Nr. 236, 1920-03-28. Der Text in Dksch. RWM I, S. 39 Anl. 47 = Spethmann, S. 209, stammt von einem Spitzel und ist ungenau.  
 42) RE, 1920-03-26; Mitteilung des Stadtrarchivs Essen, 19. Okt. 1972.  
 43) Düwell, S. 16; Colm, S. 106; Illustrierte Geschichte, S. 503; VstH, 1920-03-26.  
 44) RE, 1920-03-26 (abgedr. in Arch. Forsch., II, S. 788-790; fast ganz nachgedr. in Ff Ztg, Nr. 234, u. Mh GA, 1920-03-27); Sp u. VstH, 1920-03-26; RF, 1920-03-27 (abgedr. in Arch. Forsch., II, S. 795); AR 1920, Heft 12/13, S. 27 f.; Stellung der KPD, S. 493; Düwell, S. 16; Ernst, S. 34 f., 46; Colm, S. 106 f.; Illustrierte Geschichte, S. 503; Brauer, S. 53 f. — An die Reichswehr gerichtete Propaganda: Sp, 1920-03-26 („Reichswehrtruppen an die Kameraden“); Ernst, S. 64; RE, 1920-03-25 („Die Zustände im Industriegebiet“). — Zurufe während des Referats von Oettinghaus: mitgeteilt von diesem selbst in MV d. USP Gevelsberg, 18. April 1920 — VstH, 1920-04-22; vgl. öff. Vers. in Gevelsberg, 26. März 1920 — VstH, 1920-03-27. — Mülheimer Delegierte verlassen den Saal: Ess Allg Ztg u. AZE, 1920-03-28; Spethmann, S. 162.  
 45) VstH, 1920-03-26.  
 46) Siehe z.B. das bei Könnemann/Krusch, S. 444, abgebildete Dokument.  
 47) Colm, S. 107.  
 48) Siehe die Initiative des Zentralrats auf der Hagener Konferenz, unten S. 113.  
 49) RuR-Ztg, Nr. 143, u. Dui GA, 1920-03-26; Helbig in öff. Gewerkschaftsversammlung, Duisburg, 11. April 1920 — RuR-Ztg, Nr. 161, 1920-04-12; Ernst, S. 71; BA: R 43 I / 2716, Bl. 55. Zur Haltung der SPD vgl. Ob Vst, 1920-03-26; Teilnachdrucke des Artikels in RuR-Ztg, Nr. 144, 1920-03-26, u. KZ, Nr. 300, 1920-03-28.  
 50) Tg. OB Cunos, 18.30 Uhr, in StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII, 39, Bl. 93 = BA: R 43 I / 2715, Bl. 56 a = Cuno, S. 19 a; Arch. Forsch., II, S. 785.  
 51) Trem, 1920-03-27; VstH, 1920-03-26; Ernst, S. 45 f.; Achrzehn Tage, S. 7; OB Eichhoff in d. Svvv-Vers., 12. April — Do GA, 1920-04-13; Vbl, 1920-03-27, zit. in Trem = Witt VZ, 1920-04-06. Zur „Eisernen Kompanie“: StA Dortmund: Best. 5, Pol. 245, Bl. 93; Achrzehn Tage, S. 6. Die WTB-Meldung z.B. in BMZ, 1920-03-26, Mo. Erklärung des WTB: VfrR = Vbl, 1920-03-27.  
 52) VfrR, 1920-03-27; Salzmann in VfrR, 1920-04-07.

- 53) Trem, 1920-03-27; Achrzehn Tage, S. 7; MA, Nr. 151, 1920-03-27; Witt VZ, 1920-03-26.
- 54) Lün Ztg, 1920-03-26. Entgegen dem Bericht der Zeitung blieben die Vertreter der SPD im Vollzugsrat, wie aus StA Lünen: Abt. 16, Fach 147 (Bericht vom 9. April) hervorgeht. Austrittserklärung der christlichen Gewerkschaften: Zuschrift Rediger in Lün Ztg, 1920-03-26.
- 55) MA, Nr. 151, 1920-03-27; Achrzehn Tage, S. 7.
- 56) Vgl. L. St. in Ff Ztg, Nr. 234, 1920-03-27.
- 57) Meinberg in öff. KPD-Vers., Dortmund, 15. Aug. 1920 — STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 262 = Meinberg, S. 193 f.; Meinberg, Watterwinkel, 1927-07-04 = Meinberg, S. 100.
- 58) Vtr, 1920-03-25 („Die Bielefelder Vereinbarungen“).
- 59) FPE, 1920-03-26.
- 60) Brauer, S. 20.
- 61) Thielemann gegenüber der KVZ, Nr. 234, 1920-03-25.
- 62) Gastrop: Aufruf v. Magistrat u. AR in Cst Ztg, 1920-03-26. Gummersbach: StA Gummersbach: Fach 267, Nr. 96 spec.
- 63) VfrR = Vbl, 1920-03-25 („Das Ziel des Bürgerkrieges“).
- 64) Mh Ztg, 1920-03-26 (Meldung aus Berlin): Kabisch, Kämpfe, S. 548; KZ, Nr. 295, 1920-03-26; KVZ, Nr. 238, u. Mh Ztg, 1920-03-27; Nrbl, 1920-03-26; Wf Mk, 1920-03-26, Mo.
- 65) KZ, Nr. 295, 1920-03-26; KVZ, Nr. 238, u. Mh Ztg, 1920-03-27; Nesbach, S. 17.
- 66) Mohs in Wf Mk, 1920-03-31, Ab, mit Dksch. RWM I, S. 36 f. Anl. 41 = Spethmann, S. 171.
- 67) Kabisch, Kämpfe, S. 550 f.; Errettung, S. 160 f.; KZ, Nr. 293 u. 296, 1920-03-26, -27; Glettenberg, S. 12 f.; Standesamt Voerde: Sterberegister 1920, Nr. 41 (W. Domming), Nr. 44 (E. Thöne). Hierher gehören anscheinend auch die von L. St. in Ff Ztg, Nr. 236, 1920-03-28 (Essen, 25. März) erwähnten „sehr schweren Verluste“, die die Rote Armee am Morgen gehabt habe.
- 68) Düwell, S. 52 f.
- 69) KZ, Nr. 295, 1920-03-26.
- 70) KVZ, Nr. 238, u. Mh Ztg, 1920-03-27. Vgl. KZ, Nr. 291, 1920-03-25: Die Rotgardisten vor Wesel wollen den Kampf nicht eher einstellen, „bis sich die gesamte Besatzung von Wesel ergeben hat“.
- 71) Bkm. d. VRs in GA Ob, Rwt, Ob Ztg, 1920-03-26. Am 25. März hatte der „General-Anzeiger für Oberhausen“ den vollständigen Text des Bielefelder Abkommens veröffentlicht, die „Ruhrwacht“ eine zusammenfassende Meldung vom Abkommen gebracht.
- 72) Hasberg und Weinert in d. Stvv-Vers. Oberhausen, 12. April — GA Ob u. Ob Ztg, 1920-04-13; Berten in der Funktärskonferenz der drei Arbeiterparteien und der Gewerkschaften in Düsseldorf, 28. März — VZD, 1920-03-29. Vgl. den Bericht der „Zentralstelle Hagen“, gez. Ernst, in VstH u. Hag Ztg (Mo), 1920-03-26.
- 73) STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 15.
- 74) StA Münster: Amt 43 E Nr. 4 b, Bericht von Plenio, 1920-04-09, S. 28; Errettung, S. 164; Bose, S. 394 f.; Friedrich, S. 16; MZ, 1920-03-27. Stärke der Marinebrigade: Loewenfeld, S. 156.
- 75) Errettung, S. 150, 168 f., 263 f.; vgl. Lün Ztg, 1920-03-26; Trem, 1920-03-27; Ernst, S. 52.
- 76) NL Haas: Nr. 2, Bl. 19-24.

- 77) Bericht von drei Delegierten des ARs Bochum, die am 31. März in Hamm gefangen genommen und von Epp verhört wurden, in VfrR = Vbl, 1920-04-03; Seivering, S. 207 f.; vgl. Epp (Gillardone), S. 72 f.; Frank, S. 96 f.
- 78) Dülmener Zeitung, zit. in Rhs VZ, 1920-03-30; Lüdinghauser Zeitung, zit. in Lün Ztg, 1920-03-27; MZ, 1920-03-26; MA, Nr. 160, 1920-04-02; Nrbl, 1920-03-26 = Wf Mk, 1920-03-26, Mo; StA Münster: Amt 43 E Nr. 4 b, Bericht von Plenio, 1920-04-09, S. 28; Errettung, S. 168; prot. Aussage von Krautwurst in Vtr, 1920-04-08 = VZD, 1920-04-09 = VstH, 1920-04-13; Ernst, S. 81; Bericht von Guderian, 31. März, in NL Severing: A 3. Vorgänge im Lager in den Vortagen: Errettung, a. O.; Bericht von Guderian, a. O.; StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Amt Marl, Verhandlungstermin 18. 5. 1922 (betr. Hauptmann v. Hülfst); Aussage von E. Schweigel am 22. März in Münster, in STAM: BK, vorl. Nr. 179. Vgl. auch die in BvSt, 1919-10-04, geschilderten Vorgänge im Lager Ende September 1919.
- 79) Schaefer, S. 131-133. — Das Nachrichtenblatt der Reichswehrbrigade 7 meldete am 25. März über die Lage in diesem Frontabschnitt: „Lüdinghausen, Drensteinfurt und Sendenhorst vom Feinde frei. Bei Bork, Olfen, Haltern und Wulfen rote Vorposten“. (StA Münster: Amt 43 E Nr. 4 a)
- 80) Zensurlücke in Lenn Krbl, 1920-03-25; Zensurlücke in Is Ka, 1920-03-26.
- 81) KVZ, Nr. 238, 1920-03-27.
- 82) Sp, 1920-03-26 („Proletarier! Genossen!“); kurzes Zitat bei Colm, S. 78.
- 83) Sp, 1920-03-26 („Von der Bielefelder Konferenz“); z.T. abgedr. bei Colm, S. 118 f.
- 84) Sp, 1920-03-26 („Klassenkampf“); gekürzte Wiedergabe in StA Essen: Rep. 102, I, 1093, Bl. 275 (falsch datiert).
- 85) FPE, 1920-03-26 („Die Aufnahme der Bielefelder Beschlüsse“).
- 86) VfrR = Vbl, 1920-03-26.
- 87) NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 4; Ernst, S. 44. Text nach der ersten Quelle, die das von Severing erhaltene Telegramm wiedergibt, bis auf vermutliche (kleine) Übermittlungsfehler, die nach der zweiten Quelle korrigiert wurden. Beide Quellen datieren auf den 27. März; nach dem Antworttelegramm des Wehrkreiskommandos (Ernst, S. 48 f.) war der 26. März der Absendetag.
- 88) Ernst, S. 43-45.
- 89) J. Ernst: Was lehren die Kämpfe im Industriebecken, in VstH, 1920-04-23.
- 90) Ernst, S. 53.
- 91) Hag Ztg, 1920-03-26, Ab; VZD, 1920-03-27; Wdt VZ u. Is Ka, 1920-03-29.
- 92) Herr Wilhelm Neuköcher, Hünxe, teilte dem Vf. mit, daß in seinem Haus sechs Rotgardisten aus Lüdenscheld einquartiert waren; sie hätten seit dem Stagnieren des Vormarsches an der Lippe nach Hause zurückkehren wollen, dies jedoch nicht getan (mündl. Auskunft vom 8. Nov. 1967). Offensichtlich hat sie die Anweisung zum Kampfabbruch, die die Arbeiterführer im Hagener Bezirk ausgaben, nicht erreicht. — Ähnliches gilt für Rotgardisten aus anderen Städten, deren Vollzugsrate sich auf den Boden des Bielefelder Abkommens stellten: am 26. und 27. März fielen an der Front vor Wesel (bzw. wurden getötet) Rotgardisten aus Barmen (Vtr, 1920-06-01; Todesanzeigen in Vtr, 1920-06-02) und Düsseldorf (Vtr, 1920-05-03; Standesamt Voerde: Sterberegister 1920, Nr. 38, 39, 46).
- 93) Zeit: Is Ka, 1920-03-27; Ort: VstH, 1920-03-27.
- 94) VstH, VZD, VfrR = Vbl, RE, sämtlich 1920-03-27; RE auch zit. in Ess Allg Ztg, 1920-03-28; Ernst, S. 49 f.; Stellung der KPD, S. 494-496; Colm, S. 121; Düwell, S. 19; Lambers, S. 116.
- 95) VfrR = Vbl, 1920-03-27.

- 96) RE, 1920-03-27; Ludwig auf dem a.o. USP-Bezirksparteitag Westliches Westfalen, Hagen, 24. April 1920 — VstHf, 1920-04-26. Falsch Könnemann/Krusch, S. 436.
- 97) Stellung der KPD, S. 495.
- 98) Tg. Ernst an Bauer, 1920-03-26, in BA: R 43 I / 2715, Bl. 74 f.; RE, 1920-03-27; Zeitpunkt: Is Ka, 1920-03-27.
- 99) Colm, S. 121 (im übrigen wirft Colm diese Verhandlungen mit den Auseinandersetzungen zusammen, die Ernst und Pieck am Vortrag mit den westlichen Kampfleitern gehabt hatten).
- 100) RE, 1920-03-27 = Stellung der KPD, S. 496; danach als WTB-Meldung in Ddf Tbl, Ddf Ztg (Ab), Do GA, Nr. 88, sämtlich 1920-03-27, FPD, Ess Allg Ztg, Mh Ztg, sämtlich 1920-03-28, Rhs Ztg, 1920-03-29.
- 101) H. R. (Heinrich Reuß): Revolution!, in Mh GA, 1920-03-26. Vgl. H. R. (Heinrich Reuß): Die Wahrheit, in Mh GA u. Mh Ztg, 1920-03-25.
- 102) Mh Ztg, 1920-03-27.
- 103) Hierzu Erklärungen in Do GA, 1920-03-26; Trem, 1920-03-27; Witt VZ, 1920-03-27.
- 104) Ff Ztg, Nr. 236, 1920-03-28 (Privattelegramm aus Dortmund, 27. März).
- 105) Lün Ztg, 1920-03-26.
- 106) Trem, 1920-03-27; Do GA, 1920-03-26.
- 107) VfrR = Vbl, 1920-03-27; BaZ, Nr. 14, 1920-04-03; Dksch. RWM I, S. 38 Anl. 44 = Spethmann, S. 164 f.; Kodermund, Kommunisten, S. 768 f.; Teilwiedergabe in Mk Spr, 1920-03-29, u. Severing, S. 198, der irrigerweise annimmt, das Flugblatt beziehe sich auf die Essener Konferenz der Vollzugsräte am 1. April. Die meisten Quellen haben in dem Schiller-Zitat „sterben“ statt „leben“. Ob diese Freudsche Fehlleistung schon bei Delmes selbst vorliegt, kann nicht entschieden werden, da das Flugblatt im Original nicht mehr erhalten ist.
- 108) Das geht aus dem weiteren Auftreten von Delmes hervor; vgl. vor allem die öff. Versammlung am 30. März (KZ, Nr. 316, 1920-04-01).
- 109) Rhs Ztg, 1920-03-27; VfrR, 1920-03-29, -31; Bu Ztg, 1920-03-29; R w u. Trem, 1920-03-30; StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Nr. 4, Bl. 2.
- 110) Erklärung von Balke, Gundermann, Jagarzewski in Bu Ztg, 1920-03-29; Bu Ztg, 1920-03-27, 1920-04-14; Aussagen von Deswysen und Balke vor dem a.o. Kriegsgericht Essen, 5. Juni 1920 — Bu Ztg, 1920-06-07; Aussage von Hammer vor dem a.o. Kriegsgericht Buer, 19. April 1920 — Bu Ztg, 1920-04-20. Das örtliche USP-Blatt stand den Bielefelder Vereinbarungen positiv gegenüber und befand sich damit auf Seiten der gemäßigten Mitglieder des Vollzugsrats; siehe R w, 1920-03-26, -27.
- 111) Zu 1919 wird auf die angekündigte Untersuchung über die Revolutionszeit 1918/19 im Ruhrgebiet verwiesen. Frage des Generalstreiks: Sitzung des AAes am 17. März und öff. Streikversammlungen am 18. März — RuR-Ztg, Nr. 130 u. 131, 1920-03-18, -19. Zulassung von USP und SPD zum VR, Bielefelder Abkommen: oben S. 13, 104.
- 112) STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 78 f.; dazu die Adreßbücher von Duisburg 1915, 1920/21, 1922/23. Im einzelnen: Koch: FrD, 1920-01-05; Ddf Ztg, Nr. 129, 1920-04-04; Nrh Vst, 1920-04-06. Münzberg: STAD: Reg. Düsseldorf, 15565; Zugschrift in Nrh Vst, 1919-02-14. Zalden: verschiedene Bekanntmachungen in der Ortspresse seit dem Umsturz am 20. März; Spektator, Schreckenstage, S. 14. Diese drei wurden nach dem Aufstand in der bürgerlichen Sensationspresse auch als Erscheinungen beschrieben: Berliner Lokal-Anzeiger, nachgedr. in Trem, 1920-04-07; B. Z. am Mittag, nachgedr. in Hag Ztg, 1920-04-03, Ab; Niederrheinische Nachrichten, nachgedr. in Wf Mk, 1920-04-24, Ab.

- 113) Bericht von OB Jarres an Regierungspräsident Düsseldorf, 1920-03-26, in StA Duisburg: Best. 51, Unruhen, 25.
- 114) Joseph (Koering?) an Schönbeck, 1920-01-12, in STAM: BK, vorl. Nr. 145.
- 115) RF, 1920-03-03.
- 116) Kundgebung und Demonstration am 15. März: RuR-Ztg, Nr. 127, 1920-03-17; Bericht von OB Jarres in Stvv-Vers., 16. März — ebd. u. Dui GA, 1920-03-17; Fisch in Vosti (Volksstimme), Duisburg, 1930-02-15; Rossmann / Schmidthuysen, S. 392. — Versammlung der Unionisten am 17. März: RuR-Ztg, Nr. 129, u. Hamb VZ, 1920-03-18.
- 117) Dui GA, 1920-03-27; EvNrh, 1920-04-06; Mh GA, 1920-04-07; Helbig in öff. Gewerkschaftsversammlung, Duisburg, 11. April — RuR-Ztg, Nr. 161, 1920-04-12; Ernst, S. 71.
- 118) RuR-Ztg, Nr. 145, Dui GA, Hamb VZ, 1920-03-27; FPD, 1920-03-28; Teile des Auftritts zit. bei Colm, S. 118, 88 f. Anm., und in: Stellung der KPD, S. 496 f. — Schoch versuchte nach seiner Rückkehr aus Hagen vergeblich, den Umsturz rückgängig zu machen: Nrh Vst, 1920-04-06. — Am 30. März trug der SPD-Abgeordnete Limbertz den Aufruf des Exekutivkomitees in der Preussischen Landesversammlung vor und verlangte den Einsatz scharfer Machtmittel gegen die dahinterstehenden Kräfte (Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 10566-10568).
- 119) RuR-Ztg, Nr. 138, 1920-03-23.
- 120) Ob Vst, 1920-03-24.
- 121) StA Duisburg: Best. 51, Unruhen, 25; RhW Ztg, Nr. 213, u. Hamb VZ, 1920-03-27; RuR-Ztg, Nr. 147, 1920-03-28; Colm, S. 101. — Die Behauptung von Könnemann/Krusch, die in Duisburg betriebene Politik gehe auf das Konto von „linksektierischen Elementen“, Anarchosyndikalisten und Unionisten und habe nichts mit der KPD zu tun (S. 437 f.), ist allein schon wegen der führenden Rolle von Wild falsch. Wild ging übrigens auch nicht zur KAPD.
- 122) VstH, 1920-03-27. Vgl. die öffentliche Rede von Oettinghaus am folgenden Tage in Schwelm: Wdt VZ, 1920-03-30.
- 123) VfrR = Vbl, 1920-03-27; Mk Spr, 1920-03-29.
- 124) Vtr, 1920-03-30.
- 125) NrbI, 1920-03-26. Ähnlich der Befehl des Wehrkreiskommandos vom selben Tag: StA Münster: Amt 43 E Nr. 4 b, Bericht von Plenio, S. 29.
- 126) Wf Mk, 1920-03-27, Mo; Nesbach, S. 17; Glettenberg, S. 11.
- 127) Errettung, S. 162; Lagebericht der Weseler Reichswehrführung in KVZ, Nr. 242, u. KZ, Nr. 300, 1920-03-27; Nesbach, S. 5; Wetzlar, Tagebuch, 1920-03-31.
- 128) Nesbach, S. 18; mündl. Auskünfte von Herrn Bernhard Lackermann, Friedrichsfeld, und Herrn Dietrich te Heesen, Bucholtswelmen, am 21. April 1968; NrbI, 1920-03-27.
- 129) Friedrich, S. 16-25; Bose, S. 395-397; Errettung, S. 165 f., 167; Wiedenhoefer, S. 71; MZ, 1920-03-28, -29.
- 130) Dst VZ, 1920-03-26.
- 131) Bu Ztg, 1920-03-27; Dst VZ, 1920-03-31; Wiedenhoefer, S. 71; Sommerfeldt, S. 174; NrbI, 1920-03-27; Errettung, S. 166 f.
- 132) STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 74 (Besetzung von Sendenhorst); Tg. Ernst an Bauer, in BA: R 43 I / 2715, Bl. 74 f. (Besetzung von Selm); Errettung, S. 168 f. Über den kampffloßen Rückzug der Arbeiter südlich von Münster vgl. die Verhandlung zwischen dem Rotgardistenführer Weickamp mit Oberst v. Ledebur im Schloß Buldern (STAM: BK, vorl. Nr. 179) und Tg. Ernst an Severing (oben S. 111).
- 133) MA, Nr. 155, 1920-03-30; Rhs VZ, 1920-03-31.

- 134) Gk Ztg, 1920-03-27; Gk Allg Ztg, 1920-03-29.  
 135) BA: R 43 I / 2715, Bl. 70.  
 136) Stellung der KPD, S. 499 f.; gekürzt z.B. in Wf Mk, Nr. 140, 1920-03-26. Übermittlung am Vortrag aus Berlin: BA: R 43 I / 2728, Bl. 57. Danach gab es einen ursprünglichen Text des Aufrufs, der z.T. erheblich abwich; Versuche, ihn zu ermitteln, waren erfolglos. Die angefügte Erklärung Watters wurde später noch verändert: „Ich wiederhole an dieser Stelle meine Erklärung“ usw. (Wf Mk, 1920-03-29, Ab; MA, Nr. 155, 1920-03-30).  
 137) Winkelhock im AA Elberfeld, 27. März — FPE, 1920-03-29.  
 138) BTbl, Nr. 140, 1920-03-26. „Aktion“ korrigiert aus „Agitation“.  
 139) Mk Spr, 1920-03-29.  
 140) J. Ernst: Die Ludendorffer von links, in VstH, 1920-03-27; nachgedr. in VZD, 1920-03-31.  
 141) Zeitschrift in VZD, 1920-04-06.  
 142) RE, 1920-03-27 („Zwischen den Schlachten“).  
 143) WAVZ, 1920-03-27, abgedr. in MA, Nr. 160, 1920-04-02.  
 144) Trem, 1920-03-28.  
 145) StA Duisburg: Best. 51, Unruhen, 25; RuR-Ztg, Nr. 147, 1920-03-28; Ddf Ztg, 1920-03-29, Mo.  
 146) BA: R 43 I / 2717, Bl. 10 f. Vgl. NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 6; StA Duisburg: Best. 51, Unruhen, 25; RuR-Ztg, Nr. 148, 1920-03-29; Ff Ztg, Nr. 241, 1920-03-30 (als Ort fälschlich Mülheim angegeben).  
 147) StA Duisburg: Best. 51, Unruhen, 25; Jarres in Stvv-Vers., 6. April — RuR-Ztg, Nr. 152, 1920-04-07. Für die Aufständischen war Ruhrort von den Belgiern gesperrt; Bericht eines bürgerlichen Journalisten über eine Fahrt zur Front vor Wesel, in KVZ, Nr. 238, u. Mh Ztg, 1920-03-27.  
 148) Vgl. auch NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 3.  
 149) RhW Ztg, Nr. 213, 1920-03-27; Hamb VZ, 1920-03-28; Helbig in öff. Gewerkschaftsversammlung, Duisburg, 11. April — RuR-Ztg, Nr. 161, 1920-04-12.  
 150) Bkm. vom 27. März in RuR-Ztg, Nr. 148, Dui GA, Hamb VZ, 1920-03-29; Ff Ztg, Nr. 241, 1920-03-30 (als Ort fälschlich Mülheim angegeben).  
 151) Bkm. vom 27. März in RuR-Ztg, Nr. 147, 1920-03-28.  
 152) RuR-Ztg, Nr. 154, u. Dui GA, 1920-04-08; Colm, S. 100 Anm. Vgl. Ddf Ztg, Nr. 129, 1920-04-04.  
 153) Mk Spr, Bu Ztg, VfrR = Vbl, sämtlich 1920-03-29; Rhs Ztg, 1920-03-30.  
 154) Mh Ztg, 1920-03-28; Ff Ztg, Nr. 241, 1920-03-30.  
 155) Dksch. RWM I, S. 34 Anl. 32; Zickler, S. 16 f.; Colm, S. 117 f.; Severing, S. 181 f.; Spethmann, S. 165; Rodermund, Kommunisten, S. 769; Arch. Forsch., II, S. 794. — Entgegen Könnemann/Krusch (S. 439) war der Titel keine Annahmung Karussells; vgl. II, S. 73.  
 156) Düwell, S. 16; Erklärung des ZRs in VstH, 1920-04-12 = RF, 1920-04-13, nachgedr. in Arch. Forsch., II, S. 841 f.  
 157) Colm, S. 106 f.; Stellung der KPD, S. 493; Ernst, S. 46; Brauer, S. 54.  
 158) Sitzung des AAes Elberfeld, 27. März — FPE, 1920-03-29.  
 159) Colm, S. 107; dazu die im folgenden berichteten Sitzungen und Aktivitäten des Zentralrats.  
 160) BAs, 1920-04-09; Bericht von Eckardt in d. VV d. VRe, Barmen, 8. April 1920 — Vtr, 1920-04-09 = VZD, 1920-04-10. Im VR Dortmund legte Frank (USP)

- den Posten des Finanzverwalters nieder, nachdem er in Konflikt mit Meinberg geraten war, u.a. weil er sich weigerte, aus der Stadtkasse 20.000 Mark für den Zentralrat anzuweisen (StA Dortmund: Do n 164, Bl. 12, 17).  
 161) AZE u. FPD, 1920-03-28; nur der 1. Absatz in: Stellung der KPD, S. 499. Vgl. Düwell, S. 16 f.; Illustrierte Geschichte, S. 503.  
 162) Rwt, 1920-03-28; Trem, 1920-03-29; Stellung der KPD, S. 500.  
 163) Husaren-Regiment Nr. 11, S. 268-270, 275; Errettung, S. 163; Kabisch, Kämpfe, S. 553; Wetzlar, Tagebuch, 1920-03-31; mündl. Auskunft von Herrn Wilhelm Neuköther, Hünxe, am 8. Nov. 1967; Nesbach, S. 6.  
 164) Standesamt Hünxe: Sterbe-Register 1920, Nr. 18-22, 26-34, 36, 40, 44, 46, 48-50, 52, 54, 56, 60, 65; Sterbe-Register 1921, Nr. 5-7.  
 165) Mündl. Auskünfte von Herrn Friedrich Sander und Herrn Wilhelm Neuköther, Hünxe, am 8. Nov. 1967; Wetzlar, Tagebuch, 1920-03-31; Nesbach, S. 20, 22.  
 166) Schulz, S. 33; Kabisch, S. 553; Errettung, S. 171; Nesbach, S. 18; mündl. Auskünfte von Herrn Dietrich te Heesen, Buchholtwelen, und Herrn Bernhard Lackermann, Friedrichsfeld, am 21. April 1968; Standesamt Hünxe: Sterbe-Register 1920, Nr. 39, 45. Die letztere Eintragung mit Datum vom 3. August — Bergmann Moses Orenstein aus Gladbeck, geboren in Orczarow (Rußland) — ist möglicherweise eine nachträgliche Erfindung des Freikorps Schulz, geboren aus dessen Antisemitismus.  
 167) Kabisch, S. 553 f.; Errettung, S. 171 f.; Darstellung d. Freikorps Schulz in RuR-Ztg, Nr. 165, 1920-04-14; Schulz, S. 34; Glettenberg, S. 15 f.; KZ, Nr. 302, 1920-03-29; EvNrh, 1920-04-06; Standesamt Voerde: Sterberegister 1920, Nr. 30 (H. A. Hellen), Nr. 60 (O. Wilhelm).  
 168) Vtr, 1920-05-03; Errettung, S. 172; Glettenberg, S. 17; Standesamt Voerde: Sterberegister 1920, Nr. 38 (H. Falke), Nr. 39 (J. W. Inhoven), Nr. 46 (H. Ch. Jansen), Nr. 63 (H. Siegemund), Sterberegister 1921, Nr. 8 (P. Schraven).  
 169) Zeitschrift in Vtr, 1920-06-04.  
 170) Nesbach, S. 6 f., 8; Wetzlar, Tagebuch, 1920-03-31; mündl. Auskunft von Herrn Friedrich Sander, Hünxe, am 8. Nov. 1967; Husaren-Regiment Nr. 11, S. 270; Errettung, S. 172.  
 171) Nrbl, 1920-03-28; Wf Mk, 1920-03-29, Ab.  
 172) Nesbach, S. 18; Wetzlar, Tagebuch, 1920-03-31.  
 173) Nesbach, S. 85.  
 174) BA: R 43 I / 2717, Bl. 133 a; vgl. Colm, S. 47 f.  
 175) STAD: Reg. Düsseldorf, 15977; mündl. Auskünfte von Herrn Beckedahl, Dinslaken, am 9. Nov. 1967, und Herrn Dietrich te Heesen, Buchholtwelen, am 21. April 1968.  
 176) KZ, Nr. 302, 1920-03-29.  
 177) Bericht von Bürgermeister Poppelbaum in der Stvv-Vers. Wesel, 7. April — Nrh Vst, 1920-04-11.  
 178) STAD: Reg. Düsseldorf, 15976, Bl. 379, 380 f.; BA: R 43 I / 2728, Bl. 206.  
 179) Nrbl, 1920-03-28.  
 180) Errettung, S. 171; Kabisch, Kämpfe, S. 554; Husaren-Regiment Nr. 11, S. 270.  
 181) Lutter, S. 129.  
 182) Errettung, S. 171; Bu Ztg, 1920-03-29.  
 183) STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 73.  
 184) Ebd.; Errettung, S. 170; Könnemann/Krusch, S. 441.  
 185) Rhs VZ, 1920-03-31; STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 73.



- 186) Errettung, S. 170.  
 187) Niemöller, S. 175.  
 188) Das geht aus dem Verlauf der VV der VRe am folgenden Tage hervor (s. unten S. 132-134), ferner aus dem Fehlen jeglicher Information über das Frontgeschehen in der Broschüre von Düwll.  
 189) Lagebericht von Brenner in der VV der VRe am folgenden Tage: Düwll, S. 21.  
 190) Düwll, S. 19; Stellung der KPD, S. 500 f.; Spethmann, S. 165 f.  
 191) Gk Ztg u. Gk Allg Ztg, 1920-03-29; Fr, 1920-04-10, Ab.  
 192) Fr, 1920-04-10, Ab; Erklärungen des AA Gelsenkirchen in Gk Ztg u. Hrn Anz, 1920-03-29, Gk Ztg u. Rw, 1920-03-30.  
 193) VfrR = Vbl, 1920-03-29.  
 194) Gk Ztg, 1920-03-30; VfrR = Vbl, 1920-03-31.  
 195) Öff. Versammlung der revolutionären Arbeiterschaft am 31. März, Mitteilung des Vorsitzenden am Schluß — Mh GA, 1920-04-01.  
 196) Mh GA u. Mh Ztg, 1920-03-29.  
 197) Auszugsweise zit. in Bd. II, S. 87. Die Verordnung lautete weiter: „Bekleidung und Ausrüstung der Truppen (insbesondere Stiefel, wollene Decken, Zeltbahnen usw.) sind von den Wohngemeinden auf Anforderung der Truppenleiter an die Front zu schicken“. (Stellung der KPD, S. 497; Arch. Forsch., II, S. 793; etwas abweichend Spethmann, S. 166)  
 198) Stellung der KPD, S. 497; Spethmann, S. 166; Arch. Forsch., II, S. 793.  
 199) StA Mülheim: 10-59, 11-1, nicht paginiert.  
 200) Ernst, S. 52.  
 201) S. 52 f.  
 202) Ess VZ u. Ess Allg Ztg, 1920-03-29 (Mitteilung in der VV der VRe); WTB-Meldung in GA E-Ba, 1920-03-29; Düwll, S. 19.  
 203) Zeit: Trem, 1920-03-29. Ort: Ess VZ u. Ess Allg Ztg, 1920-03-29; Mitteilung des Stadtarchivs Essen, 19. Okt. 1972. Pressevertreter: Arch. Forsch., II, S. 796 Anm. 1; Spethmann, S. 186.  
 204) Siemsen, S. 491 Anm. 3; Colm, S. 122.  
 205) Düwll, S. 24; Colm, S. 122; ohne Nennung des Namens Ess VZ u. Ess Allg Ztg, 1920-03-29.  
 206) Stellung der KPD, S. 501.  
 207) Vw (Mo), Ff Ztg, Nr. 228, Ess VZ, 1920-03-25.  
 208) Düwll, S. 20-24; Ess VZ, Ess Allg Ztg, Vw (Ab), 1920-03-29; L. St. in Ff Ztg, Nr. 239, 1920-03-29; Colm, S. 122; vgl. Spethmann, S. 186. Die Resolution auch in FPE u. Trem, 1920-03-29; etwas abweichend: Stellung der KPD, S. 501 f.; Arch. Forsch., II, S. 796 f.; mit offenbar sehr schlechter Textgrundlage: Ernst, S. 47 f.  
 209) BA: R 43 I / 2715, Bl. 77-80.  
 210) VstH, 1920-04-10; Ernst, S. 44 f.  
 211) Rwt, 1920-03-28; AZE u. GA E-Ba, 1920-03-29; Stellung der KPD, S. 498; Spethmann, S. 166; zur Interpretation vgl. L. St. in Ff Ztg, Nr. 238, 1920-03-29.  
 212) Helbig in öff. Gewerkschaftsversammlung, Duisburg, 11. April 1920 — RuR-Ztg, Nr. 161, 1920-04-12; KZ, Nr. 311, 1920-03-31; Colm, S. 108.  
 213) Nrh Vst, 1920-04-07.  
 214) Ob Vst, 1920-03-28 („Und nochmals: Laßt Vernunft walten!“).  
 215) Hamb VZ, 1920-03-29.

- 216) RuR-Ztg, Nr. 148, u. Ddf Ztg (Mo), 1920-03-29; StA Duisburg: Best. 51, Unruhen, 25.  
 217) Nrh Vst, 1920-04-07.  
 218) Most, S. 48.  
 219) Ess VZ u. Ess Allg Ztg, 1920-03-29; Ess Allg Ztg u. Gk Ztg, 1920-04-08.  
 220) Ess Allg Ztg u. Gk Ztg, 1920-04-08; Ess Allg Ztg u. KZ, Nr. 306, 1920-03-30; L. St. in Ff Ztg, Nr. 250, 1920-04-02.  
 221) KZ, Nr. 306, 1920-03-30.  
 222) Sp, Nr. 58, 1920-03-29 („Anarchie?“), wiedergegeben bei Colm, S. 129.  
 223) Bu Ztg, 1920-03-29, dazu Zuschrift Raschke in Bu Ztg, 1920-03-30; Rw, 1920-03-30, -31.  
 224) Bu Ztg, 1920-03-29; Rw, 1920-03-30; neue Zusammensetzung des VRs: Bu Ztg, 1920-04-03.  
 225) VZD, 1920-03-29.  
 226) Dui GA, 1920-03-30.  
 227) Aussage vor dem Kriegsgericht Wesel — O. P(lenge) in BAst, 1920-05-26.  
 228) Dui GA, 1920-03-30. Vgl. das Dokument vom 1. April in Dksch. RWM I, S. 39 Anl. 48 = Spethmann, S. 208.  
 229) STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 20; Wetzlar, Tagebuch, 1920-03-31; Nesbach, S. 7 (Hünxe), S. 8 (Bruckhausen); mündl. Auskunft von Herrn Neuköcher, Hünxe, 8. Nov. 1967; Husaren-Regiment Nr. 11, S. 270 f.; General-Anzeiger f. d. nordwestl. Industriegebiet u. d. westl. Münsterland, 1935-03-17 (aus Privatbesitz); Kersken, S. 39.  
 230) Nrhbl, 1920-03-29 = Wf Mk, 1920-03-30, Mo; KZ, Nr. 319, 1920-04-03 (Wesel, 29. März); Errettung, S. 174; Standesamt Voerde: Sterberegister 1920, Nr. 31, 45, 59.  
 231) KZ, Nr. 302, 1920-03-29; Schulz, S. 34; Nrhbl, 1920-03-28 = Wf Mk, 1920-03-29, Ab.  
 232) Kabisch, Kämpfe, S. 554; Errettung, S. 174.  
 233) Lutter, S. 130; prot. Aussage von Kuntzsch, in VZD, 1920-04-10.  
 234) Ermittlungen in Schermbeck (vermutlich von Gaulke) in NL Severing: A 3; kurz Lutter, S. 130.  
 235) v. Bose, S. 397.  
 236) Bose, S. 397 f.; Errettung, S. 175 f.  
 237) Wiedenhoefer, S. 71 f.  
 238) Nachrichtenblatt der RW-Brigade 7, 1920-03-29, in STAM: BK, vorl. Nr. 179.  
 239) Nrhbl, 1920-03-29 = Wf Mk, 1920-03-30, Mo.  
 240) Tg. AR Bochum an Severing, in VfrR = Vbl, 1920-03-29.  
 241) Spethmann, S. 183; MA, Nr. 158, 1920-04-01 (nach Lüdinghauser Zeitung).  
 242) Nrhbl, 1920-03-29 = Wf Mk, 1920-03-30, Mo; STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 73; Kuron, S. 55.  
 243) STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 74.  
 244) StA Münster: Polizeiregistratur, IV, Pol. Angel., Nr. 110 (verschiedene Fälle).  
 245) STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 73.  
 246) STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 74 u. 73; Trem, 1920-03-31; VfrR = Vbl, 1920-04-01.  
 247) AZE, 1920-03-29; Stellung der KPD, S. 498.

- 248) FPE, 1920-03-29; Stellung der KPD, S. 509.
- 249) StA Dortmund: Do n 164, Bl. 17. Severing stellt die durch nichts belegte vermeinerische Behauptung auf (S. 185 f.), daß Graßmann und Braß „in Dortmund mit Erschießen bedroht wurden und nur durch Meinbergs Intervention weiteren Belästigungen entgingen“. Vielleicht wollte er damit davon ablenken, daß die Delegation in Wirklichkeit höchst unangenehme Feststellungen bezüglich der Haltung der Reichswehr traf.
- 250) Colm, S. 123.
- 251) VstH u. Is Ka, 1920-03-30; Rwt, 1920-03-31; FPD, 1920-04-02; Stellung der KPD, S. 509 f.; vgl. Cuno, S. 22.
- 252) Massenstreik, Partei und Gewerkschaften (1906), in: Politische Schriften, hg. v. O. K. Flechtheim, Bd. I, Frankfurt/Wien 1966, S. 182.
- 253) Düwell, S. 16 f., 19; Stellung der KPD, S. 522 f.; Hennicke, S. 75 ff.; Könnemann/Krusch, S. 434 ff.; Arch. Forsch., II, S. 790 Anm. 3.
- 254) Düwell, S. 36.
- 255) Hennicke, S. 77; Könnemann/Krusch, S. 437.
- 256) Düwell, S. 13 f., 16 f., 18; Brauer, S. 49-55, 65, 69, 71, 73 f.; Hennicke, S. 70 f., 76; Könnemann/Krusch, S. 434, 436.
- 257) J. Ernst: Was lehren die Kämpfe im Industriebecken, in VstH, 1920-04-23; Ernst, S. 41; vgl. Colm, S. 113 f.
- 258) Meinberg, Watterwinkel, 1927-06-25/26; Brauer, S. 49, 55; Hennicke, S. 72 f.; Könnemann/Krusch, S. 438, 443.
- 259) Vgl. E. Lucas: Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterbewegung in Hamborn und im westlichen Ruhrgebiet 1918/19. Zum Syndikalismus in der Novembertrevoluntion, in: Duisburger Forschungen, Bd. 15, 1971, S. 1-119.
- 260) STAM: BK, vorl. Nr. 182; VZD, 1920-10-12.
- 261) Aussage eines Spitzels des „Bürgerrats“ Elberfeld in Vtr, 1920-11-26.
- 262) STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 270, Nachrichtenblatt Nr. 20, 1921-01-07.
- 263) Das ist politisch zu verstehen; parteiorganisatorisch blieb Wild bei der KPD, in der er nach dem Aufstand — nach einer gewissen Übergangszeit — wieder eine führende Rolle spielte (STAD: Reg. Düsseldorf, 15565).
- 264) Wie Anm. 259.
- 265) Typisch der Werdegang etwa von Müller (Dudo), Weidtkamp und Leidner: Bd. II, S. 71, 74.
- 266) Sitzung vom 8. April 1919 — NrH Vst, 1919-04-10.
- 267) Colm, S. 90 ff., bes. S. 91, 94.
- 268) Siehe oben bei Anm. 71-73. Noch am 4. und 5. April stellte man in Düsseldorf bei flüchtenden Rotgardisten, die die Stadt passierten, fest, daß sie nichts vom Bielefelder Abkommen wußten (Ddf Ztg, 1920-04-06, Mo). — Anmerkung auf S. 143; Düwell, S. 16; Brauer, S. 66; Könnemann/Krusch, S. 434.

## 2. Regierung und Militär

- 1) NL Koch: Nr. 27; Bl. 21-31. Vgl. (auch zum Folgenden) Vogt, Einleitung S. IX-XXIV.
- 2) Bl. 33-37; vgl. Legien in Vw, 1920-04-09, Mo = Arch. Forsch., I, S. 275; SPD-Parteitag Kassel 1920, Anhang S. 13; Schultheß, S. 71.
- 3) NL Koch: Nr. 27, Bl. 15, 39, 43.
- 4) Vw, 1920-03-24, Ab, 1920-03-25, Mo; Otto Braun, S. 92; Scheidemann, S. 410; Noske, Erlebtes, S. 165 f.; Erger, S. 292; Adolph, S. 157 f.; Gordon, S. 330; NL Koch: Nr. 27, Bl. 15, 35, 41; Hausmann, S. 305 f.; Gefßler, S. 129.

- 5) Gefßler, S. 130.
- 6) RT, Sten. Berichte, Bd. 344, S. 478; vgl. Gordon, S. 323, u. Gefßler, S. 136.
- 7) Gefßler, S. 298.
- 8) NL Koch: Nr. 27, Bl. 35, 41; DAZ, 1920-03-26, Mo.
- 9) NL Koch: Nr. 27, Bl. 47-55; NL Schiffer: Nr. 16, Bl. 130; DAZ, 1920-03-26, Mo, 1920-03-27, Mo; BTbl, Nr. 140, 1920-03-26; Jansen, S. 49-51; Hausmann, S. 306; BA: R 43 I / 1354, Bl. 333; Schultheß, S. 71-73; Varain, S. 179; Buse, S. 753. Die „Rote Fahne“ überschätzte den Vorstoß der Gewerkschaftsführer, wenn sie von einem „Donnerschlag“ Legiens sprach und meinte, der Rücktritt der Regierung Bauer bedeute, „daß die Kräfteverschiebung, der Machtzuwachs der Arbeiterklasse sich politisch auszuwirken beginnt“. (RF, 1920-03-27)
- 10) Vw, 1920-03-26, Ab; DAZ, 1920-03-27, Mo; Stampfer, S. 177; Varain, S. 179. Zur Interpretation vgl. Varain, S. 179-181, und Bußmann, S. 97 f., von seiten der westdeutschen, Könnemann, Arbeiterregierung, S. 912 f., und Könnemann/Krusch, S. 374-376, von seiten der DDR-Geschichtsschreibung. In der ersten Darstellung der Regierungsbildung seitens des ADGB (Kspbl 1920, S. 181) wird das Angebot Eberts an Legien bemerkenswerterweise nicht erwähnt; unzureichend bzw. verschleiend dann Umbreit in Kspbl, 1921, S. 3 f., und Leipart, S. 118 f.
- 11) NL Koch: Nr. 27, Bl. 59-61; Hausmann, S. 306; NL Schiffer: Nr. 18, Bl. 156; BTbl, Nr. 140, 1920-03-26; DAZ, 1920-03-27, Mo; Vw, 1920-03-27, Ab; Schultheß, S. 74 f.; VstH, 1920-03-29 („Ein miserables Gebilde“).
- 12) NL Koch: Nr. 27, Bl. 63.
- 13) Harden, S. 23. Vgl. das Urteil von Keßler, S. 215.
- 14) VstH, 1920-03-29 („Ein miserables Gebilde“); Zensurlücken in Artikeln über die Umbildung der Regierung in Mh VZ, Rhs VZ, Wdt He, Do Ztg, Nr. 136, 1920-03-27, u. Ess VZ, 1920-03-27, -28, -29.
- 15) NL Koch: Nr. 27, Bl. 65. Der neue Reichskanzler Müller hatte bereits am 19. März in Stuttgart erklärt, eine Verstaatlichung des Bergbaus — eine der gewerkschaftlichen Forderungen — komme zur Zeit nicht in Frage. (NL Koch: Nr. 25, Bl. 111).
- 16) Schultheß, S. 74-76; Limbertz und Rosenfeld in d. Preuß. LV, 30. und 31. März 1920 — Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 10564, 10633-10637; Vw, 1920-03-27, Ab, u. 1920-03-28; Severing, Lebensweg, I, S. 275-277; NL Gotheim: Nr. 42, Bl. 19/20; NL Severing: Briefe Nr. 67; Bußmann, S. 99 f.
- 17) Kspbl, 1920, S. 175.
- 18) BA-MA: N 42/18, Bl. 49 a.
- 19) BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 26/27.
- 20) RGBl 1920, I, S. 473; NV, Anlagen, Bd. 343, S. 3127, Nr. 2795; BA: R 43 I / 2699, Bl. 136.
- 21) NL Koch: Nr. 27, Bl. 45-47. Übermittlung des Aufrufs an Severing: BA: R 43 I / 2728, Bl. 57.
- 22) BA: R 43 I / 2715, Bl. 63/64.
- 23) Bl. 64/65.
- 24) Wf Mk, 1920-03-25, Ab, -26, Ab, -27, Mo (aus den letzteren beiden Nummern die wörtlichen Zitate); BA: R 43 I / 2728, Bl. 10, 371; Aufruf des Westfälischen Bauernvereins in Wf Mk, 1920-03-27, Ab, Weiter dann etwa Wf Mk, 1920-03-31, Mo, zu einem Artikel von Giesberts in der DAZ, in dem dieser sein Verhalten in Bielefeld zu rechtfertigen versuchte.
- 25) „Der Linksdrall der Regierung“, in: Wacht im Westen, nachgedr. in Wf Mk, 1920-03-28, Mo. Hervorhebung von mir.
- 26) Spethmann, S. 195.

- 27) BA: R 43 I / 1354, Bl. 335. Das Wehrkreiskommando Münster gab diesen Beschluß am 27. März in zwei Verlautbarungen weiter: in einem Telegramm an Ernst, in dem es zum Schluß heißt: „Der Einmarsch in das eigentliche Industriegebiet wird nur auf Befehl der Reichsregierung erfolgen“ (Ernst, S. 49), und in einem militärischen Lagebericht, in dem etwas verwachsener formuliert wurde, der Einmarsch werde „von den Entschlüssen der Reichsregierung abhängen“ (Wf Mk, 1920-03-27, Ab).
- 28) BA: R 43 I / 1354, Bl. 337-339; vgl. NL Koch: Nr. 27, Bl. 61, 63. Der scharfe Protest des Wehrkreiskommandos Münster gegen das Bielefelder Abkommen, auf den sich Hasse in der Kabinetsitzung bezog, bei Hürten, S. 154 f., Dok. 17. Entsprechend dem Kabinettsbeschluß wies das Reichswehrministerium das Wehrkreiskommando Münster an, daß die am 27. März erreichte Linie nicht ohne seinen ausdrücklichen Befehl überschritten werden dürfe (StA Münster: Amt 43 E Nr. 4 b, Bericht von Plenio, 1920-04-09, S. 31).
- 29) Wie S. 480, Anm. 83.
- 30) Tg. Rauscher an Mayer, 1920-03-21, 22.15 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1; ferner Gang der Verhandlung mit General Weygand, s. folgd. Anm.
- 31) DBFP, IX, S. 240-242; Tg. Göppert an Ausw. Amt, 1920-03-24, an 23.50 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1; ferner DBFP, VII S. 607 (Curzon).
- 32) DBFP, IX, S. 242.
- 33) Tf. Ausw. Amt an Göppert, 1920-03-23, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.
- 34) Tg. Ausw. Amt an Mayer, 1920-03-25, 18.30 Uhr, in: ebd.
- 35) Tg. Mayer an Ausw. Amt, an 1920-03-27, 10.30 Uhr, in: ebd.; Abschrift in BA: R 43 I / 2728, Bl. 277-279 (falsche Daten). Mayers Anregung betr. „Flaschenhals“: Tg. Mayer an Müller, 1920-03-22, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.
- 36) Nollet an Reichskanzler, 1920-03-25; Cramon an Ausw. Amt, 1920-03-27; Ausw. Amt an IMKK, 1920-03-28; Barthélemy an Ausw. Amt, 1920-03-29; Übersicht über alle herausgegebenen Truppen: RWM an Haniel, 1920-03-29, sämtlich in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.
- 37) RWM an Haniel, 1920-03-29, in: ebd.
- 38) Bose, S. 394 f.; Errettung, S. 167.
- 39) Nollet an Reichskanzler, 1920-03-27, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1; Errettung, S. 167. — Bericht nach Paris: s. das Folgende. — Kontrolloffiziere der IMKK in Münster: Nollet, S. 18 f.; in Wesel: Kabisch, Kämpfe, S. 540, 551.
- 40) Tg. Mayer an Ausw. Amt, 1920-03-27, an 1920-03-28, 12.28 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1, u. BA: R 43 I / 2728, Bl. 280.
- 41) Errettung, S. 173 f.; Spethmann, S. 195; vgl. NL Watter: Nr. 32.
- 42) BA: R 43 I / 1345, Bl. 61.
- 43) Das geht teils aus der Analyse des Ultimatums, teils aus dessen Übermittlung hervor (s.u.).
- 44) NL Watter: Nr. 32.
- 45) Arch. Forsch., II, S. 797 f. (mit Anm. 5); Spethmann, S. 187; BA-MA: RH 53 — 6/91 Bl. 22; Severing, S. 186; Stellung der KPD, S. 502 f.; Ernst, S. 53 f.; Zickler, S. 17 f.; Colm, S. 123 f. (der Text bei letzterem ist nicht durchweg exakt).
- 46) BA: R 43 I / 2715, Bl. 111; L. St. in Ff Ztg, Nr. 239, 1920-03-29 (nicht ganz exakter Text); Mitteilung des Zentralrats vom 29. März, in AZE, 1920-03-30; Stellung der KPD, S. 502; Colm, S. 123; Spethmann, S. 186.
- 47) BA: R 43 I / 2715, Bl. 111.
- 48) Bericht von Rusch vor der Berliner Gewerkschaftskommission am 23. März — Vw, 1920-03-24, Mo.

- 49) Fr, 1920-03-29, Mo, nachgedr. in Arch. Forsch., I, S. 254-256.
- 50) AR, 1920, Heft 12/13, S. 19. Die Existenz des „Aktionsausschusses“ geht aus seinem Aufruf vom 25. März (in RF, 1920-03-26) und aus dem Verlauf der Generalversammlungen am 26. und 27. März hervor.
- 51) Bericht von Däumig in der GV der Betriebsräte am 26. März — Vr, 1920-03-31 (vermutlich Nachdruck aus Fr); vgl. Vw, 1920-03-27, Mo.
- 52) RF, 1920-03-27, nachgedr. in Arch. Forsch., I, S. 246; Vr, 1920-03-31.
- 53) Walther, S. 391.
- 54) Kspbl, 1920, S. 175.
- 55) RF, 1920-03-28.
- 56) Düwell, S. 22.
- 57) RF, 1920-03-29.

## 3. Kapitel

- 1) Mitteilung des Zentralrats vom 29. März, in AZE, 1920-03-30; vgl. Düwell, S. 19 f., und Colm, S. 123.
- 2) Colm, S. 124; Düwell, S. 24 f. (hierauf der Wortlaut des Textes, der von demjenigen Colms etwas abweicht); Stellung der KPD, S. 503 f.; RF, 1920-03-30, abgedr. in Arch. Forsch., II, S. 799.
- 3) BA: R 43 I / 2715, Bl. 97; es ist anzunehmen, daß auf dieses Telegramm hin Eichhorn und Levi sich zu Reichskanzler Müller begaben, wovon dieser am Abend im Kabinett berichtete (BA: R 43 I / 1354, Bl. 342).
- 4) Stellung der KPD, S. 504.
- 5) Colm, S. 125; Cuno, S. 20 a.
- 6) Colm, S. 125.
- 7) Hag Ztg, 1920-03-30, Mo; StA Hagen: Akten Vorhalle G. G. 9 (Verfügung des Landrats); Erklärung der „Arbeitsgemeinschaft zum Schutze der Verfassung“ in Wdt VZ, 1920-03-31.
- 8) StA Hagen: Akten Stadt Hagen AK. VIII. 39, Bl. 100; BA: R 43 I / 2715, Bl. 93/94.
- 9) StA Hagen: Akten Stadt Hagen AK. VIII. 39, Bl. 100.
- 10) BA: R 43 I / 2728, Bl. 222.
- 11) VstH, 1920-03-30 („Nach alter Methode“).
- 12) Gk Ztg, 1920-03-30; Rw, 1920-03-31. Vgl. zum SPD-Antrag den Leitartikel von St. (Steinkamp) „Bis hierher — und nicht weiter“, in VfrR = Vbl, 1920-03-29.
- 13) STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 88.
- 14) Ddf Tbl (Mo) u. Rh Ztg, 1920-03-30.
- 15) VZD, 1920-03-29 („Der Ernst der Lage“).
- 16) Vw, 1920-03-29, Ab; im „General-Anzeiger“ (1920-03-29), der den Text bereits gesetzt hatte, wurde er von der Zensur gestrichen.
- 17) BA: R 43 I / 2715, Bl. 100/101; Vw, 1920-03-30, Mo.
- 18) MV der SPD Barmen, 14. April — FPE, 1920-04-17. Derselbe Vergleich in Fr, 1920-04-01, Mo („Nerven behalten!“).
- 19) Spethmann, S. 190.
- 20) BA: R 43 I / 2728, Bl. 64; BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 22; StA Hagen: Akten Stadt Hagen AK. VIII. 39, Bl. 108; Arch. Forsch., II, S. 800 f.; Düwell, S. 25; Stellung der KPD, S. 504 f.; Ernst, S. 54 f.; Colm, S. 125 f.; Zickler, S. 19; Sever-

- ring, S. 187; Spethmann, S. 188 f. — Text in den Berliner Zeitungen: etwa Vw, 1920-03-30, Mo.
- 21) Die erste Fassung: Exemplare des Flugblatts in BA, BA-MA und StA Hagen; die letztere in Arch. Forsch., bei Ernst und Spethmann. Zur Beurteilung der Unterteilung durch Lorenz s. die Kontroverse zwischen Severing, S. 188, und Spethmann, S. 190.
- 22) Kamen: Kam Ztg, 1920-03-30; Hörde: Hö Vbl, 1920-03-30 (anscheinend dasselbe in Dortmund: Do Ztg, Nr. 140, 1920-03-30); über Buer abgeworfene Flugblätter werden in der Quelle nicht näher skizziert: Bu Ztg, 1920-03-30; in Hagen verbreitete das SPD-Blatt Watters Zusätze auf einem Extrablatt (BMZ, 1920-03-30, Mo), wobei anzunehmen ist, daß zuvor auch hier Flugblätter abgeworfen worden waren, da ein Exemplar im Stadtarchiv Hagen erhalten ist (Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 108); Elberfeld: FPE, 1920-04-01.
- 23) BA: R 43 I / 2728, Bl. 342.
- 24) StA Wuppertal: Elb S XI, Nr. 58; StA Remscheid: NKI / 5; StA Mülheim: 10-59, 11-1, Bl. 121-127; StA Düsseldorf: XVI 1100.
- 25) BA: R 43 I / 2715, Bl. 98; Ff Ztg, Nr. 247, 1920-04-01; Düwell, S. 25; Colm, S. 125.
- 26) Ernst, S. 55; Siemsen, S. 494, spricht von Erregung „bis zur Siedehitze“.
- 27) BYst, 1920-03-31, zit. bei Colm, S. 127.
- 28) Colm, S. 126; Düwell, S. 26 (hieraus der Wortlaut des Textes); Stellung der KPD, S. 505; Arch. Forsch., II, S. 801 Anm. 2. — Verbreitung durch WTB: VstH, 1920-03-30.
- 29) Spethmann, S. 191.
- 30) BA: R 43 I / 2715, Bl. 98/99.
- 31) Stellung der KPD, S. 505; Düwell, S. 26; wer die beiden Abgesandten waren, geht aus den Verhandlungen in Berlin hervor.
- 32) Colm, S. 126.
- 33) DBFP, IX, S. 266-268. Der Vorgang ist wichtig für die Auseinandersetzung mit der SED-Literatur, die den „nationalen“ Charakter der Politik des Zentralkrats betont. Es scheint sogar eine noch weitergehende Initiative gegeben zu haben: am 3. April berichtete ein Korrespondent des „Manchester Guardian“ nach seiner Rückkehr aus dem Ruhrgebiet dem englischen Botschafter in Paris, er habe für die Aufständischen ein Schreiben an die Sozialistische Partei Frankreichs aufgesetzt, in dem diese aufgefordert wurde, die französische Regierung zur Entsendung von Truppen ins Ruhrgebiet zu drängen, wenn nötig mit der Androhung eines Generalstreiks. (DBFP, IX, S. 304)
- 34) Hag Ztg, 1920-03-30, Mo.
- 35) Nachweisbar für Lenn K+bl, Tägk Anz Lü, Wat Ztg, Gk Allg Ztg, 1920-03-29 (zu letzterem Blatt siehe ebd., 1920-04-07); Hrn Anz, Is Tbl, 1920-03-30; Ess VZ, 1920-03-31.
- 36) Rwt, 1920-03-30, 1920-04-09; GA Ob u. Sterkrader Volkszeitung, 1920-03-31.
- 37) AA Elberfeld, 30. März — FPE (Mittellungsblatt usw.), 1920-03-31.
- 38) BA: R 43 I / 2715, Bl. 101/102; Vw, 1920-03-30, Mo.
- 39) FPE, 1920-03-30 („Mit Blindheit geschlagen?“).
- 40) FPE, 1920-03-30. — Im Remscheid der USP-Blatt hieß es: „Lieber unter der Herrschaft der Entente als unter der Reichswehr. Kampf mit allen Mitteln, selbst bis zur Sabotage der industriellen Anlagen.“ (Colm, S. 127)
- 41) BA: R 43 I / 2728, Bl. 365.
- 42) OB Cuno in d. Stvv-Vers. Hagen am 30. März — Wdt VZ, 1920-03-31; vgl. die

- Erklärung der „Arbeitsgemeinschaft zum Schutze der Verfassung“, ebd. — Dieselbe Abfolge in Gelsenkirchen: zunächst Auflösung des Aktionsausschusses (STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 88), dann Aufruf im Auftrag des Zentralrats zum Generalstreik (Gk Ztg u. Gk Allg Ztg, 1920-03-30).
- 43) StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 116; Cuno, S. 21 a; Spethmann, S. 239.
- 44) Ernst, S. 56 f. Vgl. den Aufruf des Exekutivkomitees Wetter vom 30. März, überschrieben „Unser Tod, Deutschlands Vernichtung“, in StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742.
- 45) VstH, 1920-03-31 („Das Ultimatum des Generals v. Watter“).
- 46) K. Ludwig: Hilferuf aus dem Revier, dat. 31. März, in VstH, 1920-04-01.
- 47) Ernst, S. 56 f.
- 48) Ernst, S. 55 f.; vgl. StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 116; Cuno, S. 21 a; Spethmann, S. 239. — Umschlagreifen der Sabotageidee, Beschlagnahmen von Sprengstoffen und -geräten anderswo: VfrR = Vbl, 1920-03-31; Colm, S. 129; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336 (Beschlagnahmen des AAes Iserlohn in Hohenlimburg und Letmathe); Herner Zeitung, zit. in Kam Ztg, 1920-04-14 (Vorgänge auf „Schlägel und Eisen“); Spethmann, S. 181, 212, 216, 219, 275. — Das USP-Blatt von Buer schrieb gleich nach Bekanntwerden des Ultimatus der Regierung: „Die Arbeiter werden nicht davon abzuhalten sein, falls sie dem Militär weichen müssen, zu einer Verzeiflungstat zu schreiben: Sprengung der Bergwerke und Hochöfen . . .“ — Rw, 1920-03-31 („Katastrophale Lage im Ruhrgebiet“).
- 49) BA: R 43 I / 2715, Bl. 108-110; dort „Arbeitsführer“ statt „Arbeiterführer“ und „gegen“ statt „für vernünftiges Verhalten“.
- 50) VstH, 1920-03-29; Hag Ztg (Mo) u. Wf Tbl, 1920-03-30; Cuno, S. 22; Ernst, S. 57.
- 51) Braß in d. NV, 14. April — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5113; Interview von Braß mit Henri Bidou, 10. April, zit. ebd., S. 5547; Cuno, S. 22; FPD u. Rh Ztg, 1920-04-01. — Spätere Polemik Osterroths gegen Braß: Warum verzögerte sich die Abberufung v. Watters?, in: Rheinische Zeitung, Köln, nachgedr. in AZE, 1920-06-03.
- 52) Bericht von OB Cuno in der Stvv-Vers. Hagen, 30. März — Wdt VZ, VstH, Hag Ztg (Mo), 1920-03-31; Cuno, S. 22.
- 53) Do GA, 1920-03-30.
- 54) Wf Mk, 1920-04-01, Mo; Flugblatt des Zentralrats: Arch. Forsch., II, S. 801 f. = Spethmann, S. 191 f. Am 30. März ist dieses Flugblatt in Iserlohn nachgewiesen (Is Tbl, 1920-03-30).
- 55) Mk Spr u. Gk Ztg, 1920-03-31; Rw, 1920-04-01; öff. Vers. d. christlichen Gewerkschaften, Bochum, 4. April — Mk Spr u. Wdt VZ, 1920-04-06; Thöne in d. MV der SPD, Bochum, 13. April — Vbl, 1920-04-15; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 84.
- 56) Gk Ztg, 1920-03-31; VfrR = Vbl, 1920-04-01, -06; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 84.
- 57) StA Wattenscheid: Rep. 2, Stadt Wattenscheid, A 707.
- 58) Vers. der Funktionäre und Betriebsräte der drei Arbeiterparteien, 31. März — VZD u. Ddf Ztg (Ab), 1920-03-31.
- 59) RuR-Ztg, Nr. 149, 1920-03-30, Mo, Nr. 150, 1920-04-03. Zu Oberhausen vgl. oben S. 172 bei Anm. 36.
- 60) Vgl. die Beobachtungen von L. St. in Ff Ztg, Nr. 243, 1920-03-31.
- 61) Mh GA, 1920-03-31; Mh Ztg, 1920-04-06, -08; Nrh Vst, 1920-04-06. — Der Schluß eines Artikels („Die alten Rattenfänger“ überschrieben) im Mülheimer

General-Anzeiger vom 31. März, der möglicherweise von Reuß stammt, lautere: „Warters Ultimatum ist die offene Kriegserklärung ... Die Antwort ... ist der Generalkrieg für ganz Deutschland ... Das Proletariat weiß, wie man die Verhandlungen der [SPD]-Renegaten zu bewerten hat. Es wird kämpfen und siegen.“

62) STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 45; Husaren-Regiment Nr. 11, S. 266; auszugweise und nicht ganz korrekte Wiedergabe bei Colm, S. 127. — Delmes in Bochum: KZ, Nr. 316, 1920-04-01.

63) BMZ, 1920-03-29, Ab.

64) VZD, 1920-03-31; VstH, 1920-03-30.

65) VstH, 1920-03-30.

66) WAVZ, 1920-03-30, zit. in Wf Mk, 1920-04-01, Mo.

67) Do GA, 1920-03-31.

68) Erklärung in WAVZ, 1920-04-01, zit. in Trem, 1920-04-02.

69) Rh Ztg, 1920-03-31.

70) WAVZ, 1920-03-31 („Die Lage im Industriegebiet“); Hervorhebung vom Vf.

71) Bott VZ, 1920-03-31, 1920-04-01. In Oberhausen schied der gemäßigste Feldermann (KPD) aus dem VR aus (StA Oberhausen: Nachkriegsakten Oberhausen, Nr. 30, Bl. 39).

72) Thöne in der MV der SPD, 13. April — Vbl, 1920-04-15.

73) FPD, 1920-03-30.

74) Text des Flugblatts, der am 30. März von Reichskanzler Müller in der NV verlesen wurde, in BA: R 43 I / 2728, Bl. 209, und (aus Duisburg) in RuR-Ztg, Nr. 150, 1920-04-04 (kurz auch in Colm, S. 102). — Recklinghausen: h. s. (Hermann Salzmann) in VfrR, 1920-04-14.

75) RuR-Ztg, Nr. 150, 1920-04-04; Nrh Vst, 1920-04-06.

76) Müllheim: Bkm. in Mh GA, 1920-03-31; Deusch in öff. Vers. am 31. März — Mh GA, 1920-04-01. — Recklinghausen: h. s. (Hermann Salzmann) in VfrR, 1920-04-14.

77) Siehe den entschuldigenden Artikel in Nrh Vst, 1920-04-06.

78) AZE, 1920-04-07.

79) WAVZ, 1920-04-01.

80) Wdt VZ, 1920-04-01; Spethmann, S. 194.

81) Wat Ztg, 1920-04-01.

82) Hamborn: Mh GA, 1920-04-01. — Herne: Hrn Anz, 1920-03-30, -31; Bu Ztg, 1920-04-01. Auch in Gummersbach fand eine Urabstimmung statt (am 1. April, durchgeführt von den Gewerkschaften und Betriebsräten), die ebenfalls eine Mehrheit gegen den Streik erbrachte (Gumm Ztg, 1920-04-01, -03).

83) Spethmann, S. 274.

84) Soweit nicht im folgenden im einzelnen geschildert, vgl. Spethmann, S. 216 f.; StA Castrop-Rauxel: Stadt Castrop, Nr. 54; L. St. in Ff Ztg, Nr. 250, 1920-04-02. — Verfügung des ZRs in Ess VZ, 1920-03-31.

85) STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336.

86) StA Dortmund: Do n 141; WAVZ, 1920-04-21; Trem, 1920-04-23; vgl. Spethmann, S. 217.

87) Bu Ztg, 1920-04-01; Gl Ztg, 1920-04-04; Spethmann, S. 215; StA Recklinghausen: Stadtdarchiv III, Amt Herten (Turnultschadensfall Barnickel).

88) StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 116; Cuno, S. 21 a; vgl. Spethmann, S. 239.

89) Colm, S. 127.

90) Bu Ztg, 1920-03-30.

91) Bu Ztg, 1920-03-31.

92) Colm, S. 128.

93) Das ergibt beispielsweise eine Analyse der Totenlisten des Gemetzels von Pelkum am 1. April (s. u.).

94) Für Dorsten wird dies ausdrücklich in Bu Ztg, 1920-03-30, geschildert.

95) Zu Dortmund/Witten das Folgende; Mühlheim: BAst, 1920-04-01; O. P. (Oskar Pienge) in BAst, 1920-04-07.

96) Sandesamt Pelkum: Sterbe-Register 1920, Nr. 60, 71, 93, 112, 117, 123, 144, 209.

97) KVZ, Nr. 248, 1920-03-30.

98) Kam Ztg, 1920-04-03.

99) RE, 1920-03-31, abgedr. in Arch. Forsch., II, S. 807; AZE, 1920-03-31.

100) Bott VZ, 1920-04-01.

101) Ess Allg Ztg, 1920-04-01.

102) StA Wattenscheid: Rep. 2, Stadt Watt., A 707.

103) Bkm. in Mh GA, 1920-03-31; vgl. Mh Ztg, 1920-03-31.

104) StA Dortmund: Do n 164, Bl. 5, 12-16, 20-22, 71; STAM: BK, vorl. Nr. 178.

105) Iserlohn: STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 66. Witten: ebd., Bl. 78. Lennep: Bürgermeister Stosberg vor der Stvv-Vers., 14. April — Lenn Krbl, 1920-04-15.

106) StA Recklinghausen: Stadtdarchiv III, Nr. 4, Bl. 3-5, 13, 15-17; Rhs VZ, 1920-04-01; Rhs Ztg, 1920-04-06; h. s. (Hermann Salzmann) in VfrR, 1920-04-14; Gaertner, Recklinghausen, S. 3.

107) StA Recklinghausen: Stadtdarchiv III, Prozeß Dresdner Bank / Stadt Recklinghausen.

108) STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 78.

109) L. St. in Ff Ztg, Nr. 250, 1920-04-02.

110) BA: R 43 I / 2716, Bl. 204, 204 a.

111) Rhone in öff. Vers. am 31. März — Bott VZ, 1920-04-01.

112) StA Lünen: Abt. 16, Fach 143; Lün Ztg, 1920-04-13; Do Ztg, 1920-04-19; WAVZ, 1920-04-21.

113) StA Recklinghausen: Stadtdarchiv III, Nr. 4, Bl. 15/16.

114) StA Wattenscheid: Rep. 2, Stadt Watt., A 707.

115) AZE, 1920-04-01. Vgl. zu diesen Vorgängen allgemein die Feststellungen von Siemens: „die Folge einer sofortigen Auflösung der Vollzugsräte unter gleichzeitiger Entwaffnung der zuverlässigen Arbeiterwehren“, wie von Watter gefordert, wäre „ein entsetzliches Chaos gewesen, da dann in dem bis zur Siedehitze erregten Ruhrgebiet jede ordnende Hand gefehlt hätte“ (S. 494).

116) Vgl. hierzu allgemein den Bericht aus Dinslaken in KZ, Nr. 311, 1920-03-31.

117) Sol Tbl u. KZ, Nr. 308, 1920-03-30; Berg TZ, 1920-04-01.

118) StA Lünen: Abt. 16, Fach 147; STAM: BK, vorl. Nr. 179, Nachrichtenblatt der Division Münster, 1920-04-01; vgl. die Erklärung der Vorsitzenden von KPD und USP, in Lün Ztg, 1920-04-01.

119) StA Castrop-Rauxel: Stadt Castrop, Nr. 25 und Nr. 54.

120) Ddf Nr, 1920-03-30, Ab; VZD, Ddf Nr (Mo), Ddf Ztg (Mo), KVZ, Nr. 251, sämtlich 1920-03-31; Vers. der Funktionäre und Betriebsräte der drei Arbeiterparteien, 31. März — Ddf Ztg, 1920-03-31, Ab; Geschäftsbericht d. USP-Vorstands in VZD, 1920-04-24; STAM: BK, vorl. Nr. 175.

121) Ebenda.

- 122) L. St. in Ff Ztg, Nr. 250, 1920-04-02. Vgl. die in der VV der politischen Arbeiter-  
rate am 30. März vorgetragenen Beschwerden: AZE, 1920-03-31.
- 123) VV der politischen Arbeiter-  
rate am 30. März — RE, 1920-03-31, abgedr. in Arch.  
Forsch., II, S. 808; L. St. in Ff Ztg, Nr. 250, 1920-04-02.
- 124) Ddf Ztg, Nr. 129 u. 130 a, 1920-04-04, -06; Sommerfeldt, S. 176; Colm, S. 101.
- 125) Dui GA, 1920-03-30.
- 126) Nrh Vst u. RuR-Ztg, Nr. 150, 1920-04-04; Ddf Ztg, Nr. 130 a, 1920-04-06.
- 127) Ddf Ztg, Nr. 129, 1920-04-04.
- 128) Dui GA, 1920-04-04.
- 129) KZ, Nr. 311, 1920-03-31.
- 130) Colm, S. 101; außerdem das Folgende.
- 131) Nrh Vst, 1920-04-07.
- 132) RuR-Ztg, Nr. 150, 1920-04-03; Dui GA, 1920-04-06.
- 133) Nachdruck in RuR-Ztg, Nr. 150 u. 151, 1920-04-04, -06; die Überschrift nach  
Nrh Vst, 1920-04-04. Über die Umstände der Herstellung dieser Nummer: Dui  
GA u. RuR-Ztg, Nr. 151, 1920-04-06; Nrh Vst, 1920-04-07.
- 134) Nrh Vst, 1920-04-04. Ein Nachdruck des Artikels durch die katholische „Volks-  
zeitung“ wurde unterbunden (Mh VZ, 1920-04-06).
- 135) RuR-Ztg, Nr. 150, 1920-04-04; Dui GA, 1920-04-06; Nrh Vst, 1920-04-07; Bern-  
hard Fisch in Vosti (Volkstimme), Duisburg, 1930-02-15.
- 136) RuR-Ztg, Nr. 149, 1920-03-30.
- 137) Mh VZ, 1920-03-30.
- 138) Nrh Vst, 1920-04-04, -07.
- 139) Ddf Tbl, 1920-03-31, Ab; FPD, 1920-04-01; RuR-Ztg, Nr. 150, 1920-04-04; NV,  
Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 8. — Das Telegramm wurde von der Regierung  
sofort über WTB veröffentlicht: Vw, 1920-03-31, Ab.
- 140) Colm, S. 102.
- 141) STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 21.
- 142) Die Datierung nach dem SPD-USP-Flugblatt vom 1. April — Anm. 144, und  
nach der Verordnung des Exekutivkomitees über die Polizeistunde, die am 31.  
März ergangen war (Mh VZ, 1920-04-04).
- 143) RuR-Ztg, Nr. 150, 1920-04-04; SPD-USP-Flugblatt, s. folgende Anmerkung.
- 144) STAD: Reg. Düsseldorf, 15977 (dort handschriftlich auf den 1. April datiert); Dui  
GA u. RuR-Ztg, Nr. 150, 1920-04-04; Colm, S. 102.
- 145) RuR-Ztg, Nr. 149, 1920-03-30; Mh Ztg, 1920-03-31; Mh VZ, 1920-04-04; die  
zitierte Zeitung: Ddf Ztg, Nr. 129, 1920-04-04.
- 146) RuR-Ztg, Nr. 149, 1920-03-30.
- 147) RuR-Ztg, Nr. 150, 1920-04-04.
- 148) Ddf Ztg, Nr. 129, 1920-04-04.
- 149) Soweit erkennbar: Ba Ztg, 1920-03-29 (1. Seite, 4. Spalte); Ess VZ, 1920-03-31  
(Streichung im Titel eines Artikels über Duisburg); Is Tbl, 1920-03-30 (Streichung  
eines Artikels über den Beamtenstreik in Duisburg). In Gelsenkirchen wurde  
generell „die Schilderung der Zustände in Duisburg“ unterdrückt: Gk Allg Ztg,  
1920-04-07.
- 150) Colm, S. 125; Stellung der KPD, S. 503.
- 151) Rhs Ztg, 1920-03-31; Rhs VZ, 1920-04-01; Dorider, Erklärung vom 31. März in  
Rhs Ztg, 1920-04-01.
- 152) BA: R 43 I / 2728, Bl. 345.

- 153) Do Tbl, Nr. 75, Do GA, Trem, Lün Ztg, sämtlich 1920-03-31; Brandt und Thön-  
nes in der Streikversammlung am 1. April abends — Do Ztg, Nr. 146, 1920-04-03;  
Vers. der nichtständigen Angestellten der Stadt am 1. April vormittags — Do GA,  
1920-04-03.
- 154) Do GA, 1920-03-31.
- 155) Kam Ztg, 1920-04-06.
- 156) Lün Ztg, 1920-03-31; Trem, 1920-04-01; Aufruf der Gewerkschaft deutscher Ar-  
beiter, in Trem, 1920-04-03.
- 157) Sitzung des Ordnungsausschusses am 5. April — StA Dortmund: Do n 148.
- 158) Do GA, 1920-04-03.
- 159) Do GA, 1920-03-31.
- 160) Trem, 1920-04-01.
- 161) STAM: BK, vorl. Nr. 178 (Bericht der Stadtverwaltung).
- 162) Mitteilungen in der Streikversammlung am 1. April abends — Do GA u. Do  
Ztg, Nr. 146, 1920-04-03.
- 163) Beschluß der Streikversammlung am 31. März abends — Do GA, 1920-04-01.
- 164) Streikversammlungen am 31. März (Trem u. Do GA, 1920-04-01) und 1. April  
(Do GA u. Do Ztg, Nr. 146, 1920-04-03).
- 165) Mh Ztg, 1920-03-31; vgl. BA: R 43 I / 2728, Bl. 365.
- 166) Mh Ztg, 1920-04-01. Vgl. L. St. in Ff Ztg, Nr. 250, 1920-04-02.
- 167) Erwa in Herne: Hrn Anz, 1920-03-31. Der Straßenbahnverkehr sei „in allen  
größeren Städten stillgelegt“; L. St. in Ff Ztg, Nr. 250, 1920-04-02.
- 168) Hw Anz, 1920-04-03; vgl. (für Dortmund) Trem, 1920-04-01.
- 169) Hw Anz, 1920-04-01.
- 170) Sommerfeldt, S. 177.
- 171) Wdt He, 1920-03-31; vgl. Sommerfeldt, S. 176.
- 172) Wat Ztg, 1920-04-01.
- 173) Lün Ztg, 1920-04-01. Vgl. die ähnliche Erklärung des VRs von Angermund bei  
Düsseldorf (Zurücknahme eines bereits ausgesprochenen Rücktritts), in STAD:  
Reg. Düsseldorf, 15977.
- 174) Nrbl, 1920-03-30; StA Münster: Amt 43 E Nr. 4 b, Bericht von Plenio, 1920-04-  
-09, S. 31; Errettung, S. 174. Vgl. Bu VZ, 1920-04-01.
- 175) Verfügung Nr. 2959, in StA Hagen: Akten Vorhalle, G. G. 11, und StA Wetter:  
Neues Archiv Nr. 739.
- 176) Errettung, S. 177; StA Marl: Best. Heimatmuseum, Dok. d. Roten Armee (Lan-  
kenau).
- 177) Bose, S. 398; Errettung, S. 177 f. Vgl. StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Amt  
Marl, Verhandlungstermin 4. 6. 1921 (Aussagen von Dennstädt und Heider).
- 178) Errettung, S. 178.
- 179) Bu Ztg, 1920-03-30, -31; Dst VZ, 1920-03-30, -31, 1920-04-01, -12, -19; Hrn Anz,  
1920-03-30; Rhs Ztg u. Lün Ztg, 1920-03-31; Errettung, S. 178, 183 f. — Eben-  
falls in der Nacht wurde Holsterhausen besetzt: Mohs in Wf Mk, 1920-03-31, Ab.
- 180) Bu Ztg, 1920-03-30.
- 181) StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, zahlreiche Tumultschadensakten, vor allem  
die Akten Amt Marl, Verhandlungstermin 3. 6. 1922 und Verhandlungstermin 11.  
1. 1923; Aufruf der „Zentralleitung“ vom 30. März, in StA Marl: Best. Heimat-  
museum, Dok. d. Roten Armee.
- 182) Nrbl, 1920-03-30; Nachrichtenblatt der Reichswehrbrigade 7, 1920-03--30, in

- STAM: BK, vorl. Nr. 179; Mohs in Wf Mk, 1920-03-31, Ab; StA Münster: Amt 43 E.Nr. 4 b, Bericht von Plenio, 1920-04-09, S. 32; Errettung, S. 179 mit S. 260, S. 181; StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Amt Marl, Verhandlungstermin 30. 11. 1922; Schaefer, S. 133.
- 183) Schaefer, S. 134 f.
- 184) Nachrichtenblatt der Reichswehrbrigade 7, 1920-03-30, und Nachrichtenblatt der Division Münster, 1920-03-31, in STAM: BK, vorl. Nr. 179; Errettung, S. 179.
- 185) Kam Ztg, Trem, Wf Mk (Mo), sämtlich 1920-03-31 (fälschlich auf 28. März datiert).
- 186) Ebenda; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336.
- 187) STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 74.
- 188) Nrbl, 1920-03-31; Wf Anz, 1920-04-01.
- 189) Errettung, S. 179 f. mit S. 169, 265, S. 182 f.; vgl. Darstellungen, V. S. 57. Nicht erreichbar war mir Wilhelm Kohlhaas: Das Tübinger Studenten-Bataillon, Frankfurt/M. 1934.
- 190) Errettung, S. 181 f.
- 191) S. 182.
- 192) Bu Ztg, 1920-03-30; R.w, 1920-03-31.
- 193) Kam Ztg, 1920-04-03.
- 194) Bu Ztg, 1920-04-01; R.w, 1920-04-03.
- 195) Datt Anz, 1920-03-31.
- 196) Errettung, S. 188; über seinen Aufenthalt in Frankfurt s. oben S. 101.
- 197) STAM: BK, vorl. Nr. 148.
- 198) Mordprozeß wegen der Erschießung von Sametz — STAM: BK, vorl. Nr. 148; Wiedenhofer, S. 71 f.; vgl. Ztschrift in Dst VZ, 1920-04-14, und Gumbel, Mord, S. 63 f.
- 199) STAM: BK, vorl. Nr. 148.
- 200) Wiedenhofer, S. 72.
- 201) Gl Ztg, 1920-04-07.
- 202) Errettung, S. 185.
- 203) MA, Nr. 156, 1920-03-30.
- 204) Nrbl, 1920-03-30; nicht ganz wörtlicher Nachdruck in Wf Mk, 1920-03-31, Ab.
- 205) Errettung, S. 181.
- 206) S. 183-185.
- 207) STAM: BK, vorl. Nr. 144.
- 208) BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 21; StA Wuppertal: Vohwinkel S XI, Nr. 2; ferner abgedr. in FPE, 1920-03-31. Es ist bezeichnend für Severing, daß er ausgerechnet dieses Flugblatt zur Apologie des Militärs verwendet (S. 185). — Das kürzere Flugblatt, überschrieben »Arbeiter! Bürger! Volksgenossen!«, ist abgedruckt in Wf Mk, 1920-04-01, Mo. — Der Abwurf der Flugblätter ist nachgewiesen für Bochum (Mk Spr, 1920-03-31; VfrR = Vbl, 1920-04-01), Elberfeld (FPE, 1920-03-31) und Recklinghausen (Bu Ztg, 1920-03-31). Das zitierte Flugblatt wurde auch nach dem Abkommen von Münster abgeworfen, so am 1. April über Dortmund (WAVZ, 1920-04-03).
- 209) FPE, 1920-03-31.
- 210) Major v. Gienand gegenüber Pressevertretern aus Münster — Mohs in Wf Mk, 1920-03-31, Ab.
- 211) NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 8; Spethmann, S. 199. Das Telegramm wurde am 1. April von der Regierung in Berlin veröffentlicht: Ff Ztg, Nr. 250, 1920-04-02.

- 212) NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 7; vgl. S. 8.
- 213) BA: R 43 I / 2728, Bl. 341 = NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 6.
- 214) NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 7.
- 215) BA: R 43 I / 2711, Bl. 205.
- 216) BA: R 43 I / 2728, Bl. 339 f.
- 217) BA: R 43 I / 2728, Bl. 2.
- 218) BA: R 43 I / 2715, Bl. 150.
- 219) Bl. 91.
- 220) Dähnhardt, S. 109; Bronnen, S. 108; Darstellungen, VI, S. 163; Könnemann/Krusch, S. 423 f.
- 221) Arch. Forsch., II, S. 594-597.
- 222) Ebenda, S. 593 f.; Könnemann/Krusch, S. 227.
- 223) Copius, S. 207; Schreiner, S. 329.
- 224) Schreiner, S. 313.
- 225) BA: R 43 I / 2710, Bl. 47; 2711, Bl. 139.
- 226) Schunke, S. 78-85, 93 f.; Arch. Forsch., I, S. 426-431, 441-443, 450-453, 457; Zeitzer Arbeiter, S. 218; Böttcher, S. 71-75; Könnemann/Krusch, S. 406 f.; Dksch. RJM, S. 160-162; V.w, 1920-03-28.
- 227) Hoelz, S. 17 ff., 85-112; eine wichtige Rezension dieses Buches von Brandler in: Gegen den Strom. Organ der KPD (Opposition), Berlin, 2. Jg., 1929, Nr. 19, S. 4-5, Nr. 20, S. 3-4; Brandler, S. 54-60, 65; Könnemann/Krusch, S. 428 f.
- 228) Gegend um Sömmerda: Gumbel, Mord, S. 58 f.; Dksch. RJM, S. 29 f.; RT, Sten. Berichte, Bd. 348, S. 3082 f.; Rosenfeld in d. Preuß. LV. 31. März 1920 — Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 10167; Arch. Forsch., II, S. 538-542; Illustrierte Geschichte, S. 485 f. — Mechterstedt: Gumbel, Mord, S. 56-58; Dksch. RJM, S. 28 f., 65-68; NV, Anlagen, Bd. 342, S. 2902, Nr. 2669; Schaumlöffel, S. 33-56; Duderstadt, S. 13, 20-25, 30. — Thüringen gesamt: Könnemann/Krusch, S. 413-417.
- 229) Braß in d. NV, 14. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5112.
- 230) Vr, 1920-03-29.
- 231) BA: R 43 I / 2715, Bl. 169.
- 232) BA: R 43 I / 2716, Bl. 26.
- 233) BA: R 43 I / 2715, Bl. 155 f.; Kruppa, S. 60 (nennt fälschlich Frankfurt/Oder als Ort der Versammlung).
- 234) BA: R 43 I / 2719, Bl. 164.
- 235) Arch. Forsch., II, S. 597 f.
- 236) Arch. Forsch., I, S. 360.
- 237) Arch. Forsch., II, S. 535.
- 238) BA: R 43 I / 2715, Bl. 85.
- 239) Vr, 1920-03-31.
- 240) BA: R 43 I / 2728, Bl. 304.
- 241) So in Elbing, Schwerin, Senftenberg, Chemnitz. Die Resolution von Celle, am 30. März beschlossen, wurde erst am folgenden Tag abgedruckt.
- 242) STA Bremen: 4,65 — Konv. 241, VI. 126. 9, Bd. 2, Nbr. J. — Nr. 1242, 30. März, und Bd. 3, Nr. 1251, 1. April; Konv. 154, IV. 1. a, Bd. 3, Nachrichtenblatt Nr. 142, 30. März, und Bericht vom 1. April; BAZ, 1920-03-30, -31.
- 243) BAZ, 1920-04-01.
- 244) Arch. Forsch., II, S. 733 f.; BA: R 43 I / 2714, Bl. 20.
- 245) Hahn, S. 126.

## 4. Kapitel

- 1) BA: R 43 I / 1354, Bl. 342 = Vogt, S. 4.
- 2) Tg. Mayer an Ausw. Amt, 1920-03-28, an 22.30 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1. Der englische Botschafter in Paris erfuhr von der französischen Note erst am 30. März aus den Zeitungen (DBFP, IX, S. 269).
- 3) Zwei Telegramme Mayers an Ausw. Amt, 1920-03-28, an 20.55 bzw. 21.05 Uhr; Tt. Göppert an Ausw. Amt, 1920-03-28, 19.50 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.
- 4) NV, Sten. Berichte, Bd. 332, S. 4931-4937. Zur Analyse vgl. RF, 1920-03-30. Die Regierungserklärung Müllers war offenkundig mit derjenigen Otto Brauns abgestimmt, die dieser am folgenden Tag vor der Preussischen Landesversammlung abgab; auch Braun wandte sich an zentraler Stelle gegen den Bolschewistenschreck (Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 10505). Die anschließende ebenfalls zweitägige Debatte brachte keine neuen Momente gegenüber der Debatte in der Nationalversammlung, wir übergehen sie daher. Lediglich ein zentraler Punkt in der Rede „Ruhe zu schaffen“, dann müsse eine energische Demokratisierung von Reichswehr, Sipo und Verwaltung betrieben werden (Sp. 10568).
- 5) NV, a.a.O., S. 4941, 4949, 4966, 5001, 5018-5020.
- 6) S. 4942, 4955-4958, 4978, 5011, 5018, 5024; vgl. S. 5014. Auch außerhalb des Parlaments wurde immer wieder der Vorwurf erhoben, das 8-Punkte-Abkommen bedeute eine „Nebenregierung“ der Gewerkschaften, ja die „verkaufte proletarische Diktatur“ (Kspbl, 1920, S. 194).
- 7) S. 4946, 4948, 4956, 5011.
- 8) S. 4962 f.
- 9) S. 4959-4962, dazu S. 5024.
- 10) S. 4946.
- 11) BA: R 43 I / 1354, Bl. 341-343 = Vogt, S. 3-6. Vgl. die Mitteilung des Reichskanzlers in der Nationalversammlung am 30. März über den im Anschluß an die Kabinettsitzung erteilten Befehl Gefllers an das Wehrkreiskommando Münster: Sten. Berichte, Bd. 332, S. 4993.
- 12) BA: R 43 I / 2715, Bl. 103-105.
- 13) Bl. 106 f.
- 14) Tg. Reichskanzler an Göppert, 1920-03-29, 14.05 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.
- 15) RWM an Haniel, 1920-03-29, in: ebd.
- 16) Ausw. Amt an Nollet, 1920-03-29, in: ebd.
- 17) Barthélemy an den Vorsitzenden der Friedenskommision im Ausw. Amt, 1920-03-29, in: ebd.
- 18) Mayer an Reichskanzler Müller, 1920-03-30, an 12 Uhr, in: ebd. (nach der Mitteilung Müllers in der NV vermutlich ein Telefonat); eine deutsche Übersetzung des Papiers in BA: R 43 I / 2728, Bl. 236. Vgl. DBFP, IX, S. 285, 289 f., 296, 307 f., 317.
- 19) So Mayer in einem Tg. an Ausw. Amt, 1920-03-31, an 16.20 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.
- 20) PFR USA, S. 299 f. Vgl. DBFP, IX, S. 265.
- 21) An dieser Stelle entfernen wir uns am weitesten von Salewski; vgl. dessen Darstellung S. 115 f., die durch Benoist-Méchin, den Salewski an zentraler Stelle anführt, in keiner Weise gestützt wird. Im wesentlichen richtig: Vogt, Einleitung S. XXXVIII.
- 22) Vw, 1920-03-30, Mo.
- 23) Ebenda.

- 24) BA: R 43 I / 1354, Bl. 419 = Vogt, S. 7; die Uhrzeit nach BA: R 43 I / 1345, Bl. 62.
- 25) Tg. Ausw. Amt an Botschaft in Paris, 1920-03-30, 11.35 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.
- 26) Rede Severings vor Pressevertretern in Münster, 3. April — Wf Mlk, 1920-04-04, Mo.
- 27) Severing, Wie es kam!, S. 12; ders., Watterwinkel, S. 188; ders., Lebensweg, S. 267.
- 28) NL Severing: Briefe Nr. 29; BA: R 43 I / 2705, Bl. 127; Severing, S. 191 f.; Spethmann, S. 197; Stellung der KPD, S. 513 f. (leicht ungenauer Text).
- 29) WTB-Meldung in Trem = MA, Nr. 157, 1920-03-31, u. a. (vgl. auch Vw, 1920-03-30, Ab, und Colm, S. 129); NFP, 1920-03-30, Extrablatt, in SA Hagen: Akten Vorhalle, G. G. 9, in gekürzter Form durch WTB aus Hagen weiterverbreitet (z.B. Is Ka und Hb Vbl, 1920-03-31); Tt. zwischen SPD-Sekretär Kolaß (Elberfeld) und Reichskanzler Müller am 30. März, 20.40 Uhr — FPE, 1920-03-31.
- 30) NV, Sten. Berichte, Bd. 332, S. 4992-4994.
- 31) Telefonische Mitteilung von Reichskanzler Müller an Kolaß, a.a.O.
- 32) Trem = MA, Nr. 157, 1920-03-31, u. a.
- 33) 8 Uhr-Abendblatt, Nr. 68, 1920-03-30 (BA: R 43 I / 2728, Bl. 3), hiernach auch der Zeitpunkt; RF, 1920-03-31; Stellung der KPD, S. 506, vgl. S. 512; Vogt, S. 7 f, Anm. 4.
- 34) 8 Uhr-Abendblatt, a.a.O.
- 35) Ebenda; Bericht von Wegmann in der GV der revolutionären Betriebsräte Berlins am 30. März abends — DAZ, 1920-03-31, Mo; Bericht von Rusch vor den Berliner Gewerkschaftsvorständen am 31. März — Fr, 1920-04-01, Mo; Aufruf der KPD-Zentrale vom 30. März, in RF, 1920-03-31, abgedr. in Arch. Forsch., II, S. 802 f.; Ff Ztg, Nr. 244, 1920-03-31, zit. bei Varain, S. 182.
- 36) Tt. Göppert an Ausw. Amt, 1920-03-30, nachmittags, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.
- 37) Tt. Ausw. Amt an deutsche Botschaft in Paris, 1920-03-30, 16.20 Uhr, in: ebd.
- 38) Tg. Mayer an Ausw. Amt, 1920-03-30, an 22.30 Uhr, in: ebd.; zwei weitere Briefe Mayers vom 30. März und 1. April, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 2.
- 39) Aufruf der KPD-Zentrale vom 30. März, in RF, 1920-03-31, abgedr. in Arch. Forsch., II, S. 802-804.
- 40) RF, 1920-03-31 („Letzter Notenwechsel“).
- 41) DAZ (Mo) u. RF, 1920-03-31; VVen der Betriebsräte der Industriegruppen: Könnemann/Krusch, S. 448, u. Arch. Forsch., I, S. 259 Anm. 2; die Entschließung auch in Fr, 1920-03-31, Ab, abgedr. in Arch. Forsch., I, S. 260 f. Die Änderung der Entschließung ergibt sich daraus, daß die GV am 31. März bereits um 13 Uhr wieder zusammentrat (RF, 1920-04-01).
- 42) 8 Uhr-Abendblatt, Nr. 68, 1920-03-30 (BA: R 43 I / 2728, Bl. 3); zur Charakterisierung des Blatts: Vw, 1920-03-31, Mo.
- 43) Vw, 1920-03-31, Mo; Politisch-Parlamentarische Nachrichten, wiedergegeben in DAZ, 1920-03-31, Mo. Eine zutreffende Analyse des Dementis in Ff Ztg, 1920-03-31, Ab (Leitartikel).
- 44) Die Kabinettsitzung — an der übrigens auch Legien teilnahm — hatte bereits um 18 Uhr begonnen (BA: R 43 I / 1345, Bl. 62). Über ihren Verlauf existiert nur ein knapper Bericht aus militärischer Quelle, der Legiens Haltung resümiert: „Generalstreik vorläufig aufgehoben“ (Vogt, S. 7 Anm. 4).
- 45) BA: R 43 I / 2715, Bl. 125; Veröffentlichung in der Berliner Presse: z.B. Vw (Mo) u. DAZ (Mo), 1920-03-31, in der des Ruhrgebiets: z.B. VfrR = Vbl, 1920-04-01; der Text ferner in: Stellung der KPD, S. 506 f., und Spethmann, S. 193 f. (letzterer mißverstehet ihn als Antwort auf das Gegenultimatum der Elberfelder SPD-Funktionäre vom 29. März).



- 46) Gegenüber der hier vorgetragenen Analyse des Papiers reicht diejenige in RF, 1920-04-01, nicht aus. — Als regierungsnahes Blatt beklagte die „Frankfurter Zeitung“ das Schwanken der Regierung zwischen Ultimatum und der jetzt eingenommenen nachgiebigeren Haltung: es frage sich, ob letztere „jetzt noch die Wirkung haben werde, die sie ohne Zweifel gehabt hätte, wenn die Regierung sie von Anfang an eingenommen hätte. Tausendfache Erfahrung lehrt, daß es gerade in der Politik nichts Unzweckmäßigeres gibt, als Konzessionen stückweise zu machen.“ (Leitartikel vom 31. März, Abendblatt)
- 47) Bericht von Däumig in der GV der Betriebsräte am 31. März — RF, 1920-04-01.
- 48) Bericht von Rusch vor den Berliner Gewerkschaftsvorständen am 31. März — Fr, 1920-04-01, Mo.
- 49) Stellung der KPD, S. 507; vgl. den Bericht von Rusch, a.a.O.
- 50) RF, 1920-04-01; vgl. Fr, 1920-04-01, Mo.
- 51) Legiens in der Anmerkung wiedergegebene Erklärung: BA: R 43 I / 2728, Bl. 107.
- 52) Das geht daraus hervor, daß das Ergebnis bereits in einer Sitzung des Essener Zentralrats mitgeteilt wurde, die um 11 Uhr begann (AZE u. Ess Allg Ztg, 1920-04-01).
- 53) BA: R 43 I / 2715, Bl. 157; BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 19; Arch. Forsch., II, S. 809.
- 54) Rusch und Schuhmacher in der Sitzung der Berliner Gewerkschaftsvorstände am 31. März — Fr, 1920-04-01, Mo.
- 55) RF u. Fr (Mo), 1920-04-01.
- 56) BA: R 43 I / 1345, Bl. 62 a.
- 57) BA: R 43 I / 2728, Bl. 107.
- 58) Vgl. Kilmarnock an Curzon, 31. März, 22.40 Uhr: v. Haniel habe ihm (offenbar abends) gesagt, daß der Beginn der militärischen Operationen auf den 2. April morgens festgesetzt sei (DBFP, IX, S. 274 f.).

## 5. Kapitel

### 1. Umstände und Verlauf der Konferenz von Münster

- 1) Hag Ztg, 1920-03-30, Ab.
- 2) BAst, 1920-03-30 (telefonische Mitteilung Plengens nach Solingen).
- 3) So in Bochum am 30. März abends — VfrR = Vbl, 1920-04-01. Die Berliner WTB-Meldung findet sich z.B. in Trem und MA, Nr. 157, 1920-03-31. Eine weitere Informationsquelle, die allerdings den Regierungsauftrag an Severing be- schönigte (er sei beauftragt, „mit Generalvollmacht“ zu Watter „zu fahren, um gültige Verhandlungen zu vereinbaren“), war ein Telegramm an die SPD in Elberfeld, das sofort im dortigen SPD-Blatt veröffentlicht wurde (FPE, 1920-03-30; das Blatt erschien mittags). Für die Weitergabe im Aufstandsgebiet vgl. das Telegramm des Zentralrats an den VR Lüttringhausen: „Laut Telegramm hat General v. Watter Befehl, nicht zu marschieren. Reichskommissar Severing ist mit Generalvollmacht nach Hagen unterwegs, um mit Zentralrat zu verhandeln.“ (Tägl Anz Lü, 1920-03-30)
- 4) NFP, 1920-03-30, Extrablatt, in StA Hagen: Akten Vorhalle, G. G. 9. Der Inhalt des Extrablatts wurde dann von Hagen aus durch WTB weiterverbreitet: u.a. Is Ka, H6 Vbl, 1920-03-31.
- 5) Hag Ztg, 1920-03-30, Ab.
- 6) Hag Ztg, 1920-03-31, Mo; vgl. VstH, 1920-03-31. Am 31. März, 12 Uhr, folgte

- Iserlohn mit dem Abbruch des Generalstreiks — STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 73.
- 7) Konrad Ludwig: Hilferuf aus dem Revier, datiert 31. März, in VstH, 1920-04-01.
- 8) So in der VV der politischen Arbeiterräte in Essen, 30. März — RE, 1920-03-31, abgedr. in Arch. Forsch., II, S. 807.
- 9) Ba Anz, 1920-04-02.
- 10) AZE, 1920-03-31 (vgl. auch den Leitartikel „Besinnt euch!“ in derselben Nummer), 1920-04-07.
- 11) Severing, Lebensweg, S. 277 (irrtümlich auf den 29. März datiert; die Vorstellung der neuen Landesregierung war am 30. März).
- 12) Zusammenstoß und notdürftiger Kompromiß können aus drei Dokumenten rekonstruiert werden: a) NL Watter: Nr. 32, darin Abschrift von Tagebuch-Notizen, mit falscher Datierung auf den 1. April; b) ebd., Niederschrift vom 28. April 1920; c) Severing, S. 192. In diesen Dokumenten nicht angesprochen ist die Verlegung des Konferenzorts. Sie muß aber ebenfalls zur Debatte gestanden haben, da Severing anschließend die Einladungen hinausgeschickte; daß sie im Sinne Watters lag, wurde schon damals festgestellt (Düwell, S. 26).
- 13) Severing vor Pressevertretern in Münster, 3. April — Wf Mk, 1920-04-04, Mo u. Wf Anz, 1920-04-06; K. Ludwig: Hilferuf aus dem Revier, datiert 31. April, in VstH, 1920-04-01; vgl. Severing, S. 189, und Ernst, S. 57.
- 14) Vfr, 1920-05-15; Bericht von Teuber u.a. in VfrR = Vbl, 1920-04-03 = Teuber, Sozialisierung, S. 104.
- 15) Zur zeitlichen Präzisierung: daß die Erklärung der Regierung noch nicht vorlag, als Severing von Berlin nach Münster fuhr, ist zwar chronologisch klar, geht aber überdies eindeutig aus einem Telefonat Severings aus Münster am 1. April (BA: R 43 I / 2728, Bl. 107) hervor; nach dieser Quelle wurde ihm der Inhalt der Erklärung auf telephonischem Wege von Osterroth aus Berlin übermittelt.
- 16) BA: R 43 I / 2728, Bl. 107.
- 17) Niederschrift Watters vom 28. April 1920, in NL Watter: Nr. 32.
- 18) BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 17. Am 6. April teilte Regierungspräsident König die Verfügung in einem Telegramm an alle Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte seines Regierungsbezirks mit: STAM: I Pa 371, Bl. 175; ebd.: Kr. Hattingen, Landratsamt 171; StA Bochum: Tit. IX. Caps. 2. No. 25, vol. I; StA Gelsenkirchen: Gk XVIII/12/25; StA Wirren: I. 16. 2.; Severing, S. 193; u.ö.
- 19) Niederschrift Watters vom 28. April 1920, in NL Watter: Nr. 32.
- 20) Töneböhn (Recklinghausen) für die Division Münster und Martmüller (Bochum) für die Division Haas — BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 15.
- 21) BA: R 43 I / 2705, Bl. 157 f. = Vogt, S. 143 f.; nicht genannt sind dort Andres für Mülheim (Mh Ztg, 1920-04-07), Karl Müller für Gelsenkirchen (Wat Ztg, 1920-04-13), Bäumgen für Dortmund (NL Severing: A 2) und Fr. Schmidt für die gesamte Reichwehr-Brigade 7 (NL Severing: A 3). Lediglich der Zivilkommissar Ernst Müller (Duisburg, SPD) hatte als Stellvertreter für Oberhausen — von ihm selbst oder von Severing bestimmt — den DDP-Stadtverordneten und Gewerkschaftssekretär Weinert (Nrh Vst, 1920-04-20).
- 22) Severing, S. 206; Spethmann, S. 197 f.; die Bestellungsurkunde außerdem in VfrR, 1920-04-15 (in diesem Falle für Töneböhn).
- 23) Wie Anm. 20.
- 24) Severing, S. 203 f.
- 25) Dst VZ, 1920-03-31; Errettung, S. 183.
- 26) Bu Ztg, 1920-03-31; Dst VZ, 1920-03-31, 1920-04-01; Errettung, S. 183 f.

- 27) Dst VZ, 1920-04-01 (Bericht und Bkm. des Bürgermeisters).
- 28) Schaefer, S. 134-136; Errettung, S. 181-183.
- 29) StA Recklinghausen: Stadarchiv III, Amt Marl, Verhandlungstermin 30. 6. 1921 (Unterkunftsraum der Arbeiter und Pferdestall der Lippeband-Baggerei GmbH.); Verhandlungstermin 14. 7. 1921 (Albert Miegel); Verhandlungstermin 22. 9. 1921 (Peter Hirth).
- 30) Nrbl, 1920-03-31, Nachdruck in Wf Mk (Mo) u. Bu Ztg, 1920-04-01; Wf Anz, 1920-04-01. Vgl. Wdt VZ u. Wf Mk (Ab), 1920-04-01; BMZ, 1920-04-03, Ab; Errettung, S. 182.
- 31) Wf Anz, Wf Mk (Ab) u. MA, Nr. 159, 1920-04-01; BMZ, 1920-04-03, Ab; Errettung, S. 183.
- 32) Vw, 1920-04-08, Mo.
- 33) STAM: Kr. Hamm (Unna), Landratsamt A 1229.
- 34) Bereits am 31. März findet sich im Nachrichtenblatt des Wehrkreiskommandos für die Truppe die Notiz, der Zehndirektor sei „durch Vorhalten einer Pistole gezwungen“ worden, „die Löhne für die Streiktage auszus zahlen“.
- 35) Wf Anz, Wf Mk (Ab) u. MA, Nr. 159, 1920-04-01; BMZ, 1920-04-03, Ab; Vw, 1920-04-07, Mo; Haase, Schüsse, 1960-03-26/27 (hier das wörtliche Zitat), 1960-04-01; Stadesamt Pelkum: Sterbe-Register 1920, Nr. 108, 154; Errettung, S. 183; über die Geflohenen und Entkommenen geben die Quellen über das Gemetzel in Pelkum am 1. April Auskunft (s.u.); Beschlagnahme des Fahrrads: STAM: Kr. Hamm (Unna), Landratsamt A 1229 (fälschlich auf 1. April datiert).
- 36) Hw Anz u. Trem, 1920-04-01; Hw Anz, 1920-04-06 (Augenzeugenbericht, der die Vorgänge fälschlich auf den 1. April datiert und in dem es heißt: „Weit verstreut liegen die Reste von Kleidern und Schuhen, Mützen und Fleischstücken“); Nrbl, 1920-04-01; Todesanzeigen in Hw Anz, 1920-04-03; Hellkötter, S. 6 (datiert fälschlich auf den 15. März); Nrbl, 1920-04-01; Errettung, S. 182 f.
- 37) Errettung, S. 188.
- 38) BAST, 1920-04-01 (telefonische Mitteilungen von Plenge, der sich seit dem 31. März in Dinslaken befindet); Nrbl, 1920-04-02; STAM: BK, vorl. Nr. 179, Nachrichten der Division Kabisch, 1920-04-01; Errettung, S. 190 (datiert fälschlich auf den 1. April); Stadesamt Voerde: Sterberegister 1920, Nr. 36, 37, 119; Mh GA, 1920-04-04: a) Notiz über Müllers Tod und Überführung der Leiche, b) Todesanzeige der Familie; Foto bei Schabrod, S. 39. — Das Nachrichtenblatt der 3. Kavallerie-Division vom 18. April (STAM: BK, vorl. Nr. 139) behauptete, Müller sei gefallen, „als er mit Pressevertretern zu den vordersten Posten fuhr, durch Querschläger in Hals und Kopf“ und liege jetzt „bei Dinslaken begraben“. Mindestens das letztere ist nachweislich falsch; Müller wurde am 4. April in Mülheim begraben (Mh Ztg, 1920-04-06).
- 39) Dst VZ, 1920-04-01, -03 (Bericht und Todesanzeige für Frau Fallböhrmer); Bu Ztg, 1920-04-06; Nrbl, 1920-04-01, -02; NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 9; Errettung, S. 184.
- 40) z.B. Israelski vor Vertretern der Regierungsparteien und Gewerkschaften in Vorhalle, 2. April.
- 41) Düwell, S. 26.
- 42) H6 Vbl, 1920-04-01.
- 43) Wirt Tbl, 1920-04-01.
- 44) H6 Vbl, 1920-04-01.
- 45) L. St. in Ff Ztg, Nr. 250, 1920-04-02.
- 46) Mh GA, 1920-04-01.

- 47) Mh Ztg, 1920-04-01.
- 48) VstH, 1920-04-01.
- 49) Bericht von Teuber u.a., in VfrR = Vbl, 1920-04-03 = Teuber, Sozialisierung, S. 104-107; Bericht von Uhlmann in der Vers. der streikenden Beamten in Dortmund, 1. April abends — Do Ztg, Nr. 146, Trem, Do GA, WAVZ, 1920-04-03; Meinberg, Aufstand, S. 171 f. mit Anm. 12, S. 198; ferner: Vers. der streikenden Beamten in Dortmund, 31. März morgens — Trem, 1920-04-01; Wf Anz, 1920-04-01. Weigerung Epps, Meinberg freizulassen: Tg. General Haas an württembergische Landesregierung, 1920-04-01, in BA: R 43 I / 2728, Bl. 104, 197 f.
- 50) Ernst, S. 57 f.; Colm, S. 132; Bericht der vier Delegierten des ZRs, s. folgende Anm.
- 51) Bericht der vier Delegierten des ZRs, in Vtr, 1920-04-09 = VZD, 1920-04-12 = BAST, 1920-04-13 = Düwell, S. 44 f.; Meldung von Hauptmann Ott (so nach Errettung, S. 168 mit S. 260-262, richtig statt: Otto) an Wehrkreiskommando Münster, 31. März, in STAM: BK, vorl. Nr. 179; Severing, S. 199 (hierzu Spethmann, S. 198). — Befehl des Wehrkreiskommandos betr. Behandlung von Unterhändlern: Nrbl, 1920-03-30.
- 52) Vtr, 1920-05-15; Uhrzeit auch in Do Ztg, Nr. 146, 1920-04-03.
- 53) Unvollständige Teilnehmerlisten in Do Ztg, Nr. 146, u. WAVZ, 1920-04-03; es fehlen dort etwa Berten und Kraushaar aus Düsseldorf (deren Delegation mitgeteilt in der Vers. von Funktionären und Betriebsräten in Düsseldorf am 31. März vormittags — VZD, 1920-03-31); die Teilnahme von Nickel nach Colm, S. 133.
- 54) Vw u. Rh Ztg, 1920-04-02; WAVZ, 1920-04-03; Vtr, 1920-05-15.
- 55) Severing, S. 191.
- 56) Severing, Lebensweg, S. 267 f.; ders., Watterwinkel, S. 189, 191.
- 57) BA: R 43 I / 2728, Bl. 107.
- 58) Severing, Wie es kam!, S. 12.
- 59) Severing, S. 189-191; Zuschriften von Ernst in VZD u. Vtr, 1920-04-12 sowie Soz Rep, 1920-04-13 = Vtr, 1920-04-14; Ernst, S. 58; Braß in d. NV, 14. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5121.
- 60) Vw u. Rh Ztg, 1920-04-02.
- 61) Braß in d. NV, a.a.O., S. 5113; Braß in Fr, 1920-04-07, Ab. Über diesen Punkt kurz auch Berten in der Vers. der Funktionäre und Betriebsräte, Düsseldorf, 1. April nachmittags — VZD, FPD, Ddf Nr (Mo), Ddf Ztg (Ab), 1920-04-02.
- 62) Braß in d. NV, a.a.O., S. 5113, 5115; vgl. S. 5121.
- 63) Stattdessen ließen sich zumindest einige von ihnen zu einer vertrauensvollen Haltung verleiten. Ernst, S. 59: „In der Konferenz trat zu Tage, daß auch die Regierungsvertreter der Offizierskamarilla kein großes Vertrauen entgegenbrachten“. Oettinghaus in der VV der VRE, Essen, 1. April: „Die Regierung . . . fürchtet das Militär ebenso wie wir. Deshalb ist sie bestrebt, lieber mit uns auszukommen“. (Ess Allg Ztg, 1920-04-02)
- 64) Braß in d. NV, a.a.O., S. 5121; Ernst, S. 58 f.; Ernst in VstH, 1920-04-03; Colm, S. 133; Oettinghaus in der VV der VRE, 1. April, a.a.O.; Berten in Düsseldorf, 1. April nachmittags, a.a.O.
- 65) BA: R 43 I / 2715, Bl. 130. Der Text ohne Angabe der Uhrzeit in NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 8; Severing, S. 194; Salewski, S. 118, Anm. 74; Auszug bei Colm, S. 130; in DBFP, IX, S. 282 wird 20 Uhr als Absendezeitpunkt angegeben.
- 66) Braß in d. NV, a.a.O., S. 5121; Ernst, S. 59; Berten in Düsseldorf, a.a.O.; Vtr, 1920-05-15.
- 67) StA Remscheid: NKI / 7 I (der auf der Konferenz beschlossene und vervielfältigte

Text); BA: R 43 I / 2715, Bl. 210-212 = Vogt, S. 8 (Tg. Severings vom 3. April, in dem der Text umgemodelt ist); Fr, 1920-04-02, Mo, nachgedr. in Arch. Forsch., II, S. 810 f.; AZE, 1920-04-03; Stellung der KPD, S. 514; Zickler, S. 21; Colm, S. 132; Severing, S. 189 f. In den Formulierungen weichen die Quellen etwas voneinander ab, vor allem aber differieren sie bezüglich des letzten Absatzes: in einer ganzen Reihe von ihnen fehlt er. Die angegebene Uhrzeit nennen Kam Ztg, 1920-04-03, Stellung der KPD, S. 514, und Zickler, S. 21; Fr, 1920-04-02, Mo, nachgedr. in Arch. Forsch., II, S. 810 gibt dagegen 21 Uhr an.

- 68) Vtr, 1920-05-15.
- 69) Zusschrift des ZRs aus Barmen, in Fr, 1920-04-09, Mo; inhaltlich gleichlautend die Ausführungen von Berten in Düsseldorf, a.a.O.
- 70) Berten in Düsseldorf, a.a.O.; Christmann auf einer Kundgebung in Barmen, 1. April vormittags — Ba Ztg (Ab) u. FPE, 1920-04-01, GA E-Ba, Ess Allg Ztg, BMZ (Mo), 1920-04-02.
- 71) Vtr, 1920-05-15.
- 72) Ernst, S. 59; der Sonderzug ist auch durch Severings Rede vor Pressevertretern in Münster am 3. April (Wf Mk, 1920-04-04, Mo) belegt.
- 73) Ernst, S. 59 f.; Zusschrift von Ernst in Soz Rep, 1920-04-13 = Vtr, 1920-04-14. Der Vorstoß Mehlichs hatte zweifellos zum Ziel, Severings Genehmigung für den Angriff auf Pelkum zu erhalten.
- 74) Ernst, S. 60.
- 75) Errettung, S. 188 f.
- 76) BA: R 43 I / 2728, Bl. 107.
- 77) Bericht von Uhlmann und Möller in der Vers. der streikenden Beamten in Dortmund, 1. April abends — Do Ztg, Nr. 146, Trem, Do GA, 1920-04-03.
- 78) Soz Rep, 1920-04-12; Meinberg, Aufstand, S. 198.
- 79) Wf Anz u. MA, Nr. 159, 1920-04-01.
- 80) Bericht von Uhlmann, a.a.O.
- 81) Meinberg, Aufstand, S. 171, 198; vgl. Severing, S. 199.
- 82) Meinberg, Aufstand, S. 198 f.
- 83) S. 199 f.; Severing, S. 199; Zeitpunkt der Freilassung: Do GA, 1920-04-03; Begleitung durch Hauptmann Lorenz: Do Ztg, Nr. 146, 1920-04-03; Eintreffen in Dortmund nach dem Bericht von Tschackert und Kullrich in Trem, 1920-04-06 = Do GA, 1920-04-07, und dem Bericht von Kohn in Do GA, 1920-04-09.

## 2. Annahme und Durchführung des Abkommens von Münster durch die Aufstandsbewegung

- 1) Severing, S. 191; vgl. seine Bemerkungen zur Bezeichnung „Frieden von Münster“ S. 189 und Lebensweg, S. 268.
- 2) Bericht der vier Delegierten des ZRs, in Vtr, 1920-04-09 = VZD, 1920-04-12 = BASt, 1920-04-13 = Düwell, S. 44; Ernst, S. 57.
- 3) Stellung der KPD, S. 507.
- 4) KVZ, Nr. 252, 1920-04-01.
- 5) Stern teilte sie in der Sitzung des ZRs mit, die um 11 Uhr begann — AZE u. Ess Allg Ztg, 1920-04-01.
- 6) Stellung der KPD, S. 507 f.; AZE u. Ess Allg Ztg, 1920-04-01.
- 7) Stellung der KPD, S. 508.
- 8) AZE u. KVZ, Nr. 253, 1920-04-01. Vgl. Stellung der KPD, S. 511.
- 9) Um 12 Uhr lag in Essen noch keinerlei Nachricht über die Verhandlungen in Mün-

ster vor (L. St. in Ff Ztg, Nr. 250, 1920-04-02). In der VV — d.h. nach 16.30 Uhr — teilte Pieck dann mit, nach telefonischen Nachrichten aus Münster hätten sich die Delegation des ZRs, die Vertreter der drei Arbeiterparteien und die der Regierung auf den Boden des Bielefelder Abkommens gestellt (RE, 1920-04-02). Daß dem ZR der Text des Münsterschen Abkommens vorlag, geht am eindeutigen aus der Resolution des ZRs, Abschnitt „Verpflichtungen der Regierung“, Punkt 3 hervor.

- 10) Text der Resolution (auch für das Folgende) in RE u. Ess Allg Ztg, 1920-04-02; AZE, Lenn KrbJ, 1920-04-03, u.6.; Stellung der KPD, S. 515-518 = Dok. u. Mat., S. 242-245 = Hennicke, S. 114-116 (bei H. fehlt unter den Verpflichtungen der Arbeiter Punkt 4) = Arch. Forsch., II, S. 811-814. Lediglich die Verpflichtungen der Arbeiterschaft in 6 Punkten in WAVZ, 1920-04-03.
- 11) RE, 1920-04-02; Stellung der KPD, S. 518 f. (hier wird fälschlich aus dem Schlußabsatz ein weiterer Antrag des ZRs gemacht) = Hennicke, S. 117 f. (hier ist der Schlußabsatz weggelassen).
- 12) Zeitpunkt: RE, 1920-04-02. Ort: Ess Allg Ztg, 1920-04-02. Teilnehmer: RE, Ess Allg Ztg, GA E-Ba, 1920-04-02, Spethmann, S. 200; Stellung der KPD, S. 511, und Arch. Forsch., II, S. 812 Anm. 3 nennen abweichend 56 Mitglieder der SPD. Pressevertreter: RE, 1920-04-02.
- 13) RE u. Ess Allg Ztg, 1920-04-02; Berg TZ, 1920-04-03; AZE, 1920-04-06; Stellung der KPD, S. 511-513.
- 14) Ess Allg Ztg, 1920-04-02; Berg TZ, 1920-04-03; AZE, 1920-04-06. Eintreffen von Oettinghaus und Nickel: Stellung der KPD, S. 513.
- 15) RE, 1920-04-09.
- 16) Rh Ztg, 1920-04-02; Dauer der Debatte: Ess Allg Ztg, 1920-04-02.
- 17) Ess Allg Ztg, 1920-04-02; Colm, S. 133.
- 18) RE, 1920-04-02; vgl. KVZ, Nr. 256, 1920-04-03. Weidtkamp wird unter seinem Decknamen „Saldo“ genannt in den (sonst ziemlich fragwürdigen) Berichten in Ess Allg Ztg, 1920-04-08, und KVZ, Nr. 281, 1920-04-13.
- 19) Berg TZ, 1920-04-03; aufbauschende Berichte in Ess Allg Ztg, 1920-04-08, und KVZ, Nr. 281, 1920-04-13.
- 20) Annahme: RE, 1920-04-02. Verbreitung: für die erste Resolution die in Anm. 10 genannten Zeitungen; für die zweite Resolution: Mh GA, 1920-04-03.
- 21) Düwell, S. 27 f., wörtliches Zitat S. 28.
- 22) L. St. in Ff Ztg, Nr. 255, 1920-04-06.
- 23) KVZ, Nr. 253, 1920-04-01.
- 24) Ddf Tbl, 1920-04-01, Ab (dort fälschlich: Bergarbeiterverband). Das Telegramm (NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 8; Spethmann, S. 199) war sofort von der Regierung veröffentlicht worden (Ff Ztg, Nr. 250, 1920-04-02).
- 25) Ddf Ztg (Ab), Ddf Tbl (Ab), KVZ, Nr. 254, 1920-04-01; VZD u. FPD, 1920-04-02.
- 26) KVZ, Nr. 255, 1920-04-02.
- 27) VZD, FPD, Ddf Nr (Mo), Ddf Ztg (Ab), 1920-04-02. Die Rede Schmitts vom 26. Februar 1919 in der MV der USP ist wiedergegeben in VZD, 1919-02-27.
- 28) StA Düsseldorf: XXIII 71; VZD u. FPD, 1920-04-02.
- 29) VZD, 1920-04-02.
- 30) StA Düsseldorf: XXIII 71; etwas gekürzt in VZD, 1920-04-02.
- 31) Ba Ztg (Ab) u. FPE, 1920-04-01; GA E-Ba, Ess Allg Ztg, BMZ (Mo), 1920-04-02. Ähnlich wie Christmanns Rede ein Artikel in FPE, 1920-04-01, nachgedr. bei Zickler, S. 22 f.
- 32) Tg. Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 1920-04-02, 11.55 Uhr, in StA

Wuppertal: Barmen S XI, Nr. 8; Arch. Forsch., II, S. 825.

- 33) Sol Tbl u. Berg TZ, 1920-04-03; Ff Ztg, Nr. 254, 1920-04-04.  
 34) Rinne, S. 150.  
 35) BA: R 43 I / 2728, Bl. 191 = Arch. Forsch., II, S. 824.  
 36) Lenn KrbI, 1920-04-03.  
 37) FPE, 1920-04-01; Tägl Anz, 1920-04-02.  
 38) FPE, 1920-04-01 (zwei Berichte).  
 39) GA E-Ba, 1920-04-02; FPE, 1920-04-03.  
 40) GA E-Ba, 1920-04-02; Ba Ztg (Mo) u. FPE, 1920-04-03; StA Remscheid: NKI / 7 II.  
 41) FPE, 1920-04-01; Ba Ztg, 1920-04-03, Mo.  
 42) Wdt VZ u. Hag Ztg (Mo), 1920-04-01.  
 43) VstH u. Wdt VZ, 1920-04-01.  
 44) Hag Ztg, 1920-04-01, Mo; BA: R 43 I / 2715, Bl. 149.  
 45) VstH, 1920-04-01.  
 46) Ebenda.  
 47) Hag Ztg, 1920-04-01, Mo; vgl. Wdt VZ, 1920-04-01.  
 48) Wdt VZ, 1920-04-03.  
 49) StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 123; dazu die Teilnehmerliste der Sitzung vom 2. April, 11 Uhr: ebd., Bl. 117.  
 50) Bl. 122.  
 51) Bl. 61; Zeitpunkt (vormittags) nach dem Tg. Cunos an Regierungspräsident Arnsberg, formuliert 12 Uhr, in: ebd., Bl. 131 = STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 305.  
 52) Hag Ztg, 1920-04-03, Mo.  
 53) StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 117.  
 54) STAD: Reg. Düsseldorf, 15977.  
 55) Tägl Anz Lü, 1920-04-03.  
 56) Lenn KrbI, 1920-04-03; in Haspe wurde als Termin der 6. April, 17 Uhr, bekanntgegeben (VstH, 1920-04-03).  
 57) Tg. Landrat an Regierungspräsident, 1920-04-02, 11.40 Uhr, in STAM: Kr. Hattungen, Landratsamt 171 = ebd., Reg. Arnsberg, I Pa 305.  
 58) Hückeswagen, Gevelsberg, Velbert — BA: R 43 I / 2728, Bl. 177, 178, 190; Arch. Forsch., II, S. 824 f.  
 59) BA: R 43 I / 2728, Bl. 179, 183, 188; Arch. Forsch., ebd.  
 60) Unna: Bericht von Tschackert und Kullrich in Trem, 1920-04-06 = Do GA, 1920-04-07. — Kamen: Kam Ztg, 1920-04-06. — Aplerbeck und Altenbochum: STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336. — Hörde: Telegramme OB und Landrat an Regierungspräsident, 1920-04-02, in STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 305. — Wanne: Wdt He, 1920-04-03, -06.  
 61) Piersig in Mh GA, 1920-04-06.  
 62) Am 2. April meldete Severing nach Berlin: „Die zurückflutende Rote Armee verlangt Löhnung. Stadtverwaltungen zahlen nur, wenn das Reich die Kosten erstattet.“ (BA: R 43 I / 2728, Bl. 196) Vgl. auch P. H. (Paul Hertz) aus Hagen in Fr, 1920-04-06, Mo.  
 63) StA Wattenscheid: Rep. 2, Stadt Watt., A 707; Wat Ztg, 1920-04-06.  
 64) StA Lünen: Abt. 16, Fach 143; Lün Ztg, 1920-04-13; Do Ztg, 1920-04-19.  
 65) BA: R 43 I / 2716, Bl. 203, 207 f.  
 66) Bu Ztg, 1920-04-03; etwas gekürzt in Is Ka, 1920-04-03.

- 67) Severing, S. 198. Nach Gk Allg Ztg, 1920-04-03, nahm der Aktionsausschuß (der also weiterbestand) am 1. April 15 Plünderer fest und erstattete die geplünderten Sachen zum größten Teil zurück. Die Vorgänge waren offenbar so unerheblich, daß weder in den Telegrammen von OB und Landrat vom 2. April (STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 305) noch in dem nachträglichen Behördenbericht (STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 89) überhaupt von Plünderungen die Rede ist.  
 68) Gk Allg Ztg, 1920-04-03; vgl. den Aufruf bei Spethmann, S. 203.  
 69) STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 89; Gk Allg Ztg, 1920-04-03; Telegramme OB und Landrat an Regierungspräsident, 1920-04-02, in STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 305.  
 70) J. Czappa in Vbl, 1920-04-27.  
 71) Mk Spr u. VfrR = Vbl, 1920-04-01.  
 72) STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 84; BMZ, 1920-04-01, Ab.  
 73) KVZ, Nr. 254, 1920-04-01.  
 74) RE u. Ess Allg Ztg, 1920-04-02.  
 75) StA Mülheim: 10-59, 11-1, Bl. 83, 98; Mh Ztg, 1920-04-04; Schmidt in Stvvv-Vers. Mülheim, 9. April — Mh Ztg, 1920-04-10.  
 76) Buer: Aussage von Schmitt vor dem a.o. Kriegsgericht Buer, 19. April — Bu Ztg, 1920-04-20. — Witten: Tg. OB an Regierungspräsident, 1920-04-02, 11.40 Uhr, in STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 305, verglichen mit Witt Tbl, 1920-04-03.  
 77) Ddf Ztg, Nr. 129, 1920-04-04.  
 78) Helbig in öff. Vers. des freien Gewerkschaftskartells, Duisburg, 11. April — RuR-Ztg, Nr. 161, 1920-04-12; Ernst, S. 71.  
 79) Helbig, a.a.O.; Colm, S. 102.  
 80) BA: R 43 I / 2728, Bl. 108, 207, 221; ebd., 2716, Bl. 190; NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 9; Berliner Zeitungen vom 2. April, im Ruhrgebiet z.B. in Ddf Nr (Mo), Ddf Ztg (Mo), 1920-04-03; StA Duisburg: Unruhen, 25, darin Jarres an Colm, 1921-01-07; Erklärungen der USP in VstH, 1920-04-06, VZD, 1920-04-12, Soz Rep, 1920-04-13; Braß und Müller in d. NV, 14. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5121, 5146, 5150; Colm, S. 130; Severing, S. 185.  
 81) NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 9-13; Innungsausschuß Düsseldorf: BA: R 43 I / 2728, Bl. 359; Westfälischer Bauernverein: MA, Nr. 162, 1920-04-04; zu Lembke noch ebd., 2716, Bl. 19.  
 82) Wf Mk, 1920-03-31, Ab („Das Maß ist voll!“).  
 83) NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 10, 12. Vgl. weiter Wf Mk, 1920-04-06, Ab.  
 84) FPD, 1920-04-04.  
 85) Most, S. 48.  
 86) BTbl, Nr. 152, 1920-04-02, u.a.; WAVZ, 1920-04-03; vgl. Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Jahrbuch für 1920, S. 206 f.  
 3. Der Vertragsbruch des Militärs  
 1) Aufruf Severings in BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 1, und StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742; Abschrift bei Vogt, S. 25-27. Erklärung von Geßler und Secktzit. bei Colm, S. 135. Vgl. den Lagebericht des RWM vom 2. April vormittags: „Fortgesetzte Bedrohung der Brückenköpfe an der Lippe“ hat „ihre Erweiterung erforderlich gemacht“ (BA: R 43 I / 2728, Bl. 187).  
 2) Colm, S. 135.  
 3) Severing, S. 204.  
 4) Spethmann, S. 224-228.

- 5) S. 231.
- 6) Umso unverständlicher, daß die DDR-Publikationen von Hennicke (1956) und Könnemann/Krusch (1972) das Buch nicht benutzt haben.
- 7) Kabisch, Kämpfe, S. 554 f.; Errettung, S. 189; vgl. Schulz, S. 34.
- 8) NrbI, 1920-04-02; Kabisch, Kämpfe, S. 555; Schulz, S. 35; Husaren-Regiment Nr. 11, S. 271 f., 275 f.; Errettung, S. 190; Wetzlar, Tagebuch, 1920-04-02, mit Zeitungsausschnitt; Nesbach, S. 9 f., 21; Mh GA, 1920-04-08; Standesamt Hünxe: Sterbe-Register 1920, Nr. 41, 42.
- 9) Nesbach, S. 10 f. Auch Husaren-Regiment Nr. 11, S. 272, berichtet von der vollständigen Erbeutung der Papiere. Unzutreffende Gerüchte über das Ende Kuhns enthält GA Ob, 1920-04-06.
- 10) Standesamt Hünxe: Sterbe-Register 1920, Nr. 15.
- 11) Nesbach, S. 11; Wetzlar, Tagebuch, 1920-04-02; Standesamt Hünxe: Sterbe-Register 1920, Nr. 17, 35, 63.
- 12) BAst, 1920-04-01 (telefonische Mitteilungen von Plenge); STAD: Reg. Düsseldorf, 15976, Bl. 379-381; BA: R 43 I / 2728, Bl. 206.
- 13) Lucas, Augenzeuge, S. 173.
- 14) prot. Aussage von Janzen, in VstH, 1920-04-16.
- 15) Kabisch, Kämpfe, S. 555; Errettung, S. 191; Auskunft von Herrn Beckedahl, Standsbeamter in Dinslaken, am 9. Nov. 1967; Zitat aus: Hermann Scholten: Der Bruderkrieg in Eppinghoven, Zeitungsartikel im Besitz von Herrn Wilhelm Mölleken, Dinslaken; Standesamt Voerde: Sterberegister 1920, Nr. 91, 92, Sterberegister 1921, Nr. 32. Die Uhrzeit des Angriffsbeginns auch: EvNrh, 1920-04-06; GA Ob, 1920-04-09. Vgl. auch Glettenberg, S. 18 f.
- 16) Schawäll in Vtr, 1920-04-19.
- 17) prot. Aussage von Janzen, in VstH, 1920-04-16.
- 18) GA Ob, 1920-04-09.
- 19) Lucas, Augenzeuge, S. 173 f.
- 20) STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 15; EvNrh, 1920-04-06; GA Ob, 1920-04-09.
- 21) Lucas, Augenzeuge, S. 174.
- 22) Weimann in Vtr, 1920-04-16 = Fr, 1920-04-17, Ab; Ermittlungen von Herrn Wilhelm Mölleken; Kersken, S. 42; Lucas, Augenzeuge, S. 174; prot. Aussage von Kätheimer und Sartorius, in VstH, 1920-04-16 = Soz Rep, 1920-04-17; Schawäll in Vtr, 1920-04-19; STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 15; Zugschrift in RF, 1920-05-07; Standesamt Dinslaken 1: Sterbe-Register 1920, Nr. 132, 135.
- 23) Düwell, S. 50 f.
- 24) prot. Aussage von W. Thiele u.a., in VstH, 1920-04-16.
- 25) Heinz van Kempen: Das dunkelste Kapitel aus der Lohberger Chronik — ein von Herrn Joachim Kersken in der Pfarrchronik von St. Marien in Lohberg entdeckter undatiertes Zeitungsausschnitt; General-Anzeiger f. d. nordwestl. Industriegebiet u. d. westliche Münsterland, 1935-03-17 (aus Privatbesitz); Düwell, S. 50, 51 f.; prot. Aussage von Kätheimer und Sartorius, in VstH, 1920-04-16 = Soz Rep, 1920-04-17, gekürzt bei Ernst, S. 67; Auskünfte von Herrn Kurt Schön, Dinslaken, am 21. April 1968, 17. Sept. 1976, 5. Juni 1977; Ermittlungen von Herrn Wilhelm Mölleken; Standesamt Dinslaken 1: Sterbe-Register 1920, Nr. 134, 139-141.
- 26) Auskünfte von Herrn Schön; Ermittlungen von Herrn Mölleken; Uhrzeit: Düwell, S. 52; Zahl der Toten: BA: R 43 I / 2717, Bl. 135.
- 27) Bericht von Schawäll in Vtr, 1920-04-19; prot. Aussage von Hausmann u.a., in Vtr, 1920-04-10; StA Wuppertal: Elb S XI, Nr. 58.

- 28) Mh GA, 1920-04-09.
- 29) Schaefer, S. 135 f.; Errettung, S. 182 f.
- 30) VstH, 1920-06-23.
- 31) J. Czappa in Vbl, 1920-04-27.
- 32) Errettung, S. 193 f.; StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Amt Marl, Verhandlungstermine 30. 11. 1922 (Beschädigung von Häusern), 7. 5. 1921 (Schadenersatzforderungen der Phil. Holzmann AG, Frankfurt), 28. 5. 1921 (Aussage von Josefina Meis).
- 33) VstH, 1920-06-23; Ludwig im RT, 29. Juli 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 394; Brauer, S. 98 f. Namen erschossener Rotgardisten aus Bodum in StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Amt Marl, Verhandlungstermine 21. 4., 4. 6., 30. 6., 14. 7., 22. 9. und 6. 10. 1921; weitere bei Ernst, S. 85.
- 34) StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Amt Marl, Verhandlungstermin 28. 5. 1921 (Aussagen von Josefina Meis und Paul Schröder), Verhandlungstermin 18. 5. 1922 (Darstellung der Firma Fix & Weglehner); Töneböhn an Reichskommissariat Münster, 1920-04-03, in NL Severing; A 3; prot. Aussage von R. T., in RE, 1920-04-17 = BAst, 1920-04-20; VstH, 1920-06-23; Namen der Getöteten in StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Amt Marl, Verhandlungstermine 30. 3. 1921 und 18. 5. 1922, in der Akte „Tumultpersonenschäden März/April 1920“, im Schreiben von Töneböhn, a.a.O., und bei Gumbel, Mord, S. 61 (dieses Material zuerst vorgetragen von Ludwig im Reichstag am 29. Juli 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 394). Die Zahl von 65 Getöteten in der Darlegung von Herwig vor dem ZR, 6. April (Arch. Forsch., II, S. 837), von da ungeprüft übernommen bei Ernst, S. 65, vermutlich von diesem bei Brauer, S. 98, ist falsch; im wesentlichen richtig der Bericht bei Brauer, S. 99.
- 35) StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Amt Marl, Verhandlungstermine 30. 3. 1921, 28. 5. 1921 (Fledderei der Leiche von Krimm; Aussage von Paul Schröder), 18. 5. 1922 (Einzelaufstellungen; Darstellung der Firma Fix & Weglehner); Töneböhn, a.a.O.; Ludwig im RT, 29. Juli 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 394.
- 36) VstH, 1920-06-23.
- 37) Ebenda; Ernst, S. 65; Schaefer, S. 136 f.; Namen auch bei Töneböhn, a.a.O.
- 38) prot. Aussage von F. Schmidt, in Vtr, 1920-04-08 = VZD, 1920-04-09 = VstH, 1920-04-13; vgl. StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Amt Marl, Verhandlungstermin 18. 5. 1922.
- 39) prot. Aussage von F. Schmidt, a.a.O.; VstH, 1920-06-23; Ludwig im RT, 29. Juli 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 394.
- 40) Bericht von Leutnant Leithäuser in Datt Anz, 1920-04-03; Schmidt-Pauli, S. 272 f.; Errettung, S. 194; Darlegung von Herwig vor dem ZR, 6. April, in Vtr, 1920-04-08 = Arch. Forsch., II, S. 835.
- 41) Töneböhn an Reichskommissariat Münster, 1920-04-11, in NL Severing; A 3. Die Besetzung von Flaesheim — das Datum 1. April ist durch Spethmann, S. 257, belegt — überraschte die Arbeiter vollkommene: Do Ztg, Nr. 147, 1920-04-06.
- 42) StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Amt Recklinghausen, Verhandlungstermin 31. 3. 1921; Darlegung von Herwig vor dem ZR, 6. April, in Vtr, 1920-04-08 = Arch. Forsch., II, S. 836, hieraus kurz bei Ernst, S. 67; Gumbel, Mord, S. 62 f.; Dksch. RJM, S. 162 f.; Standesamt Recklinghausen: Sterberegister 1920 des ehemaligen Amtes Recklinghausen, Nr. 231.
- 43) Standesamt Recklinghausen: Sterberegister 1920 des ehemaligen Amtes Recklinghausen, Nr. 234, 239 (das Datum 31. März bei letzterer Eintragung muß ein Irrtum sein).
- 44) Rh Ztg, 1920-04-07; Darlegung von Herwig vor dem ZR, 6. April, in Vtr, 1920-04-08 = Arch. Forsch., II, S. 836; Tf. Eckardt mit Severing, in Vtr, 1920-04-09.

- 45) StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Nr. 4, Bl. 21.
- 46) Bl. 3, 6, 21, 23; ferner in dieser Akte Artikel in RE, 1927-01-25; Rhs VZ, 1920-04-03; Gaertner, Bericht ..., in StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Nr. 48, Bl. 181; Markuse als angeblicher Geiselmörder von München: Rhs VZ, 1920-04-03, MA, Nr. 151, 1920-03-27, KVZ, Nr. 267, 1920-04-08. Eine Durchsicht der Broschüren: Der Geiselmord in München. Ausführliche Darstellung der Schreckentage im Luitpold-Gymnasium nach amtlichen Quellen, München 1919; Der MÜNCHENER Geiselmord. Wer trägt die Schuld?, Berlin o.J.; Die Prozesse des Geiselmordes im Luitpold-Gymnasium in München vor dem Volksgericht, hg. v. K. Glock, München o.J., ergibt, daß Markuse mit dem sog. Geiselmord nichts zu tun hatte.
- 47) Gaertner, Kapp-Putsch, S. 13 f.; Sewing, S. 9 f.
- 48) Rhs VZ u. Rhs Ztg, 1920-04-03.
- 49) Ebenda.
- 50) Rhs VZ, 1920-04-03; StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Nr. 4, Bl. 48.
- 51) Rhs VZ u. Rhs Ztg, 1920-04-03; Datt Anz, 1920-04-06; VfzR, 1920-04-07; Standesamt Recklinghausen: Sterbe-Register 1920 des Standesamts I (Stadt Recklinghausen), Nr. 240, 242 bis 244, 252, 296; StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Stadt Recklinghausen, Verhandlungstermine 30. 12. 1920 (Pfeuffer) und 14. 4. 1921 (Winski), zu ersterem auch die Akte „Erlidigte Schadenersatzsprüche“, ferner die Akte über die Sitzung am 23. 6. 1921 (Tumultschaden; betr. Ewald Smaka); Gaertner, Bericht ..., in StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Bl. 181-185; Dorider, S. 376.
- 52) Rhs VZ u. Rhs Ztg, 1920-04-03; NrbI, 1920-04-02.
- 53) StA Dortmund: Do n 153 I, Bl. 113, 115; Rhs VZ, 1920-04-03.
- 54) StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Nr. 4, Bl. 23 f.; vgl. den Artikel in RE, 1927-01-25, in dieser Akte.
- 55) Rhs VZ, 1920-04-03; vgl. Rhs Ztg, 1920-04-03.
- 56) Vgl. die Äußerung des Gewerkschaftsfunktionärs Erdmann: „In Recklinghausen sind alle geflüchtet, nur Markuse ist uns nicht entwischt“ — prot. Aussage von Herwig, in Vtr, 1920-04-09.
- 57) Standesamt Recklinghausen: Standesamt I (Stadt Recklinghausen), Sterbe-Register 1920, Nr. 241.
- 58) StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Nr. 4, Bl. 48.
- 59) Rhs VZ, 1920-04-03; Errettung, S. 194.
- 60) Rhs VZ, 1920-04-03.
- 61) Ebenda u. Rhs Ztg, 1920-04-03, -06.
- 62) Rhs VZ u. Rhs Ztg, 1920-04-03; Standesamt Recklinghausen: Sterbe-Register 1920 des Standesamts I (Stadt Recklinghausen), Nr. 238, 267; StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Sitzung am 19. 10. 1922 (Tumultschaden; betr. Albert Schmuide) und Akte „Tumult, Wiedervorlage“ (zerstörte Gartenmauer).
- 63) Rhs VZ u. Rhs Ztg, 1920-04-03; VfzR, 1920-04-07.
- 64) Standesamt Recklinghausen: Sterbe-Register 1920 des Standesamts I (Stadt Recklinghausen), Nr. 326.
- 65) Hrn Anz, 1920-04-03.
- 66) NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 10 f.
- 67) Das ergibt eine Analyse des Sterbe-Registers 1920 im Standesamt Pelkum; s. unten.
- 68) Ebenda; ergänzend die Todesanzeigen in Witt Tbl, 1920-04-19, -20, -22, -29, und STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 77.
- 69) Wf Mk, 1920-04-03, Mo (Uhrzeit); Brandenburg, S. 60 (Bahnlinie); Hw Anz,

- 1920-04-06 (Beschreibung der Sprengung). In den meisten Quellen heißt es ungenau, die „Eisenbahnbrücke“ sei gesprengt worden.
- 70) Errettung, S. 195.
- 71) Grundlegend: Errettung, S. 195-199 mit Skizze 11. Ergänzend: zwei Darstellungen von „Kriegsberichterstattern“; a) Wf Mk, 1920-04-03, Mo, etwas gekürzt in Kam Ztg, 1920-04-07; b) Wf Mk, 1920-04-06, Ab; Hag Ztg (Mo), BMZ (Mo), GA E-Ba, Kam Ztg, 1920-04-07; ferner: Kaiser; NL Glock: Nr. 1; Brandenburg, S. 61 f.; v. Epp (Gillardone), S. 72; Frank, S. 96; Kuron, S. 55; Haase, Schüsse, 1960-04-01, -12. Verwundetentransporte in Kamen: Kam Ztg, 1920-04-03.
- 72) NL Glock: Nr. 1.
- 73) Errettung, S. 198.
- 74) Wf Mk, 1920-04-06, Ab; Hag Ztg (Mo), BMZ (Mo), GA E-Ba, Kam Ztg, 1920-04-07. Vgl. die Beschreibungen des „Kampfgebietes“ in Kam Ztg, 1920-04-03, -06.
- 75) Bericht von Osterroth vor Berliner Spitzenfunktionären, in Fr, 1920-04-09, Mo = VZD u. RE, 1920-04-12; anonym Bericht in Vw, 1920-04-07, Mo.
- 76) Morgenmeldung des Wehrkreiskommandos Münster an das RW-Gruppenkommando Kassel, 1920-04-02, in STAM: BK, vorl. Nr. 7.
- 77) Wie Anm. 74.
- 78) Kaiser, S. 404.
- 79) Standesamt Pelkum: Sterbe-Register 1920, Nr. 121, 128; das Erschießen von Jungendlichen in Gegenwart ihrer Mütter berichtete dem Vf. Herr Schmitz, Standesbeamter in Pelkum, der seinerseits alte Pelkumer Einwohner darüber befragt hatte (Okt. 1967). Vgl. auch den Bericht von Osterroth, a.a.O.
- 80) Aussage Frau Gütebier, in NL Severing: A 3.
- 81) Standesamt Pelkum: Sterbe-Register 1920, Nr. 67, 95, 103, und Totenliste in NL Severing: A 3, Nr. 7, 23, 27, verglichen mit dem Bericht über die Vorgänge auf „de Wendel“, in STAM: Kr. Hamm (Unna), Landratsamt A 1229. Vgl. Ernst, S. 88.
- 82) Zuerst veröffentlicht in „Kampf“, München, nachgedruckt in Soz Rep, 1920-04-12 = VstH, 1920-04-13 = Vtr, 1920-04-14 = Fr, 1920-05-05, Mo; ferner in Ernst, S. 68; Illustrierte Geschichte, S. 507; Brauer, S. 94; Henricke, S. 113; Arch. Forsch., II, S. 823 f.; Könnemann/Krusch, S. 461 f.
- 83) Aussage vom 6. April, in NL Severing: A 3.
- 84) K. B. Mark in „Der Gemeinnützige“, Hohenlimburg, abgedr. in VstH, 1920-06-14; prot. Aussage von Michael Pint, in VstH, 1920-04-16 = BAST, 1920-04-19; Bericht von Osterroth, a.a.O.; Ernst, S. 69; Gumbel, Mord, S. 61 f.; Standesamt Pelkum: Sterbe-Register 1920, Nr. 164.
- 85) Wf Anz, 1920-04-06; dieselbe Zahl bei Kaiser, S. 404, und Brandenburg, S. 62. Glock nennt 82 (NL Glock: Nr. 1); Ernst, S. 69, 81, spricht von über 90.
- 86) BMZ (Mo) u. Kam Ztg, 1920-04-07.
- 87) Kam Ztg, 1920-04-03; Hellkötter, S. 11.
- 88) Siehe die Bitte um Meldung und Angabe von Personalien in den Wittener Tageszeitungen: Witt Tbl u. Witt VZ, 1920-04-10.
- 89) Standesamt Pelkum: Sterbe-Register 1920, Nr. 51 bis 55, 57 bis 75, 77 bis 86, 88, 90, 92 bis 107, 110 bis 113, 117, 119, 121, 123 bis 125, 127, 128, 131 bis 133, 136 bis 142, 144, 150, 153, 192, 205, 209. Vgl. Ernst, S. 87 (Witten und Dortmund), S. 88 (Herringen und Wiesherhöfen).
- 90) Zickler, S. 23.
- 91) Stoeve, Frühlingstage, 1964-03-14/15.
- 92) WTB-Meldung nach „Buersche Zeitung“ (Extrablatt) in BMZ, 1920-04-01, Ab, KZ, Nr. 317, 1920-04-02, Sol Tbl, 1920-04-03; Bu Ztg, 1920-04-03.

- 93) Nrbl, 1920-04-02; Morgenmeldung des Wehrkreiskommandos Münster an das RW-Gruppenkommando Kassel, 1920-04-02, in STAM: BK, vorl. Nr. 7.
- 94) Rhs VZ, 1920-04-08 (Transport des verhafteten Kriminalkommissars Paepke); Rhs Ztg, 1920-04-19.
- 95) Errettung, S. 193.
- 96) Errettung, S. 195; Nrbl, 1920-04-02; Todesanzeige für Richard Lieder in Datt Anz, 1920-04-03. Über den Einmarsch in Olfen auch: STAM: Kr. Lüdinghausen, Landratsamt 228 (Theodor Westrup).
- 97) Niemöller, S. 176.
- 98) MZ, 1920-04-06; Niemöller, S. 177; Errettung, S. 195 (datiert fälschlich auf den 1. April).
- 99) Voran und beherrlich (Organ der Burschenschaft Teutonia Freiburg), Offenbourg, 1936, H. 22, S. 17.
- 100) Nrbl, 1920-04-02; Todesanzeigen für Karl Fuchs in VstH, 1920-04-06, -07.
- 101) Fr. 1920-04-08, Mo, nachgedr. in Arch. Forsch., II, S. 838 f.; der Aufruf im Extrablatt, der u.a. von Stemmer unterzeichnet war, auch in Hw Anz, 1920-04-03.
- 102) Severing, S. 192.
- 103) Morgan, Assize, S. 152; vgl. Nollet, S. 228.
- 104) Nrbl, 1920-04-01; Nachdruck in MA, Nr. 160, u. MZ, 1920-04-02 = Wf Mk, 1920-04-03, Mo. Am 30. März hatte bereits der Zentrumsabgeordnete Wildermann in der Preußischen Landesversammlung behauptet, viele Führer des Aufstands seien aus dem Ausland (Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 10521).
- 105) Nrbl, 1920-04-01; Nachdruck in MA usw. wie vorige Anm.
- 106) Nrbl, 1920-04-02; Nachdruck in Wf Mk (Mo) u. Ddf Ztg (Mo), 1920-04-03.
- 107) FPD, 1920-04-04.
- 108) DBFP, IX, S. 317. Wertheimer an Presseabteilung der Reichsregierung, 1920-03-31, an 18.10 Uhr, in BA: R 43 I / 2728, Bl. 288-290. Tg. Mayer an Ausw. Amt, 1920-03-31, an 16.20 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1. Erklärungen Millerands gegenüber Mayer am 1. April vormittags; s. unten. — Der Bericht der beiden „Intelligence“-Offiziere, die von der IMKK ins Ruhrgebiet entsandt worden waren, erklärte die ganze „bolschewistische Gefahr“ für eine Erfindung der Reichswehr (Morgan, Assize, S. 148-153; vgl. ders., Disarmament, S. 439 f.). Der Bericht wurde zwar in offizieller Form erst nach dem 11. April erstattet, doch dürften entsprechende Mitteilungen bereits vorher an die IMKK gegangen sein.
- 109) BA: R 43 I / 2728, Bl. 288-290. Tf. Mayer an Ausw. Amt, 1920-03-31, 13 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1 = BA: R 43 I / 2728, Bl. 291 f.
- 110) Tf. Mayer an Ausw. Amt, 1920-03-31, 13 Uhr; erläuterndes Tg., an 16.20 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1. DBFP, IX, S. 274.
- 111) RWM (Seect) an Ausw. Amt, 1920-03-31; Ausw. Amt an Göppert, 1920-03-31, 20.50 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1 = Vogt, S. 9-11 (Abschrift). Note Mayers an Millerand, 1920-03-31, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 2. DBFP, IX, S. 285-287, 291 f. Derselbe Text ging nach London: ebd., S. 279-281.
- 112) Tg. Mayer an Müller, 1920-04-01, an 21.20 Uhr; weiteres Tg. mit Nachtrag, 1920-04-01, an 21.40 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1 = BA: R 43 I / 2728, Bl. 320 f. Vgl. DBFP, IX, S. 283 f.
- 113) DBFP, IX, S. 292 f.
- 114) Ebenda, S. 292. AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.
- 115) Tg. Mayer an Ausw. Amt, 1920-04-01, an 22.20 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1 = BA: R 43 I / 2728, Bl. 317. Text der Note in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 2.

- 116) Ausw. Amt an dt. Botschaft Paris, 1920-04-01 (abends), in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1 = DBFP, IX, S. 295. Mitteilungen in der Sitzung der Reichsregierung, 1920-04-01, 17 Uhr — BA: R 43 I / 1355, Bl. 4 = Arch. Forsch., II, S. 817.
- 117) BA: R 43 I / 1355, Bl. 1-6 = Arch. Forsch., II, S. 815-819 = Vogt, S. 15-19. Verkürzte Wiedergabe bei Könnemann/Krusch, S. 451 f. Das Protokoll der (anschließenden) preußischen Kabinettsitzung (S. 453 = Vogt, S. 19 Anm. 12) wird von Könnemann/Krusch, S. 454, falsch interpretiert: die preußische Regierung stimmte nicht einem Beschluß zum Einmarsch zu, sondern der (zeitlich befristeten) Suspendierung der Entscheidung über den Einmarsch, Dieselbe falsche Interpretation beider Kabinettsbeschlüsse bei Salewski, S. 116.
- 118) Ausw. Amt an dt. Botschaft Paris, 1920-04-01 (abends), in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1. Vgl. DBFP, IX, S. 295, und PFR USA, S. 303 f.
- 119) Ebenda.
- 120) Tg. Ausw. Amt an Mayer, 1920-04-01, 23.20 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.
- 121) Tg. Mayer an Ausw. Amt, 1920-04-02, an 16.55 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1 = BA: R 43 I / 2728, Bl. 316; dazu die französische Antwortnote, s. Anm. 126.
- 122) DBFP, IX, S. 297.
- 123) S. 281. Die Wirkung: ebd., S. 282; Schubert an Ausw. Amt, 1920-04-02, 20.50 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1.
- 124) Haniel an dt. Friedensdelegation, 1920-04-02, 14.15 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 2.
- 125) Morgan, Assize, S. 146; ders., Disarmament, S. 439; Nollet, S. 227 f. Vgl. die Mitteilung des Stabes der 3. Kavallerie-Division in Coesfeld gegenüber Pressevertretern aus Münster am 30. März, daß eine alliierte Kommission täglich den Stab kontrolliere und ihr jede Auskunft über militärische Maßnahmen, Truppenstärken usw. gegeben werden müsse: Mohs in Wf Mk, 1920-03-31, Ab.
- 126) Tf. Göppert nach Berlin, 1920-04-02, 18.45 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1. Tg. Mayer an Ausw. Amt, 1920-04-03, an 11.45 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 2 = BA: R 43 I / 2728, Bl. 315. DBFP, IX, S. 308 f.
- 127) Müller an dt. Friedensdelegation, 1920-04-02, abends, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 1 = BA: R 43 I / 2728, Bl. 308-314 = Vogt, S. 21-24. Vgl. DBFP, IX, S. 303.

#### 4. Die Auswirkungen des militärischen Vertragsbruchs im Ruhrgebiet

- 1) Düwell, S. 27, 29.
- 2) BA: R 43 I / 2728, Bl. 336, 338.
- 3) Bl. 338.
- 4) Düwell, S. 29.
- 5) Fr. 1920-04-03, Ab; BMZ, 1920-04-06, Ab; BAst, 1920-04-09; Arch. Forsch., II, S. 820 f.; kurz in FPD, 1920-04-03; Mitteilung an die Reichskanzlei: BA: R 43 I / 2728, Bl. 194 f. = Vogt, S. 19-21.
- 6) Colm, S. 138 Anm.
- 7) AZE u. Ess Allg Ztg, 1920-04-03; Stellung der KPD, S. 520 f.; vgl. Colm, S. 138.
- 8) Stellung der KPD, S. 521.
- 9) Rh Ztg, 1920-04-03; L. St. in Ff Ztg, Nr. 255, 1920-04-06; Fr, 1920-04-08, Mo, nachgedr. in Arch. Forsch., II, S. 840; Braß in d. NV, 14. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5115. Flugblätter und Aufrufe der Streikleitung: Sommerfeldt, S. 176 f.; Sta Duisburg: Best. 51, Unruhen, 17; Wat Ztg, 1920-04-03; RuR-Ztg, Nr. 150, 1920-04-04; Gk Allg Ztg u. Ddf Ztg, Nr. 130 a, 1920-04-06. Ablehnung des Streiks durch den Deutschen Eisenbahnerverband (DEV), Haltung der SPD-Presse, Druck auf DEV-Kollegen: Zuschriften in AZE, 1920-04-07; VfrR,

- 1920-04-08; WAVZ, 1920-04-16. Bochum: VfrR = Vbl, 1920-04-03, -06. Fortdauer des Streiks über die Ostertage: Mk Spr u. Do GA, 1920-04-06; Ess Allg Ztg, 1920-04-07; u.a.
- 10) Braß in d. NV, 14. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5114 f.; BA: R 43 I / 2728, Bl. 336; ebd., 2715, Bl. 171.
- 11) BA: R 43 I / 2728, Bl. 187. Weitere Lageberichte Fumettis (in zeitlicher Reihenfolge): ebd., Bl. 182, 174, 171, 167, 166, 358, 219, 228, 218.
- 12) Braß in Fr, 1920-04-07, Ab; Braß in d. NV, 14. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5115.
- 13) Fr, 1920-04-03, Ab.
- 14) Wie S. XX, Anm. 75.
- 15) Mh Ztg, 1920-04-06.
- 16) StA Mülheim: 10-59, 11-1, Bl. 98.
- 17) Bl. 87 Einlage.
- 18) Mh Ztg u. Mh GA, 1920-04-04; Mh Ztg, 1920-04-06; Schmidt in Stvv-Vers. Mülheim, 9. April — Mh Ztg, 1920-04-10; Mülheimer Vertreter in Vers. der Funktionäre der drei Arbeiterparteien in Düsseldorf, 4. April — VZD, 1920-04-06.
- 19) Mh GA, 1920-04-03 (Mitreilung der Roten Armee; hier fälschlich Watter statt Kabisch); Schmidt, a.a.O.; StA Mülheim: 10-59, 11-1, Bl. 83.
- 20) Mh GA, 1920-04-03 (Mittellungen der Roten Armee).
- 21) GA Ob, 1920-04-07; STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 122.
- 22) Rwt, 1920-04-03. (Autorschaft der Roten Armee: Rwt, 1920-04-06)
- 23) VfrR, 1920-04-15.
- 24) Bu Ztg, 1920-04-03; Sitzung des a.o. Kriegsgerichts Buer, 19. April 1920 — Bu Ztg, 1920-04-20; Sitzung des a.o. Kriegsgerichts Essen, 5. Juni 1920 — Bu Ztg, 1920-06-07.
- 25) Severing, S. 195, 198; Spethmann, S. 212 ff.
- 26) Vgl. hierzu Düwell, S. 29; Braß in d. NV, 14. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5115.
- 27) STAM: BK, vorl. Nr. 148.
- 28) Rhs VZ, 1920-04-03.
- 29) StA Herne: I A 32, III, Bl. 1, 3; vgl. Tg. OB Herne an Regierungspräsident, 1920-04-01, in STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 305, und Hrn Anz, 1920-04-03.
- 30) Bu Ztg, 1920-04-03; kürzer in Is Ka, 1920-04-03. Von dieser „Quelle“ abhängig: 25 Jahre Stadt Herne; Sieburg, S. 162.
- 31) Hrn Anz, 1920-04-03.
- 32) Ebenda.
- 33) Hrn Anz, 1920-04-08.
- 34) Hrn Anz, 1920-04-06.
- 35) Gk Allg Ztg, 1920-04-03; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 89.
- 36) VfrR = Vbl, 1920-04-03 = Teuber, Sozialisierung, S. 104-108.
- 37) STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 84 f.; Mk Spr u. Gk Ztg, 1920-04-03.
- 38) Ebenda; Bkm. zitiert in Do GA u. WAVZ, 1920-04-03.
- 39) BA: R 43 I / 2728, Bl. 175 f.
- 40) Do Ztg, Nr. 146, Trem, Do GA u. WAVZ, 1920-04-03.
- 41) Hag Ztg (Mo) u. Wdt VZ, 1920-04-03. Cuno, S. 23, spricht nur von einem Offizier.
- 42) Do GA, WAVZ u. Do Ztg, Nr. 146, 1920-04-03; Kam Ztg, 1920-04-06; MA, Nr. 168, 1920-04-08.

- 43) Do GA, 1920-04-03.
- 44) WAVZ, 1920-04-03.
- 45) Wortlaut: Trem u. WAVZ, 1920-04-03. Herstellung: Trem, 1920-04-10. Anschlag: ebd. u. Do GA, 1920-04-03.
- 46) Wdt VZ, 1920-04-01. Aus Dortmund heraus konnte überhaupt nicht mehr telegrafiert werden: Kam Ztg, 1920-04-06.
- 47) Bericht von Tschackert und Kullrich in Trem, 1920-04-06 = Do GA, 1920-04-07. Vgl. Bericht von Kohn in Do GA, 1920-04-09.
- 48) Do Tbl, Nr. 77, 1920-04-03; Kohn, a.a.O.; Aufruf der Gewerkschaften zit. in Do GA, 1920-04-06.
- 49) Do GA u. Do Tbl, Nr. 77, 1920-04-03; Bericht von Tschackert und Kullrich, a.a.O.; Trem, 1920-04-08.
- 50) Original in StA Castrop-Rauxel: Stadt Castrop, Nr. 54; identifiziert als das in Dortmund angeschlagene Plakat nach Do GA, 1920-04-03. Zeitpunkt: Do Ztg, Nr. 146, 1920-04-03.
- 51) Do GA, 1920-04-03.
- 52) StA Castrop-Rauxel: Stadt Castrop, Nr. 54.
- 53) Ebenda.
5. Die amtliche Lüge vom Vertragsbruch der Arbeiter
- 1) Severing, S. 193 f. Zeitpunkt nach den entsprechenden Telegrammen des Regierungspräsidenten von Arnsberg an Gemeindeverwaltungen und Landratsämter (s. nächsten Absatz; Belege in folgender Anm.) als terminus ad quem.
- 2) StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 120; StA Bochum: Tit. IX. Caps. 2. No. 25, vol. I; StA Gelsenkirchen: XVIII/12/25; STAM: Kr. Hattingen, Landratsamt 171.
- 3) StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 123; Cuno, S. 23.
- 4) So z.B. von OB Cuno, OB Laue (Witten) und vom Landrat in Schwelm, dessen Telegramm von König nicht mehr berücksichtigt wurde (STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 305; Cunos Tg. auch in StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 131).
- 5) BA: R 43 I / 2715, Bl. 228; Severing, S. 200.
- 6) STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 305.
- 7) Ebenda.
- 8) Ebenda.
- 9) Ebenda.
- 10) Telegramme aus Hörde vom 2., aus Bochum vom 1. April — ebenda.
- 11) Telegramme ebenda; Tg. aus Hattingen auch STAM: Kr. Hattingen, Landratsamt 171.
- 12) StA Mülheim: 10-59, 11-1, Bl. 81 f.; StA Remscheid: NKI / 5; StA Düsseldorf: XVI 1100.
- 13) So z.B. in Remscheid.
- 14) BA: R 43 I / 2715, Bl. 228; Severing, S. 200; Colm, S. 134.
- 15) FPE, 1920-04-15. Vgl. Arch. Forsch., II, S. 825.
- 16) BA: R 43 I / 2728, Bl. 366.
- 17) NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 13.
- 18) Arch. Forsch., II, S. 824 f.; BA: R 43 I / 2728, Bl. 177-179, 183, 188, 190.
- 19) Wie Anm. 14.



- 20) STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 74; ebd., Kr. Coesfeld, Landratsamt 487.  
 21) Ebenda.  
 22) BA: R 43 I / 2715, Bl. 228; Severing, S. 201.  
 23) NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 15.  
 24) BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 7; STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 73; VstH, 1920-04-06.  
 25) Wf Mk (Mo) u. MZ, 1920-04-02.  
 26) NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 13; Dksch. RWM II, Anl. 21.  
 27) BA: R 43 I / 2728, Bl. 200.  
 28) Bl. 196.  
 29) BA: R 43 I / 2715, Bl. 224-227.  
 30) Aufruf des Reichs- und Staatskommissars, i. A. Mehlich, in Lambers, Bildteil, S. 13; ferner VstH u. Wdt VZ, 1920-04-08; Spethmann, S. 188. — Erklärung der Presseabteilung des Reichskommissariats, in Do GA, 1920-04-07; Trem, 1920-04-08; Wf Mk, 1920-04-10, Ab; kurzes Referat bei Spethmann, S. 204 f. — Watter an die Truppenoffiziere, 5. April, in BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 2; ferner Do GA u. Trem, 1920-04-07; Wf Mk (Ab) u. Hw Anz, 1920-04-08. — Entsprechend dann die Erklärungen einzelner Truppenkommandeure, die Abkommen von Bielefeld und Münster seien nichtig; Hw Anz, 1920-04-06, -07; VZD, 1920-04-10; prot. Aussage von Gerhard, in Vtr, 1920-04-10 = FPE, 1920-04-12; VstH, 1920-04-16; Tg. Landrat von Recklinghausen an Amtmann in Horst, 1920-04-06, in StA Gelsenkirchen; Horst XVIII/12/1; öff. Ansprache von General Haas in Dortmund, 7. April — Do GA, 1920-04-08. Ausnahme: der Truppenkommandeur von Schwerte — VstH, 1920-04-09.

## 6. Kapitel

### 1. Der Triumph des Militärs — Ausmaß und Grenzen

- 1) Spethmann, S. 224; Dittgen, S. 48; vgl. Glettenberg, S. 19 f. Das „Waldschlößchen“ als zentraler Umschlagpunkt: Dksch. RWM I, S. 36 Anl. 41 = Spethmann, S. 172; KZ, Nr. 295, 1920-03-26.  
 2) Nrh Vst, 1920-04-04.  
 3) Ob Ztg, 1920-04-06; vgl. GA Ob, 1920-04-07.  
 4) Düwll, S. 49 f.  
 5) S. 50.  
 6) Bericht d. Stadtverw. Sterkrade in GA Ob, 1920-04-11.  
 7) Wie vorige Anm.; STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 122.  
 8) StA Oberhausen: Nachkriegsakten Oberhausen, Nr. 7; GA Ob, 1920-04-06, -08; Rwt u. Ob Ztg, 1920-04-06.  
 9) NrbI u. Bu Ztg, 1920-04-03; der Einmarsch in Kirchhellen erfolgte erst am nächsten Morgen — VfrR, 1920-05-12.  
 10) Rhs Ztg, 1920-04-08.  
 11) Rhs VZ, 1920-04-03.  
 12) Bu Ztg, 1920-04-03, -06; Verhandlung vor dem a.o. Kriegsgericht Buer, 19. April — Bu Ztg, 1920-04-20.  
 13) Bu Ztg, 1920-04-03.  
 14) FPE = Vtr, 1920-04-03.  
 15) Siehe oben S. 306.  
 16) Bott VZ, 1920-04-03.

- 17) VfrR, 1920-05-25; Aussage der Mutter vor dem Amtsgericht Recklinghausen, 7. Juni, in STAM: BK, vorl. Nr. 184; Standesamt Recklinghausen: Standesamt Suderwich, Sterbe-Register 1920, Nr. 32.  
 18) Bericht von Leutnant Leithäuser in Datt Anz, 1920-04-03, später verarbeitet bei Schmidt-Paulj, S. 273; Rhs Ztg, 1920-04-07; Rhs VZ, 1920-04-08; Wf Mk, 1920-04-11, Mo; Nachrufe in Datt Anz, 1920-04-06, -08; Töneböhn an Severing, 1920-04-11, in NL Severing: A 3; Amtsversammlung Datteln, 30. April — Datt Anz, 1920-05-01; Ernst, S. 81; Errichtung, S. 194 (falsch datiert).  
 19) Niederschrift von Fortmann, 1920-04-27, im Privatbesitz von C. M. (hier die richtige Zeittangabe, während die folgenden Quellen fälschlich auf den 19. März bzw. 6. April datieren); prot. Aussage von Scholz u.a. sowie eine weitere (ungenaue) Quelle in Vtr, 1920-04-09 = VZD, 1920-04-10 = Düwll, S. 53 bzw. S. 54.  
 20) Lün Ztg, 1920-04-03; vgl. Meinberg, S. 200.  
 21) StA Mülheim: 10-59, 11-1, Bl. 82 a.  
 22) L. St. in Ff Ztg, Nr. 255, 1920-04-06; vgl. BA: R 43 I / 2715, Bl. 171.  
 23) L. St. in Ff Ztg, Nr. 255, 1920-04-06; Zeitpunkt: Rh Ztg, 1920-04-03.  
 24) Telegramm: BA: R 43 I / 2715, Bl. 166 f., vgl. Bl. 176 f. Telefongespräche: ebenda, Bl. 171; Braß in Fr, 1920-04-07, Ab; Braß in d. NY, 14. April — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5114 f.  
 25) AZE, 1920-04-03 = Ess Allg Ztg, 1920-04-04; Bericht von OB Luther für die Stadtverw. Essen, in AZE, 1920-04-12, u.ö.; Luther, Zusammenbruch, S. 54; Düwll, S. 30. — Zwei Tage nach dem militärischen Einmarsch in Essen wurde der Beschluß der Ausschüsse ausdrücklich widerrufen (StA Essen: Rep. 102, I, 1074, Bl. 5).  
 26) Bericht von Tschackert und Kullrich in Trem, 1920-04-06 = Do GA, 1920-04-07.  
 27) Meinberg in öff. KPD-Vers. in Dortmund, 15. August 1920 — Meinberg, S. 201; Rotgardisten aus der Gegend von Pelkum: Cuno, S. 24 s; Züge zum Hansaplatz: WAVZ, 1920-04-03.  
 28) Erklärung des VAes in Do GA u. Do Ztg, Nr. 146, 1920-04-03.  
 29) Bericht von Kohn in Do GA, 1920-04-09; Bericht von Tschackert und Kullrich, a.a.O.; Meinberg, a.a.O., S. 201 f.  
 30) Berichten vor den Funktionären der drei Arbeiterparteien usw., 4. April 1920 — VZD, 1920-04-06; Ddf Ztg, Nr. 129, 1920-04-04.  
 31) StA Düsseldorf: XXIII 71; VZD u. FPD, 1920-04-03.  
 32) StA Düsseldorf: XXIII 71.  
 33) StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 132, 134; Wdt VZ, Hag Ztg (Mo), Vtr = FPE, 1920-04-03; Aufruf der drei Arbeiterparteien Hagen in VstH, 1920-04-03, abgedr. in Lambers, Bildteil, S. 12. In Duisburg gab es Kräfte, die sich um eine solche „Nachbarschaftshilfe“ bemühten: Nrh Vst, 1920-04-04; Colm, S. 102 („führende Kommunist“).  
 34) Braß in d. NY, 14. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5121.  
 35) Berichten vor den Funktionären der drei Arbeiterparteien usw., Düsseldorf, 4. April 1920 — VZD, 1920-04-06.  
 36) Fr, 1920-04-03, Ab.  
 37) Colm, S. 103.  
 38) Hag Ztg (Mo) u. Wdt VZ, 1920-04-03; VstH, 1920-04-03, abgedr. in Arch. Forsch., II, S. 822.  
 39) StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 132-134; BA: R 43 I / 2715, Bl. 178 f.; Cuno, S. 24 a.

- 40) Ernst, S. 60; Zuschriften von Ernst in VZD u. Vtr, 1920-04-12 sowie Soz Rep, 1920-04-13 = Vtr, 1920-04-14.
- 41) Ein Kampfleiter der Roten Armee versicherte, in seinem Bereich sei das Münster-sche Abkommen erst nach Ablauf der dort gesetzten Frist bekanntgeworden, und schilderte die Folgen: „Kleinere und größere Teile flüchteten kopf- und ziellos. Andere dagegen, überzeugt, daß sie von der Etappe, speziell vom Zentralrat, feige verraten und verkauft seien, beschlossen, ihr Leben bis zum letzten Atemzuge zu verteidigen, ehe sie sich wehrtlos dem Standgericht ausliefern. ... Ein großer Teil befand sich in unbeschreiblicher Verfassung. Ich überreibe nicht, wenn ich behaupte, daß viele tatsächlich barfuß liefen.“ (Zuschrift in RE, 1920-04-14, gekürzt in AZE, 1920-04-13)
- 42) BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 9; GA E-Ba, 1920-04-06.
- 43) NrH Vst u. Mh VZ, 1920-04-04; EvNrH, 1920-04-06; Glettenberg, S. 21-24; Errettung, S. 203 f.
- 44) NrH Vst, 1920-04-06, -12.
- 45) Dui GA, 1920-04-04; RuR-Ztg, Nr. 153, 1920-04-07.
- 46) prot. Erklärung von Ringleib und de Pree, Duisburg, 13. April, in NL Severing: A 3.
- 47) Rwt, 1920-04-06; GA Ob, 1920-04-06, -07; Bericht d. Stadtverw. Sterkrade in GA Ob, 1920-04-11; STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 122.
- 48) GA Ob, 1920-04-03.
- 49) Rwt, 1920-04-06.
- 50) Weimann in Vtr, 1920-04-16 = Fr, 1920-04-17, Ab; Rwt, 1920-04-06; GA Ob, 1920-04-06, -07; Namen der insgesamt 18 Personen, die an diesem Tage in Osterfeld getötet wurden, in StA Oberhausen: Nachkriegsakten Osterfeld, Nr. 7.
- 51) Vtr, 1920-04-21.
- 52) Ebenda.
- 53) GA Ob, 1920-04-03, -07; Ob Ztg, Mh Ztg, NrH Vst, 1920-04-06; Rwt, 1920-04-07; Weinert in Stvv-Vers. Oberhausen, 12. April — GA Ob u. Ob Ztg, 1920-04-13; Husaren-Regiment Nr. 11, S. 272; Errettung, S. 204 f.
- 54) Düwell, S. 50; GA Ob, 1920-04-03; Hasberg in Stvv-Vers. Oberhausen, 12. April — GA Ob u. Ob Ztg, 1920-04-13.
- 55) Weimann in Vtr, 1920-04-16 = Fr, 1920-04-17, Ab; Zahl der Toten und Ort: Rwt, 1920-04-07.
- 56) Gl Ztg, 1920-04-04, -07; v. Bose, S. 398; Errettung, S. 206.
- 57) VfrR, 1920-05-12; Töneböhn an Severing, 1920-04-11, in NL Severing: A 3; Ernst, S. 66.
- 58) Bott VZ, 1920-04-06 (Abschrift im StA Bottrop); im Hauptpunkt bestätigt durch Ernst, S. 66; vgl. Nawrath in der Stvv-Vers. Bottrop, 6. April — Bott VZ, 1920-04-07.
- 59) DBFP, VIII, S. 244 f.
- 60) Auszug aus dem Kriegstagebuch (der Marinebrigade), in StA Marl: Best. Heimatmuseum, Dok. d. Roten Armee.
- 61) Gumbel, Mord, S. 59; Ernst, S. 66.
- 62) Töneböhn an Severing, 1920-04-11, in NL Severing: A 3.
- 63) v. Bose, S. 398-400; Errettung, S. 205-209; Auszug aus dem Kriegstagebuch (der Marinebrigade) in StA Marl: Best. Heimatmuseum, Dok. d. Roten Armee; Bott VZ u. Bu VZ, 1920-04-06 (von ersterer Abschrift im StA Bottrop); GA Ob u. KVZ, Nr. 270, 1920-04-09; Gk Allg Ztg, 1920-04-13.

- 64) Rwt, 1920-04-06; die Berufsbezeichnungen nach der Totenliste in StA Oberhausen: Nachkriegsakten Osterfeld, Nr. 7.
- 65) Bott VZ, 1920-04-07; dazu die Todesanzeigen in Bott VZ, 1920-04-07, -10; vgl. Erika Kunge: Bottroper Protokolle, Frankfurt 1968 (ed. suhrkamp 271), S. 41.
- 66) Nachruf v. Loewenfelds, in StA Marl: Best. Heimatmuseum, Dok. d. Roten Armee; davon 12 Tote bei der Sturmkompanie Arnauld: ebenda und Todesanzeigen in Bott VZ, 1920-04-09.
- 67) v. Bose, S. 400, 402; Errettung, S. 209; Bu Ztg, 1920-04-06; StA Gelsenkirchen: Horst XVIII/12/1; Nrbl, 1920-04-04; Nachruf v. Loewenfelds in StA Marl: Best. Heimatmuseum, Dok. d. Roten Armee.
- 68) Dksch. Rotgardistenaufstand, Anl. XI, S. 2; Ess Allg Ztg, 1920-04-07; Spethmann, Foto zwischen S. 240/241.
- 69) Bu VZ, 1920-04-06.
- 70) Bu VZ, Bu Ztg, Gk Ztg, 1920-04-06.
- 71) Errettung, S. 211 f.; Spethmann, S. 234 f.
- 72) Lün Ztg, 1920-04-03; Errettung, S. 212; die Truppe (1. Westfälisches Pionier-Bataillon Nr. 7) wird genannt in StA Lünen: Abt. 16, Fach 147; Zusammensetzung nach Errettung, S. 262.
- 73) Do Ztg, Nr. 152, 1920-04-08; WAVZ, 1920-04-21.
- 74) Kam Ztg, 1920-04-06; genauer Text des Flugblatts in Wf Anz, 1920-04-01.
- 75) Trem, 1920-04-06; Tote und Verwundete: ebenda eine Meldung aus Hörde.
- 76) Hw Anz u. Fr (Mo), 1920-04-06; StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 146, vgl. Bl. 141; BA: R 43 I / 2716, Bl. 3 f.
- 77) Severing, S. 207; Zeitpunkt der Besetzung: Hag Ztg, 1920-04-03, Ab.
- 78) Piersig in Mh GA, 1920-04-06; Mh Ztg, 1920-04-06.
- 79) StA Mülheim: 10-59, 11-1, Bl. 36 a, 37; Mh GA, 1920-04-06.
- 80) Spethmann, S. 232.
- 81) BA: R 43 I / 2716, Bl. 213-216.
- 82) Mh Ztg, 1920-04-06.
- 83) Mh Ztg, Mh GA, Mh VZ, 1920-04-06.
- 84) Ddf Ztg, 1920-04-06, Mo.
- 85) Rh Ztg, 1920-04-03; L. St. in Ff Ztg, Nr. 255, 1920-04-06.
- 86) Ebenda. Mülheim: StA Mülheim: 10-59, 11-1, Bl. 58 a; vgl. Mh GA u. Mh Ztg, 1920-04-04.
- 87) Colm, S. 137; vgl. Ernst, S. 70.
- 88) Stellung der KPD, S. 521 f.; geringfügig korrigiert nach dem Text in Fr, 1920-04-08, Mo, nachgedr. in Arch. Forsch., II, S. 838. — Anm. auf S. 319: Könnemann/Krusch, S. 457; Stellung der KPD, S. 520. — Über die Gründe und Umstände der Flucht des Zentralrats weiter: Colm, S. 138; Eckardt auf der VV der VRE in Barmen, 8. April 1920 — Vtr, VstH u. BAsT, 1920-04-09, u. VZD, 1920-04-10; zur Flucht von Dr. Stern speziell: Ernst, S. 72.
- 89) GA E-Ba, 1920-04-06, mit Luther, Zusammenbruch, S. 54 = ders., Politiker, S. 79 f.
- 90) BA: R 43 I / 2716, Bl. 204 a, 205; Bericht von OB Luther für die Stadtverw. Essen, in AZE, 1920-04-12, u.ö.; Luther, Zusammenbruch, S. 53.
- 91) Spethmann, S. 213.
- 92) StA Gelsenkirchen: Gk XVIII/12/7, Bl. 118 f., 170, 185, 353, 359; GA E-Ba, FPE, RhW Ztg, Nr. 233, L. St. in Ff Ztg, Nr. 255, sämtlich 1920-04-06; Ess Allg Ztg, 1920-04-07; Tg. Luther an Wk.kdo, in Nrbl, 1920-04-04, Ess Allg Ztg, 1920-04-07,

und Kabisch, Kämpfe, S. 552 (Wortlaut und Datierung unterschiedlich); Bericht von Luther für d. Stadtverw. Essen, in AZE, 1920-04-12, u.ö.

- 93) RE, 1920-04-09; GA E-Ba, 1920-04-06; RhW Ztg, Nr. 233, 1920-04-06 = Ess Allg Ztg, 1920-04-07; Bericht von Luther für d. Stadtverw. Essen, in AZE, 1920-04-12, u.ö.
- 94) StA Gelsenkirchen: Gk XVIII/12/7, Bl. 185.
- 95) STAD: Reg. Düsseldorf, 15980, Bl. 130; Bericht von Luther, a.a.O.
- 96) Bericht von Luther, a.a.O.; Luther, Zusammenbruch, S. 54. Bereits am Nachmittag des 3. April wurde der Einmarsch erwartet: GA E-Ba, 1920-04-06.
- 97) BA: R. 43 I / 2715, Bl. 256 f.
- 98) Mk Spr, 1920-04-06.
- 99) Trem u. Do GA, 1920-04-06.
- 100) Do Ztg, Nr. 147, 1920-04-06.
- 101) StA Dortmund: Do n 164, Bl. 8, 71; ebd.: Do n 476 a, Bl. 6.
- 102) Bericht von Tschackert und Kullrich in Trem, 1920-04-06 = Do GA, 1920-04-07.
- 103) Do GA u. Trem, 1920-04-06; vgl. Do Ztg, Nr. 147, 1920-04-06, und Bericht von Tschackert und Kullrich, a.a.O.
- 104) Do GA u. Do Ztg, Nr. 147, 1920-04-06.
- 105) STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 305.
- 106) Meinberg in öff. KPD-Vers. in Dortmund, 15. August 1920 — Meinberg, S. 204 f.
- 107) STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 40 f.
- 108) STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336; StA Dortmund: Best. 13, 45 a, Best. 13, 47, Best. 13, 74; Hö Vbl, 1920-04-06, -07, -09; Trem u. Kam Ztg, 1920-04-07; Do Ztg, Nr. 226, 1920-05-25; Bericht von OB Schmidt vor der Stadtverw. Hörde, in Hö Vbl, 1920-04-15, u. WAVZ, 1920-04-17; Spethmann, S. 236 f., 254 f. (weiß nicht, daß „Crone“ = „Glückaufsegen“).
- 109) Waltrap: Niemoeller, S. 177. Herne: Hrn Anz u. VfrR = Vbl, 1920-04-06.
- 110) Gk Allg Ztg, 1920-04-13; Bu VZ, 1920-04-06; falsch: v. Bose, S. 402, und Erretzung, S. 210.
- 111) Bott VZ, 1920-04-06 (Abschrift im StA Bottrop); Bott VZ, 1920-04-07; Töneböhn an Severing, 1920-04-11, in NL Severing: A 3.
- 112) prot. Aussage von Rehkopf, in Vtr, 1920-04-09 = VZD, 1920-04-10 = Düwell, S. 53; Spethmann, S. 240, daneben ein Foto von einer Grubenanschlußbahn; Bu Ztg, 1920-04-06; Ess Allg Ztg, 1920-04-07, -10; v. Bose, S. 402; Erretzung, S. 210.
- 113) prot. Aussage von Rehkopf, a.a.O.
- 114) Piersig in Mh GA, 1920-04-06.
- 115) Mh Ztg, 1920-04-06.
- 116) Ebenda; Angabe des Friedhofs nach der Todesanzeige in Mh GA, 1920-04-04.
- 117) Mh Ztg u. Mh GA, 1920-04-06, dazu in letzterem Blatt Artikel von Piersig; Schmidt in Stvv-Vers. Mülheim, 9. April — Mh Ztg, 1920-04-10; StA Mülheim: 10-59, 11-1, Bl. 87 Einlage.
- 118) Ess Allg Ztg, 1920-04-07; StA Essen: Rep. 102, I, 1075, Bl. 334.
- 119) Ernst, S. 73 f.; KZ, zit. in BMZ, 1920-04-07, Mo. An den beiden folgenden Tagen machten Rotgardisten aus Essen den Versuch, speziell Dr. Stern zu verhaften; sie wurden von der Elberfelder Arbeiterwehr verhaftet (AZE, 1920-04-13).
- 120) VstH u. Vtr, 1920-04-08; vgl. Eckardt in der VV der VRe, Barmen, 8. April — Vtr, 1920-04-09 = VZD, 1920-04-10.
- 121) VZD u. FPD, 1920-04-06.

- 122) VstH, 1920-04-06.
- 123) Dortmund: Do GA, 1920-04-06; Bericht von Tschackert und Kullrich in Trem, 1920-04-06 = Do GA, 1920-04-07. Hörde: Hö Vbl, 1920-04-06; Trem u. Kam Ztg, 1920-04-07.
- 124) Do GA, Trem, Do Ztg, Nr. 147, 1920-04-06; Bericht von Tschackert und Kullrich, a.a.O.
- 125) StA Dortmund: Do n 148; Do GA, 1920-04-06.
- 126) Hö Vbl, 1920-04-06; Trem, 1920-04-07; OB Schmidt in d. Stvv-Vers. Hörde — Hö Vbl, 1920-04-15.
- 127) Mülheim: Mh Ztg, Mh GA, Mh VZ, 1920-04-06; Erretzung, S. 215. Gelsenkirchen: Gk Ztg, 1920-04-06; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 89; falsch: Erretzung, S. 215. Wanne: Wdt He, 1920-04-06.
- 128) Dortmund: Do GA, Trem, Do Ztg, Nr. 147, 1920-04-06; Do GA, 1920-04-07. Castrop: Cst Ztg, 1920-04-26. Schwerte: VstH, 1920-04-08; P. H. (Paul Hertz) in Fr, 1920-04-06, Mo.
- 129) StA Wuppertal: Vohwinkel S. XI, Nr. 2; FPE, 1920-04-06; Ba Anz, 1920-04-07. Das Tg. des Reichskanzlers in BA: R 43 I / 2715, Bl. 241.
- 130) AZE, 1920-04-09.
- 131) Hag Ztg, 1920-04-06, Mo; das Telegramm des Reichskanzlers in StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 140.
- 132) VstH, 1920-04-06.
- 133) KVZ, Nr. 262, 1920-04-06.
- 134) Mitteilung der Stadtverw. Essen in Ess Allg Ztg, 1920-04-07; prot. Aussage von Kuraner, in Vtr, 1920-04-09 (falsch datiert).
- 135) Gk Allg Ztg, 1920-04-07.
- 136) Erretzung, S. 215.
- 137) StA Dortmund: Best. 13, 39.
- 138) Hö Vbl, 1920-04-06; Trem, 1920-04-07.
- 139) Hö Vbl, 1920-04-06, -07.
- 140) Ess Allg Ztg, 1920-04-07.
- 141) Erretzung, S. 181, 214, 266; die ersten Einheiten waren am 31. März eingetroffen: ebd., S. 183; zu Baumbach: Wurbs in Vw, 1920-04-19, Mo. Das Freikorps Roßbach wurde als »Jäger-Bataillon 37« geführt (Siemsen, S. 493 Anm. 5; F. W. v. Oertzen, S. 422).
- 142) Lützow: Ess Allg Ztg, 1920-04-08; Erretzung, S. 214. Lichtschlag: RE, zit. in VstH, 1920-04-15; vgl. Erretzung, S. 105.
- 143) Ess Allg Ztg u. KVZ, Nr. 264, 1920-04-07.
- 144) Schmidt, Oberst Baumbach; vgl. prot. Aussagen von Grimke, in VstH u. BAst, 1920-04-15 = FPE, 1920-04-17; von Schöpfer u.a., in Vtr, 1920-04-10 = FPE, 1920-04-12 = VstH, 1920-04-13; von Handke u.a., in VstH, 1920-04-15 = FPE, 1920-04-17; RE, 1920-04-09; Ernst, S. 75; Brauer, S. 100; Gumbel, Mord, S. 60.
- 145) prot. Aussage von Grimke, in VstH u. BAst, 1920-04-15 = FPE, 1920-04-17; Schmidt, Oberst Baumbach.
- 146) prot. Aussage von Kuraner, in Vtr, 1920-04-09.
- 147) Ess Allg Ztg, 1920-04-08.
- 148) Ess Allg Ztg u. VfrR = Vbl, 1920-04-08; RE, 1920-04-09; VstH, 1920-04-12; Obermeyer an Severing, 1920-04-11, in NL Severing: A 3; Volksbote (SPD), Leer, 1924-11-22; Gumbel, Mord, S. 59 f.; ders., Feme, S. 138 f.; Luther, Zusammenbruch, S. 55; ders., Politiker, S. 80; Spethmann, S. 240 f.; Brauer, S. 100; Ernst,

- S. 75. — Zu Linzemeier: Gumbel, Feme, S. 135 f., 138; hiernach kürzer: Hannover, S. 78 f.; Dksch. Rotgardistenaufstand, Anl. XIV.
- 149) Ess Allg Ztg u. AZE, 1920-04-08; BA: R 43 I / 2728, Bl. 164; Rädelführerliste in STAM: BK, vorl. Nr. 144, dort unter Nr. 266.
- 150) BA: R 43 I / 2728, Bl. 164.
- 151) Ess Allg Ztg, 1920-04-08; RE, 1920-04-09.
- 152) VfrR = Vbl, 1920-04-06; Gk Allg Ztg, 1920-04-07.
- 153) WAVZ, 1920-04-16.
- 154) Wätterscheid: vorübergehende Besetzung am 9. April (Wat Ztg, 1920-04-10), auf Dauer am 15. April (Wat Ztg, 1920-04-16). Bodum: Mk Spr, 1920-04-16; VstH, 1920-04-20; Fr, 1920-04-25, Mo; NL Watter: Nr. 32. Witten: VstH, 1920-04-20.
- 155) v. Bock und Polach, S. 14.
- 156) STAM: Kr. Hattingen, Landratsamt 171.
- 157) Vtr, 1920-04-09; FPE, 1920-04-12; gekürzter Text in BA: R 43 I / 2716, Bl. 22 f. = Vogt, S. 36 f. (falsch datiert).
- 158) FPE, 1920-04-12; BA: ebd., Bl. 24.
- 159) RF, 1920-04-02, Leitartikel.
- 160) RF, 1920-04-04, abgedr. in Arch. Forsch., I, S. 265-267 = Dok. u. Mat., S. 245-247. Ein zweiter Generalsreikaufruf der KPD-Zentrale folgte am 6. April: RF, 1920-04-07, abgedr. in Arch. Forsch., II, S. 832-834 = Urs. u. Folgen, S. 131-133.
- 161) Vw u. Fr (Mo), 1920-04-07; RE, 1920-04-10; Kspbl, 1920, S. 183; Dok. u. Mat., S. 252 f.; Varain, S. 182 f. Gegensätzliche Kommentare zu den Forderungen in Fr, 1920-04-07, Mo, und RF, 1920-04-08.
- 162) NL Kod: Nr. 27, Bl. 73.
- 163) Vw, 1920-04-08, Mo, hier besonders die Zuschrift des ADGB; Fr, 1920-04-08, Mo; Schultheß, S. 68. Reichskanzler Müller gegenüber dem englischen Geschäftsträger: DBFP, IX, S. 349; zu Müllers Haltung vgl. auch NL Kod: Nr. 27, Bl. 79. Bericht von Osterroth; Fr (Mo), FPE, FPD, 1920-04-09; VZD u. RE, 1920-04-12.
- 164) Vw, 1920-04-09, Mo; Fr, 1920-04-09, Mo u. Abj; Arch. Forsch., I, S. 268 f. Internes Rundschreiben der KPD-Zentrale vom 6. April: Dok. u. Mat., S. 249.
- 165) Spethmann, S. 230; Errettung, S. 201.
- 166) BA: R 43 I / 2715, Bl. 201 a, 202, 204; BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 5.
- 167) Watters nachträgliche Versionen — Niederschrift, 1920-04-28, in NL Watter: Nr. 32, und Brief an v. Campe, 1927-07-21, in NL Watter: Nr. 39, Kurzform in Errettung, S. 213 mit Anm. 2 — müssen angesichts des unaufdringlichen und zu 'Stilisierungen' neigenden Charakters des Generals mit äußerster Vorsicht aufgenommen werden.
- 168) BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 5.
- 169) In zeitlicher Reihenfolge: 3. April: BA: R 43 I / 2715, Bl. 219 (Zentrumsabgeordneter Herold); ebd., 2728, Bl. 360 (Herold u.a.), 4. April: NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543, S. 15 (Abg. Stüeler). 5. April: ebenda (Oberpräsident). 6. April: BA: R 43 I / 2716, Bl. 31 f. (Regierungspräsident Münster). 7. April: WAVZ, 1920-04-09 (General Haas in öff. Ansprache in Dortmund). 8. April: BA: R 43 I / 2728, Bl. 335 (Herold u.a.). 9. April: ebd., 2716, Bl. 44-46 = Vogt, S. 67 f. (Oberpräsident). 10. April: BA: R 43 I / 2716, Bl. 58 f. (Bell, Giesberts); Bl. 96 (Erster Bürgermeister von Gladbeck). 11. April: ebd., 2728, Bl. 328 (Oberpräsident). 12. April: Gronowski vor dem Provinzialausschuß des Westfälischen Zentrums, Hamm — Wf Mk (Mo) u. Wdt VZ, 1920-04-13.
- 170) BA: R 43 I / 2715, Bl. 204, 205, 246; BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 5. Im Reichsgesetzblatt (1920, I, S. 557, nachgedr. von Halle, S. 55) und in den Anlagen zu

- den Stenographischen Berichten der Nationalversammlung (Bd. 343, S. 3128, Nr. 2796) erschien dann Wochen später der bewußt schwammige geänderte Text: „Diese Verordnung tritt sofort mit der ortsüblichen Verkündung in Kraft“. Severing teilt in seinen Erinnerungen von 1927 (S. 216) ohne jede weitere Bemerkung lediglich den ursprünglichen Wortlaut mit — eine Lüge mit dem Mittel des Verweigerns.
- 171) Wie Anm. 169.
- 172) BA: R 43 I / 2728, Bl. 247.
- 173) Is Ka, Is Tbl, VstH, 1920-04-08; VstH, 1920-04-16; prot. Aussage von Gerhard, in Vtr, 1920-04-10 = FPE, 1920-04-12; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 67.
- 174) Vw (Mo) u. KVZ, Nr. 271, 1920-04-09.
- 175) Velbert: FPE, 1920-04-10; prot. Aussage von Kunze u.a., in Vtr, 1920-04-10 = FPE, 1920-04-12 = VstH, 1920-04-13. Heiligenhaus: FPE, 1920-04-09.
- 176) BA: R 43 I / 2716, Bl. 103 f.
- 177) VZD, 1920-04-09, -10; BA: R 43 I / 2728, Bl. 168. Vgl. den Operationsbefehl Watters vom 7. April: Errettung, S. 221.
- 178) Diese bewußte Inkaufnahme zeigt mit aller Deutlichkeit das Tagebuch des Innenministers Kod: NL Kod: Nr. 27, Bl. 71, 73.
- 179) Tg. Wk.kdo VI (Münster) an Reichskanzlei, 1920-04-03, in BA: R 43 I / 2715, Bl. 206 f., u. AAPA: II F-M, A 6, Bd. 2. RWM an Ausw. Amt, 1920-04-03, in AAPA, ebd., u. DBFP, IX, S. 314 (hier falsch datiert). Überschriften der Zahlen auch nach dieser Berechnungsart: DBFP, IX, S. 323 f.
- 180) RWM zu einem Tg. von Göppert an Ausw. Amt, 1920-04-04, an 22 Uhr, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 2.
- 181) DBFP, IX, S. 306.
- 182) AAPA: II F-M, A 6, Bd. 2; DBFP, IX, S. 313 f.; PFR USA, S. 306. Vgl. Allen, Tagebuch, S. 69; ders., Besetzung, S. 142.
- 183) Note Müllerand an Mayer, 1920-04-05, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 2, u. DBFP, IX, S. 328 f. H. Th. Wüst: Franzosenzeit in Frankfurt, in: H. Gorrenz: Die Franzosenzeit 1918-1930, Frankfurt 1930, S. 139-151; Ferdinand Bergschwinger: Die Besetzung von Frankfurt am Main durch französische und belgische Truppen im Jahre 1920, in: Archiv f. Frankfurts Geschichte und Kunst, IV. Folge, Bd. 5, 2. Hef, Frankfurt 1942, S. 169-246; Darstellungen, V, S. 155-161; DBFP, IX, S. 323; PFR USA, S. 311. Zur Analyse des ganzen Komplexes vgl. Harden, S. 27-30.
- 184) DBFP, IX, S. 317 f., 327, 359; DBFP, VIII, S. 6, 222-225; PFR USA, S. 313, 320 f.; Weygand, S. 73; Benoist-Méchin, S. 120 Anm. 1.
- 185) PFR USA, S. 307 f., 324-326; vgl. auch die beiden Telegramme des dt. Reichskommissariats Koblenz an Ausw. Amt, 1920-04-07, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 3.
- 186) Schultheß, S. 90 f.; vgl. PFR USA, S. 314.
- 187) Reichstags-Handbuch 1920, S. 286 f.; Sol Tbl, 1931-04-30.
- 188) Die Besetzung von Frankfurt a. M., in: BAst, 1920-04-07. Vgl. auch VstH, 1920-04-08 („Die Schuld der Regierung“).
- 189) Schultheß, S. 91. Eine sarkastische Kritik dieses Aufrufs und der deutschen Politik, die zur Besetzung der Mainstädte geführt hatte, bei Harden, S. 26-30.
- 190) Am 12. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5050-5052. Dazu die Dokumentation der Hilferufe aus dem Revier in NV, Anlagen, Bd. 342, Nr. 2543.
- 191) Vtr, 1920-04-08; DBFP, IX, S. 332, 485; Wüst, Bergschwinger und Darstellungen, V (s. Anm. 183); Vogt, S. 62-65. Nationalistischer Mob 1919: Erhard Lucas: Frankfurt unter der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats 1918/19, Frankfurt 1969, S. 107-109.

- 192) Am 13. und 14. April — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5067-5153.
- 193) BA: R 43 I / 2728, Bl. 150 (Wk.kdo 6); ebd., 2716, Bl. 100 f. = STAD; Reg. Düsseldorf, 1977 (Polizeipräsident u. Landrat Essen); Do GA, 1920-04-13, -14 (Bäumgen in Sevv-Vers. Dortmund); Do Ztg, Nr. 185, 1920-04-28, u. BA: R 43 I / 2717, Bl. 108-110 (Bürgerrat Dortmund); ebd., 2716, Bl. 234 f. (Handelskammer Duisburg); ebd., 2716, Bl. 61 f. = Arch. Forsch., II, S. 844-846 = Vogt, S. 71-73 (Industrielle bei Ebert).
- 194) Trimborn in d. Sitzung vom 13. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5076-5081; Kommentar in Vw, 1920-04-14, Mo.
- 195) BA: R 43 I / 2728, Bl. 157 f.
- 196) Niemöller, S. 178.
- 197) Zuschrift in Wf Mk, 1920-04-14, Ab.
- 198) Wie Ann. 169.
- 199) BA: R 43 I / 2716, Bl. 77-84 = Vogt, S. 49-55.
- 200) Errettung, S. 221.
- 201) Ebenda; Cdt. (Cohnstaedt) in Ff Ztg, Nr. 270, 1920-04-14; Schützing, S. 44; vgl. BA: R 43 I / 2716, Bl. 96, u. Severing, S. 217. Dieselbe Androhung der Meuterei seitens des Militärbefehlshabers von Essen, Oberst v. Baumbach, wurde gemeldet in Vw, 1920-04-12, Ab; eine Verhandlung darüber im Reichswehrministerium am 11. April laut Fr, 1920-04-13, Mo.
- 202) Lucas, Ausnahmezustand, S. 171.
- 203) BA: R 43 I / 2716, Bl. 141. Die Bekanntmachung erging dann von Münster aus über WTB: Wf Mk, 1920-04-13, u.ö.
- 204) Bronnen, S. 110 f.; Freksa, S. 194 f.; Hoegner, S. 73.
- 205) Könnemann/Krusch, S. 470; zur Frage des Standrechts außerdem BA: R 43 I / 2716, Bl. 77-84 (= Vogt, S. 49-55), u. 2715, Bl. 246; StA Mülheim: 10-59, 11-1, Bl. 75-79 (Bericht einer Verbändedelegation aus Essen); BA: R 43 I / 2716, Bl. 187 = Vogt, S. 88 f. (Deputation aus Kommunal- und Staatsvertretern); NL Kod: Nr. 27, Bl. 85, 87; Niederschrift Watters, 1920-04-28, in NL Watter: Nr. 32; Errettung, S. 222; vgl. Vw, 1920-04-13, Ab; Wf Mk, 1920-04-14, Ab.
- 206) Dksch. Wk.kdo Münster II, S. 3.
- 207) Mh VZ, 1920-04-04; Nrh Vst, 1920-04-06, -17; Soz Rep, 1920-04-12.
- 208) Vw, 1920-04-10, Mo; Is Ka, Kam Ztg, Rhs Ztg u.a., 1920-04-12.
- 209) Jarres an Severing, 1920-04-09, nach Severing, S. 215; Severing an Jarres, 1920-04-10, in StA Duisburg: Best. 51, Unruhen, 25, Bd. 1; vgl. Severing an Kabisch, zit. bei Schützing, S. 43.
- 210) Severings, S. 207 f.; vgl. Epp (Gillardone), S. 72 f.; Frank, S. 96 f.
- 211) Zickler, S. 25 f.; das Plakat in StA Münster: Amt 43 E Nr. 4 a; auch abgedruckt in VstH, 1920-04-01.
- 212) Zickler, S. 25; Severing, S. 223.
- 213) MA, Nr. 176, 1920-04-13 (Hervorhebung vom Vf.). Eine Mißbilligung durch das Wk.kdo wurde über WTB verbreitet: Hw Anz, 1920-04-15.
- 214) Severing, S. 223.
- 215) BA: R 43 I / 2716, Bl. 219-227 (= Vogt, S. 120-125). Vgl. den Bericht des Abg. Steinkopf: ebd., Bl. 239-244 (= Vogt, S. 109-111), sowie Bl. 66 f., 122 f.; ferner Cuno, S. 27, Severing, S. 220-223, und Fr, 1920-04-29, Mo.
- 216) BA: R 43 I / 2718, Bl. 9-24.
- 217) Errettung, S. 222 f.

- 218) Delegation der christlichen Gewerkschaften und des Bürgerrats Elberfeld beim Wehrkreiscommando, 16. April — STAM: BK, vorl. Nr. 161; u.a.
- 219) Vgl. den Lagebericht Epps vom 22. April, zit. bei Könnemann/Krusch, S. 470.
- 220) Vtr u. FPE, 1920-04-06; VZD, 1920-04-07; VstH, 1920-04-07, -08; Arch. Forsch., II, S. 830-832.
- 221) Vtr, 1920-04-08, -09, -10; VZD, 1920-04-09, -10; VstH, 1920-04-10, -13, -15, -16; FPE, 1920-04-12, -17; BAs, 1920-04-15, -16, -19.
- 222) BA: R 43 I / 2717, Bl. 14-29.
- 223) Ebenda / 2718, Bl. 160.
- 224) VstH, Wdt VZ, Hag Ztg (Mo), 1920-04-08.
- 225) FPE, 1920-04-08.
- 226) Vgl. die bestürzten Fragen an die SPD im Elberfelder USP-Blatt: Vtr, 1920-04-09.
- 227) Vtr u. FPE, 1920-04-06; VZD u. VstH, 1920-04-07.
- 228) Wf Tbl, 1920-04-07; u.a.
- 229) Vtr, 1920-04-09.
- 230) Stellung der KPD, S. 522.
- 231) Vtr, VstH, BAs, 1920-04-09; VZD u. FPE, 1920-04-10; Spethmann, S. 244.
- 232) Vtr, 1920-04-12 = RE, 1920-04-14.
- 233) Darin wurde behauptet: „Der Zentralrat sah von Beginn seiner Tätigkeit an seine Aufgabe darin, den Kampf möglichst reibungslos zu beenden, die Truppen zurückzuführen. Zu diesem Zweck unternahm er lediglich noch den Versuch, die in Bielefeld eingeräumten Zugeständnisse soweit zu erweitern, um eine möglichst glatte Auflösung der Front zu sichern.“ (VstH, 1920-04-12; RF, 1920-04-13, nachgedr. in Arch. Forsch., II, S. 841 f.; ähnlich Düwell, S. 16 f.)
- 234) Brandler, S. 55-60, 70 ff.; Hoelz, S. 112-120; Arch. Forsch., I, S. 368-372; BA: R 43 I / 2728, Bl. 187, 174, 171, 167, 166, 358, 219, 228, 218; Schultheß, S. 89 f.; Meier-Welcker, S. 277; Könnemann/Krusch, S. 429-431; Hahn in: Arbeiterreinheit siegt über Militaristen, S. 91 f. Vgl. auch den abschließenden Bericht Gefßlers vom 7. Mai bei Vogt, S. 197-199.
- 235) Lucas, Ausnahmezustand, S. 390, mit den dort angegebenen Quellen; NL Kod: Nr. 27, Bl. 69.
2. Die Flucht der Arbeiter ins Bergische Land und in das von den Alliierten besetzte Gebiet
- 1) Ohne genauere Belege seien genannt: aus Buer Mitglieder des VRs, u.a. Anke und Felden; aus Dortmund: Dieckmann, Doerenberg, Sneiden von der Arbeiterwehr, Meinberg und Bormann vom VR; aus Duisburg: Koch, Münzberg, Wild; aus Hörde: der in den Sturm auf die beiden Zechen am 3. April verwickelte Bergmann Braune, vom VR Buskase; aus Mülheim: Kampfleitung und VR, einschließlich des Sponsors Reuß; aus Oberhausen: Weidtkamp (Saldo).
- 2) Eine Ausnahme etwa Frau und Kinder von Buskase, Mitglied des VRs Hörde, die am 3. April flohen; sie kehrten fünf Tage später zurück (Hö Vbl, 1920-04-09).
- 3) So die Kampfleitungen Mülheim und Marl (s. die Dokumente in Dksch. RWM I); der VR Oberhausen im „Hof von Holland“ (Ob Ztg, 1920-04-06); der VR Mülheim (StA Mülheim: 10-59, 11-1, darin großer Umschlag mit ungeordneten Papieren, ausgewertet von der Division Kabisch); die Kampfleitung Gladbeck (v. Bose, S. 398).
- 4) VstH, Wdt VZ, Hag Ztg (Mo), 1920-04-06; StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 138; Cuno, S. 25.
- 5) StA Remscheid: NKI / 7 II.

- 6) Sol Tbl, 1920-04-06.  
 7) Soz Rep, 1920-04-06; KVZ, Nr. 272, 1920-04-09.  
 8) Wld Ztg, 1920-04-09.  
 9) Opl Ztg, 1920-04-07.  
 10) Hagen: VstH, Hag Ztg (Mo), 1920-04-06; Cuno, S. 25; Ernst, S. 72. Wupperstädte: FPE, GA E-Ba, BMZ, Nr. 158 A, 1920-04-06. Düsseldorf: BA: R 43 I / 2716, Bl. 274 a.  
 11) VstH, Wdt VZ, Hag Ztg (Mo), 1920-04-06; Cuno, S. 25 a.  
 12) FPE, 1920-04-06.  
 13) AZE, 1920-04-09.  
 14) Lenn KrbI, 1920-04-07.  
 15) Sol Tbl, 1920-04-06.  
 16) Koch an Innenministerium, 1920-06-11, in StA Remscheid: NKI / 7 I. Vgl. OB Cuno in Stvv-Vers. Hagen, 12. April — Wdt VZ, 1920-04-13.  
 17) Hie Bürgertum, hie Sozialismus!, in BAst, 1920-04-12.  
 18) Ebenda.  
 19) Sol Tbl, 1920-04-06; Wld Ztg, 1920-04-06, -09.  
 20) VstH, Wdt VZ, Hag Ztg (Mo), 1920-04-06; Cuno, S. 25 a.  
 21) Ernst, S. 74; die Einladung zu dieser Konferenz in VstH, 1920-04-06.  
 22) VstH, 1920-04-07.  
 23) VstH, 1920-04-07, -08, -09; Ludwig in VstH, 1920-04-19; Wdt VZ, 1920-04-08, -10; Hag Ztg, 1920-04-07, Mo, -08, Mo; Hsp Ztg, 1920-04-07, -15; StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 149, Akten Vorhalle G.G.G. 9; StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742, 743; Cuno, S. 26; Ernst, S. 80; Lambers, S. 121 f.  
 24) VstH, 1920-04-07.  
 25) StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 175; Cuno, S. 26; Ernst, S. 80; StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742.  
 26) StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 173.  
 27) StA Remscheid: NKI 7 / II.  
 28) DBFP, IX, S. 358. Dagegen Fr, 1920-04-09, Mo: über 10.000.  
 29) StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 185.  
 30) Cdt. (Cohnstaedt) in Ff Ztg, Nr. 273, 1920-04-15.  
 31) Opl Ztg, 1920-04-08.  
 32) Wld Ztg, Sol Tbl, Gumm Ztg, 1920-04-09.  
 33) DBFP, IX, S. 339 f.; Allen, Tagebuch, S. 69; Braß in d. VV der VRe, Barmen, 8. April — Vtr, 1920-04-09 = VZD, 1920-04-10; Braß in d. NV, 14. April — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5147 f.; Ernst, S. 76-80 (falsch datiert); Spethmann, S. 245 f.; Lambers, S. 122. — Kampagne gegen die drei USP-Führer: Tg. Oberpräsident Koblenz an Ausw. Amt, 1920-04-10, in BA: R 43 I / 2728, Bl. 329, und AAPA: II F-M, A 6, Bd. 3; Tg. Göppert an Ausw. Amt, 1920-04-13, in AAPA, ebenda; Sten. Berichte der NV, Bd. 333, S. 5131 f., S. 5395-5399, 5546-5562, 5713; NV, Anlagen, Bd. 343, Nr. 2720, 2826, 2921, 2922; Ernst und Spethmann, a.O.; ein typischer Presseartikel etwa in Wf Tbl, 1920-04-16. Voruntersuchung gegen Ernst und Oettinghaus: BA: R 43 I / 2718, Bl. 74. — Vermutlich bereits vor der Unterredung mit den drei USP-Führern hatte sich die Rheinlandkommission den englischen Standpunkt zu eigen gemacht, daß gegenüber den Flüchtlingen dieselbe „unparteiische Neutralität“ beobachtet werden solle wie seinerzeit gegenüber der Truppe des Generals v. Gillhausen: DBFP, IX, S. 335; PFR USA, S. 317.

- 34) KVZ, Nr. 267, 1920-04-08; Rh Ztg, 1920-04-09; Spethmann, S. 244.  
 35) Soz Rep, 1920-04-06; KVZ, Nr. 272, 1920-04-09; Sol Tbl, 1920-04-06.  
 36) Rh Ztg, 1920-04-07.  
 37) Severing, S. 218; Rh Ztg, 1920-04-07, -10, -12; KVZ, Nr. 267, 1920-04-08.  
 38) RE, 1920-04-12.  
 39) Rh Ztg, 1920-04-07; RE, 1920-04-12.  
 40) DBFP, IX, S. 332 f., 359.  
 41) Soz Rep, 1920-04-09; BAst, 1920-04-12; Rh Ztg, 1920-04-08, -13; DBFP, IX, S. 358 f.  
 42) Errettung, S. 124 Anm. 4; Rh Ztg, 1920-04-13.  
 43) Rh Ztg, 1920-04-09, -10.  
 44) Rh Ztg, 1920-04-10.  
 45) KVZ, Nr. 272, 1920-04-09; Bkm. von Runge in KVZ, Nr. 273, u. Rh Ztg, 1920-04-10.  
 46) DBFP, IX, S. 369.  
 47) Rh Ztg, 1920-04-08, -10; Severing, S. 218; u.a.  
 48) FPE, 1920-04-10; Vtr u. VstH, 1920-04-12.  
 49) Tg. Schamer an Ausw. Amt, 1920-04-09, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 3; PFR USA, S. 320; DBFP, IX, S. 369; v. Haniel an Kilmarnock, 1920-04-12, in AAPA, a.a.O.; BA: R 43 I / 2716, Bl. 172, 229; DBFP, IX, S. 451 f., 446; BA: R 43 I / 2717, Bl. 57-59.  
 50) BA: R 43 I / 2716, Bl. 284 f. Vgl. ebd., 1355, Bl. 744; Vogt, S. 177 f.  
 51) Vtr u. VstH, 1920-04-12; RE, 1920-04-10; Hertz (aus Essen) in Fr, 1920-04-10, Ab; Nachdruck aus RE in Soz Rep, 1920-04-21.  
 52) J. Rüth: Ein Besuch der politischen Gefangenen im Zuchthause zu Münster, in: Der Hammer, nachgedr. in VstH, 1920-04-30.  
 53) Wiethaus an Severing, 1920-04-10, in NL Severing: A 3. — Jäger-Freikorps Rückeburg nach: Schmidt an Severing, 1920-04-09, in NL Severing: A 3.  
 54) Rh Ztg, 1920-04-12; Bkm. Runge in KVZ, Nr. 273, u. Rh Ztg, 1920-04-10.  
 55) BA: R 43 I / 2718, Bl. 69; vgl. Hag Ztg, 1920-04-12, Ab. Vgl. auch das Tg. der Städte und Landkreise des Bergischen Landes an Runge — BA: R 43 I / 2716, Bl. 113-115.  
 56) Hag Ztg, 1920-04-12, Ab; vgl. OB Cuno in Stvv-Vers. Hagen, 12. April — Wdt VZ, 1920-04-13, und Cuno, S. 26 a.  
 57) BA: R 43 I / 2716, Bl. 252; Severing, S. 221.  
 58) Politisch-Parlamentarische Nachrichten, zit. in Vw, 1920-04-20, Mo.  
 59) Konferenz von Kommunalvertretern des Bergischen Landes und Hagens in Barmen, 12. April — FPE, 1920-04-15; Telegramme der Konferenz in BA: R 43 I / 2716, Bl. 113-115; Tg. Cuno an Severing, 1920-04-12, in StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 185.  
 60) BA: R 43 I / 2716, Bl. 103 f.; FPE, 1920-04-12.  
 61) FPE, 1920-04-15; vgl. Cdt. (Cohnstaedt) in Ff Ztg, Nr. 273, 1920-04-15.  
 62) Bericht von Koch, 1920-06-11, in StA Remscheid: NKI / 7 I; Datum des ersten Rücktransports nach StA Remscheid: NKI / 7 II; das Papier (datiert 14. April) in StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 199, abgedr. in FPE, 1920-04-14, u. VstH, 1920-04-23.  
 63) VstH, 1920-04-23; Ludwig im RT, 29. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 392.  
 64) VstH, 1920-04-10; Stvv-Vers. Hagen, 12. April — Wdt VZ u. Hag Ztg (Mo), 1920-04-13; StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 181, 182; Ernst, S. 82 f.

- 65) VstH, Wdt VZ, Hag Ztg (Mo), Wf Tbl, 1920-04-08; Wdt VZ, 1920-04-09; VstH, 1920-04-10; StA Hagen, a.a.O., Bl. 157, 166.
- 66) VstH, 1920-04-12, -15; Hag Ztg, 1920-04-12, Mo; StA Hagen, a.a.O., Bl. 182; Cuno, S. 26; StA Wetter: Neues Archiv Nr. 742.
- 67) VstH, 1920-04-12, -13.
- 68) Cuno, S. 27, 27 a; vgl. Wdt VZ u. Hag Ztg (Ab), 1920-04-13.
- 69) Ff Ztg Nr. 267, 1920-04-13; Polizeikommissar Schulz, Holsterhausen, an Wk.kdo Münster, 1920-04-24, in STAM: BK, vorl. Nr. 183.
- 70) Berichte Kölpins, 1920-04-23 u. 1920-05-01, in STAM: BK, vorl. Nr. 177.
- 71) Bericht Kölpins, 1921-06-05, in STAM: BK, vorl. Nr. 154.
- 72) Wf Mk, 1920-04-11, Mo; Rwt u. Wdt VZ, 1920-04-12; u. ö. Die Meldung zu Vohwinkel zuerst am 8. April im Nachrichtenblatt der Division Kabisch: BK, vorl. Nr. 179. Vgl. Severing, S. 219 f.
- 73) Tg. OB Hopf an Reichskanzler, 12. April — BA: R 43 I / 2716, Bl. 94 = FPE, 1920-04-12; OB Cuno in Stvv-Vers. Hagen, 12. April — Wdt VZ u. Hag Ztg (Mo), 1920-04-13; Bürgermeister von Vohwinkel an KVZ, Köln, 13. April — StA Wuppertal: Vohwinkel S XI, Nr. 2; Tg. Thielemann an Watter, in VstH, 1920-04-14; Tg. Gewerkschaftskommission Barmen an Severing, in Vtr, 1920-04-13; Hag Ztg, 1920-04-13, Ab; Hsp Ztg, 1920-04-13, -15; Täg. Anz, 1920-04-15; Cdt. (Cohnstaedt) in Ff Ztg, Nr. 273, 1920-04-15; VstH, 1920-04-12, -13; FPE, 1920-04-14; Zugschrift der „Vereinigung der Fabrikanten usw.“ in Ff Ztg, Nr. 285, 1920-04-19.
- 74) Lageberichte vom 13. und 15. April, in Wf Mk, 1920-04-14, Mo, -16, Mo. Vgl. weiter Wf Tbl, 1920-04-16; Wdt R, 1920-04-17 (angeblich in einem Eisenbahnabteil belauschte Putschpläne).
- 75) Wf Mk (Mo) u. Duisburger VZ, 1920-04-20 (letzteres Blatt in BA: R 43 I / 2717, Bl. 90). Vgl. Trem, 1920-04-30, Artikel „Sowjet-Wuppertal“.
- 76) Mitteilungen d. Ausschusses d. bergischen Städte u. Landgemeinden, in FPE, 1920-04-15; BVst, zit. in VstH, 1920-04-28; Vtr, 1920-04-28; Sauerbrey in Vtr, 1920-05-04; Bericht von Koch, 1920-06-11, in StA Remscheid: NKI / 7 I; StA Remscheid: NKI / 7 II; vgl. Vtr, 1920-04-08.
- 77) FPE, 1920-04-13.
- 78) BAst, 1920-05-08; BA: R 43 I / 2717, Bl. 94; Vtr, 1920-05-03; Errettung, S. 230.
- 79) Stvv-Vers. Remscheid, 27. April — StA Remscheid: NKI / 5; Finanzausschuß der Stvv-Vers. Barmen — Sauerbrey in Vtr, 1920-05-04.
- 80) StA Remscheid: NKI / 7 II; u.a.
- 81) Am 24. April gaben die Alliierten die Gesamtzahl der noch im besetzten Gebiet befindlichen Flüchtlinge mit etwa 1.500 an (BA: R 43 I / 2717, Bl. 59); am 26. April verließen die letzten Insassen das Lager Dellbrück in Richtung Barmen (BAst, 1920-05-08; vgl. DBFP, IX, S. 450). — Saargebiet: Mitteilung von Hans Obermann, Saarbrücken, an den Vf, 28. Okt. 1975; STAM: BK, vorl. Nr. 81 (Hamborner Arbeiterführer). — Aachener Revier: STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 262, Bericht vom 31. Mai 1920 (Jakob Felden). — Holland: STAD: Reg. Düsseldorf, 15565 (Münzberg); vermutlich auch Keuß (Zugschrift in VZD, 1920-06-05). — Niederlassung im Bergischen Land: O. P. (Plenge) in BAst, 1920-06-04, über den früheren USP-Distriktsleiter von Derne, Niggemann; BAst, 1920-06-16, über Laatsch aus Witten.
- 82) STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 336, Bl. 78 f.

## 7. Kapitel

## 1. Der weiße Terror von Reichswehr und Sipo

- 1) Oertzen, S. 259.
- 2) Die Post, zit. in Fr, 1920-04-07, Ab.
- 3) Trem, 1920-04-06.
- 4) Nrh Vst, 1920-04-04.
- 5) Rhs Ztg, 1920-04-06. Weitere Platzkonzerte: Herne und Unna, 5. April (Hrn Anz u. Hw Anz, 1920-04-06) usw.
- 6) Mh GA, 1920-04-06.
- 7) Husaren-Regiment Nr. 11, S. 267.
- 8) Bott VZ, 1920-04-06, -09.
- 9) Mh GA, 1920-04-08.
- 10) Datt Anz, 1920-04-03.
- 11) VfrR, 1920-04-07; Datt Anz, 1920-04-06 (Aufhebung der Zensur in Datteln: ebd., 1920-04-21).
- 12) Fr, 1920-04-11, Mo.
- 13) VfrR, 1920-04-09.
- 14) z. B. auf der Zeche „Friedrich Thyssen“ in Hamborn — STAM: BK, vorl. Nr. 184; als generelle Tatsache u. a. in RE, 1920-04-09, registriert.
- 15) StA Dortmund: Do n 479, Bl. 21; BA: R 43 I / 2716, Bl. 98; Rhs VZ, 1920-04-08.
- 16) Herwig vor dem ZR, in Vtr, 1920-04-08.
- 17) RE, 1920-04-09.
- 18) Is Ka, 1920-04-17; Kam Ztg, 1920-04-19.
- 19) Ludwig in d. Preuß. LV, 28. April 1920 — Sitzungsberichte, Bd. 9, Sp. 11174; Erklärung in d. Stvv-Vers. Unna, 15. April — Hw Anz, 1920-04-16.
- 20) StA Lünen: Abt. 16, Fach 147.
- 21) Sitzung vom 12. April — GA Ob u. Ob Ztg, 1920-04-13.
- 22) Siehe oben S. 276 den Fall des Sohnes des USP-Kreissekretärs von Hüls, Herwig; in Dortmund-Brackel wurde die Frau des flüchtigen Bergmanns Döringer verhaftet, nachdem in der Wohnung 9.300 Mark Lohnungsgelder gefunden worden waren, die angeblich aus dem Verkauf beschlagnahmter Lebensmittel stammten (StA Dortmund: Do n 479, Bl. 50).
- 23) STAM: BK, vorl. Nr. 144 u. 159.
- 24) Bericht Kölpins, 1921-06-05, in STAM: BK, vorl. Nr. 154.
- 25) Siemens schrieb sogar (S. 495): „Die Denunziation eines beliebigen Reaktionsärs genügt damals, um erschossen zu werden“.
- 26) RE, 1920-04-09.
- 27) Ernst Müller an Severing, 1920-04-10, in NL Severing: A 3.
- 28) Horst: VfrR, 1920-04-20. Unna: VstH, 1920-04-08. Waltrop: VfrR = Vbl, 1920-04-06. Hüls: Herwig vor dem ZR, in Vtr, 1920-04-08. Eine Liste von als Rotgardisten Denunzierten befindet sich in StA Castrop-Rauxel: Stadt Castrop, Nr. 54; wie diese Liste zustande gekommen ist, ist unklar.
- 29) Bkm. in Mh GA, 1920-04-06; Bkm. in Bott VZ, 1920-04-06, -09; BA: R 43 I / 2716, Bl. 91 (Bottrop); Leitartikel in Lün Ztg, 1920-04-10. Die Reihe ist nicht vollständig.
- 30) Dorsten: Dst VZ, 1920-04-17; Stvv-Vers. Wattenscheid, 8. April — Wat Ztg, 1920-04-09; Unna: Hw Anz, 1920-04-06.

- 31) AZE, zit. in VfrR, 1920-04-20.
- 32) RE, zit. in VstH, 1920-03-23.
- 33) Zu diesem Gerücht vgl. das Dementi in BMZ, 1920-04-08, Mo.
- 34) Theweleit, I, S. 567 Anm. 6.
- 35) Wf Mk, 1920-04-03, Mo.
- 36) Als Gegendarstellungen hierzu: Erklärungen von Mitgliedern des Freikorps Lichtschlag in VstH, 1920-04-08; Zugschrift von Otto Fischer in VstH, 1920-04-23.

- 37) Gl Ztg, 1920-04-07; vgl. Bd. II, S. 16 Anm.
- 38) Kam Ztg, 1920-04-08.
- 39) MZ, 1920-04-07.
- 40) STAM: BK, vorl. Nr. 87; STAD: Reg. Düsseldorf, 15645. Die Zeugenliste wurde am 8. April begonnen; die letzte erreichbare Fortsetzung datiert vom 26. Mai.
- 41) STAM: BK, vorl. Nr. 156.
- 42) Theweleit, I, S. 113 ff.
- 43) Hauptmann Schneider: Vandalen, in: „Tag“, Berlin, nachgedr. in Bu Ztg, 1920-04-08; Auszug bei Spethmann, S. 140 f.; Vf. und Titel nach Wf Mk, 1920-04-12, Ab. u. Kam Ztg, 1920-04-22. Erstes Auftauchen des Mythos: Major v. Gienand, Generalstabsoffizier der 3. Kavallerie-Division, am 30. März in Coesfeld im Gespräch mit Pressevertretern aus Münster, wiedergegeben von Mohs in Wf Mk, 1920-03-31, Ab. In Form eines Pressartikels dann zunächst in MA, Nr. 161, u. Rhs VZ, 1920-04-03; Irem, 1920-04-06. Neben den beiden von Theweleit analysierten Fassungen findet sich eine weitere bei Schaefer, S. 143-146.
- 44) Theweleit, I, S. 115.

45) Das zeigen nicht nur die zahlreichen Fassungen, die er erhielt. Noch 1976 rechtfertigte ein ehemaliges Mitglied des Freikorps Bückeberg gegenüber Christoph Ebner, provoziert durch dessen Fernsehfilm „Sie sind nur älter geworden“, das scharfe Vorgehen seiner Truppe mit der Erregung über die roten Greuel auf Schloß Sythen. — Die totale Verwüstung der Schloßeinrichtung ist mit höchster Wahrscheinlichkeit eine Legende, und zwar nicht nur angesichts des sonstigen Verhaltens der Rotgardisten: am 7. April berichtete Zivilkommissar Töneböhm an Severings Amtsstelle in Münster, er sei am 4. bei Brigadekommandeur Faupel auf Schloß Westerholt gewesen und bei dieser Gelegenheit habe ihm Faupel Fotos von der Verwüstung der Inneneinrichtung von Schloß Sythen gezeigt (NL Severing: A 3). Warum machte Faupel keine Ortsbesichtigung des nur 25 km entfernten Schlosses, sondern legte Fotos vor, die wer weiß wo aufgenommen worden sein konnten?

- 46) Bu Ztg, 1920-05-04.
- 47) Brauer, S. 99; Schaefer, S. 141.
- 48) Bu Ztg, 1920-06-02.
- 49) Mh GA, 1920-04-08. Spethmann, S. 232, und Errettung, S. 215, sprechen sogar von einem Toren und fünf Verwundeten; in der Lokalpresse, die das sicherlich gemeldet hätte, ist davon nichts zu finden.
- 50) Erwa Ob Vst, 1920-03-25; Standesamt Hünxe: Sterbe-Register 1920, Nr. 45; Vtr, 1920-05-26; oben Seite 237 f.
- 51) Bort VZ, 1920-04-10; VfrR, 1920-04-13.
- 52) VfrR, 1920-04-13; Inserat in Rhs Ztg u. VfrR, 1920-04-03.
- 53) Rhs VZ, 1920-04-03, -10; VfrR, 1920-04-13, -17.
- 54) Julius Wagner an Severing, 1920-04-11, abgedr. in FFE, 1920-04-17.
- 55) Hamm: Der Hammer (SPD), zit. in VstH, 1920-04-21; Kam Ztg, 1920-04-12.

Dortmund: Bäumen an Severing, 1920-04-11, in NL Severing: A 2; ferner folgende Anm. Bochum: Vbl, 1920-04-23; Fr, 1920-04-25, Mo. Das Auftauchen des Hakenkreuzes zeigt das „Eindringen völkisch-antisemitischer Ideen in die Freikorps ... Zunächst nur als bloßes Abzeichen getragen, wurde es mehr und mehr zum Ausdruck eines Programms. In dem Lied der Marinebrigade Ehrhardt fand es seine sprachliche Fixierung: 'Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarz-weiß-rotes Band.'“ (Lohalm, S. 216 f.)

- 56) NL Severing: A 3. Vgl. Zugschrift in Do GA, 1920-04-14; Do GA, 1920-04-16; Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion in Stvv-Vers. Dortmund, zit. in VstH, 1920-06-03.
- 57) Für die ersten drei Truppen zahlreiche bereits genannte oder noch zu nennende Quellen; für das Jäger-Freikorps Bückeberg: Zivilkommissar Schmidt an Severing, 1920-04-09, in NL Severing: A 3, sowie Zugschrift Richard Krämer in WAVZ, 1920-04-21.
- 58) Vor allem Zeugenaussagen in RE sowie während des Wasserturm-Prozesses.
- 59) Hö Vbl u. Ess Allg Ztg, 1920-04-08.
- 60) Aussagen von Roman Czoik, Ernst Stein und einer SPD-Delegation, sämtlich aus Bottrop, in NL Severing: A 3; RE, 1920-04-09; Vbl, abgedr. in Fr, 1920-04-25, Mo (Vorfall in Bochum); VfrR, 1920-05-20; StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 172; Zivilkommissar Schmidt an Severing, a.a.O.; Aussagen im Essener Wasserturm-Prozeß, in VZD, 1921-02-26, 1921-03-02. Die Reihe dieser Belege ist bei weitem nicht vollständig.
- 61) Privatbesitz von C. M., handschriftlich.
- 62) Darstellungen durch Voigt: VstH, 1920-04-12, -16, Vw, 1920-04-14, Mo; durch das Militär: AAPA: II F-M, A 6, Bd. 3, RhW Ztg, zit. in Vw, 1920-04-13, Ab, Wf Mk, 1920-04-14, Mo; englische Diplomatie: DBFP, VIII, S. 6, IX, S. 358, 737, X, S. 61; ferner Severing, S. 213 f., Bronnen, S. 110, Ernst, S. 81. — Anstacheln der Mannschaften durch Offiziere allgemein: VfrR = Vbl, 1920-04-06, prügeln Offiziere: RE, 1920-04-14 = BAST u. VstH, 1920-04-16.
- 63) Ein Fall, den ein Rotgardist beim Zentralrat zu Protokoll gab — prot. Aussage von Brohl, in VstH, 1920-04-15 = FFE, 1920-04-17 = BAST, 1920-04-19 = Arch. Forsch., II, S. 843, übernommen von Ernst, S. 68 f. = III. Geschichte, S. 506 — wirkt, was Umstände und Zeitpunkt betrifft, eher wie das Produkt von Wünschen und Projektionen des Aussagenden.
- 64) Schulz, S. 35.
- 65) VfrR, 1920-05-28; Düwell, S. 51; RT, Anlagen, Bd. 383, Nr. 577; Arch. Forsch., II, S. 861 f.
- 66) VstH, 1920-04-22.
- 67) prot. Aussage von H. Kläs, in RE, 1920-04-10; E. Müller an Severing, 1920-04-10, u. Obermeyer an Severing, 1920-04-11, beides in NL Severing: A 3; Vtr, 1920-04-12 (Nachdruck aus VZD); VstH, 1920-04-13; Düwell, S. 46 f.; Gumbel, Mord, S. 60; Mh GA u. Mh Ztg, 1920-04-08; prot. Aussage von Schuldensky, 1920-04-11, in NL Severing: A 3 = BA: R 43 I / 2728, Bl. 136-138; Ernst, S. 75. Als Name des Leutnants wird in den Quellen teils Sinnesheimer, teils Steiner genannt; Ungenauigkeiten in diesem Punkt sind wegen der Umstände wahrscheinlich. Für die Auflösung der Zusammenhänge ist wichtig, daß von acht Toten, die gegenüber der Zeche „Humboldt“ gefunden wurden, drei mit Erde verschmiert waren (das waren die zuerst auf dem Acker ausgegrabenen), dagegen fünf nicht (H. Kläs, a.a.O.), ferner daß am 7. April acht Leichen in die Halle des Alten Friedhofs von Mühlheim gebracht wurden (Mh GA, 1920-04-08). Nach Düwell, S. 46, gehörten die Mörder zu den 9. Jägern, nach Vtr, VstH und dem Bericht Ernst Müllers an Severing (a.a.O.) trugen sie die Nr. 147; beides konnte anhand der erreichbaren Quellen nicht mehr identifiziert werden. Brauer, S. 101, behauptet, es seien Mitglieder der Marinebrigade Loewenfeld gewesen.



- 68) Töneböhn an Severing, 1920-04-11, in NL Severing: A 3; kurz Obermeyer an Severing, ebd.; prot. Aussage von Pentoch, in RE, 1920-04-10 = Vtr, 1920-04-12; prot. Aussage von P. Bandzia, in VstH, 1920-04-15 = FPE, 1920-04-17.
- 69) Töneböhn an Severing, 1920-04-11, in NL Severing: A 3.
- 70) Töneböhn an Severing, 1920-04-07, in NL Severing: A 3; VfrR, 1920-05-25; Standesamt Recklinghausen: Standesamt I, Sterberegister 1920, Nr. 270, 327, 328, 366; Ernst, S. 76. Erklärung des Militärs: Rhs Ztg, 1920-04-06; VfrR, 1920-04-07; Severing, S. 216.
- 71) Töneböhn an Severing, a.a.O.; Standesamt Recklinghausen: Standesamt I, Sterberegister 1920, Nr. 245, 246, 248, 255; StA Recklinghausen: Stadtarchiv III, Stadt Recklinghausen, Verhandlungstermin 17. 3. 1921 (zu Biege).
- 72) Standesamt Recklinghausen: Standesamt I, Sterberegister 1920, Nr. 247.
- 73) VfrR, 1920-04-07; Rhs Ztg, 1920-04-06; vgl. Severing, S. 216.
- 74) Mh GA u. Mh Ztg, 1920-04-09; Vtr, 1920-04-12 (Nachdruck aus VZD); E. Müller an Severing, 1920-04-10, und Obermeyer an Severing, 1920-04-11, beides in NL Severing: A 3; Düwell, S. 47; Brauer, S. 101.
- 75) Zurschrift in Vtr, 1920-06-04.
- 76) prot. Aussage von Edmund Graf, 1920-04-15, in NL Severing: A 3; Ernst Müller an Severing, 1920-04-10, in: ebd.; prot. Aussage von Metzler, in Vtr, 1920-04-10 = FPE, 1920-04-12 = VstH, 1920-04-13; Gumbel, Mord, S. 59; Ernst, S. 81 f.
- 77) prot. Aussage von J. W., in RE, 1920-04-17; von Grimke in VstH u. BAs, 1920-04-15 = FPE, 1920-04-17; Gumbel, Mord, S. 60; Obermeyer an Severing, 1920-04-11, in NL Severing: A 3; Brauer, S. 101; Ernst, S. 75.
- 78) prot. Aussage von Karstens, in Vtr, 1920-04-08 = VZD, 1920-04-09.
- 79) Töneböhn an Severing, 1920-04-11, in NL Severing: A 3.
- 80) Gumbel, Mord, S. 60; H. T. (Heinrich Teuber): Die tüchtigen dienststreifigen Mörder, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft, 4. Jg, Nr. 16, 22. April 1926.
- 81) Gumbel, Mord, S. 60 f.
- 82) NL Severing: A 3; VfrR, 1920-06-09; Gumbel, Mord, S. 61; Severing, S. 221 f.
- 83) prot. Aussage von J. Bandzia, in VstH, 1920-04-15 = FPE, 1920-04-17.
- 84) NL Severing: A 3.
- 85) Töneböhn an Severing, 1920-04-11, in NL Severing: A 3. Vgl. prot. Aussage von Karstens, in Vtr, 1920-04-08 = VZD, 1920-04-09; Ernst, S. 67.
- 86) Ernst, S. 66 f.
- 87) Wf Anz, 1920-04-06; Is Ka, 1920-04-07.
- 88) Severing, S. 210.
- 89) VstH, 1920-05-08; Ludwig im RT, 29. Juli 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 394; Hellkötter, S. 8 f. (hier als Name „Kamacher“ angegeben); die Namen auch bei Ernst, S. 86.
- 90) Is Ka u. Is Tbl, 1920-04-10.
- 91) prot. Aussage von Edmund Heinrichs, in VstH, 1920-04-30; Westfälische Arbeiterzeitung, Nr. 70, 1922-04-24 (in StA Dortmund: Best. 5, Pol. 245).
- 92) VstH, 1920-04-23; Fr, 1920-04-25, Mo; Synd, 1920, Nr. 16; zu Schluck ferner: Is Ka, 1920-04-21; zu Tomaszewski und Ritzauer: Rhs Ztg, 1920-04-30, die Namen bei Ernst, S. 85.
- 93) Standesamt Pelkum: Sterbe-Register 1920, Nr. 130; der Name auch bei Ernst, S. 86.
- 94) Rw, 1920-04-06; der Name des Opfers auch in StA Oberhausen: Nachkriegsakten Osterfeld, Nr. 7.

- 95) Gruppe Felsch, z.Z. Dortmund-Brechten, an RW-Brigade 7, 1920-04-06, in STAM: BK, vorl. Nr. 169.
- 96) J. Rüh: Ein Besuch der politischen Gefangenen im Zuchthause zu Münster, in: Der Hammer, nachgedr. in VstH, 1920-04-30.
- 97) Hrn Anz, 1920-04-10; WTB-Meldung in Wf Mk, 1920-04-10, Ab = MA, Nr. 172, 1920-04-11.
- 98) Standesamt Recklinghausen: Standesamt II, Sterberegister 1920, Nr. 149.
- 99) Standesamt Recklinghausen: Standesamt I, Sterberegister 1920, Nr. 271.
- 100) Is Ka, 1920-04-24.
- 101) Fr, 1920-04-13, Mo, -20, Ab (Nachdruck aus DAZ), -22, Mo; Vw (Ab) u. Wf Mk (Ab), 1920-04-21; Düwell, S. 46 f.; Dksch. RJM, S. 163 f.; Severing, S. 214.
- 102) Dst VZ, 1920-04-10.
- 103) prot. Zeugenaussage, aufgenommen in Duisburg, 1920-04-13, in NL Severing: A 3.
- 104) Ernst Müller an Severing, 1920-04-10, in NL Severing: A 3.
- 105) prot. Aussage von Thies, in VstH, 1920-04-15 = FPE, 1920-04-17.
- 106) Gumbel, Mord, S. 62.
- 107) prot. Aussage von A. D., in RE, 1920-04-14 = BAs, 1920-04-16.
- 108) VstH, 1920-04-01; Werbeinserate in Dst VZ u. Do Ztg, Nr. 149, 1920-04-07; Zickler, S. 25 f.; usw.
- 109) Nachrichtenblatt Nr. 17, in STAM: BK, vorl. Nr. 179.
- 110) prot. Aussage von W. W., in RE, 1920-04-14 = BAs, 1920-04-16; Gumbel, Mord, S. 60; Ernst, S. 75; Brauer, S. 100.
- 111) Am exaktesten die USP-Bezirksleitung Westfalen: VstH, 1920-04-22, 1920-05-07, -08, -12, -29, 1920-06-04, -22. Die von ihr veröffentlichten Zahlen — die im übrigen nur Westfalen betreffen — sind mit Sicherheit zu niedrig, da nur die von den Vertrauensleuten genau ermittelten Fälle notiert wurden. Ähnliches gilt für die vom ADGB veröffentlichten Zahlen: Kspbl, 1920-06-26, S. 346.
- 112) Dksch. RWM I, S. 4 = Spethmann, S. 259.
- 113) Töneböhn an Severing, 1920-04-11, in NL Severing: A 3. Zeitpunkt, Truppenteil usw.: Datt Anz, 1920-04-06; Rhs VZ, 1920-04-08.
- 114) BA: R 43 I / 2716, Bl. 91.
- 115) Bott VZ, 1920-04-07; Datt Anz, 1920-04-06; Gl Ztg, 1920-04-04; VfrR = Vbl, 1920-04-07 (für Herne); Is Ka u. Is Tbl, 1920-04-08; Mh GA, 1920-04-06; Ob Ztg, 1920-04-06, u. Rwt, 1920-04-07; ohne Ortsangabe: Husaren-Regiment Nr. 11, S. 267. Die Reihe dieser Belege ist nicht vollständig.
- 116) Am 8. April machte die Ortskommandantur von Unna bekannt: „Erwaige Befürchtung, daß der Transport der Waffen usw. von der Truppe belästigt würde, ist unbegründet. Die Truppe ist darauf hingewiesen, daß noch Waffenabgabe seitens der Zivilbevölkerung erfolgt.“ (Hw Anz, 1920-04-08)
- 117) BA: R 43 I / 2716, Bl. 89 f.; über die beiden ersteren auch: prot. Aussage von Jäckel u.a., in VstH, 1920-04-15.
- 118) Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5120 (14. April 1920).
- 119) Cdt. (Cohnstaedt) in Ff Ztg, Nr. 270, 1920-04-14; BA: R 43 I / 2716, Bl. 31 f.; Gronowski vor dem Provinzialausschuß des Westfälischen Zentrums, Hamm, 12. April — Wf Mk (Mo) u. Wdt VZ, 1920-04-13; u. a.
- 120) Dksch. RJM, S. 123 f.; Hervorhebung vom Vf.
- 121) STAM: BK, vorl. Nr. 144.
- 122) Wehrkreiskommando Münster (v. Lößberg) an die Anklagebehörden der a.o. Kriegesgerichte, 12. Mai, Ziffer 22, in STAM: BK, vorl. Nr. 169.

- 123) Ebenda; NV, Anlagen, Bd. 343, S. 3342, Nr. 2950 (nicht im Reichs-Gesetzblatt).
- 124) Dksch. Wk.kdo Münster II, S. 3.
- 125) Aussage einer SPD-Delegation aus Bottrop in Münster, 12. April, in NL Severing: A 3.
- 126) Synd, 1920, Nr. 16.
- 127) STAM: BK, vorl. Nr. 183 (Alfred Stüwe, Hacheney).
- 128) STAM: BK, vorl. Nr. 182 (Bergmann Gustav Kaus, Essen-Borbeck).
- 129) Lün Ztg, 1920-04-10; vgl. Inserat von C. Dörre in Rh's Ztg, 1920-04-06; usw.
- 130) Lün Ztg, 1920-04-10.
- 131) VstH, 1920-04-23; Ludwig in d. Preuß. LV, 28. April 1920 — Sitzungsberichte, Bd. 9, Sp. 11174; „Der 15. März 1920 in Wetter-Ruhr“, in: STAM: BK, vorl. Nr. 42 (ebenfalls vorhanden in StA Hagen).
- 132) Zeitschrift aus Essen in Fr, 1920-05-12, Ab.
- 133) Fr, 1920-04-11, Mo.
- 134) RE, 1920-04-09.
- 135) BA: R 43 I / 2716, Bl. 152-155 (dort weitere Adressaten: der pazifistische „Bund Neues Vaterland“ und die ebenfalls pazifistische „Welt am Montag“); RE, 1920-04-12.
- 136) RE, 1920-04-12; Braß und Giesberts in d. NV, 14. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5120, 5129.
- 137) RE, 1920-04-14. Die erste Nummer des „Ruhr-Echo“ war am 10. Okt. 1919 erschienen (VZD, 1919-10-13).
- 138) RE, 1920-04-12.
- 139) RE, 1920-04-14. Der Leitartikel ist nicht gezeichnet, die Autorschaft von Stern ist aus folgenden Momenten erschlossen: aus einem weiteren, mit V. St. gezeichneten Artikel, der belegt, daß Stern diese Nummer mitgestaltet hat; aus einer einzelnen Formulierung (der Artikel spricht von Lachaise als „einem Mitgliede unserer Redaktion“) und aus dem überzogen pathetischen Stil.
- 140) Fr (Mo) u. Vw (Mo), 1920-04-28; Fr, 1920-04-30, Ab.
- 141) Nachweisbar für Düsseldorf, Elberfeld und Barmen, Remscheid und Lüttringhausen, Dortmund und Witten; im besetzten Gebiet für Köln.
- 142) Zentrale Konferenz zur Regelung der Unterstützungsfrage am 18. Juli — Vtr, 1920-07-20. Einen für alle Parteimitglieder verbindlichen Beschluß zur Abführung eines Tagesverdienstes faßte etwa die Bezirkskonferenz der KPD vom 18./19. April — RF, 1920-04-24.
- 143) Wdt VZ, 1920-04-01 (Schwelm); Lenn KrbL, 1920-04-03 (Remscheid).
- 144) VV der politischen ARe Essen, 22. März — AZE u. Ess Allg Ztg, 1920-03-23.
- 145) VstH, 1920-05-14, -29; Vtr, 1920-09-29; NFP, 1920-10-01.
- 146) Ludwig im RT, 29. Juli 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 393.
- 147) Wie Anm. 142.
- 148) FPE, 1920-04-21 = Vtr, 1920-04-22; VstH, 1920-04-23.
- 149) Konferenz der Betriebsräte, Gewerkschaftsfunktionäre und Vorstände der drei Arbeiterparteien, Elberfeld, im Oktober — Vtr, 1920-10-13.
- 150) Wie Anm. 142.
- 151) VstH, 1920-06-18.
- 152) Wie Anm. 149.
- 153) Klein/Scherer, S. 25 f., 64 f.

- 154) Am 3. April abends trat Ernst Müller im Keller des Duisburger Rathauses, in dem 60-70 Personen gefangen gehalten und von der Kriminalpolizei verhört wurden, drei Offizieren entgegen, die schwerbewaffnet dort auftauchten und alle Gefangenen zur sofortigen Erschießung abführen wollten; er fand dabei von den Anwesenden — einem Gewerkschaftssekretär, einem Fabrikanten, einem Gerichtsssekretär, einem Kriminalkommissar — Unterstützung. Am 7. April wurden in Lünen zahlreiche Verhaftungsfälle von Zivilkommissar Schmidt nachgeprüft, und unter seiner Einwirkung wurden 25 Gefangene freigelassen. Am 13. April wurde in Recklinghausen ein Funktionär des Deutschen Eisenbahnverbandes auf Intervention von Töneböhn freigelassen. (Berichte von Ernst Müller und Schmidt vom 10. bzw. 9. April, in NL Severing: A 3; der letztere Fall nach VfrR, 1920-04-15.)
- 155) Bäumen an Severing, 1920-04-11, in NL Severing: A 2.
- 156) VstH, 1920-04-17 (Nachdruck aus RE), -26.
- 157) Sämtliche Berichte in NL Severing: A 3, bis auf den Bericht von Bäumen ebd., A 2.
- 158) Wie oben S. XX, Anm. 21.
- 159) Severing, S. 206.
- 160) Nachweis wie Anm. 157.
2. Die Ausnahmejustiz
- 1) In Duisburg bemühte sich Zivilkommissar Ernst Müller unmittelbar nach dem Reichswehrmarsch um eine Regelung, nach der nur die Polizei verhaften durfte (Bericht an Severing, 1920-04-10, in NL Severing: A 3).
- 2) STAM: BK, vorl. Nr. 169 (Mittellungen III, Ziffer 21).
- 3) Das geht u.a. aus Würmelings Bestandsaufnahme vom 23. Mai — BA: R 43 I / 2718, Bl. 66 = Vogt, S. 278 — hervor.
- 4) BAst, 1920-06-04 (Artikel von O. P. = Plenge), -16; Ludwig im RT, 29. Juli 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 390.
- 5) Vogt, S. 256 Anm. 2; Meinberg, S. 11 f.
- 6) Siemsen, S. 495 Anm. 8; ders., Anna Siemsen. Leben und Werk, Hamburg/Frankfurt o. J. (1951), S.50 f.
- 7) STAM: BK, Nachrichten des GKs VII. AK, 78. Bericht, 1920-08-27, S. 9.
- 8) VstH, 1920-05-19; Stemmers Flucht: Mitteilung von Albert Nohl, Gummersbach, an den Vf. vom 10. Juli 1971.
- 9) Levi im RT, 26. Jan. 1921 — Sten. Berichte, Bd. 347, S. 2151.
- 10) STAM: BK, vorl. Nr. 81.
- 11) O. P. (Plenge): Richter in eigener Sache!, in BAst, 1920-05-19.
- 12) Rwt, 1920-04-18; Bu Ztg, 1920-04-21.
- 13) Rwt, 1920-04-14.
- 14) Nickel in öff. Vers. in Mülheim, 13. August — NrH Vst, 1920-08-15.
- 15) Bericht der 3. Kavallerie-Division, 1920-04-17, in STAM: BK, vorl. Nr. 179.
- 16) NL Severing: A 3.
- 17) Wehrkreiskommando (v. Loßberg) an die Anklagebehörden der a.o. Kriegsgerichte, 12. Mai, Ziffer 23, in STAM: BK, vorl. Nr. 169. Vgl. BA: R 43 I / 2718, Bl. 61 = Vogt, S. 287.
- 18) Vwt, 1920-04-13; VstH, 1920-05-07.
- 19) Ludwig im RT, 29. Juli 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 391.
- 20) NV, Anlagen, Bd. 343, Nr. 2891, S. 3272 f.
- 21) ebd., Nr. 3017, S. 3427 f.

- 22) So auch O. P. (Plenge) in BAst, 1920-06-04.  
 23) BA: R 43 I / 2717, Bl. 211.  
 24) Fr, 1920-04-27, Mo; Vw, 1920-04-28, Mo.  
 25) Sauerbrey im RT, 26. Jan. 1921 — Sten. Berichte, Bd. 347, S. 2146.  
 26) StA Dortmund: Best. 5, Pol. 245, Bl. 111 f.  
 27) Anfrage von Obuch und Ludwig in d. Preuß. LV: Drucksachen, Bd. 8, Nr. 2576, S. 4242.  
 28) z.B. Amalie Schaumann nach zweimonatiger Haft im Polizeigefängnis von Wesel: BAst, 1920-06-11.  
 29) J. Rürch: Ein Besuch der politischen Gefangenen im Zuchthaus zu Münster, in: Der Hammer, nachgedr. in VstH, 1920-04-30.  
 30) BAst, 1920-06-11.  
 31) Lucas, Ausnahmejustiz, S. 383, mit den dort angegebenen Quellen; Vogt, S. 113 f., 148 f.; BA: R 43 I / 2717, Bl. 145.  
 32) WAVZ, 1920-04-23, 1920-05-05; drei Urteile des a.o. Kriegsgerichts Wesel vom 22. April, laut Schreiben von Markwitz an Ernst Müller, in NL Severing: A 3 = BA: R 43 I / 2717, Bl. 43-45 (vgl. NV, Anlagen, Bd. 343, S. 3428, Nr. 3017); J. Rürch in: Der Hammer, nachgedr. in VstH, 1920-04-30; Dksch. Wk.kdo Münster II, S. 23, 24.  
 33) NV, Anlagen, Bd. 342, S. 2869, Nr. 2602; Bd. 343, S. 3101, Nr. 2793; Behandlung der beiden Anträge: Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5149, 5153, 5536 f.  
 34) BA: R 43 I / 2718, Bl. 66, 66 a = Vogt, S. 278; Dksch. Wk.kdo Münster II, S. 19; vgl. Errettung, S. 223.  
 35) Severing, S. 225-227; Mehlich an Preuß. Justizminister, 1920-05-08, abgedr. bei Vogt, S. 247 Anm. 9.  
 36) Bisherige Zahl: BA-MA: RH 53 — 6/91, Bl. 37, 58; StA Gladbeck: C 188; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 371, Bl. 133; u. ö. Nunmehrige Zahl: STAM: Kr. Beckum, Landratsamt 73; StA Gladbeck: C 189; u. ö.  
 37) Mehlich an Preuß. Justizminister, 1920-05-08, a.a.O.  
 38) BA: R 43 I / 2718, Bl. 69; Henke in d. NV, 27. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5505; Severing, S. 224 f. In Errettung, S. 227, wird die Anordnung in polemischer Absicht der Reichsregierung zugeschrieben.  
 39) Errettung, S. 223.  
 40) NV, Anlagen, Bd. 343, Nr. 3017, S. 3427.  
 41) Wehrkreiskommando (v. Campe) an die Anklagebehörden der a.o. Kriegsgerichte, 4. Mai, Ziffer 9, in STAM: BK, vorl. Nr. 169.  
 42) STAM: BK, vorl. Nr. 90 u. 169.  
 43) Lucas, Ausnahmejustiz, S. 384, 386.  
 44) Vogt, S. 247, 278.  
 45) ebd., Bl. 66 a, 67 = Vogt, S. 278 f. Vgl. zu Würmeling weiter BA: R 43 I / 1356, Bl. 205 f. = Vogt, S. 317 sowie die Stellungnahme Schluchtmanns zu einem Bericht von Würmeling vom 25. Juni, in: ebd., 2718, Bl. 126-129.  
 46) Wie Anm. 42.  
 47) Herzfeld im RT, 2. Aug. 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 526.  
 48) NFP, 1920-07-27, 1920-08-18.  
 49) Dksch. Wk.kdo Münster II, S. 9.  
 50) Bu Ztg, 1920-04-20.  
 51) O. P. (Plenge): Richter in eigener Sache, in BAst, 1920-05-19.

- 52) Bu Ztg, 1920-06-19.  
 53) Lucas, Ausnahmejustiz, S. 163-168, mit den dort angegebenen Quellen.  
 54) RGBI 1920, I, S. 558; NV, Anlagen, Bd. 343, S. 3129, Nr. 2798.  
 55) Halle, S. 42 f.  
 56) Lucas, Ausnahmejustiz, S. 171.  
 57) Ludwig im RT, 29. Juli 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 393.  
 58) Vgl. etwa dessen zusammenfassende Bemerkungen über Mängel im Aufbau und Verfahren der Ausnahmejustiz, 5. Mai, in STAM: BK, vorl. Nr. 169.  
 59) Wehrkreiskommando (v. Campe) an die Anklagebehörden der a.o. Kriegsgerichte, 4. Mai, Ziffer 8, in STAM: BK, vorl. Nr. 169.  
 60) O. P. (Plenge): Richter in eigener Sache, in BAst, 1920-05-19.  
 61) ders., Aus der Folterkammer der weißen Henker, in BAst, 1920-05-26.  
 62) Henke in d. NV, 27. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5507.  
 63) Wie Anm. 60 und 61; O. P. (Plenge): Richter 'Kapp' und seine Gehilfen, in BAst, 1920-06-04; Genossin Schaumann noch immer in Polizeihaft, in BAst, 1920-06-11. Zur Biographie und Persönlichkeit Frau Schaumanns s. Lucas, Zwei Formen von Radikalismus, S. 272.  
 64) Markwitz an Ernst Müller, in BA: R 43 I / 2717, Bl. 46.  
 65) z.B. bei der weiter unten behandelten Verhandlung gegen vier Krankenschwestern — VfrR, 1920-05-03.  
 66) Bu Ztg, 1920-06-07.  
 67) MA, Nr. 189, 1920-04-20, Nr. 221, 1920-05-07.  
 68) O. P. (Plenge): Aus der Folterkammer der weißen Henker, in BAst, 1920-05-26.  
 69) Arch. Forsch., II, S. 853-855; die Textanordnung ist fehlerhaft (der Text auf S. 854 ab „Der Angeklagte ist daher ...“ gehört ans Ende der Urteilsbegründung), wie das unvollständige Faxsimile bei Könnemann/Krusch, S. 466 f. erkennen läßt; Fr, 1920-05-13, Mo = BAst, 1920-05-17; Ludwig im RT, 29. Juli 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 392 f. — § 115 Absatz 1 und 2 StrGB haben nur die beiden Zeitungen, nicht die Arch. Forsch.; vermutlich konnte dies ebenfalls gestrichen werden.  
 70) Fr, 1920-05-13, Mo = BAst, 1920-05-17.  
 71) Sitzung vom 29. Juli 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 395.  
 72) Herzfeld im RT, 2. Aug. 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 525; die Zahl der noch nicht Abgeurteilten rechnerisch korrigiert.  
 73) O. P. (Plenge): Richter 'Kapp' und seine Gehilfen, in BAst, 1920-06-04; zu Buer vgl. VfrR, 1920-05-03.  
 74) Fr, nachgedr. in BAst, 1920-06-21. Weitere Urteile des a.o. Kriegsgerichts Wesel etwa: Fr, 1920-04-23, Mo; Nrh Vst, 1920-05-01; Arch. Forsch., II, S. 856 f.  
 75) VfrR, 1920-05-03; Arch. Forsch., II, S. 859 f.  
 76) Wf Mk (Mo) = MA, Nr. 176, 1920-04-13.  
 77) MA, Nr. 215, 1920-05-04.  
 78) Wf Mk (Mo) u. MA, Nr. 189, 1920-04-20.  
 79) MA, Nr. 189, 1920-04-20 (Urteil gegen Kapinsky).  
 80) Urteile vom 2. Juni: bei Teilnahme am Kampf anderthalb Jahre, ohne Teilnahme ein halbes Jahr Gefängnis — MA, Nr. 267, 1920-06-03.  
 81) MA, Nr. 254, 1920-05-27.  
 82) MA, Nr. 221, 1920-05-07; vgl. Datt Anz, 1920-04-29.  
 83) Wf Mk, 1920-04-08, Mo.

- 84) WAVZ, 1920-04-23.
- 85) Do Ztg, Nr. 234, 1920-05-29. Gegen eine zu günstige Einschätzung spricht jedoch eine Eingabe der SPD-Bezirksleitung Westliches Westfalen an die Reichsregierung vom 30. April, in der festgestellt wurde, daß das a.o. Kriegsgericht Dortmund bereits für Wachposten stehen „hohe Gefängnisstrafen“ verhängte (WAVZ, 1920-05-05 = VstH, 1920-05-07).
- 86) Schneider in der GV der USP Hagen, 20. April — VstH, 1920-04-21.
- 87) MZ, 1920-04-08.
- 88) Bu Ztg, 1920-04-06, -07, -09, -17, -19, -20.
- 89) Noch am 16. April erschien z.B. im SPD-Blatt von Recklinghausen ein Artikel, der zeigt, daß Severing den von ihm ausgehandelten Kompromiß in der Frage des Standrechts (vorläufige Nichtvollstreckbarkeit der Todesurteile) auch vor seiner eigenen Partei geheimhalten hatte: VfrR, 1920-04-16 („Fort mit den Stande-richtigen“).
- 90) Wie Ann. 88; BK, vorl. Nr. 144 (Zeitpunkt des standrechtlichen Todesurteils so- wie Tg. d. Wk.kdos); Halle, S. 86 f.
- 91) Ludwig im RT, 29. Juli 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 393.
- 92) Vtr, 1920-04-14.
- 93) RhS Ztg, 1920-04-19; Rwt, 1920-04-23; Vtr, 1920-04-24.
- 94) O. P. (Plenge): Aus der Folterkammer der weißen Henker, in BAst, 1920-05-26.
- 95) Wehrkreiskommando (v. Campe) an die Anklagebehörden der a.o. Kriegsgerichte, 4. Mai, Ziffer 7, in STAM: BK, vorl. Nr. 169.
- 96) Wie Ann. 94.
- 97) Wehrkreiskommando (v. Campe) an die Anklagebehörden der a.o. Kriegsgerichte, 8. Mai, Ziffer 15, in STAM: BK, vorl. Nr. 169; die Abkürzungen im Original sind aufgelöst.
- 98) Lucas, Ausnahmejustiz, S. 383, 386 f., 390 f.
- 99) Resolution des SPD-Ortsvereins Essen, 11. April, in BA: R 43 I / 2728, Bl. 330; Konferenz der USP des Münsterlandes, 18. April, mitgeteilt in einem Artikel von A. Ritter in VstH, 1920-06-24; Vtr, 1920-04-27 („Wo bleibt die Amnestie?“); Ko- laß in Vers. d. SPD-Funktionäre Barmen, 27. April — FPE, 1920-04-29; Eingabe der SPD-Bezirksleitung Westliches Westfalen, 30. April, in WAVZ, 1920-05-05 = VstH, 1920-05-07; Kreistag des Landkreises Dortmund, 5. Mai — STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 371, Bl. 189; NrH Vst, 1920-05-19 („Fort mit den außerordentlichen Kriegsgerichten!“); Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Rheinland und Westfalen, 20. Mai — WAVZ, 1920-05-25.
- 100) Lucas, Ausnahmejustiz, S. 383-388; außer den dort angegebenen Nachweisen: Vogt, S. 209-211, 224 f., 259 f., 305.
- 101) Ernst Müller an Severing, 1920-04-14, in NL Severing: A 3.
- 102) STAM: BK, Nachrichten des GKs VII. AK (Anlage zum 75. Bericht, 1920-07-30).
- 103) StA Münster: Amt 43 E Nr. 4 a.

## 8. Kapitel

### 1. Reichstagswahl, Amnestie, Folgeprozesse, Entschädigungen

- 1) Vierteljahreshefte zur Statistik des Dt. Reichs, 28. Jg., 1919, 1. Ergänzungsheft, Berlin 1919, S. 19; Statistik des Dt. Reichs, Bd. 291, Berlin 1920, 2. Heft, S. 3.
- 2) BA: R 43 I / 1356, Bl. 205 f., 222 f. = Vogt, S. 317, 328; zu Würmelings Haltung

- vgl. weiter die kritischen Anmerkungen Schluchtmanns in BA: R 43 I / 2718, Bl. 126-129.
- 3) RGBl 1920, I, S. 1198 f.; NV, Anlagen, Bd. 343, S. 3502, Nr. 3072.
- 4) MA, Nr. 292, 1920-06-17; STAM: BK, vorl. Nr. 90.
- 5) NrH Vst, 1920-07-28.
- 6) Ludwig im RT, 29. Juli 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 395.
- 7) VfrR, 1920-07-24.
- 8) RT, Anlagen, Bd. 363, Nr. 6.
- 9) Ebenda, Nr. 21. Der Versuch von Erger, hier nach dem bekannten Klischee von der Berührung der Extreme von links und rechts die Haltung von USP und DNVP zusammenzubringen (S. 295 f.), ist völlig unhaltbar: die DNVP wünschte, wie so- wohl ihr eigener Gesetzentwurf (RT, Anlagen, Bd. 363, Nr. 330) als auch ihr Ab- änderungsantrag zum Regierungsentwurf (Nr. 329) zeigt, erstens eine General- amnestie für die Kapp-Putschisten und zweitens einen erweiterten Ausnahmekata- log für die Arbeiter (nicht nur schwerer, sondern auch einfacher Raub sowie schwere Erpressung sollten von der Amnestie ausgenommen sein). Ferner stimmte die DNVP mit der Regierung in der Ausnahmebehandlung von Bayern überein (dazu s. weiter unten), während diese von der USP selbstverständlich scharf ab- gelehnt wurde.
- 10) NL Koch: Nr. 27, Bl. 169, 171.
- 11) Schultheß, S. 76 f.; NV, Sten. Berichte, Bd. 332, S. 4962 f.; Brammer, Verfassungs- grundlagen, S. 5.
- 12) NV, Anlagen, Bd. 342, S. 2713, Nr. 2482; ebd., S. 2790, Nr. 2506; Halle, S. 54.
- 13) Harden, S. 22.
- 14) Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 5 f.; Arch. Forsch., I, S. 169 Anm. 1, S. 201 Anm. 3; etwas anders Erger, S. 294 f.
- 15) Erger, S. 295.
- 16) Könnemann/Krusch, S. 481 f.
- 17) Erger, S. 295.
- 18) DBFP, IX, S. 459; Freksa, S. 198; Mann, S. 211-213; Braß in d. NV, 14. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5122.
- 19) Hartenstein, S. 166; Erger, S. 171 f., 224.
- 20) NL Koch: Nr. 27, Bl. 169, 171.
- 21) Ebenda sowie Bl. 277; BA: R 43 I / 1242, Bl. 31; zum Ruhrgebiet außerdem: Herz- feld (USP) und Heinze im RT, 2. Aug. 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 525, 532.
- 22) Zusammenfassung der Plenardebatte am 2. August 1920.
- 23) Radbruch im RT, 25. Jan. 1921 — Sten. Berichte, Bd. 347, S. 2108.
- 24) RT, Anlagen, Bd. 363, Nr. 317; RGBl 1920, S. 1487 (hier im 3. Absatz fälschlich „Unternehmungen“ statt „Unternehmen“).
- 25) Halle, S. 85; vgl. Gumbel, Mord, S. 98.
- 26) RT, Anlagen, Bd. 363, Nr. 331.
- 27) Eine Reihe von Fällen in: STAM: BK, vorl. Nr. 90; ferner StA Dortmund: Do n 164, Bl. 16, 22; u. a. Bereits 1919 Verurteilte: z. B. die Hamborner Arbeiterführer Völker und Sackritz, die vom a.o. Kriegsgericht Wesel zu je 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren — VZD, 1920-09-28.
- 28) NrH Vst, 1920-08-25.
- 29) Halle, S. 86 f.; vgl. Sauerbrey im RT, 26. Jan. 1921 — Sten. Berichte, Bd. 347, S. 2146 f.

- 30) Levi im RT, 26. Jan. 1921 — Sten. Berichte, Bd. 347, S. 2151; vgl. Remmele ebenda am 24. und Heinze am 25. Jan. 1921 (S. 2079, 2098); Nrh Vst, 1920-09-24.
- 31) Gumbel, Mord, S. 97 f.; Halle, S. 42, 86; Bruhns, S. 56 (speziell zu Lettow-Vorbed); Remscheider Zeitfreiwilligen-Prozess, S. 14 (zu v. Lützow); ferner Radbruch im RT, s. u.
- 32) Gumbel, Verschwörer, S. 32; ders., Mord, S. 97 f.
- 33) Halle, S. 87.
- 34) RT, Anlagen, Bd. 365, Nr. 1326; Begründung durch Remmele (VKPD) im RT am 24. Jan. 1921 — Sten. Berichte, Bd. 347, S. 2078-2086.
- 35) Sitzung vom 25. Jan. 1921 — ebd., S. 2108 f.
- 36) Halle, S. 86.
- 37) Gumbel, Verschwörer, S. 32 f.; Erger, S. 295; Arch. Forsch., I, S. 292 f.; Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 6 f.
- 38) Gumbel, Mord, S. 98; Arch. Forsch., I, S. 168 Anm. 2.
- 39) Brammer, Verfassungsgrundlagen, S. 6; Arch. Forsch., I, S. 169 Anm. 1.
- 40) Könnemann/Krusch, S. 483; Arch. Forsch., I, S. 293 Anm. 4.
- 41) Gumbel, Mord, S. 163.
- 42) Spethmann, S. 335-342, Zitate S. 340.
- 43) Wie I, S. 322, Anm. 212 (RE, VZD, FrD); dazu Manekeller an Pieper, 1921-01-28, aus Privatbesitz von C. M.; Remmele und Sauerbrey im RT, 24. und 26. Jan. 1921 — Sten. Berichte, Bd. 347, S. 2080, 2141; Spethmann, S. 130.
- 44) Wie I, S. 324, Anm. 257.
- 45) Westfälische Arbeiterzeitung, Nr. 70, 1922-04-24 (in StA Dortmund: Best. 5, Pol. 245).
- 46) Gumbel, Mord, S. 61.
- 47) Gumbel, Feme, S. 139-141; ders., Mord, S. 60; Volksbote (SPD), Leer, 1924-11-22; Dksch. Rotgardistenaufstand, Anlage XIV; Spethmann, S. 240 f.; Brauer, S. 100.
- 48) Brauer, S. 100, 103.
- 49) StA Recklinghausen: Stadtdarchiv III, Nr. 4, bes. Bl. 3, 20.
- 50) Arch. Forsch., II, S. 836 Anm. 3.
- 51) Gumbel, Mord, S. 60 f.
- 52) S. 116 f.
- 53) T. (Heinrich Teuber): Zwei Urteile, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft, 4. Jg., Nr. 23, 10. Juni 1926; Brauer, S. 100.
- 54) -ub-. (Heinrich Teuber): Allerlei Kantiges, in: ebd., Nr. 48, 2. Dezember 1926.
- 55) T. (Heinrich Teuber): Zwei Urteile, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft, 4. Jg., Nr. 23, 10. Juni 1926. Vgl. Brauer, S. 100; Schaefer, S. 141; im wesentlichen bestätigt durch einen Brief von Egon Graf von Westerholt an den Vf. vom 12. Juni 1967.
- 56) Düwell, S. 51; Sauerbrey im RT, 26. Jan. 1921 — Sten. Berichte, Bd. 347, S. 2145; Arch. Forsch., II, S. 862; RT, Anlagen, Bd. 383, Nr. 577.
- 57) Sitzungsberichte, Bd. 9, Sp. 11237 f.
- 58) RT, Anlagen, Bd. 364, Nr. 984; Bd. 365, Nr. 1240, 1288; Sten. Berichte, Bd. 346, S. 1980.
- 59) Das Gesetz in RGBI 1920, S. 941-945; dazu Liebrecht, bes. S. 44, 68, 76. Eratansatz: Wirth in d. NV, 26. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5445.
- 60) So wurde z.B. in Elberfeld eine junge Arbeiterin abgewiesen, die von ihrem Verlobten ein Kind erwartete; dieser war beim Kampf um die Stadt am 17. März —

- als Kapp noch in Berlin registriert — getötet worden. (StA Wuppertal: Elberfeld S XI, Nr. 49 (Bd. XVI))
- 61) Sauerbrey im RT, 26. Jan. 1921 — Sten. Berichte, Bd. 347, S. 2146 f.
- 62) Dksch. RJM, S. 180 f.; vgl. RGBI 1924, S. 23 f. — Fall der Kanalarbeiter: StA Recklinghausen: Stadtdarchiv III, Amt Marl, Verhandlungstermin 18. 5. 1922 (Schreiben der Baufirma an den Regierungspräsidenten, 1920-07-03). — Behörden zur Wiederöffnung der Gräber: Ludwig im RT, 29. Juli 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 394.
- 63) Arch. Forsch., II, S. 862; RT, Anlagen, Bd. 383, Nr. 577.
- 64) Kspbl, 1920, S. 176, 190 (hier die Zitate), 271; Vogt, S. 107 f., 195, 226; Könnemann, Monopolisten, S. 1009, 1018-1023; Arch. Forsch., I, S. 167 Anm. 9. — Förderausfall, Sachschäden und Requisitionen im Ruhrbergbau: Errettung, S. 225; Spethmann, S. 275.
- 65) Lenn KrbI, 1920-03-23.
- 66) Errettung, S. 225.
- 67) Bott VZ, 1920-04-07; StA Gladbeck: C 188.
- 68) RT, Anlagen, Bd. 365, Nr. 1636. Vgl. Sauerbrey im RT, 26. Jan. 1921 — Sten. Berichte, Bd. 347, S. 2146.
- 69) Dksch. Rotgardistenaufstand, passim. Die Autorschaft von Grützner nach NL Seering: A 24. Hans Köhler (Freiburg) hat ermittelt, daß Grützner einer einflussreichen Richter- und Juristenfamilie angehörte, konnte jedoch nicht herausfinden, an welchem Gericht er 1929/30 als Senatspräsident tätig war.
- 70) Mündliche Mitteilungen von mehreren noch lebenden Zeitgenossen.
2. **Hinfalligwerden der Reformzusagen, Reduzierung der Reichswehr, Ersatz der Reichswehr durch Sipo**
- 1) VfrR, 1920-04-09 („Eine wüste Hetze“).
- 2) Wat Ztg, 1920-04-12; Vorankündigung der Sitzung in Wat Ztg, 1920-04-10; KPD-Antrag in StA Wattenscheid: Rep. 2, Stadt Watt., A 707.
- 3) Hierzu prinzipiell Trem, 1920-04-06.
- 4) Off. Vers.d. christlichen Gewerkschaften, 4. oder 5. April — Mk Spr u. Wdt VZ, 1920-04-06. Vorgehen des Zentrums: Mk Spr, 1920-04-09; -13; VstH, 1920-04-12, -20; RE, 1920-04-14; Vbl, 1920-04-15. Gesamtbeurteilung der Zentrumstaktik durch die SPD: VfrR = Vbl, 1920-04-13 („Zentrumswahlseige mit Hilfe der Reichswehr?“). Der militärische Einmarsch erfolgte am 15. April.
- 5) Barmen: FPE, 1920-04-20. Dortmund: StA Dortmund: Do n 148, Do n 480; WAVZ, 1920-04-12. Iserlohn: Is Ka = Is Tbl, 1920-04-06. Kaiserwerth: StA Düsseldorf: XVI 1100. Menden: Is Ka, 1920-04-07. Ronsdorf: Lenn KrbI, 1920-04-12. Wattenscheid: Wat Ztg, 1920-04-09, -12. Westenfeld: Wat Ztg, 1920-04-07; vgl. StA Wattenscheid: Rep. 2, Amt Watt., E/O 34 a. Witten: StA Witten: 1. 16. 2. Amt Blankenstein: STAM: Kr. Hattingen, Landratsamt 171. Für Bottrop, Düsseldorf und Elberfeld s. das Folgende.
- 6) FPE, 1920-04-13.
- 7) Stvv-Vers. am 6. April — Bott VZ, 1920-04-07.
- 8) Verhandlungen am 7. April — StA Düsseldorf: XVI 1100.
- 9) Mitteilungen in einer Sitzung am 11. April — StA Wetter: Neues Archiv Nr. 743.
- 10) Woldt in Vertretung Seyerings an Stadtverwaltung Dortmund, 1920-04-15, in StA Dortmund: Do n 148; Tg. Severing an OB Cuno, 1920-04-09, in StA Hagen: Akten Stadt Hagen, AK. VIII. 39, Bl. 169.

- 11) Bu Ztg, 1920-04-12. Ähnlich in einem Interview mit den Politisch-Parlamentarischen Nachrichten, in dem Severing erklärte, die Ortswehren seien lediglich „als ein Notbehelf gedacht“ gewesen (Vw, 1920-04-20, Mo).
- 12) Preuß. LV, 28. u. 29. April, 6. Mai 1920 — Sitzungsberichte, Bd. 9, insbes. Sp. 11155 f., 11227-11237, 11382 f.; Drucksachen, Bd. 7, Nr. 2179, 2181, 2279, 2282, 2329; Konf. der Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebiets, Essen, 26. Mai — BA: R 43 I / 2718, Bl. 57-61; Schultheß, S. 130; Könnemann, Einwohnerwehren, S. 312-316, 324 f., 331.
- 13) Zuschrift in Do Ztg, Nr. 173, 1920-04-21; Zuschrift in Do GA, Nr. 120, 1920-05-01; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 363.
- 14) Kspbl, 1920, S. 199; vgl. S. 183.
- 15) Bericht von Vollmerhaus in der Berliner Gewerkschaftskommission, 22. April — Vw, 1920-04-23, Mo.
- 16) BA: R 43 I / 2699, Bl. 165, 165 a, 169, 170.
- 17) Vogt, S. 308 f.
- 18) Vogt, S. 141, 175 f., 179; Kspbl, 1920, S. 182 f., 541-544, 557-559, 565-567; 1921, S. 3 (Umbreit), S. 17 f.; Dörnemann, S. 215-219; vgl. Meinberg, Watterwinkel, 1927-07-19 = Meinberg, S. 124.
- 19) Kspbl, 1921, S. 499; vgl. den Aufruf des ADGB auf S. 500.
- 20) Prot. and corr., S. 73 f.; AAPA: II F-M, N 1, Bd. 2 u. 3; PFR USA, S. 322; DBFP, IX, S. 348.
- 21) BA: R 43 I / 2718, Bl. 166; AAPA: II F-M, A 6, Bd. 3.
- 22) Bl. 167.
- 23) VstH, 1920-04-01; Zickler, S. 25 f.
- 24) Werbeinserat in Dst VZ, 1920-04-07.
- 25) Werbeinserat in Do Ztg, Nr. 149, 1920-04-07.
- 26) BA: R 43 I / 2716, Bl. 89 f.
- 27) Prot. and corr., S. 83 f.
- 28) DBFP, IX, S. 357 f.; PFR USA, S. 325 f.
- 29) Ein für die IMKK erstatteter, im wesentlichen französischer „Intelligence“-Bericht erklärte das ganze Verhalten der Reichswehr — angefangen vom Rückzug aus dem Ruhrgebiet bis zur schließlichen Wiederbesetzung — letztlich für Camouflage: es habe „zum Ziel gehabt, die Alliierten zu der Überzeugung zu bringen, daß eine große bolschewistische Bewegung im Gange gewesen sei, geführt von den Russen und im Begriff, sich auf ganz Deutschland und sogar auf das linke Rheinufer auszudehnen“. (Morgan, Assize, S. 148-153, wörtliches Zitat S. 153; vgl. ders., Disarmament, S. 439 f., und Nolle, S. 227 f.) Diese These übersteigerte gewisse Momente zu einem verzerrten Gesamtbild. Anders ein Memorandum von Oberstleutnant Ryan in Köln, das bis auf einige Nebepunkte den Charakter der Aufstandsbe-  
wegung und ihre Auseinandersetzung mit der Reichswehr genau erfaßt. (DBFP, IX, S. 419-427)
- 30) PFR USA, S. 324 f.
- 31) Prot. and corr., S. 84 f.; Mehlich an Ausw. Amt, 1920-04-17, in AAPA: II F-M, A 6, Bd. 3; BA: R 43 I / 2728, Bl. 218; Nachrichtenblatt der Reichswehrbrigade 31, Nr. 17, in STAM: BK, vorl. Nr. 179. Nähere Angaben über den Truppenab-  
bau in Errettung, S. 224.
- 32) Prot. and corr., S. 93; DBFP, IX, S. 447 (mit Verweis auf Note vom 20. April: Prot. and corr., S. 83 f.; AAPA: II F-M, N 1, Bd. 3). Vgl. DBFP, VIII, S. 199.
- 33) Schreiben vom 26. April, in AAPA: II F-M, N 1, Bd. 3.
- 34) DBFP, VIII, S. 6, 222-225, 229, 231 f.; Prot. and corr., S. 96 f.; Benoist-Méchin,

- S. 120 Anm. 1. Zur Frage der Berechnung nach Kopfstärke vgl. Nolle, S. 228. Die Begrenzung der in der neutralen Zone stehenden Sipo auf 10.000 Mann war bereits am 6. März von der IMKK festgesetzt worden: Vogt, S. 237.
- 35) Beschlüsse der „Chefbesprechung“ vom 29. April — BA: R 43 I / 2718, Bl. 33 = Vogt, S. 174 f.
- 36) Dksch. RWM II, Anlagen 42, 44-53; BA: R 43 I / 2716, Bl. 58 f., 96, 108, 110, 112, 117-120, 126 f., 131-134, 145, 161 f., 191, 195, 229, 232 f., 254-256; ebd., 271, Bl. 32 f., 75, 108-110, 148; vgl. Nachrichtenblatt der Reichswehrbrigade 31, Nr. 16, 1920-04-18, in STAM: BK, vorl. Nr. 179.
- 37) Gefßler, S. 141 f., 297 f., gegen Rabenau, S. 241 f., 244; ferner Spethmann, S. 260-262; Errettung, S. 228 f.; STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 335, Bl. 740; Vw (Mo), Wf Mk (Mo), Fr (Ab), 1920-04-28. Zur Vorgeschichte des Konflikts: Watter an Noske, etwa 14. April, in NL Watter: Nr. 32; Watter an RWM, eingegangen 24. April, in BA: R 43 I / 2717, Bl. 162.
- 38) Severing, S. 222 f.
- 39) Ludwig in d. Preuß. LV, 29. April 1920 — Sitzungsberichte, Bd. 9, Sp. 11278; VstH, 1920-04-28, -30; BA: R 43 I / 2717, Bl. 38 f.
- 40) BA: R 43 I / 2717, Bl. 55.
- 41) Bl. 68 f. = Vogt, S. 180 f.
- 42) „Warum verzögerte sich die Abberufung v. Watters?“, in: Rh Ztg, nachgedr. in AZE, 1920-06-03; ähnlich bereits AZE, 1920-04-09.
- 43) Artikel von Rhode mit Nachschrift der Redaktion, in VfrR, 1920-05-06; Nrh Vst, 1920-05-11.
- 44) Wf Mk, 1920-04-28, Ab; Errettung, S. 229.
- 45) Vtr, 1920-05-27; ähnlich, jedoch weniger präzise: AA Kassel an preuß. Regierung, 1920-05-30, in BA: R 43 I / 2723, Bl. 11.
- 46) „Überblick über die Ereignisse seit dem 13. 3. 1920. Schlußbetrachtung“, dat. 1920-04-28, in NL Watter: Nr. 32.
- 47) v. Bock, S. 14.
- 48) BA: R 43 I / 2717, Bl. 79.
- 49) Bl. 56, 197.
- 50) Preuß. LV, Sitzungsberichte, Bd. 9, Sp. 11290 f.; vgl. DBFP, IX, S. 452.
- 51) BA: R 43 I / 2717, Bl. 73 f. = Vogt, S. 175 Anm. 3; Bericht über Remscheid: Bl. 84 f.
- 52) Ebd., 2718, Bl. 33; 2717, Bl. 107; Vogt, S. 174. — Düsseldorf Industrie fordert Besetzung: ebd., 2716, Bl. 194; 2717, Bl. 91, 123. — Ein Aufruf der SPD- und USP-Bezirksleitungen des Niederrheins gegen die drohende Besetzung der gesamten Region südlich der Ruhr (FPE, 1920-05-03; Vtr, VZD, FPD, 1920-05-04) wurde mit der Regierungsentcheidung zunächst gegenstandslos. Gefßler protestierte gegen die Regierungsentcheidung: Vogt, S. 185.
- 53) VZD, 1920-05-03; Plakat in StA Düsseldorf: XXIII 71; Errettung, S. 230 f.; DBFP, IX, S. 464 f.
- 54) RWM an Ausw. Amt, 1920-05-06; Ausw. Amt an Göppert und Schamer, 1920-05-09, in AAPA: II F-M, N 1, Bd. 3; DBFP, IX, S. 481; Vogt, S. 221; Errettung, S. 232.
- 55) DBFP, IX, S. 484 f.; Wüst, Bergschwinger und Darstellungen, V, wie oben S. XX Anm. 183.
- 56) Carsten, S. 108; Meier-Welcker, S. 275 Anm. 55; über die beabsichtigte Revision der 100.000-Mann-Grenze: Vogt, S. 242 mit Anm. 6, S. 317 Anm. 3, sowie das Auftreten Gefßlers auf der Konferenz von Spa (s. u.).
- 57) DBFP, IX, S. 349, 410, 458 f., 466 f., 470; Aufruf des SPD-Vorstands in Vw, 1920-

04-14, Mo; Vogt, S. 89-91, 146 f., 292-294; VstH, 1920-05-31 (Freikorps Pfeffer in Paderborn); vgl. Freksa, S. 198-200.

58) Errettung, S. 233.

59) Die 3. Marine-Brigade v. Loewenfeld, S. 18 f.; vgl. für die Marinebrigade Ehrhardt: DBFP, IX, S. 459, Mann, S. 213, und Freksa, S. 212 f.; für die gesamte neue Reichsmarine: Franke, S. 198 f., und Carsten, S. 109 f.

60) Ein anderes Beispiel: Aus dem Freikorps Roßbach, das im Mai 1920 offiziell aufgelöst, faktisch jedoch in die vom Pommerschen Landbund aufgestellte Selbstschutzorganisation aufgenommen wurde (Hannover, S. 154), ging eine Geheimorganisation nach Art der „Organisation Consul“, mit innerer Feme usw., hervor (Gumbel, Verschwörer, S. 88 ff.).

61) Carsten, S. 105 f.; Schüddekopf, S. 88, 114; Gumbel, Verschwörer, S. 101. Ein Beispiel aus Augsburg: RT, Sten. Berichte, Bd. 344, S. 419; Anlagen, Bd. 363, Nr. 128.

62) Vw, 1920-04-04; Kommentar in Fr, 1920-04-06, Mo.

63) Gumbel, Verschwörer, S. 34-43; Carsten, S. 104-106; Gordon, S. 132.

64) Otto Löffler: Aus dem Ruhrgebiet, in: Ff Ztg, Nr. 254, 1920-04-04.

65) RT, Anlagen, Bd. 412, Nr. 2860.

66) Severing, S. 223 f.

67) BA: R 43 I / 2699, Bl. 140, 142 f., 319; vgl. Schultheß, S. 93.

68) VstH, 1920-05-18, -26, -31 (über das bis Ende Mai in Witten liegende Freikorps Pfeffer; Entlarvung einer beschwichtigenden Notiz des Wehrkreiskommandos durch Zuschrift aus Paderborn).

69) Errettung, S. 232.

70) Waite, S. 292 (Ramshorn).

71) Vw, 1920-05-26.

72) BA: R 43 I / 2717, Bl. 107; Einsatzbefehl Würmelings: Arch. Forsch., II, S. 860 f. — Hagen: VstH, 1920-05-15; Elberfeld und Barmen: BMZ, 1920-05-19, Mo; Remscheid: VstH, 1920-05-28, u. BA: R 43 I / 2718, Bl. 63; gesamt: Errettung, S. 231 f. (Remscheid falsch datiert).

73) Sauberbrey im RT, 3. Aug. 1920 — Sten. Berichte, Bd. 344, S. 609.

74) BA: R 43 I / 2717, Bl. 210 f.; ebd. 2718, Bl. 46.

75) Winterhagen, S. 80 f. mit Anm. 2.

76) BA: R 43 I / 2718, Bl. 57-61 = Vogt, S. 284.

77) AAPA: II F-M, N 1, Bd. 3; Vogt, S. 311 f., bes. Anm. 6; vgl. Errettung, S. 225.

78) Schultheß, Teil II, S. 371-373; Morgan, Disarmament, S. 441 f.; Könnemann, Einwohnerwehren, S. 322.

79) Errettung, S. 232.

80) Vogt, Einleitung, S. XXXIV-XXXVI, 44-46, 77, 81-83, 95-103; Könnemann, Einwohnerwehren, S. 315 f., 319 f., 330 f.; Hoegner, S. 107-109; DBFP, X, S. 59 f., 63-65; Schultheß, Teil I, S. 92-94, 190.

81) Vogt, S. 236 f., 284 f. Anm. 5; Errettung, S. 233; Severing: Das neue preussische Polizeibeamten-Gesetz, in WAVZ, 1927-07-02.

### 3. Polemik, Selbstrechtfertigungen, Lernversuche

1) J. Ernst: Die Helfershelfer der Reaktion, in: VstH, 1920-04-03 (hieraus die wörtlichen Zitate); K. Ludwig: Vom 13. März bis heute, in: VstH, 1920-04-17; J. Ernst: Was lehren die Kämpfe im Industriebecken, in: VstH, 1920-04-23; Ludwig auf dem

a.o. Bezirksparteitag Westliches Westfalen, 24. April — VstH, 1920-04-26; Ernst in öff. USP-Vers. Bremen, 27. April — BAZ, 1920-04-28; Ludwig in d. Preuß. LV, 28. April — Sitzungsberichte, Bd. 9, Sp. 11167 f.

2) Konferenz in Barmen, 10. April — VZD = Vtr, 1920-04-12.

3) Teuber auf dem a.o. Bezirksparteitag Westliches Westfalen, 24. April, a.a.O.; Braß auf der USP-Kreis-Konferenz Düsseldorf, 25. April — VZD, 1920-04-27; vgl. den Leitartikel in VstH, 1920-04-16.

4) Zuschrift in VZD, 1920-04-15. Vgl. das Organisationsmodell, das Stern für den Fall einer Wiederholung des Kapp-Putsches (den er „fast mit Gewißheit“ erwartete) entwarf und mit dem er sogar noch die perfektionistische Konzeption des Zentralrats am Ende der Aufstandsbewegung (oben Seite 255) übertrumpfte: Nicht nur (!) der Generalstreik müsse die Antwort auf einen neuen Putsch sein, sondern auch die sofortige Wahl von politischen Arbeitern in allen Betrieben... Diese Arbeiterräte müssen sofort zu Vollversammlungen zusammentreten, ihre Vollzugsräte wählen, sich so rasch, als die Verhältnisse ermöglichen, Bezirkszentralen und einen Zentralrat für das ganze Reich schaffen. Bis zur Schaffung dieser leitenden Zentrale haben für das Reich der Berliner Vollzugsrat, für jeden einzelnen Bezirk der Vollzugsrat der wichtigsten, vorher zu bestimmenden Stadt als Zentralen zur einheitlichen Führung des Kampfes zu gelten“. (V. Stern: Bereit sein!, in BAST, 1920-05-28) Vgl. weiter Sterns Artikel „Sozialistische Regierung“, in AR, 1920, H. 14, S. 1-2.

5) Off. Vers. d. freien Gewerkschaftskartells, Duisburg, 11. April — RuR-Ztg, Nr. 161, 1920-04-12.

6) Sp, 1920-04-04, zit. bei Colm, S. 119. Ein Berliner KPD-Führer dagegen: „Das Bielefelder Abkommen entsprach vollständig der politischen Auffassung des Zentralrats“ (M. J. Braun unter dem Pseudonym „Spartakus“, S. 159).

7) Arch. Forsch., II, S. 841 Anm. 3.

8) Stellung der KPD, S. 511, 522. Auf dem 4. KPD-Parteitag, polemisierte Levi gegen Sabotagegedanken allgemein, ohne ihn der USP zuzuschreiben (Proc. S. 21 f.).

9) Düwell, S. 13, 16, 18, 33-36, 40.

10) Düwell, S. 13.

11) Zetkin, S. 159.

12) Thalheimer, S. 10.

13) KPD-Bezirkskonferenz Rheinland-Westfalen in Elberfeld, 12./13. Juni 1920 — RF, 1920-06-15. Vgl. den Aufruf der KPD-Bezirksleitung an die auf der Flucht befindlichen Parteifunktionäre in VstH, 1920-04-23 (Inserat).

14) Ludwig auf dem a.o. USP-Bezirksparteitag Westliches Westfalen, 24. April — VstH, 1920-04-26; Feststellung auf der USP-Kreis-Konferenz Hamm-Soest am 16. Mai über die Ortsgruppe Herringen — VstH, 1920-05-21; vgl. den Brief von Buskase namens der geflüchteten Parteigenossen aus Westfalen vom 28. April an die USP-Bezirksleitung, veröff. in der SPD-Presse, nachgedr. in VstH, 1920-05-28. Das USP-Blatt von Buer mußte sein Erscheinen einstellen (vgl. hierzu die Verhandlungen des a.o. Kriegsgerichts Essen gegen den Geschäftsführer Hammer — Bu Ztg, 1920-06-07).

15) VZD, 1920-10-01.

16) K. Ludwig: Das Bielefelder Abkommen, in VZD, 1920-10-13.

17) Braß und Merkel auf dem USP-Bezirksparteitag Niederrhein am 10. Oktober 1920 — VZD, 1920-10-12.

18) Ernst, S. 3 f.

19) USP-Parteitag Halle, S. 21 f., 29, 31-33, 35, 37, 46-48, 52 f., 58 f., 62-65, 68, 109-111; A. St. (Stroinski): Stoecker und Däumig als Bremser. Die verpaßte Gelegen-

heit, in VstH, nachgedr. in VZD, 1920-10-02. Lediglich im Kölner USP-Blatt hatte es bereits während der Aufstandsbewegung diesen Streit gegeben: Bartels hatte (vom sicheren besetzten Gebiet aus!) den Verratsvorwurf gegen Parteigenossen erhoben (Soz Rep, 1920-03-22), Dahlem hatte ihn zurückgewiesen (Soz Rep, 1920-03-31).

- 20) 4. KPD-Parteitag, Prot. S. 28 f., 33 f., 37-45, 53; Artikel von Braun (Pseudonym „Spartakus“), Meyer, Frölich, Thalheimer; Walcher äußerte sich nochmals 1926 zur Streiffrage.
- 21) Radek, S. 166 ff.; Lenin, Werke, Bd. 31, S. 97-99.
- 22) Radek, S. 174.
- 23) Walcher, KI-Kongreß, S. 89 f.
- 24) Die Kommunistische Internationale, 2. Jg., 1920, Nr. 10, S. 230 f.
- 25) Walcher, KI-Kongreß, S. 90.
- 26) STAM: BK, vorl. Nr. 139.
- 27) Bock, S. 228-233; zur Vorgeschichte der Spaltung der KPD vgl. S. 139-152.
- 28) Prot. des 4. KPD-Parteitags, passim, besonders die Resolution S. 26-28.
- 29) KPD-Bezirkskonferenz vom 18./19. April 1920 — RF, 1920-04-24.
- 30) Düsseldorf: BK, vorl. Nr. 179; Insetrat der KPD in VZD, 1920-04-29. Barmen: Vtr, 1920-04-30. Mit zur Düsseldorfer KAPD ging Hans Ficks, der Kampfleiter von Dinslaken. Eine Untersuchungskommission der Partei prüfte monatelang die über ihn kursierenden Gerüchte, die ihm Unterschlagungen bei der Roten Armee nachsagten, und kam im Oktober zu einem Ergebnis, das ihn nach ihrer Ansicht rehabilitierte. (STAM: BK, vorl. Nr. 182, Bericht vom 4. Aug. 1920; Erklärung der Untersuchungskommission in VZD, 1920-10-12)
- 31) Am 13. August 1920 erklärte Nickel in einer Rede in Mülheim, einerseits sei er antiparlamentarisch eingestellt, andererseits halte er nach wie vor „eine straffe zentralistische Organisation“ für notwendig (Nrh Vst, 1920-08-15). Brenner (Iserlohn), während der Aufstandsbewegung Mitglied des Zentralrats, kandidierte zunächst noch für die KPD zum Reichstag (BAst, 1920-05-27, Insetrat der KPD), warf aber einen Monat nach der Wahl der KPD öffentlich „Rechtsentwicklung“ vor (NFP, 1920-07-23).
- 32) FPE, 1920-04-14; Vtr, 1920-04-13; Rüge der KPD-Bezirksleitung: Stellung der KPD, S. 483.
- 33) STAD: Reg. Düsseldorf, 15473.
- 34) Roche (Hamburg) auf einer KAPD-Veranstaltung in Hagen, 27. Juli 1920 — NFP, 1920-07-30.
- 35) Vtr, 1920-05-12.
- 36) z.B. auf einer Veranstaltung in Barmen am 16. Juli 1920, in der der Referent aus Düsseldorf den zitierten Ausdruck verwandte — Vtr, 1920-07-20. Daß der Ausdruck berechtigt war, zeigt die Darstellung der KAPD von 1920 bei Bock, S. 240.
- 37) F. B.: Lehren aus der Bewegung im Ruhrgebiet, in: Synd, 2. Jg., Nr. 16.
- 38) Emil Rabold: Der Kampf der Arbeiter im Ruhrgebiet, in AR, 1920, H. 16, S. 12.
- 39) Niederrheinische Arbeiter-Zeitung, 1928-02-24.
- 40) FPE, 1920-04-08; Kommentar in Vtr, 1920-04-09. Ähnlich die MV des Ortsvereins Barmen am 14. April — FPE, 1920-04-17.
- 41) Geschäftsbericht des SPD-Bezirksvorstands Niederrhein in Nrh Vst, 1920-09-05.
- 42) Vw, 1920-04-15, Mo („Lehren des letzten Kampfes“). Vgl. Rh Ztg, 1920-04-07.
- 43) Sp, zit. in Rh Ztg, 1920-03-31; die WTB-Meldung in Mh Ztg, Cst Ztg, VstH,

1920-04-01, u. ö.

- 44) Rh Ztg, 1920-03-31; AZE u. Mh Ztg, 1920-04-07.
- 45) FPE, 1920-04-08; Kommentar in Vtr, 1920-04-09.
- 46) Vw, 1920-04-09, Ab. Vgl. die Erklärung von Schludtmann in der Stvv-Vers. Mülheim am 9. April, in der er die Ausübung einer Diktatur als unvereinbar mit den Prinzipien des Sozialismus bezeichnete (Mh Ztg u. Nrh Vst, 1920-04-11).
- 47) WAVZ, 1920-04-03 („Ist wirklich Friede?“).
- 48) Vw (Mo) u. AZE, 1920-04-09; Trem, 1920-04-07; Bäumen in Stvv-Vers. Dortmund, 12. April — Do GA, 1920-04-13, u. AZE, 1920-04-15; NV, Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5049; Achrzehn Tage, S. 14; Colm, S. 130; weitere Belege in den folgenden Anmerkungen.
- 49) öff. KPD-Vers. in Dortmund, 15. Aug. 1920 — STAM: Reg. Arnberg, I Pa 262 = Meinberg, S. 201-203. Die Lüge der SPD war umso offensichtlicher, als behauptet wurde, Meinberg habe die Reichswehr in der Nacht vom 1./2. April herbeigerufen; in Wirklichkeit hatte er sich in dieser Nacht höchst unfreiwillig in Münster befunden: s. oben S. 250.
- 50) VZD u. Vtr, 1920-04-12; Soz Rep, 1920-04-13 = Vtr, 1920-04-14; Fr, 1920-04-14, Ab.
- 51) Verfaßt von Buskase, Remscheid, 28. April, veröff. in der SPD-Presse, nachgedr. in VstH, 1920-05-28.
- 52) Vw (Mo), AZE, RE, 1920-04-10; VZD u. Vtr, 1920-04-12.
- 53) AZE, 1920-04-12 („Wir klagen an“). Ergänzend, mit ausdrücklichem Hinweis auf Sterns Leitartikel, AZE, 1920-04-14.
- 54) RE, 1920-04-17.
- 55) Arch. Forsch., II, S. 790 Anm. 3.
- 56) Volkwille, Gelsenkirchen, 1920-04-19.
- 57) RF, 1920-04-24.
- 58) Vw, 1920-04-10, Ab.
- 59) VfrR = Vbl, 1920-04-06.
- 60) AZE, 1920-04-12 („Wir klagen an“).
- 61) Etwa VfrR = Vbl, 1920-04-06. Vgl. h. s. (Hermann Salzmann) in VfrR, 1920-04-14, zum vertragsbrüchigen Vormarsch der Reichswehr.
- 62) VfrR = Vbl, 1920-04-08 („Militär-Diktatur“).
- 63) Achrzehn Tage, passim; Auszüge in Meinberg, S. 160-165. Der Untertitel „Schilde-rungen und Betrachtungen eines Dortmunder Arbeiters“ ist eine Irreführung; die Broschüre stammt mit Sicherheit aus der Feder eines Funktionärs. Diffamierung Cunos: Bäumen in Stvv-Vers. Dortmund, 12. April — Do GA, 1920-04-13; De-menti Cunos in Do GA, 1920-04-16; Stens in Hag Ztg, 1920-04-16, Ab; Cuno, S. 9 f. Vgl. auch Limbertz in d. Preuß. LV, 30. März — Sitzungsberichte, Bd. 8, Sp. 10565 f.
- 64) STAM: Reg. Arnberg, I Pa 262 = Meinberg, S. 173-207.
- 65) AZE, 1920-04-15, -16, -19, -22, 1920-05-11, -12.
- 66) pk. (Pierenkämper): Rückblick und Ausblick, in VfrR = Vbl, 1920-04-09.
- 67) Rede in Bielefeld, 11. April 1920 — Vw, 1920-04-12, -13; Preuß. LV, 29. April 1920 — Sitzungsberichte, Bd. 9, Sp. 11233 f.; Spethmann, S. 196, 263. Vgl. auch das zusammenfassende Urteil über die eigene Leistung bei Severing, S. 231.
- 68) Rhode: Generalleutnant v. Watter, in: VfrR, 1920-05-06.
- 69) NFP, zit. in VstH, 1920-04-21.



- 70) Resolution des westfälischen Provinzial-Ausschusses des Zentrums, Hamm, 12. April 1920 — Wf Mk (Mo) u. Wdt VZ, 1920-04-13; BA: R 43 I / 2716, Bl. 86 f., 268 f.; Severing, S. 201 f.; Trimborn in d. NV, 13. April 1920 — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5079.
- 71) Wf Mk, 1920-04-04 (Mo), -07 (Mo); Konen in öff. Zentrums-Vers., Münster, 8. April — Wf Mk, 1920-04-09, Ab; Weinbrenner in KVZ, Nr. 278, 1920-04-12 — Wf Mk, 1920-04-16, Mo; Trimborn in d. NV, 13. April — Sten. Berichte, Bd. 333, S. 5077 f. Vgl. auch die Resolution des Landwirtschaftlichen Hauptvereins für den Regierungsbezirk Münster vom 14. April — Vogt, S. 92 f.
- 72) Wf Mk, 1920-04-11, Mo; 1920-04-13, Mo (Nachschrift zu einem Artikel von Giesberts); 1920-04-16, Mo (Nachschrift zu einem Artikel von Weinbrenner); Teuber, S. 97 f.
- 73) Erwa VfrR, 1920-04-09 („Eine wüste Hetze“); VfrR = Vbl, 1920-04-13 („Zentrumswahlseige mit Hilfe der Reichswehr?“). Vgl. zum Verhältnis der Koalitions-partnerei Erger, S. 301.
- 74) Dksch. RWM II, Anl. 45.
- 75) Bkn, Nr. 15, 1920-04-10.
- 76) Kspbl, 1920, S. 218.
- 77) Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands (Hg.): Jahrbuch für 1920, S. 468 f.
- 78) RHW Ztg, Nr. 236, 237, 238 u. 243, 1920-04-07, -08, -10 („Der rote Terror und die Lehre daraus“, „Ein Schritt zur Räterediktatur“, „Zweiter Maß“, „Die zwei Gesichter“).
- 79) KZ, Nr. 319, 1920-04-03.
- 80) Allgäuer Zeitung, Nr. 106, zit. in FPE, 1920-05-28.
- 81) Ritter: Wohin der Weg?, in VstH, 1920-05-04.
- 82) W. Meis: Die nächste Aufgabe, in VstH, 1920-05-05.
- 83) Gustav Schneider: Revolutionserkenntnis, in VstH, 1920-05-29. Weit extremer verfocht Stern den Primat der politischen Räte vor den Parteien; s. oben Anm. 4.
- 84) Walter Meis: Zur Räte-Frage, in VstH, 1920-06-22.
- 85) VstH, 1920-04-26.
- 86) USP-Reichskonferenz 1.-3. September 1920, Prot. S. 127; vgl. den Widerspruch von Ernst, S. 137, und Dittmann, S. 170. — USP-Bezirksparteitag Niederrhein, 9./10. Oktober 1920 — VZD, 1920-10-12.
- 87) STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 262 = Meinberg, S. 196.
- 88) Meinberg, Watterwinkel, 1927-08-10 = Meinberg, S. 132.
- 89) VfrR, 1920-09-06.
- 90) Do GA, Nr. 231, 1920-08-23. Vgl. die Charakterisierung Stemmers bei Severing, S. 243 f.
- 91) Nrh Vst, 1920-08-15.
- 92) J. Kretzen: Absicht und Erfolg, in: BAsT, 1920-04-08; KPD-Bezirkskonferenz Rheinland-Westfalen in Elberfeld, 12./13. Juni 1920 — RF, 1920-06-15; Düwel, S. 37, 41.
- 93) Zetkin, S. 160.
- 94) I. B.: Der Verrat der Führer, in VfrR = Vbl, 1920-04-26.
- 95) K. Ludwig: Vom 13. März bis heute, in VstH, 1920-04-17; J. Ernst: Was lehren die Kämpfe im Industriebecken, in VstH, 1920-04-23; Ludwig in der GV der USP Hagen, 20. April — VstH, 1920-04-21; Hoffmann in der Kreis-GV der USP Elberfeld-Barmen usw., 16. Mai — Vtr, 1920-05-18.

- 96) Stellung der KPD, S. 481.
- 97) Kretzen: Absicht und Erfolg, in BAsT, 1920-04-08.
- 98) Bu Ztg, 1920-04-09.
- 99) K. Ludwig in VstH, 1920-04-19; vgl. die GV der USP Hagen, 20. April — VstH, 1920-04-21.
- 100) K. Ludwig in VstH, 1920-04-19.
- 101) Wie Anm. 94.
- 102) GV der USP Hagen, 20. April — VstH, 1920-04-21.
- 103) Hoffmann in der Kreis-GV der USP Elberfeld-Barmen usw., 16. Mai — Vtr, 1920-05-18; u. ö.
- 104) Wie Anm. 97.
- 105) STAM: Reg. Arnsberg, I Pa 270, Nachrichtenblatt Nr. 20, 1921-01-07.
- 106) Dui GA, 1921-01-20, -21, 1921-02-02; STAM: BK, vorl. Nr. 81 (1921-02-04, 1921-03-13); Remmele und Levi im RI, 24. und 26. Januar 1921 — Sten. Berichte, Bd. 347, S. 2081, 2156. Zu Schroer vgl. weiter: Weber, II, S. 290.
- 107) Chronik Stadt Essen 1920, S. 91 f.
- 108) v. Z.: Kapp-Putsch im Ruhrgebiet, in: Vom Bürgerkrieg. Ein Sammelband (Hef 1-6), 1924, S. 95-101, hier S. 100 f. Über diese Zeitschrift siehe Karl Reizlaw: Spartakus, Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt 1971, S. 261 f., 274.
- 109) Alfred Langer: Der Weg zum Sieg. Der Aufstand als Kunst im Lichte des Marxismus, Zürich 1927 (der Druckort ist fingiert); Exemplar im Bundesarchiv Koblenz. Über die Autoren siehe das in Anm. 111 genannte Buch, Einleitung von Erich Wollenberg, Anm. 3. Die Äußerung von Engels (damals noch fälschlich Marx zugeschrieben): MEW, Bd. 8, S. 95.
- 110) Langer, a.a.O., S. 16; das Lenin-Zitat S. 14.
- 111) A. Neuberg: Der bewaffnete Aufstand. Versuch einer theoretischen Darstellung, Zürich 1928 (Druckort fingiert), Neudruck Frankfurt 1971.
- 112) Wolfgang Abendroth: Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt 1976 (ed. suhrkamp 820), S. 128-130, insbes. über die bestehende Kampfvereitschaft. Vgl. Erich Matthias in: Matthias/Morsey (Hg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960, S. 136 f., 139-143.
- 113) Otto Braun, S. 405; Carl Severing: 20. Juli 1932, in: Die Gegenwart, 2. Jg., Nr. 13/14, S. 16; ders., Lebensweg, II, S. 357; Erich Matthias (vorige Anm.), S. 138; Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik, 4. Aufl. Villingen 1964, S. 593. Auf S. 596 seines Standardwerks verfälscht Bracher in stärkstem Maße die historische Wirklichkeit, indem er schreibt, daß 1920 „ein Reichspräsident wie Friedrich Ebert den Kampf gegen die Verfassungsbrecher anführte und dabei nicht nur von der Arbeiterschaft, sondern auch von der Beamtenschaft und einem Großteil der Reichswehr und der Polizei unterschieden unterstützt wurde“. Was Bracher dann über 1932 sagt — daß „nur mit unbewaffneten Arbeitern und vielleicht einem Teil der Polizei und Beamtenschaft, auf der anderen Seite aber mit der Gegnerschaft eines Reichspräsidenten v. Hindenburg, seiner Regierung und der gesamten bewaffneten Macht zu rechnen“ war, „die jeden Widerstand als Meuterei und Aufruhr behandeln würden“ — das trifft, setzt man Ebert statt Hindenburg, ziemlich genau die Situation von 1920. — Otto Wels hat bereits unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Staatsreichs in einer Besprechung mit dem ADGB-Vorstand den Vergleich mit 1920 gezogen — Adolph, S. 243.
- 114) Severing schreibt, daß von 85-90.000 preußischen Polizeibeamten, von denen „der größte Teil ... zur Preußenregierung gestanden hätte“, nach den alliierten Bestimmungen „nur 30.000 Mann für einen bewaffneten Einsatz kaserniert und in

Kampfbereitschaft“ standen (Lebensweg, II, S. 354; die Zuverlässigkeit der Polizei hat Severing noch einmal kurz vor seinem Tode gegenüber Karl Dietrich Bracher betont: Zeitschrift für Politik, N. F. 3, 1956, S. 247). Dieses „nur“ wendet sich in doppelter Weise gegen Severing: Die Arbeiter von 1920 wären froh gewesen, hätten sie 30.000 Polizisten im Kampf an ihrer Seite gehabt; noch froher, hätten sie die Ausrüstung der restlichen 55-60.000 in die Hand bekommen! — Für den Verzicht auf den Generalstreik hat Severing eine doppelte Begründung gegeben: 1. während im März 1920 kaum Arbeitslosigkeit bestand, gab es im Juli 1932 6 Millionen Arbeitslose; 2. „Hunderttausende von Mitgliedern der SA (hätten sich) auf die verlassenen Arbeitsplätze gestürzt, um die verhafteten marxistischen Gewerkschaftler dauernd dem Arbeitsprozeß zu entziehen“ (20. Juli 1932, a.a.O., S. 16) Auf das zweite Argument mußte sich der alte Gewerkschaftler Severing von der Redaktion der bürgerlichen Zeitschrift „Die Gegenwart“ erwidern lassen, es leuchte nicht ein, „daß die deutsche Industrie während eines Generalstreikes von den deklarierten Hauten der SA zu führen“ gewesen sei. (3. Jg., Nr. 7/8, S. 17) Bleibt die erste Behauptung, ein Generalstreik sei bei 6 Mill. Arbeitslosen aussichtslos gewesen. Sie wird in der Literatur ständig wiederholt, wird dadurch aber nicht plausibler. Es ist unmöglich, bei einem Generalstreik die stillgelegten Betriebe in kurzer Zeit — und das ist hier entscheidend! — mit Hilfe von Arbeitslosen wieder in Gang zu setzen, was z.B. Bracher in aller Naivität annimmt (S. 599), wobei es eine weitere unbewiesene Behauptung ist, alle Arbeitslosen von 1932 hätten kein Klassenbewußtsein gehabt. Vor allem aber ging es ja in der Entscheidung von 1932 nicht nur um den Generalstreik — dieser allein hätte in der Tat nichts gegen Papen und die hinter ihm stehenden Kräfte ausgerichtet —, sondern um die Frage: bewaffneter Widerstand oder nicht? Und diese Frage hatten die SPD-Führer schon 1920 ohne Zögern negativ entschieden.

- 115) Otto Braun, S. 410; Grzesinski abgedr. bei Erich Matthias, a.a.O., S. 225 f.; Stampfer, S. 581.  
 116) BA: R 43 I / 2718, Bl. 57-61 = Vogt, S. 285 f.  
 117) Dksch. RWM I, S. 1.  
 118) Dksch. RWM II, S. 1.  
 119) Dksch. Wk.kdo Münster I, S. 2.  
 120) S. 2-6.  
 121) Vgl. Lucas, Zwei Formen von Radikalismus, passim, bes. S. 114, 172, 268 f.  
 122) Dksch. Wk.kdo Münster I, S. 6-10.  
 123) Dksch. Wk.kdo Münster II, passim, bes. S. 1-3, 6-10, 15, 17, 19. Eine Vorstudie zu dieser Denkschrift, verfaßt von Kriegsgenrat Dietz beim Wehrkreiskommando, in STAM: BK, vorl. Nr. 169. Besonders instruktiv und quasi eine Erläuterung der Denkschrift ist eine Besprechung in Münster am 14. Mai: Vogt, S. 245-249.  
 124) Dksch. Wk.kdo Münster II, S. 2, 17, 20.

#### 4. Ausblick

- 1) Lucas, Zwei Formen von Radikalismus, S. 124 f. mit den Quellenangaben auf S. 302 Anm. 18.  
 2) FPE, 1920-04-14; vgl. STAD: Reg. Düsseldorf, 15973.  
 3) Weber, II, S. 90. Ch. war Delegierter des USP-Parteitags in Halle, auf dem sich die Spaltung vollzog.  
 4) STAD: Reg. Düsseldorf, 15409, Bericht vom 6. Januar 1921.  
 5) BAst, 1928-08-02.  
 6) STAM: BK, vorl. Nr. 179, Bericht aus Bochum, 1920-04-10.

- 7) STAM: BK, vorl. Nr. 104.  
 8) STAD: Reg. Düsseldorf, 15622, Bl. 2, 3, 16 ff.  
 9) Weber, II, S. 111; Brauer, S. 39, 53.  
 10) STAM: BK, vorl. Nr. 148, darin Bericht Kölpins, 1925-12-19, mit handschriftlichen Notizen.  
 11) RF, 1920-04-24; vgl. Arch. Forsch., II, S. 794 Anm. 1.  
 12) Volkswille (SPD), Gelsenkirchen, 1920-04-19.  
 13) STAM: BK, vorl. Nr. 148, darin Bericht und handschriftliche Notizen Kölpins sowie h. (Hanstein?) an Untersuchungsrichter VI in Essen, 1921-02-28. Anklage auf Mord: Gumbel, Mord, S. 64.  
 14) Dksch. RJM, S. 29.  
 15) VfrR, 1923-01-02.  
 16) Auskunft von Karuseits Tochter, Frau Rosa Rotland, Gelsenkirchen-Bismarck, gegenüber Christoph Ebner, März 1978.  
 17) FPE, 1920-04-29.  
 18) Sauerbrey im RT, 26. Jan. 1921 — Sten. Berichte, Bd. 347, S. 2146; Vtr, 1920-12-30.  
 19) Adolph, S. 111.  
 20) Meinberg, S. 12-21, 158-223; korrigiert und ergänzt durch Auskünfte von Frau Caroline Meinberg am 1./2. April 1974, Brauer, S. 51, spricht von „Opportunisten“ Meinbergs während der Aufstandsbewegung 1920.  
 21) Drechsler, S. 47, 62 f., 65 f., 68, 75, 88, 91, 94, 100, 136.  
 22) Mitteilungen von Ulrich Klein und Klaus-Jürgen Scherer, den Verfassern der im Literaturverzeichnis genannten Arbeit über die Bürgerträte von Elberfeld und Barmen; Nachruf auf Sauerbrey in Ohl Anz, 1932-12-05.  
 23) Drechsler, S. 370.  
 24) SvA Witten: Personalnebenakte Karl Stemmer, Az. 881 ZZ, Bestand Bommern.  
 25) Brauer, S. 74.  
 26) RF, 1920-12-18.  
 27) Teuber, S. 110-116.  
 28) Auskünfte von Frau Caroline Meinberg, 1./2. April 1974, und von Herrn Horst Sieker, Stuttgart, Dezember 1977.  
 29) Gründungsparteitag der KPD, S. 334; Mitteilungen von Richard Reichmann, Oxford; den Parteausschluß erwähnt auch Brauer, S. 47.  
 30) RF, 1920-04-24.  
 31) STAD: Reg. Düsseldorf, 15565.  
 32) Angaben aus verschiedenen Lexika und Handbüchern.  
 33) Deutsches Führerlexikon 1934/35, S. 113.  
 34) NL Glöck: Nr. 1.  
 35) Hugh Thomas: Der spanische Bürgerkrieg, Berlin/Frankfurt/Wien 1961, S. 260, 371, 473.  
 36) Waite, S. 286.  
 37) Errettung, S. 20 Anm. 2.  
 38) Westfalenpost, 1961-03-24.  
 39) Hinweis des Stadtrarchivs Hagen; Adreßbücher der Stadt Hagen.  
 40) Die 3. Marine-Brigade v. Loewenfeld, S. 19 f.  
 41) Gumbel, Verschwörer, S. 41.  
 42) RhW Ztg, Nr. 561, 1934-11-05.

- 43) Deutsches Führerlexikon 1934/1935, S. 250.
- 44) Mitteilungen der Archive von „Spiegel“ und „Stern“ an Herrn Albert Nohl, Gummersbach.
- 45) Aus dem Freikorps Lichtschlag: Rudolf Beiber; Freikorps Lützow: Friedrich Eichinger; Marinebrigade Loewenfeld: Franz Gutsmeidl, Hans Ramshorn; Brigade Epp: Hans Baumann, Wilhelm Denner, Hans Frank, Karl Fritsch, Hans Georg Hofmann, Johann v. Malsen-Ponickau, Hans Schemm, Karl Schlumprecht, Wilhelm Stückart, Gerhard Wagner, Wilhelm Weiß; Freikorps Roßbach: Kurt Daluge. (Waite, S. 286-295; Deutsches Führerlexikon, II, S. 27-39)
- 46) Robert Bergmann (Brigade Epp), Karl Ernst und Edmund Heines (Freikorps Roßbach) — Waite, S. 286-289; Deutsches Führerlexikon, II, S. 27, 29, 30.
- 47) StA Dortmund: Do n 337.
- 48) Do GA, 1920-07-22.
- 49) BA: R 43 I / 2705, Bl. 212-216, 236 f.; ebd., 2718, Bl. 37; Vogt, S. 306, 327 Anm. 1.
- 50) Oskar Hoffmann: Zur Reform des Polizeiwesens, in Vtr, 1920-04-23 = VstFH, 1920-04-27; Ernst, S. 59 f.
- 51) T. (= Heinrich Teuber): Ein Apostel der sozialen Verständigung, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft, 4. Jg., Nr. 2, 1926-01-14.
- 52) Führerlexikon 1934/1935, S. 305 f.
- 53) StA Münster: Vorlesungsverzeichnisse der Universität Münster 1933 bis 1935.
- 54) Waite, S. 293; Deutsches Führerlexikon, II, S. 35.
- 55) Severing, S. 231.
- 56) S. 242 f.
- 57) Kell, S. 530 f., 546-548, 625, 641.
- 58) Carl Severing — ein Freund der Bergarbeiter, in: Die Bergbau-Industrie, 1950, Nr. 22, S. 134.
- 59) Nach einem Brief im NL Watter, Nr. 39, identifiziert vom Postamt 31 Berlin, Schreiben an den Vf. vom 28. Oktober 1971.
- 60) RT, Anlagen, Bd. 411, Nr. 2789, S. 24.
- 61) NL Watter: Nr. 38.
- 62) Ebenda; RT, Sten. Berichte, Bd. 391, S. 8179, 8191 f., 8196; Meier-Weicker, S. 349 f., vgl. S. 571; Hürten, S. 131; -ub-. (= Heinrich Teuber): Ruhrkriegs-Andenken, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft, 4. Jg., Nr. 50, 16. Dezember 1926.
- 63) Meißner an Watter, 1922-09-30, in NL Watter: Nr. 39.
- 64) Watter an v. Campe, 1927-07-21, in NL Watter: Nr. 39.
- 65) Watter: Das Severing-Buch, in: WWZ, 1927-05-14, unter anderem Titel in: Das deutsche Tageblatt, Nr. 118, 1927-05-21 (NL Watter: Nr. 38); Gegenartikel Severings: Watters Tradition, in: WAVZ, 1927-05-20.
- 66) Severing, Lebensweg, I, S. 270.
- 67) Watter, S. 77.
- 68) Hürten, S. 131.
- 69) NL Watter: Nr. 55, S. 1-4, 12-14.
- 70) NL Watter: Nr. 55 b.
- 71) Westfälischer Kämpfer, Dortmund, 1930-03-12.
- 72) Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 1960-03-31 (StA Marl: Amt Marl, 133, A 13).
- 73) So in Pelkum — NL Glock: Nr. 1.
- 74) -r. (= Heinrich Teuber): Ein Fort der Republik, in: Sozialistische Politik und Wirtschaft, 5. Jg., Nr. 11, 1927-03-18.

- 75) Vbl, 1930-03-22.
- 76) Schmidt, Oberst von Baumbach, 1970-03-13; Auskunft von Kurt Schön, Dinslaken.
- 77) Siehe Anm. 84.
- 78) Ermittlungen von Christoph Ebner, Witten.
- 79) 700 Jahre Stadt Dorsten, 1951, S. 21.
- 80) RhW Ztg, Nr. 560, 1934-11-04.
- 81) RhW Ztg, Nr. 560 u. 561, 1934-11-04, -05.
- 82) Wie Anm. 79.
- 83) Beobachtungen des Vf.
- 84) Unterlagen im Stadtarchiv Remscheid.
- 85) Dierske, S. 39 f.
- 86) Auskunft von Ernst Schmidt, Altenessen.
- 87) Die 3. Marine-Brigade v. Loewenfeld, S. 17.
- 88) S. 12.
- 89) Kameradschaft der 3. Marinebrigade v. Loewenfeld, „Winkspruch Nr. 22“, April 1969, S. 2.
- 90) Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Bottroper und Gladbecker Ausgabe, 1970-04-20. Der die Gegendemonstrationen auslösende Zeitungsartikel: Barbara Fischer / Erhard Lucas / Edmund Riechmüller: Sie wünschen offiziellen Empfang über dem Folterkeller, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 88, 1970-04-16, S. 16.

## Quellen- und Literaturverzeichnis

(ergänzend zu Band 1 und 2)

### I. Quellen

#### 1. Zeitungen

Nrbl — Nachrichtenblatt des Wehrkreiskdos. VI für die Truppe, Münster (Nummern vom 19. bis 22., 26. bis 31. März, 1. bis 4. April 1920 in Staatsarchiv Münster: Büro Kölpin, Akte „Nachrichten des Generalkommandos des VII. Armeekorps“, Nummern vom 19. bis 24. März 1920 in Stadtarchiv Münster: Amt 43 E Nr. 4 a)  
Wf Anz — Westfälischer Anzeiger, Hamm

#### 2. Protokolle

Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, hg. v. H. Weber, Frankfurt/Wien 1969 (Politische Texte)

#### 3. Jahresberichte

Nienhaus, Albert: 50 Jahre katholische Kirchengemeinde St. Marien Dinslaken-Lohberg, o. J. (1966)

#### 4. Quellensammlungen

Vogt, Martin (Bearb.): Das Kabinett Müller I, 27. März bis 21. Juni 1920, Boppard 1971 (Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik)

#### 5. Denkschriften

Dksch. Wk.kdo Münster I = Erfahrungen politischer Art. Denkschrift des Wehrkreiskommandos 6, Münster, 16. Mai 1920, in: Stadtarchiv Münster: Amt 43 E Nr. 4 b  
Dksch. Wk.kdo Münster II = die in Bd. II, S. 238, aufgeführte „Denkschrift über die Mängel der außerordentlichen Strafrechtspflege im rheinisch-westfälischen Industriegebiet“, jetzt mit anderer Abkürzung

#### 6. Reden, Artikel und Schriften

Meinberg, Adolf: Aufstand an der Ruhr. Reden und Aufsätze, hg. v. H. G. Haasis und E. Lucas, Frankfurt/Main o. J. (1973)

Teuber, Heinrich: Für die Sozialisierung des Ruhrbergbaus, hg. v. H. G. Haasis und E. Lucas, Frankfurt/Main 1973

Wichmann: Der Zug der „Roten Armee“ durch das rheinisch-westfälische Industriegebiet im Frühjahr 1920. Arbeit für die „Große Berliner Polizei-Ausstellung 1926“ im Auftrage des Herrn Pol.-Präsidenten Melcher in Essen, Oberhausen 1926

#### 7. Erinnerungen

von Bock und Polach, Karl Friedrich: Westfälische Freikorps-Batterie v. Bock, Hamm 1934

Glettenberg, L.: Im Kampfe gegen die rote Armee, 1929 (Manuskript im Stadtarchiv Duisburg)

Die 3. Marine-Brigade v. Loewenfeld 1919/1920, hg. v. der Kameradschaft der 3. Marine-Brigade, Pflön 1963

## Quellen- und Literaturverzeichnis

### II. Literatur

Drechsler, Hanno: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim a. Glan 1965 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 2)

Friedrich, Adalbert: „Die Reichswehr kommt!“ Ein Bericht über die sogenannten Spar-taktenkämpfe in Raesfeld im März 1920 (Vortragsmanuskript), 1976

Goehrke, Klaus: Das Signal von Pelkum. Bericht über die Kämpfe zwischen Reichswehr und Koter Armee 1920 in Pelkum bei Hamm. (Westf.), hg. v. Pelkum-Komitee unter unter Koordination der VVN Kreis Unna-Hamm, 1978 (nach Abschluß des vorliegenden Bandes erschienen).

Hürten, Heinz: Das Wehrkreiskommando VI in den Wirren des Frühjahres 1920, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Freiburg, 15. Jg., 1974, S. 127-156

Kersken, Joachim: Die Ereignisse im März/April 1920 in Dinslaken infolge der Nieder-schlagung des Kapp-Putsches durch die Arbeiterschaft und als Teil der Aufstands-bewegung im Ruhrgebiet (Manuskript), Dinslaken 1977

Klein, Ulrich / Scherer, Klaus-Jürgen: Bürgerräte gegen die Arbeiterbewegung. Unter-suchungen und Dokumente am Beispiel Elberfeld-Barmen 1918-1922, Wentorf/Ham-burg 1976 (Die Arbeiterbewegung in den Rheinländern, Nr. 11)

(Liebrecht, Arthur:) Reichs-Tumultsdadengesetz. Reichsgesetz über die durch innere Unruhen verursachten Schäden vom 12. Mai 1920 nebst den Ausführungsbestim-mungen. Mit Erläuterungen von Arthur Liebrecht, Berlin 1921

Lucas, Erhard: Ein Augenzeuge über das Ende der „Roten Ruhrarmee“ 1920 in Dins-laken, in: Duisburger Forschungen, Bd. 22, 1975, S. 169-176

Lucas, Erhard: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main 1976

Rinne, Willi: Remscheid. Die deutsche Werkzeugstadt, Berlin 1939( Roemrike Berge. Streifzüge durch das bergische Wirtschaftsleben, Bd. 1)

Schaefer, Ph.: Geschichten der Stadt Haltern. Ein Heimatbuch, Haltern 1939

Theweleit, Klaus: Männerphantasien, 2 Bände, Frankfurt/Main 1977/78

Waite, Robert G. L.: Vanguard of nazism: the free corps movement in postwar Ger-many, 1918-1923, Cambridge/Mass. 1952 (Harvard Historical Studies. 60)

Das Deutsche Führerlexikon 1934/35, Berlin o. J. (1934)

## Bildnachweis

- S. 33 — Hans Roden (Hg.): Polizei greift ein. Bilddokumente der Schutzpolizei, Leipzig 1934, S. 42
- S. 42 — Hans Spethmann: Die Rote Armee an Ruhr und Rhein, Berlin 1930, Tafel 16
- S. 49 — Spethmann, Tafel 17
- S. 56 — Walter Frank: Franz Ritter von Epp, Hamburg 1934
- S. 103 — Stadtarchiv Remscheid
- S. 122 — Spethmann, Tafel 9
- S. 151 — Spethmann, Tafel 10
- S. 159 — Spethmann, Tafel 7
- S. 164 — Spethmann, Tafel 18
- S. 165 — Spethmann, Tafel 3
- S. 173 — Spethmann, Tafel 19
- S. 174 — Roden, S. 44
- S. 180 — Spethmann, Tafel 11
- S. 207 — Roden, S. 43
- S. 213 — Foto im Besitz von Herrn Wilhelm Mölleken, Dinslaken
- S. 225 — Spethmann, Tafel 14
- S. 228-
- 233 — Reichstags-Handbuch. I. Wahlperiode 1920, hg. v. Bureau des Reichstags, Berlin 1920; mit Ausnahme der Porträts von Cuno, Hasenclever, Hirdes, König, Lichtschlag, Ludwig (rechtes Foto), Schneider, aus: Hanno Lambers: Die Revolutionszeit in Hagen (Hagener Beiträge zur Geschichte und Landeskunde, Heft 5), Hagen 1963; der Porträts von Watter und Severing (rechtes Foto), aus: Spethmann, Tafel 1 und 32; des Porträts von Hermann Müller, aus: Martin Vogt (Bearb.): Das Kabinett Müller I, Boppard 1971; des Porträts von Meinberg, aus dem Privatbesitz von Frau Caroline Meinberg
- S. 273 — Aufnahme von Architekt Josef Kamps, Eppinghoven; Foto im Besitz von Herrn Wilhelm Mölleken, Dinslaken
- S. 287 — Foto im Besitz von Herrn Wilhelm Mölleken, Dinslaken
- S. 299 — dito
- S. 325 — Stadtarchiv Essen, Bildersammlung Spethmann
- S. 339 — dito
- S. 349 — dito
- S. 369 — dito
- S. 381 — Aufnahme von Architekt Josef Kamps, Eppinghoven; Foto im Besitz von Herrn Wilhelm Mölleken, Dinslaken
- S. 395 — Stadtarchiv Essen, Bildersammlung Spethmann
- S. 416 — Stadtbildstelle Essen
- S. 438 — (beide Aufnahmen) — Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Redaktion Hamm
- S. 439 — Foto im Besitz von Herrn Ernst Schmidt, Essen; es wurde ihm nach Abschluss eines 1963 gegen ihn geführten politischen Prozesses ausgehändigt
- S. 461 — Foto von Herrn Jochen Moll, Berlin/DDR
- Die Vorlagen für die Druckerei besorgte Reinhard Friedeck, Oldenburg, wofür ich ihm auch an dieser Stelle herzlich danken möchte.

## Register

Personen- und Ortsregister erschließen nur den Textteil, nicht die Anmerkungen. Nicht aufgenommen sind ferner Autoren, die nach 1945 publiziert haben. Personen, die bereits in den Registern des 1. und 2. Bandes erscheinen, werden nur mit Name, Vorname und Ort aufgeführt.

Abkürzungen: AA = Aktionsausschuß; AR = Arbeiter; IMKK = Interalliierte Militärische Kontrollkommission; LV = Landesversammlung; M. = Mitglied; MdNV = Mitglied der Nationalversammlung; MdR = Mitglied des Reichstags; RA = Rote Armee; RW = Reichswehr; Siv = Stadtverordneter; VA = Vollzugsausschuß; Vors. = Vorsitzender; VR = Vollzugsrat; ZK = Zentralkomitee; ZR = Zentralrat

## 1. Personenregister

- Adenauer, Konrad, Köln, Oberbürgermeister, 346
- Adler, Sergeant in der Marinebrigade Loewenfeld, 365, 370, 415
- Albert, Heinrich Friedrich, Berlin, Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, 289
- Allen, Henry T., Koblenz, amerikanischer General, 48, 51, 345 f.
- Anke, Buer, KPD, 195
- Anthe, Lohberg, Bergmann, Angeklagter im Sebold-Prozeß, 412
- Arnauld de la Perrière, Lothar v., Bataillonskommandeur in der Marinebrigade Loewenfeld, 315, 415
- Aulock, Hubertus v., 309, 355, 408, 460
- Bach, Langenfeld, M. d. Soldatenrats 1918, aktiver Anti-Kappist, 40
- Bäumen, Franz, Dortmund, SPD, Stv, Zivilkommissar, 364, 382
- Balke, Buer, USP, 116
- Bartcke, Bottrop, † 371
- Bartels, Arthur, Buer, 393
- Barthélemy, Berlin, französischer General, stellv. Vorsitzender der IMKK, 288
- Bauer, Gustav, Berlin, SPD, Reichskanzler, seit 27. 3. 1920 Reichsschatzminister, 17, 23 f., 35-39, 41, 44, 46, 52-55, 63 f., 66, 77, 81, 93, 117, 120, 146 f., 150-153, 158, 160, 211, 290
- Bauer, Max, Oberst, 405
- v. Baumbach, Oberst, Stabsoffizier Lettow-Vorbeck in Schwerin, Stadtkommandant von Essen, 324, 326, 361 f., 364, 377-379
- Beckfeld, Bottrop, Bergmann, † 10./11. 4. 1920, 370
- Behrs, Waldemar, Dortmund, 115, 138
- Bergmann, Essen, Maschinenschlosser, † 7. 4. 1920, 326, 413
- Berten, Peter, Düsseldorf, 136, 259
- Berthelot, Staatssekretär, Vertreter Frankreichs im alliierten Supreme Council in London, 50
- Bicking, Buer-Hassel, Bergmann, † 22. 4. 1920, 372
- Biege, Franz, Heinrich, Recklinghausen-Hochlar, Zauberkünster, † 3. 4. 1920, 367
- Biesgen, Heinrich, Mülheim, SPD, Dreher, M. d. VRs, 13
- Bißmann, Matthias, Bottrop, † 371
- Blankenkrodt, Herrmann, Weimar, Bergmann, † 3. 4. 1920 in Recklinghausen, 367 f.
- Block, Feldwebel im Freikorps Roßbach, 326, 413
- Blunck, Andreas, Berlin, DDP, seit 27. 3. 1920 Reichsjustizminister, 147, 209, 290, 387, 406
- Bötscher, Reinhold, Hervest-Dorsten, ehemal. M. d. Freikorps Lichtschlag, 196
- Bongartz, Gelsenkirchen, Oberfliegerleutnant, 131
- Borgmeyer, Wilhelm, Hamm-Bossendorf, KPD, Bergmann, M. d. AA, † 1. 4. 1920, 275
- Borgschulze, Hamm, städt. Beigeordneter, 371
- Bormann, Otto, Dortmund, 13
- Borucki, Bottrop, Schlosser, † 24./25. 4. 1920, 370, 414
- Bovensepen, Otto, Mülheim/Berlin, 142, 449
- v. Brandenstein, Oberstleutnant, Stadtkommandant von Unna, 356
- Braß, Otto, Remscheid, 9, 74 f., 78, 81, 138, 175, 293, 294-296, 311, 345 f., 375, 385 f., 425, 431-433, 446, 455
- Brauchisch, Walther v., Berlin, Generaloberst, 1938-1941 Oberbefehlshaber des Heeres, 465
- Braun, Otto, Berlin, SPD, seit 27. 3. 1920 preuß. Ministerpräsident, 9, 55, 57, 60, 65-68, 73-75, 94, 109, 146, 148, 450 f.
- Brecht, Arnold, Berlin, 158
- Brecht, Bertolt, Dichter, 459
- Brecht, Josef, aus Rheinsheim b. Bruchsal,

Kanalarbeiter,† 1. 4. 1920 in Hamm-Bossendorf, 275

Breiting, Datteln, Bergmann, Arbeiter-Samarter,† 1. 4. 1920 in Flaesheim, 275

Brenner, Karl, Iserlohn, Obsthändler, KPD, M. d. ZR Essen, 132, 242

Breuer, Düsseldorf, KPD, 259

Brockhaus, Ernst, Linden, Bergmann,† 3. 4. 1920 in Recklinghausen, 367

Bröker, Essen, Vorsitzender des Schwurgerichts im Wasserturn-Prozeß, 410

Brüggers, Kirchhellen, Amtmann, 315

Bucharin, Nikolaj, Moskau, ZK d. KP Sowjetrußlands, 435

Buhmeyer, Hermann, Mülheim-Heißen,† 6. 4. 1920, 366

Burgardt, Rudolf, Duisburg, 76

Busch, Johann, Elberfeld, USP, Gewerkschaftssekretär, M. d. AA, 261

v. Campe, Münster, Generalmajor, Kommandeur der RW-Brigade 31, vorübergehend Wehrkreiskommandant, 425

Charpentier, Fritz, Elberfeld, Kaufmann, KPD, M. d. AA, 61, 69, 84, 90, 95, 105, 261, 435, 455

Christmann, August, Barmen, USP, Parteisekretär, M. d. AA, 260

Cicero, 383

Clev, Peter v., Duisburg, Bauarbeiter,† 3. 4. 1920, 314

Colm, Gerhard, Düsseldorf/Washington, 88 f., 143, 182, 268

Cosmann, Otto, Recklinghausen, Kaufmann, 361

v. Cramon, Berlin, General, 40 f.

Cuno, Wilhelm, Hamburg, Generaldirektor der Hapag, 147

Cuno, Willi, Hagen, 16, 20, 38, 54 f., 64, 68 f., 71, 78, 99, 165, 175, 182, 262, 303, 313, 324, 337, 344, 350, 442

Curzon, George Nathaniel, London, engl. Außenminister, 44, 46

Däumig, Ernst, Berlin, 160, 223, 226, 329

Daluge, Kurt, M. d. Freikorps Roßbach, 1933, Generalleutnant der Preussischen Landespolizei, 446

Dann, August, aus Rothenbuch b. Lohr/Main, Kanalarbeiter,† 1. 4. 1920 in Hamm-Bossendorf, 275

Dann, Wilhelm, Bruder des vorigen, Kanalarbeiter, 275

David, Eduard, Berlin, SPD, Reichsminister ohne Portfeuille, 210

David, Hagen, Rechtsanwalt, 386

Degoutte, Mainz, frz. General, 345

Delmes, Hugo, Bochum, 115 f., 177, 455

Demott, Paul R., amerik. Journalist,† 7./8. 4. 1920 in Mülheim, 372 f., 392

Deusch, Karl, Mülheim, 239

Dietz, Münster, Kriegserichter beim Wehrkreiskommando, 391

Dittmann, Wilhelm, Berlin, ZK der USP, 218

Dohrmann, F., Berlin, Feldbischof, 465

Dröner, Ernst, Elberfeld, 167, 172, 261

Dubielzig, Reichswehragent, 441

Düwell, Wilhelm, Essen, KPD, M. d. ZR, 55, 90, 99, 140, 241 f., 293 f., 338, 432 f.; dessen Ehefrau, 242 f.

Ebert, Friedrich, Berlin, 9, 20, 24, 35, 39, 55, 93, 117, 121, 145-147, 149 f., 157, 160, 175, 266, 290, 320, 329, 332, 334, 376, 379, 397-399, 404, 427

Eckardt, Gustav, Remscheid, USP, Gewerkschaftssekretär, Stv. M. d. ZR Essen, 5, 171, 217 f., 221-224, 226, 251-253, 295, 328, 338, 443

Ehrhardt, Hermann, 405, 427

Eichhoff, Ernst, Dortmund, 35, 334

Eichhorn, Emil, Berlin, USP, MdNV, 204, 210

Ellinghaus, Wilhelm, Hagen, SPD, Rechtsanwalt, 48

Engelmann, Georg Eberhard, Langenbochum, Bergmann,† 3. 4. 1920 in Recklinghausen, 367

Engels, Friedrich, 259, 450

Enz, Wilhelm, Barmen, 78, 84

Epp, Franz v., 107, 241, 250, 323, 335, 459 f., 466

Eppstein, Eugen, Essen, Buchhändler, KPD, M. d. ZR, 24, 99, 256, 455

Ernst, Josef, Hagen, 9, 17, 19, 21, 29, 36 f., 75 f., 81, 93 f., 96, 99 f., 102, 104, 111 f., 123 f., 131, 134, 139, 141, 143, 163, 165, 170, 175, 241, 244-248, 265, 313, 344-346, 371, 403, 431-433, 440, 448

Ernst, Otto, Bockholt, Bergmann,† 3. 4. 1920 in Recklinghausen, 367

Erzberger, Matthias, Zentrum, 1919/20 Reichsfinanzminister, 422

Faupel, Wilhelm v., 277 f., 460

Fehrenbach, Constantin, Berlin, Zentrum, seit 25. 6. 1920 Reichskanzler, 404

Felden, Jakob, Buer, KPD, 136

Ficks, Hans, Düsseldorf/Dinslaken, 12, 142, 186, 258

Fiedler, Friedrich, Herringen, Bergmann,† 1. 4. 1920 in Pelkum, 280

Finke, Bottrop,† 371

Fischer, Ruth, Berlin, 1924/25 ZK d. KPD, 456 f.

Fischer, Buer, Kriegsgerichtsrat, 390, 398

Floh, Ortskommandant d. RA in Menge, 185

Foch, Ferdinand, frz. Marschall, 43, 46, 49 f., 153 f., 156, 204 f., 286

Fockenberg, Wilhelm, Kirchhellen, Arbeiter,† 3. 4. 1920 in Bottrop-Eigen, 315

Förling, Raesfeld, 120

Forget, Albert, Recklinghausen-Stüd, Bergmann,† 2. 4. 1920, 279

Franco, Francisco, 460

Franz, Major, Generalstabschef der 3. Kavallerie-Division, 378

Friesland, Ernst (Deckname für Ernst Reuter), Berlin, 1921 Generalsekretär der KPD, 495

Frowein, Abraham, Elberfeld, Textilfabrikant, Präsidiumsmitglied des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“, 77, 200, 426

Fürth, Hamm, 67

Fumetti, Bernhard v., Berlin, Hauptmann, Vertreter des Reichswehrministeriums in der Reichskanzlei, 296

Gabcke, Hauptmann, Freikorpskommandant, 460

Garrett, Captain, Köln, engl. Stabsoffizier, 51

Georg, Duisburg-Beeck, Arbeiter,† 3./4. 4. 1920, 369

Geffler, Otto, Berlin, DDP, seit 25. 3. 1920 Reichswehrminister, 9, 132, 146 f., 149 f., 152 f., 209 f., 214, 216, 268 f., 284, 290, 328-330, 333 f., 346, 387 f., 428 f., 463

Giebel, Berlin, M. d. ADGB-Vorstands, 243

v. Gienandt, Major, Stabsoffizier der 3. Kavallerie-Division, 308

Giesberts, Johann, Berlin, 9, 55, 58, 64, 66, 68, 73-75, 77-84, 89, 94, 109, 149, 150 f., 254, 290, 378, 415, 443

Gigowski, Gustav, Hagen, KPD, M. d. AA, 243

Gillhausen, Bruno v., 14, 47, 346 f.

Göppert, Otto, Paris, Gesandter, Leiter der dt. Friedensdelegation, 9, 41, 153 f., 219, 288

Goldmann, Haspe, Zentrum, M. d. „Arbeitsgemeinschaft zum Schutze der Verfassung“, 48

Gräf, Eduard, Frankfurt/M., SPD, 1918/19 Unterstaatssekretär im preuß. Wohlfahrtsministerium, M. d. Preuß. LV, 148

v. Gräfe, Mdr, deutschvölkisch, 463

Graf, Paul, Duisburg-Beeck, Bergmann,† 3./4. 4. 1920, 368 f.

Graff, Commandant, Spezialbeauftragter der IMMK, 308

Graßmann, Peter, Berlin, M. d. ADGB-Vorstands, 138, 243, 293

Grützner, Walter, Senatspräsident, 418 f.

Grundmann, Lohberg, Bergmann, Angeklagter im Sebold-Prozeß, 412

Grzesinski, Albert, Berlin, 146, 451, 465

Guderian, Hauptmann, Kompanieführer im Jäger-Bataillon 10 unter Major Pfluger, 108

Gumbel, Emil Julius, Universitätsprofessor, 375, 408, 413

Haas, Otto, General, Kommandeur der östlich des Ruhrgebiets aufmarschierenden Division, 107, 194, 241, 279, 323 f., 362

Haase, Hugo, Berlin, 24

Hachmeyer, Speckhorn, Landjäger, 276, 410

Hamm, Recklinghausen, Zentrum, Erster Bürgermeister, 69 f., 79, 276, 278

Hammer, Gustav, Buer, USP, Stv. Gewerkschaftsführer des örtlichen USP-Blatts, Kassenverwalter des VRs, 195, 392, 397

Haniel von Haimshausen, Edgar, Berlin, 41, 43, 45, 290, 292

v. Hanstein, Münster, 70 f., 76

Harden, Maximilian, Berlin, 147

Hasberg, Anton, Oberhausen, USP, Montagearbeiter, Stv, 356

Hasse, Otto, Berlin, Oberleutnant, Reichswehrministerium, 152, 156, 289

Heer, Gottfried, Bergkamen, M. d. Arbeiterwehr,† 4. 4. 1920, 371

v. Heeringen, Dortmund, 28, 417, 460 f.

Heine, Wolfgang, Berlin, 148, 158

Heine, Edmund, M. d. Freikorps Roßbach, Fememörder, SA-Chef von Schlesien, 1932 Mdr (NSDAP),† 30. 6. 1934, 418

Heinrichs, Gustav, Dortmund, Arbeiter,† 12./13. 4. 1920, 371, 412

Heinze, Rudolf, Berlin, DVP, seit 25. 6. 1920 Reichsjustizminister, 405 f.

Helbig, Richard, Duisburg, 266, 432

Hemmert, Heinrich, Osterfeld, Bergmann,† 3. 4. 1920, 314

Henke, Alfred, Bremen, 207, 209 f.

Hennig, Konrad,† 4. 4. 1920 in Lünen, 372

Henrich, Joseph, Erkenschwick, Bergmann,† 3. 4. 1920, 367

Hensmann, Karl, Elberfeld, KPD/KAPD, Kampfleiter d. RA, 261, 435

Hermanni, Friedrich, Pelkum, Bergmann,† 1. 4. 1920, 280

Hertz, Paul, Berlin, USP, Redakteur, 377

- Herwig, Albert, Hüls, Bergmann, Vors. d. USP-Kreisorganisation Recklinghausen-Borken, sowie dessen Sohn, 276, 410
- Hesselt, Essen, Landgerichtsrat, Untersuchungsleiter im Wasserturm-Prozess, 410
- Heuser, Sterkrade, Bürgermeister, 308
- Heymann, Walther, Bottrop, Kaufmann, 361
- Hidding, Wilhelm, Duisburg, Bauarbeiter, † 3. 4. 1920, 314
- Hiltentfink, Elisabeth, Marxloh, Witwe, † 2. 4. 1920 in Dinslaken, 271
- Hindenburg, Paul v., 409, 456
- Hirde, Martin, Hagen, SPD, Parteisekretär, M. d. AA, 19, 30
- Hirsch, Paul, Berlin, 148, 158
- Hitler, Adolf, 459 f., 465
- Hoelz, Max, Vogtland, 135, 201, 340
- v. Hofmann, General, Kommandeur der 3. Kavallerie-Division, 107, 333
- Hoppius, Schernbeck, Arbeiter, M. d. VR, † 28. 3. 1920, 137
- Huck, Kray, Arbeiter, USP, am 9. 4. 1920 zum Tode verurteilt und verschleppt, 375
- Hue, Otto, Essen, 243
- Hülbusch, Stephan, Speckhorn, Bergmann, USP, M. d. VA für Recklinghausen-Land, † 1. 4. 1920, 276, 300
- Hütter, Mülheim-Heißen, † 6. 4. 1920, 366
- Hugo, Otto, Berlin, DVP, MdNV, 207 f.
- Husemann, Fritz, Bochum, SPD, Vors. d. freien Bergarbeitergewerkschaft, 61, 70, 78, 459
- Ibanetz, Otto, Elberfeld, USP, M. d. AA, 261
- Imbusch, Heinrich, Essen, 61, 84
- Jagow, Traugott v., Berlin, 405, 409
- Jakobi, Lohberg, Schlosser, Angeklagter im Sebold-Prozess, 412
- Jarres, Karl, Duisburg, 69 f., 79, 104, 118 f., 125, 135, 188, 190, 334 f.
- Jostmeier, Bernhard, Haltern, Schreiber, † 17./18. 4. 1920, 372
- Junker, Recklinghausen, KPD, M. d. VR, am 22. 4. 1920 zum Tode verurteilt, 398
- Kabisch, Ernst, Wesel, 9, 128 f., 137, 269, 285, 296, 333, 355
- Kämpfner, Otto, Bochum, KPD, M. d. AR, 176, 240
- Kahl, Wilhelm, DVP, MdR, 406
- Kahr, Gustav v., München, Bayr. Ministerpräsident, 429
- Kammerer, Karl, Bergkamen, Bergmann, † 4. 4. 1920, 371
- Kampmann, Hermann, Herringen, Bergmann, KPD, † 31. 3. 1920, 238
- Kapp, Wolfgang, Königsberg/Berlin, 15 f., 21, 28, 31, 35, 40 f., 46, 53, 57, 63-65, 67 f., 73, 99, 107, 147, 167, 170, 175, 181, 209, 215, 405 f., 408-411, 415, 424 f., 427, 433, 437, 441-444, 451 f., 460, 463 f.
- Karusseit, Gottfried, Gelsenkirchen, 9, 97 f., 100 f., 126 f., 138, 196 f., 412, 441, 456
- Katz, Berlin, Kaufmann, 237 f.
- Kaupisch, Kassel, Major, RW-Gruppenkommando II, 153
- Kemnade, Konteradmiral der Bundesmarine, 467
- Kessels, Paul, Buer, 96
- Kläs, Engelbert, Essen-Holsterhausen, Metallarbeiter, † 6. 4. 1920, 365 f.; dessen Mutter, 366
- Klausner, Dortmund, Landrat, 302
- Klee, Paul, Maler, 402
- Kloft, Christian, Essen, Zentrum, 2. Vors. d. christlichen Metallarbeiterverbandes, Stv, 84
- v. Kluge, Münster, General, um 1934 Wehrkreiskommandant, 466
- Klupsch, Franz, Dortmund, SPD, Stv, M. d. SPD-Bezirksleitung Westliches Westfalen, 84, 443
- Koch, Albert, Recklinghausen, Beamter im städt. Handwerks- und Gewerbeamt, 277
- Koch, Erich, Berlin, 9, 150, 207, 290 f., 293, 334, 399 f., 406
- Koch, Hubert, Duisburg, Union, Vors. d. Exekutivkomitees, 9, 13, 117, 125, 188 f., 265, 432, 435, 459
- Köhl, Louis, Datteln, M. d. VR, † 2. 4. 1920, 310, 374
- Kölpin, Heinz, Münster, 356
- König, Arthur, Essen, Buchhändler, KPD, M. d. VR, 136
- König, Max, Arnsberg, 18 f., 27, 75, 303 f.
- Köster, Elberfeld, USP, M. d. AA, 261
- Kolb, Elberfeld, SPD, Parteisekretär, 167 f.
- Kolbe, Hans, Bataillonskommandeur in der Marinebrigade Loewenfeld, 460
- Kornatz, Wilhelm, † 4. 4. 1920 in Lünen, 372
- Krakowczyk, Franz, Datteln, USP, Gemeindevorsteher, Amtsverordneter, M. d. VR, 310
- Krause, Hermann, Bruckhausen, Bergmann, † 2. 4. 1920, 270
- Kretzen, Johannes, Solingen, USP, Redakteur, 448
- Kreuer, Essen, Rotgardistenführer, 320
- Kreutz, Buer, Stadtrat, 395
- Krischak, Wilhelm, Gelsenkirchen, Orts-
- kommandant d. RA, 264
- Krüger, Franz, Berlin, 148
- Kümmel, Otto, Buer-Scholven, Bergmann, Rotgardistenführer, 397 f.
- Kuhn, Hünxe/Bruckhausen, Kampfleiter d. RA, 9, 129, 137, 269 f.
- Kullrich, Friedrich, Dortmund, Stadtbaurat, 321
- Lachaise, Theodor, Essen, USP, Redakteur, 378 f.
- Lamp, Bernhard, Elberfeld, 456 f.
- Landé, Hugo, Elberfeld, 14
- Langersten, Ernst, Barmen, 458
- Langer, Paul, Duisburg-Beek, Bergmann, Knappschaftsältester, † 3./4. 4. 1920, 368 f.
- Legien, Carl, Berlin, 9, 145, 147 f., 208, 218, 220 f., 224, 328
- Lehmann-Russbildt, Otto, Berlin, Schriftsteller, 200
- Lehnemann, Heinrich, Bergkamen, 65
- Leidner, Karl, Mülheim, 9, 132, 134, 143, 296, 385
- Lembke, Mülheim, 266, 296, 451
- Lenin, Wladimir Iljitsch, 285, 357, 434, 436
- Lequis, General, 200
- Lettow-Vorbeck, Paul v., 35, 324 f., 408
- Leutner, Fridolin, Dortmund, Dekorateur, KPD, M. d. ZR Essen, 171
- Levetzow, Magnus v., Kiel, Konteradmiral, 408
- Levi, Paul, Berlin, Rechtsanwalt, 1919 bis Anfang 1921 KPD-Vorsitzender, 132-135, 143, 204, 210, 218, 455, 458
- Lichtenauer, Friedrich, Borbeck, Bergmann, M. d. Sicherheitswehr, † 7. 4. 1920, 326, 414
- Lichtschlag, Otto, 28, 66, 68, 73, 416, 424, 457, 460, 466
- Liebknecht, Karl, 107
- Limper, Datteln, Amtmann, 310
- Lindemann, Kiel, 408
- Lindenburg, Obergefreiter, 413
- Linzemeier, Julius Ernst, Leutnant im Freikorps Roßbach, 326, 330, 361 f., 364, 366, 413, 418
- Lippert, Maria, Bottrop, 365, 414 f., 417
- Lloyd George, David, London, engl. Premierminister, 9, 44, 50
- Löffler, Otto, Generalleutnant z. D., 32, 427
- Loewenfeld, Wilfried v., Freikorpskommandant, 137, 237, 316, 460
- Loos, Mülheim, städt. Beigeordneter, 296
- Lorenz, Münster, Hauptmann, 70, 76, 169, 173, 237, 243, 250
- Losowski, Salomon A., Moskau, Präsident
- der Roten Gewerkschaftsinternationale, 372
- Lolberg, Fritz v., Generalleutnant, Stabschef d. RW-Gruppenkommandos II Kassel, seit Mai 1920 Wehrkreiskommandant von Münster, 425, 428
- Ludendorff, Erich v., 113, 282, 459
- Ludwig, Konrad, Hagen, 9, 18-20, 37, 66-68, 93 f., 112, 165, 175, 301, 342, 350, 398, 404, 431, 433, 442, 446, 448, 457
- Lüdemann, Hermann, Berlin, SPD, M. d. Preuß. LV, seit 27. 3. 1920 preuß. Finanzminister, 148
- Lützwitz, Walther v., Berlin, 15 f., 21, 35, 46, 63, 147, 167, 209, 215, 405 f., 409, 425
- v. Lützuow, 408, 413
- Luther, Hans, Essen, 54 f., 69, 75, 150, 289, 311, 320, 326
- Luxemburg, Rosa, 107, 139, 242
- Mahnken, Heinrich, Leutnant, später Studiendirektor, 416, 460, 466
- Malzahn, Heinrich, Berlin, Schlosser, USP, Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlins, 218, 220
- v. Manstein, Paderborn, 65
- Markuse, Wilhelm, Recklinghausen, Arbeiter, KPD, M. d. VR, † 1. 4. 1920, 276-278, 413, 418
- Marx, Karl, 30, 382
- Maslow, Arkadij, Berlin, 1924/25 ZK d. KPD, 456 f.
- Maurer, Max, Essen, Straßenbahner, † 17./18. 4. 1920, 370, 414
- Mayer, Wilhelm, Paris, Geschäftsträger des Deutschen Reiches, 9, 43, 45 f., 154-156, 204 f., 212-214, 219, 287 f., 291 f.
- Mehlich, Ernst, Münster, 9, 18 f., 27, 53, 71, 131, 175, 248 f., 279, 301, 305, 313, 330, 335, 370, 388, 401, 443, 461 f.
- Meinberg, Adolf, Dortmund, 9, 13, 19, 25 f., 35, 104 f., 138, 240 f., 249 f., 257, 264, 300 f., 311 f., 321, 384, 390, 440, 442, 445 f., 457-459, 462
- Meinka, Josef, Bottrop, Bergmann, Rotgardist, † 18. 5. 1920, 370
- Meis, Josef, Hamm-Bossendorf, Lebensmitteihändler, † 1. 4. 1920, 274 f.; dessen Ehefrau Josefine, 275, 413
- Meis, Walter, Gevelsberg/Lünen, 143, 445 f.
- Melcher, Kurt, Essen, 462
- Merkel, Hermann, Solingen, 331, 343
- Merten, Wellinghofen, Amtmann, 321
- Meyer, Heinrich, Düsseldorf, SPD, M. d. Bezirksvorstands d. freien Gewerkschaften, 78
- Michels, Berlin, Major, Reichswehrminister-

rium, 153  
 Müllerand, Alexandre, Paris, frz. Ministerpräsident, 9, 41, 43 f., 46 f., 50, 153-156, 205, 212-214, 219, 286-288, 291  
 Model, Walter, 460  
 Mückinghoff, Johann, Recklinghausen-Süd, Gastwirt, 1. 4. 1920, 278  
 Möller, Friedrich Heinrich, Recklinghausen-Süd, Bergmann, 16. 4. 1920, 372  
 Most, Otto, Duisburg-Ruhrort, DVP, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer, MdNV, 135, 266  
 Müller, August (Dudo), Mülheim/Walsum, 1. 31. 3. 1920, 9, 100, 129, 142-144, 177, 239, 322, 357 f.  
 Müller, Ernst, Duisburg, SPD, Zivilkommissar, 53, 385, 400  
 Müller, Hermann, Berlin, SPD, Reichsaussenminister, seit 27. 3. 1920 Reichskanzler, 9, 41, 46, 147, 156 f., 161, 167, 204-207, 210 f., 216-218, 286-292, 324, 328 f., 331 f., 334, 382, 399, 403  
 Müller, Duisburg, M. d. Exekutivkomitees, 125  
 Müller, Lohberg, Bergmann, Angeklagter im Sebold-Prozeß, 412  
 Münzberg, Hermann, Duisburg, 117, 459  
 Naendrup, Hubert, Münster, 462  
 Napierala, Walter, Lünen, 377  
 Nellessen, Elberfeld, KPD, M. d. AA, 243  
 Neysters, Gerhard, Gelsenkirchen, Vorzeichner, USP, Vorsitzender d. AA, 120, 130 f., 264  
 Nickel, Oskar, Mülheim, 26, 176 f., 183, 243, 245, 257, 318, 385, 435, 447,  
 Niemöller, Martin, Münster, 96, 283, 465  
 Nollet, Charles-Marie-Edouard, Berlin, frz. General, Vorsitzender der IMKK, 40 f., 45, 47, 156, 211, 286 f., 423, 429  
 Noske, Gustav, Berlin, 10, 22, 24, 39, 66, 132, 142, 145 f., 148 f., 158, 209 f., 464  
 Nowack, Anton, Franz, Johann, Paul (Brüder), Herringen, Bergarbeiter, zwei von ihnen 1. 3. 1920 in Herringen, Paul 1. 1. 4. 1920 in Pelkum, 238, 280  
 Obermeyer, Karl, Essen, SPD, Gewerkschaftsfunktionär, MdNV, Zivilkommissar, 362, 378  
 Oeser, Rudolf, Berlin, DDP, preuß. Arbeitsminister, 148  
 Oettinghaus, Walter, Milspe, 19, 67 f., 75, 101 f., 112, 119, 234, 257, 345 f., 403, 448, 458  
 Ogurek, Joachim, Herringen, Bergarbeiter, 281  
 Ohrmann, Bochum, Angestellter, SPD, M. d. AR, 240  
 Oleink, Fritz, Bottrop, 1. 371  
 Osterroth, Nicolaus, Berlin, SPD, MdNV, 138, 175, 217 f., 221, 224, 328, 425  
 Pabst, Waldemar, Hauptmann, 405  
 Paléologue, Maurice, Paris, Unterstaatssekretär im frz. Außenministerium, 43, 45 f., 154 f., 204 f., 212, 288  
 Papen, Franz v., Berlin, 1932 Reichskanzler, 1933 Vizekanzler unter Hitler, 450, 462  
 Paul, Walter, Ronnsdorf, 68, 78  
 Paulinc, Johann, Herringen, Bergmann, 1. 4. 1920 in Pelkum, 280  
 Pelledun, Richard, Bottrop, Bergmann, M. d. VR, 18. 5. 1920, 370  
 Pentoch, Fritz, Bottrop, Bergmann, M. d. RA, 1. 6. 4. 1920, 366 f.; dessen Vater, 367  
 Philipp, August, Bergkamen, Bergmann, 1. 23. 4. 1920 in Pelkum, 372  
 Picasso, Pablo, Maler, 353  
 Pieck, Wilhelm, Berlin/Essen, 5, 10, 95 f., 99 f., 100, 103, 109, 112 f., 123, 127, 132, 135, 139 f., 143, 171, 217, 222-224, 226, 251-253, 256 f., 295, 319, 328, 338, 432 f., 441  
 Pint, Katharina, Witten, Krankenschwester d. RA, 1. 4. 1920 in Pelkum, 281  
 Platzel, Emil, Essen-Schonnebeck, Arbeiter, zum Tode verurteilt und verschleppt, 375  
 Plenge, Oskar, Solingen, 271, 395, 398  
 Potlesney, Robert, 1. 4. 1920, 372  
 v. Preinitzer, Münster, Generalmajor, Kommandeur der Division Münster, 333  
 Prübe, Ewald, Lünen, 377  
 Rabold, Emil, Berlin, USP, Redakteur, 436  
 Radau, Erich, Pelkum, Bergmann, 1. 4. 1920, 280  
 Radbruch, Gustav, Universitätsprofessor in Kiel, später Heidelberg, SPD, 1920 MdR, 1921 Reichsjustizminister, 406, 408  
 Radek, Karl, Moskau, 357, 434  
 Rapczinski, Hedwig, Lohberg, 1. 2. 4. 1920 in Dinslaken, 271  
 Rathenau, Walther, Berlin, 1921 Wiederaufbauminister, 1922 Außenminister, 427, 457, 463  
 Raucher, Ulrich, Berlin, 290  
 Rehne, Georg, Reichwehrosoldat, Mörder des Grafen Otto v. Westerholt, 414  
 Reiber, Johann, Mülheim-Heißen, 1. 6. 4. 1920, 366  
 Reimann, Max, nach 1945 Vorsitzender der KPD, 439  
 Reismann-Gronc, Theodor, Essen, Zeitungsverleger, 1933-1937 Oberbürgermeister von Essen, 466  
 Rensmann, Albert, Barmen, KPD, M. d. AA, 243  
 Reusch, Paul, Oberhausen, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte, 135, 425  
 Reuß, Heinrich, Mülheim, 114, 141, 239  
 Rhode, Paul, Recklinghausen-Essel, SPD, Lehrer, Amtsvorsteher, 443  
 Rhone, Bottrop, 184, 309  
 Richter, Essen, Staatsanwalt, 410  
 Riesener, Hermann, Borbeck, Bergmann, M. d. Sicherheitswehr, 1. 7. 4. 1920, 326, 414  
 Riezler, Kurt, Berlin, Gesandter, Büro des Reichspräsidenten, 290  
 Ritter, A., Münster, USP-Kreisvorsitzender, 445  
 Ritzauer, Emil, Werne b. Langendreer, Arbeiter, 18./19. 4. 1920, 372  
 Roeb, Bernhard, Bottrop-Beilheide, 1. 5. 4. 1920, 370  
 Röhm, Ernst, Stabschef der SA, 460  
 Römer, Wilhelm, M. d. Akademischen Wehr, Münster, Rechtsanwalt, MDR, Gauführer der NS-Juristenvereinigung, 462  
 Rösner, Essen, Arbeiter, 1. 7./8. 4. 1920, 374, 413  
 Rogowski, Essen, Bergmann, 1. 7. 4. 1920, 326, 413  
 Rose, Bottrop, 1. 371  
 Rosenbaum, Klemens, Datteln, Arbeiter, 1. 2. 4. 1920, 310  
 Roßbach, Gerhard, 364, 413  
 Rüh, Josef, Funktionär d. „Reichsbundes der Kriegsbeschädigten“, 386 f.  
 Runge, Paul, Köln, SPD, Polizeipräsident, 348  
 Rusch, Oskar, Berlin, 218  
 Ryan, R. S., Köln, 171, 346  
 v. Salmuth, Hagen, 48, 73, 99  
 Salzmann, Hermann, Recklinghausen, 116  
 Sametz, Wenzeslaus, M. d. Marinebrigade Loewenfeld, 1. 28./29. 3. 1920 in Dorsten, 196, 456  
 Sasse, Ewald, Hagen, DDP, Oberstadtskretär, 61  
 Sauerbrey, Paul, Barmen, 19 f., 338, 380, 458  
 Schaumann, Amalie, Magdeburg/Hamborn /Dinslaken, KPD, 137, 385, 392, 468  
 Scheffler, Heinrich, Osterfeld, Bergmann, 1. 5. 4. 1920, 372  
 Scherer, Wetter, Metallarbeiter, am 20. 4. 1920 verhaftet und verschleppt, 377  
 Schiele, Naumburg, Minister der Kapp-Regierung, 409  
 Schiff, Victor, Berlin, 410  
 Schiffer, Eugen, Berlin, 55, 45, 147, 158  
 Schiller, Friedrich, Dichter, 116  
 Schiller, Max, Duisburg, 432  
 Schlager, Albert Leo, Batterieführer in d. Marinebrigade Loewenfeld, 120, 316, 416, 466  
 Schleicher, Kurt v., Berlin, Major, Reichswehrministerium, 158, 337  
 Schlicke, Alexander, Berlin, 147  
 Schuchmann, Wilhelm, Duisburg, 53-55, 150, 243, 464  
 Schluck, Karl, Bochum-Laer, Pferdemetzger, Führer d. Arbeiterwehr, 18./19. 4. 1920, 372  
 Schlüter, Niederbonsfeld b. Hattingen, Dreher, Angeklagter im Essener Wasser-turm-Prozeß, 411  
 Schmidt, Fritz, Bottrop, Arbeiter, 1. 371  
 Schmidt, Mülheim, städt. Beigeordneter, 317  
 Schmitt, Wilhelm, Düsseldorf, USP, Geschäftsführer des Allgemeinen Konsumvereins, 259  
 Schmitt, Buer, M. d. VR, 397  
 Schneider, Gustav, Hagen, 445, 448  
 Schneider, Wilhelm, Dortmund, 178  
 Schneider, Hauptmann, 358  
 Schnell, Elberfeld, SPD-Funktionär, 437  
 Schoch, August, Duisburg, 117  
 Schön, Paul, Lohberg, KPD, Stv. Armenpfleger, 1. 2./3. 4. 1920, 272  
 Schönbeck, Willi, Essen, 338  
 Schroer, Alfred, Essen, Bergmann, 449  
 Schubert, Hermann Karl, Recklinghausen-Essel, Bergmann, 1. 2. 4. 1920 in Suderwich, 309  
 Schubert, Dortmund, DVP, Werkführer, M. d. Magistrats, 1. 4. 1920, 301  
 Schüller, Remscheid, Rotgardistenführer, 185, 260  
 Schürmann, Johann, Essen-Holsterhausen, Arbeiter, 1. 6. 4. 1920 in Mülheim-Heißen, 365  
 Schulz, Freikorpskommandeur, 68, 128, 308, 365, 373, 413, 460, 466  
 Sebold, Joseph Wilhelm Heinrich, Lohberg, 412  
 Seeck, Hans v., Berlin, 10, 32, 45, 47, 64 f., 74, 86, 121, 123, 145, 150, 152, 156, 210, 268 f., 284, 289, 389, 424-429, 463  
 Seger, Friedrich, Leipzig, USP, Redakteur, MdNV, 208  
 Severing, Carl, Münster/Berlin, 10, 18 f., 26 f., 52-54, 56, 58-60, 62, 65-75, 77, 79-84, 92



- 86-90, 93, 107, 109, 111, 120 f., 131, 134, 148, 152, 161, 164 f., 167, 169, 173, 175, 189, 199, 210, 214-217, 221, 234-252, 257, 261 f., 264, 266-269, 279, 282, 284, 288 f., 291, 293, 298, 301, 303-307, 310-312, 321, 324, 329 f., 333-336, 343, 347-349, 370, 375, 382 f., 388, 397, 415, 421, 424-426, 428, 439, 442 f., 445, 450, 452, 457, 461-465, 467
- Siek, Friedrich, Altenessen, Straßenbahnschaffner, † 7./8. 4. 1920, 369
- Siemens, August, Essen, 384, 458
- Sinowjew, Grigorij, Moskau/Petrograd, Präsident der Kommunistischen Internationalen, 433-435
- Soyka, Joseph, Bottrop, Bergmann, M. d. Arbeiterwehr, † 3. 4. 1920, 315
- Spaniol, Nikolaus, Oberhausen, sowie dessen Vater Johann Spaniol, 385
- Spethmann, Hans, Köln/Essen, 9, 90 f., 168, 269, 284, 298, 374, 412, 425, 445, 451, 464, 466
- Spies, Berta, Steele, Arbeiterin, † 1. 4. 1920 in Bruckhausen, 270
- Spinraths, Peter, Essen, KPD/KAPD, M. d. VR, 136
- Stabla, Bottrop, Bergmann, † 371
- Stämpelmann, Bottrop, Anstreicher, 367
- Stamper, Friedrich, Berlin, 121, 437, 451
- Starck, Düsseldorf/Dinslaken, 142
- Staudt, Max, Recklinghausen, Geschäftsbesitzer, 361
- Steinbiß, Friedrich, Essen, Anstreicher, 373
- Steinert, Herne, Bergmann, † 9. 4. 1920, 372
- Steinhauer, Wilhelm, Essen, USP, Gewerkschaftssekretär, Siv, 326
- Stemmer, Karl, Bommern/Unna, 10, 26, 35, 61, 69, 75, 78, 84, 89, 96 f., 100 f., 195, 201, 239, 283, 385, 390, 446, 458
- Stendeback, Elberfeld, KPD/KAPD, M. d. AA, 173
- Stens, Hermann, Hagen, 16
- Stern, Victor, Essen, 25, 94 f., 114, 171, 242, 252, 379, 431 f., 440, 458
- Stühamer, Friedrich, London, Geschäftssträger des Deutschen Reiches, 46
- Stinnes, Hugo, Mülheim, 417
- Störbrock, Recklinghausen, Polizeibeamter, 413
- Stopikowski, Dortmund, Arbeiter, 364
- Stremmer, Johann, Kirchhellen, Bergmann, provvis. Gemeindeverwalter während des Aufstands, Organisator des örtlichen Sicherheitsdienstes, † 3. 4. 1920 in Bottrop-Eigen, 315
- Stuart, Harold, Koblenz, engl. Hochkommissar, 49-51, 292
- Südekum, Albert, Berlin, 148, 158
- 300, 313, 324, 329, 333 f., 336, 345, 347-349, 356, 375, 387-390, 397, 401, 410 f., 424-426, 443 f., 453, 463-466
- Weber, Adolf, Bottrop, Zimmermann, † 3. 4. 1920, 315
- Weber, Heinrich, Recklinghausen, Bergmann, † 3. 4. 1920, 367
- Weber, Max, Soziologe, 143
- Wedelstaedt, Carl v., Gelsenkirchen, 120, 130
- Wegmann, Paul, Berlin, USP, Zentrale d. Betriebsräte Groß-Berlins, 218, 220
- Weidenhaupt, Essen, Staatsanwalt, 410 f.
- Weidtkamp, Hermann (Saldo), Oberhausen, 257
- Weil, Karl, Bergmann, † 3. 4. 1920 in Unna, 317
- Weinbrenner, E., Duisburg, christl. Gewerkschaftssekretär, 75 f.
- Weismann, Robert, Berlin, preuß. Staatskommissar für die Überwachung der öff. Ordnung, 305
- Wels, Otto, Berlin, 146, 208
- Westarp, Kuno v., Berlin, DNVP, MdR, 463
- Westerholt, Otto v., Schloß Sythen, 359 f., 374, 390, 414
- Westerweg, Kray, Arbeiter, USP, am 9. 4. 1920 zum Tode verurteilt und verschleppt, 375
- Weygand, Maxime, frz. General, 43, 153-155
- Wieczorek, Major, Kommandeur des RW-Regiments 61, 274
- Wild, Anton, Duisburg, 10, 117, 125, 135, 142, 188 f., 265, 385, 408, 432, 435, 459
- Willumeit, Franz, Datteln, Schlosser, † 2. 4. 1920, 310, 374
- Wilms, Mülheim, städt. Beigeordneter, 296
- Windhoff, Karl, Düsseldorf, Fliesenleger, Syndikalist, 259
- Winkelhock, Heinrich, Elberfeld, SPD-ParteiSekretär, 167, 172, 261
- Winkelmann, Wetter, Bürgermeister, 52
- Wirth, Joseph, Berlin, Zentrum, seit 27. 3. 1920 Reichsfinanzminister, 147
- Witschel, Hermann, Essen, Arbeiter, † 7./8. 4. 1920, 374, 413
- Woldt, Richard, Duisburg/Münster, 439
- Woltmann, Oberhausen, Direktor der Gutehoffnungshütte, 135
- Würmeling, Bernhard, Münster, 10, 51, 151, 307, 386, 389, 399, 403, 428
- Zaisser, Wilhelm, Essen, Lehrer, M. d. Kampfleitung d. RA, 449, 459
- Zalden, Johann, Duisburg, Arbeiter, KPD, Kampfleiter d. RA, 117, 385, 459
- Suhr, Emil Ernst Friedrich, Langenbochum, Bergmann, † 3. 4. 1920 in Recklinghausen, 367
- Tappe, Duisburg-Beeck, Arbeiter, † 3./4. 4. 1920, 369
- Taus, Peter, Erkenschwick, Bergmann, † 3. 4. 1920 in Recklinghausen, 367
- Terboven, Essen, Gauleiter der NSDAP, 466
- Teuber, Heinrich, Bochum, 21, 240, 414, 431 f., 458 f.
- Thalheimer, August, Berlin, 432
- Thieme, Friedrich, Herringen, Bergmann, † 1. 4. 1920 in Pelkum, 280
- Thomas, Arthur, Düsseldorf, KPD/KAPD, 258
- Thyssen, Fritz, Mülheim, Industrieller, 463
- Töneböhn, Heinrich, Recklinghausen, SPD, Zivilkommissar, 116, 243, 246, 383
- Tomaszewski, Gotlieb, Werne b. Langendreer, Arbeiter, † 18./19. 4. 1920, 372
- Tombrock, Hans, Hörde, 321, 324, 411, 441 459
- Triebeil, Oskar, Barmen, Schlosser, KPD, M. d. AA, 61, 69, 84, 90, 95, 459
- Trimborn, Karl, Zentrum, MdNV, 443
- Trotzki, Leo, 57, 372, 436
- Ulbricht, Walter, 459
- Ullenaub, Elberfeld, SPD-ParteiSekretär, 167
- Vögler, Albert, Dortmund, Industrieller, 417
- Vogelsang, Hermann, Essen, Bergassessor, geschäftsführendes Mitglied d. Bergbauvereins, 466
- Voigt, Korrespondent des „Manchester Guardian“, 364
- Vollmerhaus, Karl, Berlin, USP, ADGB-Bezirkssekretär für Brandenburg, 243
- Wagner, Julius, Essen, Kaufmann, sowie dessen Ehefrau, 361 f.
- Walcher, Jacob, Berlin, 161, 223, 226
- Wallraven, Wattenscheid, Stadtbaurat, kommissarischer Bürgermeister, 263, 356
- Waltenbauer, Adolf, Recklinghausen, Kaufmann, M. d. Einwohnerwehr, 276, 413
- v. Wangenheim, Minister der Kapp-Regierung, Vors. d. Reichslandbundes, 409
- Watter, Oskar v., Münster, 10, 19-21, 28, 32-39, 41, 45, 51-58, 62-68, 70, 73 f., 77, 79-82, 84, 86, 90, 93, 102, 106 f., 120 f., 137, 146, 148 f., 152, 156-158, 164, 167-173, 175 f., 178 f., 181, 184, 191, 193, 198-200, 202, 210 f., 214-218, 222 f., 225, 227, 234-237, 240, 242, 244 f., 247-251, 253, 263, 268 f., 276, 285, 289-291, 297,

## 2. Ortsregister

- a) Rheinland-Westfalen
- Aachen, 352  
Ahlen, 63, 120, 130, 138, 176, 237  
Allena, 111, 131, 163, 336  
Altenbeken, 241  
Allenbochum, 263  
Altenssen, 317, 322, 324 f., 339, 369  
Annen, 456  
Aplerbeck, 12, 263  
Arensberg, 18, 56, 62, 75, 149, 192, 241, 303  
f., 321, 327, 329
- Bad Hamm, 240  
Barmen, 12, 14, 19, 22, 28, 33, 61, 69, 78,  
84, 105, 111, 119, 131, 139, 172 f., 235,  
243, 260 f., 313, 318 f., 323 f., 337 f.,  
344, 348, 351, 364, 377, 379 f., 420, 428,  
435-437, 452, 459  
Baukau, 198  
Beckum, 52, 63, 120, 130, 138  
Beeck, 31, 357, 368 f.,  
Benrath, 342  
Bergkamen, 65, 279, 282 f., 371 f.  
Beyenburg, 178  
Bielefeld, 5, 11, 18, 52, 54, 56, 58-107, 110-  
117, 119-121, 123 f., 126-128, 130-132,  
135-141, 143 f., 149-152, 157 f., 161, 163-  
167, 169 f., 172 f., 175 f., 178 f., 185,  
195, 198, 201, 209, 215, 217 f., 221-223,  
234-236, 243-247, 252-257, 262-264, 284,  
294-296, 300, 303, 307, 309, 311, 317 f.,  
320, 322 f., 327 f., 330, 333, 337, 379,  
384, 387 f., 399, 405, 413, 415, 417 f.,  
420 f., 425, 428, 431-433, 435, 439-441,  
443 f., 446-448, 455, 459, 462  
Billerbeck, 107  
Blankenstein, 421  
Bochum, 12, 18, 21, 30, 32 f., 40, 45, 61, 78,  
111, 115 f., 119, 123, 130 f., 166, 176-  
178, 184, 240 f., 243, 264, 267, 274 f.,  
277, 294 f., 299 f., 303 f., 320, 327, 334,  
362 f., 390, 420, 431, 441-443, 448, 458 f.,  
462, 465; s. auch Altenbochum, Laer,  
Langendreer, Weitmar
- Bonn, 347  
Borbeck, 325, 414, 465  
Bork, 138, 310  
Borken, 107, 119 f., 155  
Botropf, 172, 177 f., 184 f., 196, 198, 306,  
309, 315-317, 322, 325, 355, 361, 363,  
365-367, 370 f., 373, 375-377, 383, 396,  
414, 417, 420 f., 452, 461, 467; s. auch  
Eigen  
Britlon, 248
- Bruckhausen, 9, 129, 137, 270  
Buchholtswelmen, 106, 119, 128 f.  
Buer, 12, 96, 116, 126, 136, 144, 182, 195 f.,  
265, 282, 297, 299, 309, 313, 317, 358,  
377, 390, 392, 395-398, 421, 448; s. auch  
Erie, Hassel, Scholven  
Buldern, 71
- Castrop, 12, 28, 106, 185, 300, 302, 323; s.  
auch Rauxel  
Coesfeld, 57, 107  
Cronenberg, 262
- Datteln, 195, 198, 309 f., 317, 355 f., 374,  
396  
Dellbrück, 48, 346-348, 351, 426  
Derne, 182, 185, 264, 317  
Dinslaken, 12, 63, 71, 76, 107, 122, 129 f.,  
142, 151, 164, 173, 180, 186, 193, 213,  
225, 239, 268-274, 283-285, 296 f., 299,  
308, 385, 412, 417, 465; s. auch Epping-  
hoven, Hiesfeld, Lohberg
- Dorsten, 9, 12, 71, 75 f., 96 f., 100 f., 120,  
126, 137, 194-196, 237, 239, 283, 297,  
308, 356, 383, 397, 423, 453, 466; s. auch  
Hervest-Dorsten, Holsterhausen
- Dortmund, 9, 13, 18 f., 26, 28 f., 33-35, 45,  
52 f., 61, 63 f., 69, 75, 77, 84, 104 f., 110,  
115, 124, 126, 138, 144, 169-171, 175 f.,  
178, 181, 183 f., 190-192, 207, 235, 240  
f., 243, 249 f., 255, 262, 264, 267, 279,  
282, 284 f., 300-304, 310 f., 317, 320 f.,  
323 f., 332, 354, 356 f., 362 f., 371 f.,  
382, 384, 386, 396, 412, 417, 421, 423,  
440, 442 f., 446, 457, 460; s. auch Apler-  
beck, Derne, Hörde, Lütgendortmund,  
Mengede, Wambel, Wickede-Asseln
- Dülmen, 68, 83, 108  
Düsseldorf, 12, 15, 18, 21, 51, 56, 62, 66, 78,  
84, 105, 131, 136, 142, 149, 166, 169,  
173, 176, 178 f., 181, 185 f., 190, 192,  
243, 258 f., 263, 265-267, 285, 303, 305  
f., 312 f., 318, 323, 327, 329 f., 332, 342,  
345, 351, 361, 364, 380, 389, 392, 403,  
416, 420 f., 424, 426, 428 f., 433, 435,  
439, 459 f., 466, 469; s. auch Kaisers-  
werth
- Duisburg, 9 f., 12 f., 19, 23, 30-32, 51, 53, 55,  
61 f., 75 f., 94, 104, 116-119, 125-127,  
135, 142, 172, 176 f., 179 f., 186-192,  
199, 210, 234, 243, 245, 259, 265 f., 305,  
312-314, 332, 334, 344, 354, 356, 358,  
373, 385, 400, 404, 408, 412, 425, 429,  
431-453, 435, 437, 459; s. auch Beeck,  
Hamborn, Laar, Meiderich
- Eickelborn, 456  
Eigen, 315, 370
- Elberfeld, 12, 14-16, 20, 22 f., 26, 28, 33, 39,  
51, 61, 69, 77, 84, 90, 105, 110 f., 121,  
127, 131, 139, 167, 172 f., 177 f., 199 f.,  
211, 214, 216, 234 f., 243, 249, 251, 260  
f., 267, 273, 305, 313, 324, 330, 337, 342,  
344, 351, 361, 380, 420 f., 426, 428, 432,  
435, 437, 452, 455 f., 458; s. auch Cro-  
nenberg, Ronsdorf, Vohwinkel
- Engelskirchen, 460  
Eppinghoven, 130, 381  
Erkenschwick, 367  
Erie (Buer-), 317  
Erie b. Raesfeld, 130  
Essel, 276, 443
- Essen, 5, 12 f., 19, 23-25, 29 f., 33, 40, 45 f.,  
51 f., 54-57, 61 f., 66, 69, 84, 94-96, 99-  
101, 103 f., 108, 110-114, 116, 119, 124,  
127, 130-132, 134-136, 138-140, 144, 150,  
153, 158 f., 162-164, 166 f., 169-174, 176,  
178, 181-186, 190, 192, 199, 204, 210,  
217 f., 220, 222-224, 234 f., 238 f., 241-  
243, 246, 248, 251 f., 255, 260, 262-266,  
270, 289, 292-296, 301, 305, 307, 310 f.,  
313, 316, 318-320, 322-327, 332, 337,  
344, 349, 355-358, 361, 363-366, 369,  
372-374, 377-380, 382, 384, 390, 393,  
398, 410 f., 413-415, 418, 423, 431 f.,  
436 f., 440-442, 445, 449, 451, 455-459,  
466; s. auch Altenssen, Borbeck, Hol-  
sterhausen, Karnap, Kray, Rütterscheid,  
Schaunbeck, Steele, Stoppenberg,  
Überruhr, Werden
- Flaesheim, 275  
Friedrichsfeld, 106, 129, 137, 315  
Fröndenberg, 192, 317
- Gahlen, 137, 194  
Gelsenkirchen, 12, 29, 40, 62, 69, 84, 100,  
104, 120, 126 f., 130, 166, 197, 202, 243,  
264, 267, 288, 298 f., 303, 309, 313, 323,  
358, 441, 456; s. auch Buer, Heßler,  
Horst, Schalke
- Gevelsberg, 119, 257, 350 f., 445; s. auch  
Milspe
- Gladbeck, 128, 315 f., 357, 417  
Görsicker, 129  
Groß-Reken, 120  
Gummersbach, 16, 106, 417
- Haan, 342 f.  
Hagen, 9, 12, 14, 16-23, 25-37, 45, 47 f.,  
51-53, 55, 61 f., 64, 66 f., 69 f., 75,  
78, 84, 89 f., 93-96, 98 f., 101, 104 f.,  
107, 111 f., 114 f., 117, 119 f., 123, 126  
f., 131 f., 134-141, 144, 163-166, 172 f.,  
175 f., 178 f., 211, 215, 234-236, 239-241,  
243 f., 248, 252, 258, 261-264, 301, 303,
- 313, 323 f., 327, 330, 336, 342-344,  
348, 350, 371, 380, 385 f., 424, 428, 431  
f., 440, 442, 445 f., 448, 452, 457, 460;  
s. auch Haspe, Kabel
- Haltern, 76, 83, 96, 108, 130 f., 138, 194,  
198, 212, 237, 269, 274-278, 283 f., 289,  
297, 320, 360, 372, 393
- Hamborn, 12, 19, 75 f., 99, 137, 141 f., 181,  
243, 265, 307, 313, 357 f., 373, 395, 452;  
s. auch Marxloh
- Hamm, 12, 18, 52, 67, 75 f., 96, 120, 176,  
183, 192, 194, 199, 235, 237, 240 f., 248-  
250, 261 f., 264, 269, 279, 284 f., 289,  
296, 300, 303 f., 313, 348, 362, 371, 387,  
389, 413 f., 443, 453; s. auch Bad Hamm,  
Heessen, Herringen, Pelkum, Radbod,  
Weefeld, Wiescherhofen
- Hamm-Bossendorf, 237, 274 f., 413, 417,  
465  
Haspe, 344  
Hassel (Buer-), 372  
Habbinghausen, 330, 424  
Hattingen, 262, 303 f., 411  
Hausdülmen, 83, 96, 108  
Heessen, 130, 138, 194  
Heiligenhaus, 330  
Heißen, 325, 365 f.  
Henmerde, 238, 296  
Henrichenburg, 317, 321  
Herdecke, 16, 18, 37, 41, 450  
Herford, 390  
Herne, 126, 181, 279, 297-299, 303 f., 322,  
348, 356, 372; s. auch Baukau, Sodingen  
Herringen, 238, 279-282  
Herten, 182, 297-299  
Hervest-Dorsten, 120, 130, 194, 196, 245,  
397  
Heßler, 322, 324, 399  
Hiesfeld, 272  
Hörde, 12 f., 28, 34 f., 38, 53, 67, 182, 239,  
262 f., 303 f., 321-324; s. auch Kirch-  
hörde, Wellinghofen
- Hösel, 330  
Hohenlimburg, 344, 350  
Holsterhausen b. Dorsten, 373  
Holsterhausen (Essen-), 365  
Holten, 308  
Holthausen (Mülheim-), 368  
Horst, 128, 195, 316 f., 322, 339, 356  
Hüls, 276, 356, 374, 385  
Hünxe, 9, 71, 76, 98, 119, 128 f., 137, 193,  
269, 465
- Iserlohn, 108, 111, 131, 163, 184, 261, 330,  
336, 350, 421  
Kabel (Hagen-), 344  
Kaiserswerth, 305, 420
- 917

Kamen, 12, 28, 65, 183, 195, 261, 263, 279-281, 311, 317  
Karnap, 128, 316 f., 322, 325, 339  
Kirchhellen, 283, 287, 309, 315 f., 396, 461, 467  
Kirchhörde, 377  
Köln, 39, 47 f., 153, 171, 237, 342, 344-348, 350, 455; s. auch Dellbrück  
Kiray, 375  
Krefeld, 48, 327  
Krudenburg, 119, 128  
Kurl, 284, 317, 321

Laar, 314  
Laer (Bochum-), 372  
Langenberg, 262  
Langendreer, 327  
Langenfeld, 40  
Lennep, 12 f., 22, 108, 131, 163, 184, 262, 342, 428  
Letmathe, 350  
Lippramsdorf, 194  
Lippstadt, 36 f., 102, 107, 248  
Lirich (Oberhausen-), 315  
Lohberg, 128 f., 137, 239, 270 f., 412  
Lüdenscheid, 131, 303, 336  
Lüdinghausen, 199, 242  
Lünen, 12, 28, 45, 75 f., 104 f., 111 f., 115, 138, 143, 185, 193, 250, 310, 317, 356, 372, 376 f.  
Lügendortmund, 371  
Lüttringhausen, 12, 262; s. auch Beyenburg

Marl, 13, 96 f., 126, 185, 194, 196, 275, 283, 298, 309, 417; s. auch Hüls  
Marxloh (Hamborn-), 271  
Mehrum, 129  
Meiderich, 373, 400  
Menden, 421  
Mengede, 185, 193, 324  
Mettmann, 22  
Milspe, 19, 67, 101  
Möllen, 270, 272, 287  
Mönchen-Gladbach, 48  
Moers, 48  
Mühlheim, 9, 12, 23 f., 26, 32 f., 51, 55, 61, 75, 89, 99 f., 103 f., 111-115, 123 f., 126, 130-135, 139-143, 162, 170, 176 f., 179 f., 183 f., 188 f., 192, 195, 216, 234, 239, 243, 245, 255, 257, 263, 265 f., 293, 296 f., 305, 310, 313, 317-319, 322 f., 325, 355, 358, 360, 365 f., 368, 373, 385, 397, 400 f., 428 f., 431, 435 f., 443, 447, 449, 451, 469; s. auch Heißen, Holthausen, Styrum

Müngsten, 347

Münster, 9, 21, 35, 45, 51-57, 61 f., 64, 68, 71-74, 76 f., 83, 86, 93, 96, 102, 104, 106 f., 119-121, 130 f., 149, 151, 156 f., 161 f., 165, 168 f., 171, 174 f., 183, 189, 197, 215-217, 221, 234 f., 238-244, 246, 248-254, 256-266, 268-270, 274, 276, 279, 283 f., 293-298, 300-307, 309-314, 318, 320-322, 327, 329, 331, 333, 335, 337, 345, 348-350, 357 f., 360, 366, 370, 372, 375, 386 f., 393, 396-398, 414 f., 422, 424 f., 440, 444 f., 448, 451 f., 462 f., 467  
Oberaden, 283, 371  
Oberhausen, 12 f., 23, 32, 55, 61, 75 f., 99, 106, 142, 172, 176, 243, 265, 293, 297, 309, 314, 317, 323, 356, 368, 385, 425; s. auch Holten, Lirich, Osterfeld, Sterkrade  
Oelde, 93  
Oer, 276; s. auch Erkenschwick  
Ohligs, 40, 458  
Olfen, 194, 283, 285  
Opladen, 40  
Osterfeld, 12, 279, 314, 316 f., 372  
Paderborn, 241, 248, 283, 370; s. auch Sennelager  
Peddum, 98, 119  
Pelkum, 248, 268 f., 279-284, 296, 300, 302, 304, 307, 311, 371 f., 417, 439, 460, 465-467  
Polsum, 397  
Radbod, 237  
Raesfeld, 120, 357, 465  
Ratingen, 262  
Rauxel, 12, 28  
Recklinghausen, 12, 21, 30, 36, 52, 61 f., 69, 104, 116, 126, 179 f., 184 f., 190 f., 198, 243, 246, 248, 276-279, 283, 285, 289, 294, 297 f., 300, 306, 309, 320 f., 354 f., 361, 367 f., 372, 383, 398, 413, 418, 420, 443; s. auch Essel, Speckhorn, Suderwich  
Remscheid, 5, 9, 12, 14, 18, 22, 48, 66, 74, 84, 96, 103, 131, 153, 163, 170 f., 185, 243, 257, 260 f., 336, 342-344, 347, 350 f., 415, 426, 428, 452, 458, 466; s. auch Lennep, Lüttringhausen  
Rheda, 102, 107  
Ronsdorf, 12, 68, 78, 84, 420  
Rüttenscheid, 368  
Ruhrort, 125, 135, 188 f., 199, 266, 429  
Schalke, 322, 339  
Schermsbeck, 9, 96-98, 130, 137  
Schlebusch, 39  
Scholven (Buer-), 397  
Schonnebeck (Essen-), 375

Schwelm, 19, 111 f., 131, 163, 303 f., 330, 344, 351  
Schwerte, 45, 131, 235, 240 f., 312, 320 f., 323 f., 330, 343, 350  
Selm, 283  
Sennelager, 245, 350, 370, 385, 427  
Siegen, 18  
Sodingen, 348, 363  
Soest, 18, 120, 192, 194, 396  
Solingen, 39, 271, 331, 342 f., 346, 395, 398, 448; s. auch Ohligs, Wald  
Speckhorn, 276  
Sprockhövel, 443  
Steele, 270, 416, 460, 466  
Sterkrade, 12, 28, 172, 297, 308 f., 314 f., 317  
Stoppenberg, 395  
Styrum, 322  
Suderwich, 309  
Sythen (Schloß), 138, 333, 358-360, 414  
Überruhr (Essen-), 319  
Unna, 12, 45, 131, 192, 195 f., 238, 263, 283 f., 296, 317, 324, 354, 356, 453  
Velbert, 182, 330, 436  
Voerde/Niederrhein, 129, 137, 270, 465; s. auch Möllen  
Vohwinkel, 261, 350  
Wald, 40, 342  
Walsum, 9, 12, 177, 189, 198, 287, 308, 469; s. auch Wehofen  
Waltrup, 310, 322, 356, 371  
Wambel, 396  
Wanne, 192, 263, 300, 323  
Wattenscheid, 12, 28, 181, 185, 193, 263, 327, 356, 420; s. auch Westenfeld  
Weefeld, 466  
Wehofen, 271  
Weitmar, 368  
Wellinghofen, 182, 321, 324  
Wengern, 425  
Werden, 288  
Werl, 195, 238, 296, 384, 386, 390, 440, 456-458  
Wermelskirchen, 47  
Werne b. Langendreer, 372  
Werne/Lippe, 283, 296, 356  
Wesel, 9, 11, 21, 31 f., 39, 47, 53, 57, 71, 73, 76, 82-84, 89 f., 95-102, 106 f., 111 f., 116, 119, 121, 127-130, 134-137, 139, 142-144, 150, 152 f., 156 f., 167, 172 f., 206, 209, 212, 221, 239, 242, 271 f., 274, 296, 358, 368, 373, 385, 390, 392-395, 398-400, 428 f., 431, 445, 447, 453  
Westenfeld, 421  
Westhofen, 350

Wetter, 16, 37, 41, 52, 64, 344, 377, 421, 450  
Wickede, 296  
Wickede-Asseln, 284  
Wiescherhöfen, 248  
Wiesdorf, 39 f., 342, 345  
Witten, 18, 35, 45, 78, 115, 131, 163, 183-185, 239, 243, 265, 279, 281 f., 303 f., 327, 334, 350, 352, 385, 421, 456; s. auch Annen  
Wohnung (Schloß), 272

**b) Deutschland außer Rheinland-Westfalen**  
Andernach, 460  
Berlin, 5, 9, 11, 17, 23-25, 29-31, 35, 38-41, 45 f., 49, 53 f., 56 f., 61 f., 64, 67-69, 73-75, 78 f., 81-83, 85, 92, 95 f., 100, 102 f., 107, 109, 121, 127, 132, 138-140, 142, 145 f., 149 f., 152 f., 155-158, 160 f., 163, 167-169, 171, 173, 175, 182, 189, 199 f., 202-205, 208, 214, 217, 219 f., 223 f., 226, 234 f., 237, 243-249, 251-253, 256-258, 266, 268, 285 f., 288 f., 291, 293-295, 305-307, 318, 326, 328-330, 334, 337, 345, 351, 364, 376-379, 386, 398, 400, 405, 410, 421 f., 425, 432, 435, 441, 443 f., 449, 451-453, 455 f., 456, 458, 460, 462-464; s. auch Tempelhof, Weißensee, Wilmersdorf  
Braunschweig, 456  
Bremen, 26, 202, 384  
Breslau, 178, 200, 202, 423  
Celle, 202, 392  
Chemnitz, 201 f., 403  
Darmstadt, 47, 50 f., 204 f., 213, 216, 331  
Dieburg, 204 f., 213, 216, 331  
Döberitz, 16, 35  
Dresden, 35, 340  
Eisenach, 201  
Elbing, 202  
Erfurt, 201  
Falkenstein, 340  
Frankfurt/Main, 26, 43, 45, 47, 50 f., 101, 149, 153, 155 f., 196, 201 f., 204 f., 213, 216, 331 f., 426  
Frankfurt/Oder, 202  
Glatz, 200  
Göttingen, 96, 324  
Gotha, 201, 340  
Greifswald, 200

- Halle, 175, 200 f., 458  
Hamburg 102, 200  
Hanau, 204 f., 213, 216, 331  
Hannover, 96  
Heidelberg, 155  
Hirschberg, 200  
Homburg, 155, 204 f., 213, 216, 331  
Jena, 202, 458  
Karlsruhe, 155  
Kassel, 52, 78, 152 f., 425  
Kiel, 460  
Koblenz, 39, 47, 50, 155 f., 292, 345 f.  
Königsberg, 200  
Kohlstädt, 458  
Lahr, 155  
Lauenburg, 385  
Leipzig, 71, 199 f., 346, 459  
Leuna, 201  
Limburg, 47  
Magdeburg, 137, 405, 462  
Mainz, 39, 155 f., 345  
Mannheim, 204  
Mansfeld, 201  
Marburg, 201  
Mechtersiedt, 201  
München, 102, 132, 263 f., 276-278, 288,  
362, 385  
Nürnberg, 384  
Oldenburg, 414  
Osnabrück, 251  
Rostock, 200  
Rügen, 409  
Saarbrücken, 413  
Schleswig, 460  
Schwerin, 202  
Senftenberg, 202  
Sömmerda, 201  
Stettin, 200  
Stuttgart, 41, 52, 107, 194, 202, 330  
Tempelhof, 405  
Tübingen, 194, 330  
Waldenburg, 202  
Weißensee, 456-458  
Wilmsdorf, 463  
Zwickau, 403
- c) Ausland  
Arnheim, 457  
London, 9, 39, 41, 43-46, 51, 292, 364  
Maidanek, 456  
Marienbad (Tschechoslowakei), 340  
Moskau, 177 f., 285, 372, 455  
Paris, 9, 39, 41, 43-46, 50, 52, 153, 156,  
211 f., 214, 219, 286, 288-292, 372  
Prag, 177, 340  
San Remo, 330, 423 f., 428  
Spa, 429  
Zabern (Elsab), 364

